



3. August 1931

MAX COHEN • ZURÜCK NACH PARIS!



ARL Mierendorff hat hier vor 4 Wochen dargelegt, was die »einzige Chance« der Regierung Brüning ist: nämlich die Anbahnung einer Verständigung Deutschlands mit Frankreich, die dann zu einer dauernden Zusammenarbeit der beiden Völker führen muß.

Am 23. Juni hatte der Reichskanzler in seiner spontanen und darum eindrucksvollen Rundfunkrede gezeigt, daß er diesen Weg aus der deutschen Not wohl erkannt hatte. Die von ihm damals als notwendig bezeichnete direkte Aussprache zwischen den leitenden Staatsmännern Frankreichs und Deutschlands hat am 18. und 19. Juli in Paris stattgefunden, und man wird nun fragen müssen, ob Heinrich Brüning seine einzige Chance voll ausgenutzt hat. Da kann man nach sorgfältiger Abwägung dessen, was geschehen, und dessen, was unterlassen ist, feststellen: Es ist noch nichts verschüttet, und manches ist verbessert worden. Auch bestehen Aussichten die begonnenen Verhandlungen mit größerem Erfolg fortzusetzen. Das ist bis jetzt aber auch alles. Es ist immerhin nicht wenig, wenn man daran denkt, daß gewisse Stellen bemüht waren dieser deutsch-französischen Zusammenkunft von vornherein den Elan zu nehmen. So wurde die Parole ausgegeben, daß es sich um eine Reise über Paris nach London handle, wodurch die Pariser Zusammenkunft von vornherein bedeutungslos erscheinen sollte. Wenn es doch etwas anders kam, so ist das dem deutschen und dem französischen Regierungschef zu danken, deren direkte Aussprache, so wenig Substanzielles auch über ihren Inhalt mitgeteilt wurde, doch bei beiden offenbar die Überzeugung bewirkt hat, daß nur die direkte Zusammenarbeit der beiden Völker das Mittel zur Überwindung der Europa überschattenden Wirtschaftsnot gibt.

Als die deutschen Minister auf dem Pariser Nordbahnhof eintrafen, begrüßte sie ein Ruf: Vive la paix! Das war keine bestellte Begrüßung. Das war die eigentliche Stimme des französischen Volkes, das jetzt nichts will als den Frieden. So sehr, daß auch der extremste französische Nationalismus heute nur defensiver Art ist. Erst Sicherheit, dann Abrüstung: diese selbstverständliche französische These ist nichts als eine Friedensthese. Und aus die-

sem Grund wird Frankreich auch fest bei ihr bleiben. Erkennt man erst diesen leidenschaftlichen Wunsch des französischen Volkes seinen Besitzstand zu wahren, aber nicht über ihn hinauszugehen, und die Gefahr eines neuen Krieges in Europa endgültig zu bannen, so wird man auch einsehen, daß ein friedfertiges Deutschland, das seine eignen Produktivkräfte bis zu ihrem Maximum entwickeln und daran nicht gehindert sein will, aber grade im Vertrauen auf sie es nicht nötig hat in den Bezirk einer andern Nation einzubrechen, ganz leicht mit Frankreich zusammen ein neues Europa aufbauen kann. Warum ist man nun in den Pariser Besprechungen trotz gutem Willen auf beiden Seiten noch nicht zu dem guten Ende gekommen? Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß, als so etwas wie ein deutsch-französischer Akkord fast erreicht war, sich eine dritte Macht eingeschaltet hat, die diese Zusammenarbeit nicht wünscht. Es scheint so, als ob der Abschluß einer direkten deutsch-französischen Vereinbarung durch eine Art englisch-amerikanische Gemeinschaftsaktion verhindert worden ist. Es geschah, daß bei Beginn der Londoner Konferenz in Deutschland, zuerst ganz sensationell durch den Rundfunk, dann in geheimnisvollen Andeutungen der Presse, eine neue große Hooverüberraschung angekündigt wurde, von der sich die Öffentlichkeit nun die Rettung aus allen Nöten versprach. Was dabei herausgekommen ist, hat man ein paar Tage darauf dann verduzt feststellen müssen. Mit der Hooveraktion war es nichts. Aber eine deutsch-französische Vereinbarung ist einstweilen jedenfalls verhindert worden. Soll man denn denken, daß das, wie der Effekt, so der Zweck der Londoner Konferenz gewesen ist?

Schon die Eröffnungsansprache in London, in der die Pariser Besprechungen überhaupt nicht erwähnt wurden, schuf eine Atmosphäre, die Frankreich wieder von Deutschland trennte. Aus allem, was in London geschah, muß man den Schluß ziehen, daß Großbritannien, das nicht müde wird die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als wünschenswert mit dem Mund zu verkünden, durch die Tat sie jedenfalls immer weiter hinauszögerte und offenbar die Absicht hat sie nur so weit zuzulassen, wie es selber dabei ist, um, wie es wieder hofft, dann die Fäden in der Hand zu behalten. Die Vertreter Englands sahen vermutlich genau, daß die Bereitstellung einer französischen Milliardenanleihe für Deutschland eine Tat ist, die eine dauernde und enge Kooperation zwischen den beiden Völkern einleiten muß, daß es dann aber unmöglich sein wird die Balance-of-power-Politik (die Genosse MacDonald in Berlin einem naiven oder sich naiv stellenden Ausfrager gegenüber zum alten Eisen geworfen hatte, die aber nichtsdestoweniger vom Foreign Office noch jetzt und für lange Zeit als sein bestes Eisen gebraucht wird) aufrechtzuerhalten. Denn eine direkte Finanzhilfe Frankreichs für Deutschland könnte man nicht so leicht in eine englische Tat umdeuten, wie es bisher mit allem geschehen ist, was Frankreich aus eigener Initiative getan hat. Es gibt bis jetzt nichts Gutes, was England sich nicht selber, und was man daher in Deutschland nicht England zutraut. Was soll man dazu sagen, daß der Vorwärts am 16. Juli, unmittelbar vor der Pariser Besprechung, einen Artikel des in weitesten Kreisen unbekannten Auslandsredakteurs des Daily Herald W. N. Ewer brachte, der in aller Ungeniertheit die Behauptung aufstellte, die vorzeitige Räumung des Rheinlands durch Frankreich sei von Henderson »erreicht« worden? Alles, was England tue, geschehe überhaupt nur aus »Freundschaft für Deutschland«. Und wenn es Deutschland auffordere zum Beispiel auf den Flottenbau zu verzichten, so nur aus dem

Grund, »weil das uns [den Engländern] der rechte einem Freund zu gebende Rat erschien«. (Sollte sich Frankreich einfallen lassen solch einen "Rat" zu geben, so wäre das eine "Erpressung".) Solche englischen Beteuerungen druckt der Vorwärts nicht nur, er wiederholt sie noch am 26. Juli in einem eignen Leitartikel. Natürlich wird nicht der leiseste Versuch gemacht jene vollkommen falsche Darstellung irgendwie zu beweisen. Das wäre ja auch gar nicht möglich. Denn die Tatsache ist, daß Frankreich nicht im entferntesten einem englischen Druck gewichen ist, sondern daß es aus freiem Entschluß, der Linie der Briandschen Politik entsprechend, die Rheinlande räumte, lange bevor es dazu verpflichtet war, weil es an den guten Willen Deutschlands glaubte die übernommenen Verpflichtungen auszuführen. Britischer Nachhilfe hat es dabei wirklich nicht bedurft. Und es ist ganz merkwürdig, daß England nun seine Freundschaft für Deutschland partout durch französische Taten beweisen will, während es doch so reichlich Gelegenheit hatte sie durch eigne Taten zu erfüllen, zum Beispiel im Haag, ohne jemals von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Nachdem nun die so pompös angekündigte neue Hooveraktion nur ein Stillhaltekonkordat und eine Dreimännerkommission gebracht hatte, die (zum wievielten Mal wohl?) den wirtschaftlichen und finanziellen Zustand Deutschlands untersuchen sollen, muß man sich fragen: Was hat man denn eigentlich in London erhalten? Wenn wir natürlich auch des weitem Stillhaltens der ausländischen Gläubiger bedürfen, so kann doch niemand wissen, wie lange diese stillhalten werden. Übrigens hängt dieses Stillhalten selber zu einem wesentlichen Teil vom guten Willen Frankreichs ab, von dem die Londoner City zu niedrigen Zinsen einen großen Teil des Geldes ausgeliehen hat, das sie nun zu hohen Zinsen Deutschland zur Verfügung stellt. Was uns helfen könnte die Grundlage zu neuer deutscher Wirtschaft zu legen: eine langfristige Anleihe, die nach französischen Blättern von Frankreich zu haben war, wurde nicht erzielt. Und nachdem das so gelaufen war, brachte die Vossische Zeitung am 25. Juli einen Artikel des englischen Unterhausmitglieds Archibald Church, der »den Vertretern Frankreichs« den Vorwurf macht, sie hätten sich nicht dazu aufgeschwungen »Deutschland gegenüber mehr Großmut zu zeigen«. Wenn ein Deutscher so etwas sagt, so mag ihn die Unkenntnis des Sachverhalts entschuldigen. Ein Brite aber sollte doch wissen, daß diese Großmut Frankreichs ja eben durch die Haltung Englands hintangehalten wurde. (Ganz zu schweigen davon, daß, wie gut es der genannte englische Abgeordnete auch persönlich meinen möge, er allen Anlaß hätte sich als Mitglied einer Nation zurückzuhalten, deren Regierung Deutschland seine Liquidationserlöse gegen jedes Recht vorenthalten, auch die Reparationsleistungen in Sachlieferungen, die Deutschland nützen könnten, zu einem guten Teil verhindert hat, weil diese englischen Lieferungen in die Quere kommen.) Selbst englischer Cant dürfte sich nicht damit zufrieden geben, daß englische Großmut ausschließlich mit französischen Geldern geübt wird. England brauchte ja nur auf seine Zwischengewinne bei der Verleihung an Deutschland zu verzichten und dafür zu sorgen, daß die französischen Gelder direkt nach Deutschland kommen. Aber von solcher Absicht hört man bis jetzt nichts. Und daher muß Deutschland schon seine Sache selbst in die Hand nehmen. Wenn Deutschland und Frankreich sich einigen, so braucht, wie der *Matin* schrieb, das französische Geld nicht mehr den Weg über London, New York oder Zürich zu machen, um in Deutschland zu arbeiten.

Darauf nämlich: keine überflüssigen Umwege zu machen, weder im Finanziellen noch im Politischen, kommt es in der Tat nunmehr vor allem an. Bisher ist uns der Weg über London niemals sehr gut bekommen. Soll man ihn denn jetzt wieder gehen? In der Vossischen Zeitung wurde am 24. Juli ein Projekt mitgeteilt, das »erst Konsolidierung der City, dann englische Anleihe für Deutschland« vorsieht; man soll zuerst eine in der Hauptsache in Frankreich unterzubringende Anleihe für England zustande bringen und dann in England eine Anleihe für Deutschland auflegen. Man wird sagen: Das ist nur ein Vorschlag. Doch es scheint, als ob man bereits beginnt ihn in die Tat umzusetzen. Der Milliardenkredit für England, der in Paris am 1. August zustande kam (nachdem das britische Schatzamt noch 2 Tage vorher hochfahrend erklärt hatte, es brauche kein Geld von Frankreich und werde es nicht nehmen), ist der erste Schritt auf diesem Weg. Und am 2. August brachte das Berliner Tageblatt einen informatorischen Artikel seines Pariser Korrespondenten, in dem ausgeführt wurde, Frankreich werde nur bei »Beteiligung Englands und Amerikas« eine Anleihe für Deutschland hergeben. Darin kommt ganz deutlich die Tendenz in gewissen deutschen Kreisen (und auch bei manchen französischen Anglophilen) zum Ausdruck: das Geld für Deutschland über England und Amerika gehen zu lassen, was angeblich »internationale Garantien« und damit größere Geschäftssicherung bedeutet. England und seine Hilfskräfte auf dem Kontinent wollen eben, mit welchen Mitteln auch immer, keinen direkten deutsch-französischen Akt geschehen lassen. Der deutsch-französische Kern soll wieder einmal in einer "internationalen" Allgemeinheit aufgelöst werden. Wenn Deutschland französische Finanzhilfe bekommt, soll es sie England verdanken. Das aber würde die kontinentaleuropäische Auswirkung solcher Anleihe, die für die Sicherung des deutschen Schaffens in der Zukunft entscheidend ist, zunichte machen. Es ist unsere Pflicht dieser Gefahr zu begegnen.

Deutschland muß also die Initiative ergreifen. Die deutsche Politik braucht zu diesem Zweck nichts weiter als das, was der Reichskanzler am 23. Juni begonnen hat, und was wie eine befreiende Tat wirkte, fortzusetzen und zu Ende zu führen. Der vom Reichsbannerenthusiasmus begrüßte englische Besuch in Berlin war als internationaler Höflichkeitsakt sehr erfreulich, und die Gefühle der Genossen James Ramsay MacDonald und Arthur Henderson für das deutsche Volk entspringen ohne weiteres ihrer sozialistischen Gesinnung. Aber eine wirkliche Hilfe kann Deutschland von der britischen Politik, die nicht vom Sozialismus sondern vom Empireinteresse geleitet wird, nicht kommen. Und nachdem nun die schönen Besuchstage vorüber sind, kann man sich wieder den überaus dringenden Forderungen der Notzeit zuwenden. Es wäre an der Zeit die deutsche Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, welche Garantien Frankreich für eine eventuelle Anleihe wirklich verlangt hat, und ob es richtig ist, daß, wie ein Franzose sich lakonisch ausgedrückt hat, Deutschland die Anleihe nur deshalb nicht erhielt, weil England sie verbot. Deutschland und Frankreich sind, wie ein französisches Blatt schon vor der Pariser Zusammenkunft schrieb, erwachsen genug, um ihre Angelegenheiten allein besorgen zu können. Und nach der Rede MacDonalds in Berlin, der, wie deutsche Blätter ihr entnahmen, seine Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland anbot, schrieb der Temps: »Herr MacDonald handelt sicherlich mit freundschaftlicher Gesinnung, wenn er derart die guten Dienste anbietet, um die deutsch-französische Annäherung zu er-

leichtern. Aber die letzten Besprechungen zwischen Brüning und Laval, zwischen Curtius und Briand haben bewiesen, daß Frankreich und Deutschland sich in aller Aufrichtigkeit unmittelbar aussprechen können, ohne daß man ein Bedürfnis hätte die guten Dienste eines Dritten in Anspruch zu nehmen.« Also ohne Vermittlung und direkt mit Frankreich: das muß jetzt der nächste Schritt der deutschen Regierung sein.

Die Verständigung mit den Franzosen in Paris muß vor der Weiterreise nach London doch schon ziemlich weit gediehen gewesen sein, wenn man einem Bericht der Vossischen Zeitung vom 20. Juli 1931 Glauben schenken darf. In diesem Bericht, der schon in seiner Überschrift ausdrücklich feststellt, daß »Paris für schnelle Hilfe« ist, heißt es: »In Berliner amtlichen Kreisen wird das Ergebnis der Pariser Besprechungen im ganzen günstig beurteilt ... Über den Abschluß des neuen Rediskontkredits, der die Reichsbank gegen alle Anforderungen wappnen soll, ist bereits eine prinzipielle Einigung erzielt. Die in einem spätern Zeitpunkt unbedingt notwendige Umwandlung dieses Kredits in eine langfristige Anleihe setzt eine weitgehende europäische Verständigung voraus, in deren Mittelpunkt eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich stehen müßte. Einen ersten Schritt in dieser Richtung bedeutet es, daß die Vertreter Frankreichs sich mit dem deutschen Reichskanzler und dem Reichsaußenminister darauf geeinigt haben, daß zunächst einmal die sofortige Hilfe für Deutschland organisiert werden soll.« So stand es in Paris. In London kam man nicht weiter.

Werden jetzt neue Verhandlungen mit Frankreich mit sachlichem Ernst eingeleitet, so wird es, besonders durch das Vertrauen, das Heinrich Brüning in Paris gewonnen hat, und das mit Recht als moralischer Faktor gewertet werden darf, leicht sein, viel leichter als die hoffnungslosen Skeptiker annehmen, die politische Atmosphäre zu reinigen. Eine solche Aktion wird aber nur dann Erfolg haben, wenn vor allem die republikanische Presse Deutschlands (nicht die der Nationalen Opposition, für deren Bestehen man in Frankreich übrigens durchaus Verständnis hat), von der sozialdemokratischen bis zur volksparteilichen, endlich einmal ihre Haltung gegen Frankreich grundsätzlich ändert. Kaum etwas ist in Deutschland so revisionsbedürftig wie die außenpolitischen Berichte und Artikel des allergrößten Teils der deutschen Presse, von einigen Ausnahmen, die sich von Zeit zu Zeit in manchen Blättern (erfreulicherweise in den Pariser Berichten des Berliner Tageblatts) finden, vielleicht abgesehen. Was die mehr als aggressive, was die verhetzende Haltung der deutschen Zeitungen gegen Frankreich in den Nachkriegsjahren verschuldet hat, muß unbedingt wiedergutmacht werden. Der Reichskanzler muß bewirken, daß die zahllosen Falschmeldungen, die immer wieder verbreitet werden, durch eine bessere Orientierung der Presse endlich aufhören. Nicht zuletzt in der Frage der Reparationen. Es kann doch wirklich nicht so schwer sein den grundlegenden Unterschied zwischen den eigentlichen Reparationen, das heißt der Wiedergutmachung der Kriegsverwüstungen, die eine ökonomische und moralische Verpflichtung darstellt, und den Zahlungen zur Deckung der sogenannten interalliierten Schulden an Amerika, die man bestenfalls als reine Kriegsentschädigung alten Stils bezeichnen kann, der deutschen Öffentlichkeit klarzumachen. Es würde vieles besser werden, wenn mindestens die sozialdemokratische Presse den Mut aufbrächte der Wahrheit und der Gerechtigkeit im Punkt der Wiedergutmachung die Ehre zu geben; sie brauchte nur das zu bekräftigen, was Ge-

nosse Emile Vandervelde am 22. Juli im Vorwärts in seinem ausgezeichneten Artikel über diese Sache dargelegt, und was er dann bei der Eröffnung des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Wien am 25. Juli präzise und überzeugend nochmals festgestellt hat. Diese Wiedergutmachung ist in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland ganz allgemein als sittliche Forderung anerkannt worden; es sei daran erinnert, daß sich die katholische Jugend damals zum freiwilligen Aufbau der verwüsteten Provinzen zur Verfügung gestellt hatte, und daß auf dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Görlitz 1922 der damalige Vorsitzende der Partei Oskar Hergt diese Verpflichtung ebenfalls anerkannt hat. Dabei muß es auch bleiben. Aber die Ausführung der Reparation soll, das müssen wir erreichen, vorwiegend durch Sachlieferungen erfolgen, die Frankreich wünscht, die England unterbindet, und deren Ausführung die deutsche Wirtschaft fördern würde.

Alle politischen und nationalen Forderungen, die wir als Korrektur der Klauseln des Versailler Friedensvertrags erfüllt sehen wollen, können nicht gegen Frankreich sondern nur mit seiner Zustimmung verwirklicht werden. Freilich müssen wir uns auch sagen, daß historische Vorgänge, zu denen es im Osten zu einem beträchtlichen Teil durch deutsche Schuld kam (Zerschlagen Rußlands, Polenproklamation), nur ganz langsam und nur innerhalb gewisser Grenzen berichtigt werden können. In jedem Fall aber nur durch das Mittel friedlicher Übereinkunft, keinesfalls durch Waffenentscheidung. Bestimmt kann man auf diesem Gebiet auch nicht den geringsten Erfolg erzielen, wenn man etwa mit einem Bündnis mit der bolschewistischen Regierung droht. Daß grade Frankreich solche Drohung am wenigsten fürchtet, da es, wenn es darauf Wert legt, jederzeit mit Rußland durch bloßes Übereinkommen fertig wird, zeigt zum Beispiel die Nachricht, daß Rußland mit Frankreich einen Nichtangriffspakt abschließen möchte. Eine veraltete Ideologie, Reminiszenzen aus den sogenannten Freiheitskriegen (die Deutschland Unfreiheit im Innern und Europa die Beherrschung durch England gebracht haben) bewirken immer noch, daß man in ganzen, wenn auch zahlenmäßig nicht allzu großen Kreisen Deutschlands in Frankreich den "Erbfeind" sieht. Und da Deutschland doch nicht ganz allein stehen kann, verfällt man der Autosuggestion, daß es im Angelsachsentum einen wahren Freund hat, in eben dem selben Angelsachsentum, das im Weltkrieg durch den Mund Lloyd Georges Deutschland den Knockout verkünden ließ, der dann ja auch kam. Durch diese sonderbare Selbstverdunklung des politischen Sinns ist es zu erklären, daß es sogenannte Außenpolitiker gibt, die, wie in der Nacht Ausgabe des Berliner Lokalanzeigers am 15. Juli zu lesen war, den politischen Kampf gegen Frankreich so lange führen wollen, »bis daß England und die Vereinigten Staaten sich diesem Kampf anschließen«. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen dürfte diese Art Außenpolitik vielleicht etwas an Kurs verloren haben. Nun muß, da Frankreich ein besonderes Verständnis für die Lage Deutschlands zeigt, alles getan werden, die Gunst der Stunde auszunutzen. Ganz gewiß verlangt Frankreich von Deutschland keine Opfer an nationaler Würde; das liefe ja seiner eignen Absicht der künftigen Zusammenarbeit zuwider. Im übrigen darf die lebende Generation schon einiges tun, um den kommenden Generationen bessere Bedingungen des Schaffens zu sichern. Es ist recht erfreulich, daß in der Kölnischen Zeitung, deren Vorliebe für den englischen Weg bekannt ist, die sich daher sonst ausgesprochen antifranzösisch verhält, grade jetzt, am 28. Juli, ein Aufsatz er-

schien, in dem Ernst Posse die unbedingte Notwendigkeit eines deutsch-französischen Einverständnisses mit guten Gründen darlegt. Er tritt für ein politisches Stillhalten ein und sagt: »Die französischen Zeitungen reden neuerdings viel von politischen Bürgschaften, die Deutschland leisten müsse, ehe es Geldhilfe von Frankreich erwarten könne. Daß Frankreich uns Geld nur leihen will, wenn es sicher ist, daß es ihm nicht verloren geht, und die Zinsen regelmäßig bezahlt werden, versteht in Deutschland jedermann. Von jenen politischen Bürgschaften aber, die selbst in den offiziellen französischen Zeitungen täglich gefordert werden (Einstellung des Baues des "Taschenkreuzers", Verzicht auf den österreichisch-deutschen Zollplan und dergleichen), scheint in den Besprechungen überhaupt nicht die Rede gewesen zu sein. Das ist eigentlich selbstverständlich, denn diese Bürgschaften sind gar keine Bürgschaften sondern nichts als das Ehr- und Unabhängigkeitsempfinden des deutschen Volkes verletzende "Sanktionen". Brüning würde deshalb solche Bedingungen nie unterzeichnet haben, ganz abgesehen davon, daß er keine Verpflichtungen eingehen kann, die sein Nachfolger im Amt wahrscheinlich nicht als bindend anerkennen würde. Wenn durchaus etwas schwarz auf weiß gegeben werden muß, etwa eine Art politischen "Stillhaltelocarnos", so kann es nur eine auf Gegenseitigkeit beruhende Verpflichtung sein, das hüben wie drüben feierlich, womöglich in Einzelheiten formulierte Versprechen keinerlei feindselige Handlung gegen einander zu unternehmen. Das würde beiden Völkern die politische Sicherheit geben, die sie wünschen; sie wäre zuverlässig, weil sie gegenseitiges Vertrauen voraussetzen würde. Auch im politischen und wirtschaftlichen Leben gibt nur Vertrauen Sicherheit. Laval hat recht, wenn er sagt, daß nur eine vertrauensvolle Arbeit mit Deutschland zum Ziel führt: »Es gibt keinen Kredit ohne Vertrauen. Es gibt kein Vertrauen in der Welt, wenn keine Harmonie zwischen zwei großen Völkern herrscht. Da ist die Rettung, da ist der Friede.«

Man möchte wünschen solcher Einsicht in das, was den beiden Nachbarvölkern nottut, öfter in der großen Presse zu begegnen. Wir gingen im Juli nach Paris nach London. Wir kamen in eine Sackgasse. Nur *ein* Weg steht offen, der immer offen war: der Weg zurück nach Paris.

RICHARD KLEINEIBST · SPIEL UM EUROPA

 U jedem Drama gehört ein Personenverzeichnis. Der Charakter der Akteure muß in großen Zügen schon in der Exposition bestimmt sein, damit der Gang der Handlung, die Peripetie und der Ausgang sich folgerichtig (im biologischen oder soziologischen Sinn) entwickeln können. Auch für das weltpolitische Drama, dessen letzte Schauplätze Paris und London waren, bedarf es der Kenntnis von Charakter und Lage der Akteure, wenn man die Handlung begreifen, ihren Gang, da es sich um ein politisches Geschehen handelt, vorausschauend und eingreifend bestimmen will. Es geht schließlich um mehr als um ästhetisches Zuschauen und Genießen. Es ist, wenn man den Vergleich weiterführen darf, eine *commedia dell'arte*, die sich abrollt, eine Stegreifkomödie, deren große Linien zwar durch die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten festgelegt sind, nicht aber auch so die Stichworte, nicht die Einzelhandlung, so daß für Korrekturen und Kombinationen genug Raum bleibt; so viel, daß der endgültige Ausgang als Komödie oder Tragödie zu einem guten Teil in die Hand der Darsteller und in ihr Zusammenspiel gelegt ist.

Im Mittelpunkt dieses weltgeschichtlichen Dramas um Europa steht, allerdings in bisher mehr passiver Rolle, Deutschland. Es mögen daher zuerst die anderen agierenden Personen einer kurzen Betrachtung und Charakterisierung unterzogen werden. Da ist zuerst Amerika. Sein Interesse an Deutschland ist durch 2 Motive bedingt. Es hat in Deutschland (und auch sonst in Europa) Kredite, meist kurzfristige, investiert, die bei einem offenen Bankrott Deutschlands zusammen mit den Beteiligungen an industriellen Unternehmungen verloren sind. Daher die Hoover'sche Wechselprolongation, um das Geschäft des Schuldners in Gang zu halten, das Risiko für die noch nicht zurückgezogenen Gelder zu vermindern. Kommt noch hinzu, daß die Weltwirtschaftskrise der Disproportionalität dem industriestarken, rohstoffreichen und finanzkräftigen Amerika die Erhaltung Europas als Absatz- und Ausbeutungsgebiet wünschenswert machen muß, dieser ganze Erdteil als eine Art Kolonie für die Vereinigten Staaten einkalkuliert wird. Wie stellt sich nun die Situation für England dar? Die Insel des Vereinigten Königreichs mitsamt ihrem Weltreich ist in einer wirtschaftlichen und zugleich politischen Umorganisation begriffen. Es findet in Großbritannien die Umwandlung von der individualistischen kapitalistischen Anarchie zu einer, um die Worte Fritz Tarnows auf dem Leipziger Parteitag zu gebrauchen, organisierten Anarchie, zum kapitalistischen Bandenkrieg statt. Hand in Hand mit dieser ökonomischen Transformation im Mutterland geht der Umbau des Weltreichs. Hier wie dort ein Konzentrationsprozeß, der soziale und imperiale Kämpfe entfesselt, der, kurz und knapp, Geld kostet. Der englische Finanzmarkt ist in Nöten. Obwohl das Inselreich mehr noch als früher seinen insularen Charakter beibehält und eher noch verstärkt (Diagnosen anderer Art gehen am Wesen der Dinge vorbei), hängt es doch stärker vom Finanzmarkt der Welt ab, nicht zuletzt von dem Frankreichs, dessen besondere ökonomisch-soziale Lage es, durch das eigne Verdienst bewußter planmäßiger Wirtschaftspolitik, zur heute stärksten Finanzmacht der Welt gemacht hat. In dem Interesse einer Erhaltung des europäischen Markts als eines möglichen Absatzgebiets trifft sich England mit Amerika. Zugleich ist es in doppelter Hinsicht daran interessiert, daß ein finanzieller Zusammenbruch Deutschlands vermieden wird. Wirtschaftlich als Gläubiger, politisch um seines Weltreichs willen. England braucht, will es seine Schiedsrichterrolle in Europa beibehalten, die zweitstärkste Macht des Kontinents als Gegenspieler gegen die stärkste Macht: Deutschland gegen Frankreich. Hält man an diesen Gegebenheiten fest, und fügt man hinzu, daß Frankreichs nationales Interesse ebenso wie seine jahrhundertalte politische Konzeption die Einigung des Europäischen Kontinents erfordert, so hat man den Ariadnefaden in der Hand, der durch das Labyrinth des eben gespielten Akts des welthistorischen Dramas führt. Da die Tendenzen, die das Verhalten der Engländer bestimmen, sich verschiedentlich überschneiden, muß ohne Kenntnis der verschiedenartigen Motive demjenigen die Lage sehr kompliziert erscheinen, der sich nicht mit der die anderen zufriedenstellenden Einheits- und Einfaltsparole vom bösen "Erbfeind" zufrieden gibt.

»Nachdem England jahrhundertlang von den deutsch-französischen Gegensätzen profitiert hat, betont es heute, daß seine heutige Politik darauf hinauslaufe Deutschland und Frankreich zusammenzubringen.«
So berichtet Kurt von Stutterheim im Berliner Tageblatt vom 20. Juli 1931. Die Tatsachen zu dieser, von englischer Seite betonten angeblichen Kurs-

änderung ergeben sich aus dem "guten Rat" der englischen Presse, Deutschland möge durch eine freiwillige Geste (Sistierung der Panzerkreuzerbauten, Verzicht auf die Zollunion) den Boden bereinigen, um Frankreich einer Teilnahme an einer Kreditaktion geneigt zu machen. Die Beweggründe für die doppelseitige Attitüde Englands in Sachen der Zollunion sind früher erläutert worden, die Antwort auf die Frage nach dem Bau der Panzerkreuzer gibt Kurt von Stutterheim selbst, wenn er schreibt:

»Ganz logisch rechnete Henderson sich aus, daß er nur das deutsche "Taschenschlachtschiff" gegen Frankreichs 23 000-Tonnen-Bau einzutauschen brauchte, um die verunglückte französisch-italienische Flotteneinigung zu reparieren und hiermit die beiden lateinischen Seemächte in den Londoner Flottenpakt einzugliedern. Um alle diese Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, wurde es plötzlich Deutschland nahegelegt die "Gelegenheit zu einer großen Geste" nicht unbenutzt zu lassen.«

Jedoch das englische Spiel ist nicht so plump wie es deutscher Anschauung von Diplomatie entspricht. Kaum war diese "Anregung" von der französischen Presse (wohlgemerkt: der Presse) in der französischen Form aufgenommen worden, daß die notwendigen Vorbedingungen für eine internationale, in der Hauptsache französische langfristige Anleihe an Deutschland erörtert wurden, als auch schon die englische Presse sich ritterlich nach bekannter alter englischer Tradition, der es sein Weltreich verdankt, zum Schutz der Schwachen in die Rüstung und in die Brust warf.

»Der Engländer wäre aber kein Geschäftsmann, wenn er nicht sagte, daß der Mann, der borgen will, Opfer bringen muß. Nur daß jetzt aus Deutschland politische und wirtschaftliche Wucherzinsen herausgeschlagen werden, will England verhindern.«

So ist es von Kurt von Stutterheim formuliert. Im Observer (sollte er vielleicht Pate bei den »Wucherzinsen« gestanden haben?) wird Deutschland am 19. Juli streng davor gewarnt »ein zweites Versailles« einzugehen. Zwar, so sagt James Garvin, seien England und die Vereinigten Staaten »ganz besonders verantwortlich für die einseitige Entwaffnung Deutschlands«, aber »von Deutschland allein einen tiefern Grad einseitiger Entwaffnung zu erpressen (extort) wäre eine schändliche Transaktion und eine zynische Verletzung alles dessen, was die englischsprechenden Völker unter fair play und common decency verstehen«. Verzichtserklärung auf Zollunion und Anschluß, das mache die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund in den Augen des deutschen Volkes nutzlos und zuwider (prejudicial). Verzicht auf die Revision der Ostgrenzen »is another suggestion that Germany shall kiss the rod«. Was der Observer und mit ihm die englische Presse überhaupt, nicht zuletzt der Daily Herald, so soufflierten, hat die deutsche Presse voller Eifer als Stichwort für die Stegreifkomödie aufgenommen und in allen Formen abgewandelt. Ohne Ausnahme, wenn man von den wenigen absieht, die in den Argumenten der Vernunft und in der Berücksichtigung der realen Tatsachen noch keine Verletzung der nationalen Ehre sehen. Daß die "nationalen" Amokläufer die Straße mit ihren Schreien erfüllten, das war und ist nicht das Schlimmste und Entscheidende, nein, daß die Mittel- und Linksparteien, wenn auch in gewissem Abstand, in dieser Prozession der Torheit und Selbstzerfleischung mitmarschieren und so deren Tun erst Relief geben, das erregt das tiefe Mißtrauen der Nachbarvölker, des französischen Volks vor allem; und es ist natürlich dann sehr schwer die Wahrheit nachzuweisen: daß nämlich das deutsche Volk selber ganz anders fühlt als seine publizistischen Vertreter. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: diese Diplomatie, geboren aus der Angst vor einer neuen Dolchstoßlegende, oder die unverändert ruhige und freundliche Haltung der französischen Presse, die

diesmal ohne Reserve, aber leider nicht zu Nutz und Frommen Deutschlands, das Doppelspiel Englands enthüllte. Es mag 'Arthur Henderson mit seiner Vermittlerrolle ernst gewesen sein. Aber ein anderes ist die freundliche Absicht eines sozialistischen Außenministers, und ein anderes sind die Absichten des Foreign Office und der City. Sollen sich doch sogar, wie der Außenpolitiker des Vorwärts, Victor Schiff, aus Paris drahtete, im Schoß des Labourkabinetts Differenzen zwischen Henderson auf der einen, MacDonald und Snowden auf der andern Seite erhoben haben. Läßt das nicht auch deutsche und österreichische Politiker etwas tiefer blicken, wenn es ihnen bis dato noch nicht aufgegangen sein sollte, daß auch eine britische Regierung aus den Reihen der Arbeiterpartei in erster Linie die Interessen des British Empire vertritt und vertreten muß?

Sicher ist: Die Basis der deutsch-französischen Verständigungsaktion, die durch die Pariser Reise des deutschen Reichskanzlers in das Stadium der Aktualität zu rücken schien, war dank der englischen "Vermittlung" schmal und brüchig geworden. Selbst wenn wir einmal außer acht lassen, daß dieses Resultat das Ziel der englischen Anregung von Anfang an gewesen ist, England hätte nicht zweckmäßiger handeln können, wenn es den Weg von der Détente zur Entente, von der Entspannung zur Einigung zwischen Deutschland und Frankreich blockieren wollte, um seine einträgliche Schiedsrichterrolle beibehalten zu können, ohne nachweisbar als ehrlicher Makler anrücklich zu werden. Mochten Heinrich Brüning und Pierre Laval, wie es den Anschein hat, gemeinsam an dem Tor ins Freie rütteln, das so verstärkte und neu wachgerufene Mißtrauen der Völker, des einen gegen die Absichten des andern, hielt es fest genug zu, damit England mindestens scheinbar das Feld der Entscheidung nach London, in die Hauptstadt des Angelsachsentums, verlegen konnte. Wenn auch die von Deutschland auf London bis zur letzten Minute gesetzten Hoffnungen trogen, trügen mußten, wenn so auch der Schleier der Illusion hie und da eingerissen ist, ja wenn es auch dank der Festigkeit der französischen Unterhändler nicht gelungen ist Frankreich das Gesetz des Handelns zu entwinden, für England ist es mehr als nur eine Prestigefrage mindestens die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß London der Entscheidungsort für die Interessen und Geschäfte des europäischen Kontinents bleibt. Denn das politische Bedürfnis wird noch übertroffen von der wirtschaftlichen Sorge. Die Stillhalteaktion für Deutschland ist eine dringende Notwendigkeit auch für die Londoner City. Deutlich, ja mit rücksichtsloser Schärfe, stellte Jules Sauerwein fest, daß und warum die Londoner City sehr tätig war ein deutsch-französisches Abkommen zu verhindern, gleichzeitig aber Frankreichs Finanzkraft zugunsten Deutschlands in Bewegung zu bringen: »Die Londoner Banken haben jahrelang davon gelebt, daß sie in Paris Geld zu 3% aufnahmen und zu 6, 7 und 8% nach Deutschland weitergaben. Eine deutsch-französische Verständigung ist natürlich für diese Banken eine finanzielle Katastrophe. Auf der andern Seite aber bedeutet die deutsche Insolvenz auch eine Katastrophe, da sie die englische Insolvenz Frankreich gegenüber nach sich zieht.« Doch die deutschen Wirtschaftsführer haben es vorgezogen das französische Geld lieber teuer aus englischen Händen als billig direkt aus Frankreich zu beziehen. Dafür hatten sie jetzt die Freude mit der Londoner City zusammen in den Chor gegen das habgierige Frankreich einzustimmen, das aus politischen Gründen seine Kredite zum Schaden auch Deutschlands aus England zurückziehe. Selbst wenn es so wäre, müßte moralische Entrüstung schweigen, denn Frankreich täte nur, was in dieser besten aller kapitalistischen

Welten allgemeiner Brauch ist. Auf keinen Fall war dabei an einen unfreundlichen Akt gegen Deutschland zu denken. Aber, damit es nicht übersehen oder bald vergessen wird: es war der Gouverneur der Bank von Frankreich, Clément Moret, der schon in Basel, und zwar gegen den Widerstand seines Kollegen Montagu Norman, die Verlängerung des 100-Millionen-Dollars-Kredits vorschlug, die nunmehr auf der dürftigen Habenseite der Konferenz von London als Aktivposten figuriert. Und wenn auch Frankreich direkt an der Stillhalteaktion nur zu einem geringen Prozentsatz beteiligt ist, was in Deutschland stark unterstrichen wird, so sollte man doch nicht vergessen, daß der Rediskontkredit für die Reichsbank nach der Feststellung des Genossen Otto Wels zu 40 % von Frankreich gestellt wird.

Rufen wir noch einmal die Daten in die Erinnerung zurück. Die beschleunigte Fahrt in die Wirtschaftskatastrophe begann, wenn wir von den innenpolitischen und innenwirtschaftlichen Faktoren hier absehen, mit dem Moment der Zurückziehung kurzfristiger Kredite durch die amerikanischen und englischen Geldgeber. Die Hooveraktion war ein Intermezzo, das die Fahrt nicht einmal bremste, vielleicht sogar unfreiwillig durch Alarmierung der breitesten Öffentlichkeit noch beschleunigte. Die von Frankreich vorgeschlagene große langfristige Anleihe in Form eines nach Maßgabe der Inanspruchnahme später zu konsolidierenden weitgespannten Kredits kam nicht zustande, weil »Amerika nicht recht will, England nicht recht kann«, wie Günther Stein im Berliner Tageblatt vom 20. Juli 1931 sich vorsichtig ausdrückte, und weil Deutschland anscheinend kein Preis zu hoch ist, um sich die vermeintliche angelsächsische Freundschaft, die Hoffnung auf eine Isolierung Frankreichs und im Gefolge davon auf eine "Zerreißung des Versailler Diktats" zu erhalten. Noch am 21. Juli schrieb der Vorwärts in der Schlagzeile über einer entsprechenden Meldung seines, von Paris nach London mitgereisten Außenpolitikers: »Frankreich isoliert, Amerika und England bleiben fest.« An der Anglomanie der Deutschen ist die Pariser Konferenz, auf die man ursprünglich so große Hoffnungen setzen durfte, ist die einzig wirksame Hilfsaktion für Deutschland gescheitert. Darob tiefe Mißstimmung in Frankreich, glücklicherweise weniger gegen Deutschland als gegen England. Warum? »Weil England in Paris die politische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich verhindert hat«, wie Hubert Frank /Paris/ im Andern Deutschland vom 25. Juli 1931 schreibt. Und er fährt also fort:

»Der 1. Tag des deutschen Ministerbesuchs in Paris war ein schöner Erfolg. Für Deutschland, denn unsere Vertreter sind hier mit einer Korrektheit, sogar mit einer Herzlichkeit aufgenommen worden, die auf gewisse Minderwertigkeitsgefühle von "Ungleichheit" und "unwürdiger Behandlung" wohlthuend einwirken könnten. Für Frankreich, denn es durfte, da es auf Bedingungen verzichtet hatte, auf spontane Zusicherungen Deutschlands rechnen. Für Europa, denn es hält Frieden, solange Paris und Berlin Frieden halten. Am 2. Tage änderte sich (nach übereinstimmenden Informationen) der Ton der deutschen Minister vollständig. Die Engländer waren jetzt dabei; man hatte bereits mit ihnen vertraulich konferiert... Ob die englische Einwirkung den leitenden deutschen Ministern gelegen oder ungelegen kam, wer weiß das? Sicher ist, daß, selbst wenn sie es nicht wollten, die deutschen Minister nunmehr ihre Haltung versteifen mußten, 1. mit Rücksicht auf die Engländer selbst, 2. auf die deutsche "nationale Opposition", die natürlich jede Nichtausnutzung der britischen Hilfsstellung als einen Verrat brandmarken würde.«

Ob diese Mitteilungen in allen Einzelheiten der Datierung zutreffen, ob die »Versteifung« schon am 2. Pariser Tag begann oder erst später (was anzunehmen man guten Grund hat): daß zwischen Frankreich und Deutschland ein fremder Einfluß geschaltet war, darf man mit Fug aus den Tatsa-

chen folgern. Solche Feststellung hat mit Anglophobie nicht das mindeste zu tun oder gar mit einer Antipathie gegen das englische Volk. Aber gegen die Störungsversuche der britischen Politik sich zu wehren, sie aufzudecken, wo sie sich zeigen: das erfordert das Interesse der Befriedung und des Gedeihens des Europäischen Kontinents und seiner Einzelglieder. Deshalb muß auch das Fazit der Londoner Konferenz eindeutig gezogen werden. Sie bringt Deutschland nicht die Hilfe, die es erwartete, und die es braucht. Der Schlüssel zur Lösung der Krise aber liegt nach wie vor in Paris. Die Tür bleibt, wie die französische Presse dauernd wiederholt, weit geöffnet.

Vom Populaire und von einem Teil der Rechtspresse abgesehen ist die französische Öffentlichkeit im wesentlichen einhellig in der Billigung der Regierung und in einer ausgesprochen freundlichen Haltung Deutschland gegenüber, ebenso wie in der Abwehr angelsächsischer Quertreibereien. Ganz im Gegensatz zu seinem Namen schrieb der Intransigeant am 23. Juli:

»Frankreich fühlt sich durch die Beleidigungen und die Mißverständnisse der deutschen Zeitungen nicht verletzt. Vielleicht sind diese Artikel durch die Not und Enttäuschung diktiert. Wir sind nicht böse darüber, daß die deutschen Regierenden einige Tage mehr an verführerische Versprechungen geglaubt haben als an die rauhe Wirklichkeit. Wir bitten nur zu bedenken, daß die Annahme des Projekts Hoover uns, für jeden einzelnen Franzosen gerechnet, mehr gekostet hat als die Engländer und Amerikaner. Wir haben den aufrichtigen Wunsch Deutschland zu helfen, obwohl wir bei einem deutschen Bankrott am wenigsten zu verlieren hätten. Werden die Deutschen dies endlich begreifen?«

Milder kann man es niemandem beibringen. Selbstverständlich aber darf man sich nicht der Illusion hingeben, daß die Hilfe Frankreichs ganz ohne Gegengabe zu erlangen wäre. Nur liegt das, was gefordert wird (gefordert ganz allgemein, nicht als Bedingungen formuliert), im wohlverstandenen Interesse Deutschlands selbst. Achtung und Anerkennung unterschriebener Verträge, Abkehr von dem nationalistischen Revanchegeist, substantielle Garantien für die Sicherheit der zu gewährenden Anleihe: das ist alles. Es liegt im Interesse einer Verständigung, wenn wir hier zunächst die Beschwerden wiederholen, die der Temps noch am 17. Juli erhob, in der Absicht den Boden der Verhandlung von hinderndem Gestrüpp zu säubern:

»Man hat im Lauf der letzten Jahre mit Deutschland enttäuschende Erfahrungen gemacht. Zu oft hat man feststellen müssen, daß die Berliner Politik der elementarsten Aufrichtigkeit ermangelte, und daß sie systematisch versuchte Geist und Buchstaben der Verträge zu fälschen. Die methodische Organisation des Bankrotts, um nicht mehr in der Lage zu sein seine Verpflichtungen gegen die Gläubiger des Reichs zu erfüllen, ist eine Lehre, die offen jenseits des Rheins angepriesen wurde. Ein erster Bankrott hat Deutschland von seiner innern Schuld befreit; es wäre unzulässig, daß ein zweiter Bankrott, vorbereitet durch eine Politik der zügellosen Vergeudung und bestimmt durch die nationalistische Agitation, das internationale Vertrauen erschütterte und so den deutschen Kredit in der Welt ruinierte, um Deutschland dann zu erlauben sich seiner Verpflichtungen nach außen zu entledigen... Garantien müssen für die Zukunft gegeben werden; die Hilfe für Deutschland ist nur möglich, wenn Deutschland selbst, nicht durch Versprechungen sondern durch Taten, das Vertrauen zu rechtfertigen versteht, das man ihm zu gewähren bereit ist.«

So vor der Pariser Zusammenkunft. Solche Tonart und solche Worte sind heute in der französischen Presse *nicht* mehr zu lesen. Aber Deutschlands »Verzicht auf übrigens illusorische Forderungen«, die Gewährung »des gages sûrs et des garanties politiques certaines«, wie der Temps am 25. Juli sich ausdrückte, sind heute wie in einem halben Jahr die unerläßlichen Bedingungen einer Verständigung mit Frankreich, die zu einer für beide Teile und für ganz Europa glücklichen Zusammenarbeit führen soll.

Leider kann man noch nicht sagen, daß den deutschen Politikern der angelsächsische Star gestochen wäre. Zwar gibt im Vorwärts Victor Schiff am 25. Juli in einem Rückblick auf London in gedämpfter Wehmut seiner Enttäuschung über das Ausbleiben der angekündigten angelsächsischen Hilfe Ausdruck, aber er konstruiert doch wieder einen Gegensatz zwischen Laval und den »nationalen« Hysterikern im eignen Lande, die ihm jedes finanzielle Entgegenkommen untersagten, wenn nicht Deutschland vorher unter das caudinische Joch krieche«. Und die Germania läßt am gleichen Tag ihren Pariser Vertreter frei über die »Pariser Episode« phantasieren und ganz allgemein gegen den »gepanzten Händedruck Frankreichs« polemisieren. Vergleicht man damit noch den Begrüßungsartikel in der Abendausgabe des selben Tags zu Ehren Henry Stimson, so wirkt die nur halb verhüllte Kampfansage gegen Frankreich auf diesem Hintergrund noch stärker bedrückend. Da heißt es: »In Stimson begrüßen wir den höchsten Regierungsvertreter eines Landes, dessen Schicksal mit dem unsern wirtschaftlich auf das engste verknüpft ist, und dessen ideelle und materielle Leistungen nirgendwo in Europa höher als bei uns geschätzt werden.« Stimson werde, heißt es später, durch seinen Besuch in Berlin »die Notwendigkeit einer aktiven Finanzhilfe für Deutschland ebenso bestätigt finden wie die Unmöglichkeit für irgendeine deutsche Regierung, auf Frankreichs politische Forderungen einzugehen«. Aber worin diese »politischen Forderungen« eigentlich bestehen, wird uns nicht mitgeteilt: ihren konkreten Inhalt konstruiert die Presse gemeinhin nach Mutmaßungen der Phantasie, die meist nur der Herren eignen Geist spiegelt.

Es ist, das sei wiederholt, nicht so sehr die Verblendung der Nationalen Opposition, die einer Verständigung mit Frankreich im Weg steht, als die Unfähigkeit und Unwilligkeit der deutschen Regierungs- und Linksparteien einem gefährlichen Irrtum, in den man sich in mehr als 10 Jahren selbst hineingebissen hat, den Abschied zu geben. Es bleibt die Hoffnung, daß der Reichskanzler, dessen betonte Liebenswürdigkeit gegenüber den Vertretern Frankreichs günstige Rückschlüsse erlaubt, die Kraft hat das Steuer der Außenpolitik herumzuwerfen. Und noch ein erfreuliches Zeichen dafür, daß es hier und da zu dämmern beginnt, bleibe nicht unerwähnt. Die selbe Neue Leipziger Zeitung, die noch am 24. Juli ihren Leitartikel Richard Lehmann Frankreichs Verlangen nach »Sicherheit« und seine »Juristerei« ironisieren ließ, scheint auf ihre früher gerühmte Linie der Vernunft zurückgefunden zu haben. »Ein ungeheurer Irrtum ist aufzuklären! Schlafen die Parteien der Linken?«, schreibt sie am 26. Juli über einen Artikel, in dem sie fordert, daß der Schleier zerrissen werde, der unsere Augen trübt:

»Wer nicht mithilft diesen Schleier zu zerreißen, macht sich mitschuldig an dem am deutschen Volk verübten Betrug. Irgendwelchen törichten Stimmungen derer zuliebe, die an hoher Stelle stehen und selber in falschen Vorstellungen befangen sind, wird ein ungeheuerlicher Irrtum aufrechterhalten, der Deutschland Schaden zufügt. Man hat dem Volke weisgemacht, daß die Franzosen die Hergabe ihrer Milliarden mit der Forderung unter das caudinische Joch zu gehen verquickt haben. Es bleiben uns nur noch wenige Wochen zur Aufklärung, denn wenn sie verstrichen sind, und die Wahrheit bis dahin nicht an den Tag gekommen ist, wird eine große Gelegenheit zum Herauskommen aus der heutigen Not der Wirtschaft verpaßt sein.«

Dieser, der Sache nach höchst lesenswerte Artikel ist mit dem Pseudonym Aliquis unterzeichnet. Gewiß, es ist nur »irgendeiner«, der so denkt und schreibt. Wenn es das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit ist, wenn es die Regierenden sind und die, die an politisch verantwortlicher Stelle stehen, dann wird die Katastrophe in Deutschland vermieden werden.

Um uns mit Frankreich zu verständigen, um durch die Kombination französischer Finanzkraft mit dem deutschen Industrieapparat (von geistigen gegenseitigen Ergänzungen ganz zu schweigen) das balkanisierte, dem Chaos entgegenreifende Europa zu Einheit und neuer Blüte zu bringen, dazu bedarf es keines andern Vermittlers als der Einsicht in die tatsächlichen Bedingungen der europäischen Situation und in die wahren Absichten Frankreichs, dazu bedarf es keines andern Vermittlers als der wirtschaftlichen und politischen Vernunft. Wenn Deutschland will, ist der Vorhang über dem letzten Akt eines Trauerspiels gefallen, und ein ganz neues Stück beginnt.

WALTHER MAAS · DEUTSCHLANDS POLITIK VON AUSZEN GESEHEN



AS tut man abends in diesen kleinen Städtchen im Wilnaland? Man schlendert durch die Straßen und fängt Gespräche an. Sagt man dann, daß man Deutscher ist, so kommt das Gespräch auf die Politik, auf Deutschlands Politik. Ob das nun der jüdische Schankwirt ist, der weißrussische Ackerbürger, der polnische Beamte oder gar der Polizeikommissar: alle haben vor Deutschland eine gewisse Hochachtung, in die freilich oft alle Gefühlsmomente einer Skala von naiver Furcht vor einer Art Sphinx bis zum tiefen Haß gemischt sind, hier, wo 1½ Jahre die deutsche Weltkriegsfront stand. Außer solchen Gesprächen hat man die Lektüre der polnischen, weißrussischen, russischen Zeitungen, läßt sich aus jiddischen, litauischen und lettischen Organen vorlesen, in Wilna selbst stehen deutsche und französische Blätter zur Verfügung. Im Hotelzimmer überdenkt man dann, was man gehört und gelesen hat. Wie steht Deutschland in der Welt da? Wie spiegelt sich das alles, hier, wo man dem brodelnden Giftschwaden der deutschen Parteipolitik so weit entrückt ist? Blicken wir hinein in die Welt.

Sicher hat eine Verlagerung des Schwergewichts der Weltpolitik vom Atlantischen zum Pazifischen Ozean stattgefunden. Dieser ist das Meer der Entscheidungen geworden. Aber diese Entscheidungen geschehen ohne uns, die Bildung des Ostasiatischen Imperiums geht ohne unser Dazutun vor sich; was sich dort abspielt, hat daher im Augenblick für die deutsche Außenpolitik wenig Bedeutung. Noch ein anderer Staat greift in den pazifischen Raum. Dieser hat für uns schon größere Bedeutung: es ist Rußland. Man kann sagen, daß der Versuch der Revolutionierung des Ostens nicht die Erfolge gehabt hat, die man 1926 und 1927 annahm. Schon einmal ist Rußland, als sein Expansionsdrang im Osten auf Widerstände stieß, nach Europa zurückgekehrt: Auf den Russisch-Japanischen Krieg folgte der Weltkrieg. Wird Rußland nun wieder in Europa aktiver werden? Schwerlich. Durch das bolschewistische Regime ist Rußland weltpolitisch mattgesetzt, und England sieht dadurch die ihm gefährlichste Macht in Asien wie im Baltikum ausgeschaltet. Deutsche Hoffnungen auf einen aktiven russischen Bundesgenossen sind bloße Traumgespinste, wenn nicht etwa Schlimmeres. Wie aber steht es mit den westlichen Mächten?

Die deutsche Politik der Nachkriegszeit hat so gut wie immer versucht sich der englischen Hilfe gegen Frankreich zu bedienen, ohne zu merken, daß sich Frankreich, wenn es will, immer leicht (und dann freilich auf

Kosten Deutschlands) mit England einigen kann, daß aber jede Unterstützung Englands im europäischen Raum eine Schwächung der gesamteuropäischen Situation bedeutet. Solange das Britische Weltreich besteht (und Hoffnungen auf sein baldiges Zusammenbrechen sind ebenso sinnlos wie die Ehrfurcht vor seiner vermeintlichen Allmacht), gehört England nicht zu Europa. Gegen Frankreich suchten andere Deutsche wieder einen Bundesgenossen im Süden: Italien, und hier könnte es ja fast scheinen, als hätte man ihn da. Doch es ist eine Täuschung. Grade in jüngster Zeit hat sich deutlich offenbart, daß die italienische Westpolitik, das heißt die Politik gegen Frankreich, nur deswegen mit so kriegerischen Reden begleitet wird, um beim Handel um Einflußzonen möglichst gewichtige Argumente in die Waagschale legen zu können. Mussolini ist viel zu einsichtig, um nicht zu wissen, daß Italien Frankreich gegenüber im offenen Kampf den kürzern ziehen, daß ein verlorener Krieg das Ende des Fascismus bedeuten würde. Wie steht es mit der italienischen Ostpolitik? Hier ist der Revisionsgedanke zu erwähnen, jener Revisionsgedanke, der manchen deutschen Kreisen in die Augen gestochen hat. Die Idee ist von Mussolini aufgebracht worden, um Ungarn zu gewinnen, vielleicht auch Bulgarien, um an beiden Staaten, Nachbarn Jugoslawiens, Verbündete zu haben. Die Revision erstreckt sich nämlich nur auf diese Grenze, wie dies der rumänische Staatssekretär Grigori Gafencu zur Beruhigung der rumänischen öffentlichen Meinung als amtliche italienische Auffassung darlegen konnte. Von einer Revision der Grenzen des Versailler Vertrags ist in Italien gar keine Rede. Gewiß, es gibt einige Italiener, die von der Unhaltbarkeit der deutschen Ostgrenzen überzeugt sind, aber mindestens ebenso viele polonophile Stimmen kann man diesen germanophilen entgegensetzen, was jeder, der die italienische Presse verfolgt, bestätigen wird. Damit sind wir bei einem andern Staat gelandet, gegen den man in Deutschland Bundesgenossen sucht: bei Polen. Entgegen der in Deutschland häufig zu hörenden Meinung muß ich feststellen, daß auch Polen nicht aktiv auf dem Welttheater auftreten wird. Gewiß, es gibt kleine, bedeutungslose polnische Kreise, in denen man noch gewisse Territorialwünsche hat. Roman Dmowski schlug in Versailles vor Ostpreußen an Polen abzutreten (Königsberg sollte die Stellung bekommen, die heute Danzig hat), dafür aber zu gestatten, daß sich Deutsch Österreich an Deutschland anschließt. Er argumentierte: Ost- und Westpreußen würde man in Deutschland verschmerzen, aber die Teilung Deutschlands in 2 Teile durch den Polnischen Korridor würde eine dauernde Mißstimmung hervorrufen. Natürlich hatte dieser Vorschlag gar keine Aussichten, es war auch nicht viel von ihm die Rede. Als dann ein anderer Wunsch: Polen mit Litauen zu unieren, ebensowenig erfüllt wurde, hofften einzelne Polen noch auf Aufstände der Masuren, eines polnischen Volksstamms evangelischen Glaubens; aber die Abstimmung von 1920 zeigte, wie wenig polnische Gesinnung bei ihnen zu finden ist. Polen will Ostpreußen nicht erobern. Möglich, daß manche glauben, es werde infolge der deutschen Wirtschaftspolitik, der Landflucht, des Hineinziehens polnischer Wanderarbeiter einst als reife Frucht Polen in den Schoß fallen. In diesem Zusammenhang gewinnt die neuerliche Schulung der nach Ostpreußen gehenden Landarbeiter im national-kulturellen Sinn an Bedeutung, da sie als Propagandisten des Polentums unter den Masuren wirken können. Es soll auch an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß es gefährlich ist sowohl in Deutschland wie in der

Welt den Glauben zu erwecken, man könne Polen den Korridor leicht wegnehmen. Der Korridor ist ethnisch *heute* polnisches Gebiet. Durch den Ausbau des Hafens von Gdingen, die Erbauung der polnischen Eisenbahn von Oberschlesien zur Ostsee, die Maßnahmen der polnischen Tarifpolitik ist der Korridor für Polen auch wirtschaftlich sehr wertvoll geworden, kein Pole wird auf ihn einfach verzichten. Wie stellt man sich eigentlich die friedliche Lösung des Korridorproblems vor? Glaubt man wirklich, man könne in direkten Verhandlungen Polen bewegen freiwillig auf den Korridor zu verzichten? Was hätte das kaiserliche Deutschland gesagt, wenn ihm Frankreich so etwa 1910 oder gar 1890 vorgeschlagen hätte freiwillig auf Elsaß-Lothringen zu verzichten? Glaubt man andererseits etwa, der Völkerbund würde eines schönen Tages beschließen, Polen hätte den Korridor an Deutschland abzutreten? Nie wird der Völkerbund das beschließen, aber selbst wenn er es täte, glaubt man, daß Polen einem solchen Beschluß folgen würde? Also ist die Wiedererwerbung des Korridors nur durch kriegerische Mittel möglich, und diese müssen wir a limine ablehnen. Also verzichten wir auf das deutsche Westpreußen? Es war deutsch. Was ich, der ich von dort stamme, für notwendig halte, ist eine Sicherung des Lebensrechts der deutschen Minderheit dort und eine Sicherung des freien Verkehrs zwischen dem Reich und Ostpreußen. Beides aber kann man nicht erreichen, wenn man dauernd in der Presse oder sonst in Kundgebungen an den Besitzstand Polens rührt. Man muß diesen Tatsachen ins Auge sehen, so unangenehm sie grade auch für mich und andere Ostdeutsche sein mögen. Nur wer die Realitäten der Gegenwart erfaßt, kann die Zukunft gestalten.

Polen ist nicht expansiv, noch weniger die Tschechoslowakei. Beide Länder sind über ihren ethnischen Raum hinausgegangen, eine Grenzerweiterung würde die Minderheiten zu Mehrheiten machen, das Staatsgefüge sprengen. Ist denn Frankreich expansiv? So liest man es in der deutschen Rechtspresse. Aber wer irgendwann in Frankreich reiste, weiß, daß diese Ideen dort unbekannt sind. Auch der extremste französische Nationalismus ist heute nur defensiver Art. Er will nur die Sicherung Frankreichs in seinen 1919 gezogenen Grenzen. Eine Expansion zum Rhein hin, wenn sie je dort in einigen Köpfen spukte, die von der politischen Romantik der Rheinbundszeit träumten: heute wird sie dort von jedem zurückgewiesen, denn sie würde die Sicherheit Frankreichs von innen unterhöhlen.

Unsere Überschau zeigt uns, daß alle Länder unseres Kontinents auf Ruhe bedacht sind, auf Bewahrung des Bestehenden. Alle? Alle, bis auf ein einziges: Deutschland. Deutschland ist, so sieht man es draußen, das Land der Unruhe. Das ist sein Schicksal. Die innerliche Unruhe der deutschen Politik, diese deutsche "Dynamik" (um das Modewort zu gebrauchen) hat jenseits der deutschen Grenzen Befremden, wenn nicht Angst hervorgerufen. Hier liegt die Wurzel des deutsch-französischen Problems. Frankreich erlebte in einem Jahrhundert 3 deutsche Invasionen. Die Franzosen glauben, daß die deutsche Unruhe auch heute wieder eine Bedrohung für sie und die Stabilität Europas darstellt. Daher die Sorge für die *sécurité*. Es ist natürlich leicht diese Sorge um Sicherheit bei der größten Militärmacht Europas lächerlich zu finden, aber niemand gibt uns das Recht sie für Heuchelei zu halten. Denn tatsächlich ist jeder Franzose von dieser Sorge erfüllt. Objektiv mag diese Befürchtung unberechtigt sein, subjektiv ist sie echt.

Die Hauptaufgabe jeder deutschen Politik ist die: das deutsche Volk einigermaßen menschlich zu ernähren und zu kleiden. Alle ideologischen Faktoren kommen erst später, so wichtig und schön sie sein mögen. Ernähren und kleiden müssen wir aber vor allem unsere 5 Millionen Arbeitslosen. Die deutsche Sozialdemokratie muß ihre Außen- und Innenpolitik so treiben, daß die Positionen der Arbeiterklasse, die seit 1918 erreicht sind, gehalten, möglichst weitere gewonnen werden, und die Lage der 5 Millionen Arbeitslosen erleichtert wird. Hierzu ist die allererste Voraussetzung Stabilität. Man mag von der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Grenzen Europas so überzeugt sein wie nur immer, wir müssen sie annehmen, wir müssen mit ihnen rechnen, wir müssen mit den europäischen Völkern freundschaftlich zusammenarbeiten, dann werden die Grenzen ihren Sinn und Charakter als Abgrenzung verlieren. So erscheint als eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele die Herbeiführung des Vereinigten Europäischen Kontinents. Daß eine Einigung Europas ohne eine weitgehende Einigung Deutschlands mit Frankreich unmöglich ist, weiß heute jeder. Aber eine andere Wunde klappt im Körper des Kontinents: das deutsch-polnische Problem. Solange das deutsch-polnische Verhältnis nicht bereinigt ist, ist es auch unmöglich der deutschen Landwirtschaft zu helfen. Solange die Unsicherheit an unseren Ostgrenzen herrscht, helfen auch alle Stützungsaktionen wenig. Diejenigen nationalen Kreise, die von einer Bedrohung weiten deutschen Gebiets durch Polen phantasieren, schädigen Deutschland aufs schwerste. Man muß es erlebt haben, was es bedeutet, wenn sich in Stolp oder Köslin die Leute erzählen, oder die Führer der Nationalsozialisten es aussprechen, die Polen hätten bereits Bütow besetzt. Kann man es jemandem verargen, wenn er in diese Gebiete keine Kredite geben will, wenn er keine Handelsgeschäfte mit diesen Gebieten abschließt? So blutet das Gebiet aus, die Bevölkerung rückt ab, und der Bevölkerungsdruck Polens macht sich dann freilich bemerkbar. Beständen deutsch-polnische normale Beziehungen, könnten die Grenzen gut gehalten werden; ist man überzeugt, daß eine Sanierung der deutschen Wirtschaft nur erfolgen kann, wenn es der Landwirtschaft gut geht, so muß man auf einen deutsch-polnischen Ausgleich hinwirken. Die Argumentation unserer Rechten widerlegt sich selbst. Hat der politische Leitartikler recht, daß wir die verlorenen Provinzen baldigst wieder haben müssen, dann hat der unrecht, der behauptet, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag, die Einfuhr aus Polen, die ostdeutsche Landwirtschaft ruinieren wird oder umgekehrt; denn die Einfuhr aus Polen wird eine solche aus dem ehemals preußischen Gebiet sein. Eine Bereinigung der deutsch-polnischen Frage würde die Stimmung für Deutschland in Paris heben. Die Landwirtschaft ist der eine Teil des deutschen Sanierungsproblems, die Aufnahme von Auslandskapital die andere. Und auch dieses kann und will uns Paris geben. Was uns Amerika bieten kann, haben wir nach der großartigen Ankündigung des neuen Hooverprojekts auf der Londoner Konferenz staunend erlebt. Wenn die amerikanischen Berge kreißeln, kommt für Europa ein winziges Mäuslein heraus. Wir haben den Krieg verloren, den Krieg, den wir dem alten Regime zu verdanken haben, wie die Memoiren Bernhard Bülow's neu erwiesen haben. Nicht, daß Deutschland die vielberufene "Schuld am Krieg" hat, soll damit behauptet werden, wohl aber, daß die ideenlose deutsche Vorkriegspolitik die Möglichkeiten eines europäischen Zusammenschlusses verkannt, ignoriert,

daher diesen gestört und zum Schluß unmöglich gemacht hat. Die Tatsache des Kriegsverlustes führt uns dahin, daß wir uns in Europa mit dem europäischen Weltkriegsieger Frankreich verständigen müssen, oder wir werden gemeinsam mit ihm dem außereuropäischen Weltkriegsieger, dem Angelsachsen, ausgeliefert sein. Soll Europa Mittelamerika sein, Deutschland Nicaragua? Das darf kein Deutscher, und vor allem kein deutscher Sozialist wollen. Die deutsche Sozialdemokratie muß darum jede Politik unterstützen, die auf eine Annäherung der europäischen Völker ausgeht.

In Polen sieht man das alles klarer als in Deutschland. Aber in Deutschland fürchtete Alfred Hugenberg bei der Hooverinitiative, Heinrich Brüning könne ihm den Donner stehlen, könne selber die Parole "Mit Amerika gegen Frankreich!" ausgeben. Brünings Rundfunkrede beseitigte vorerst diese Sorgen, sie war eine Tat. Aber dann? Die Tonart der deutschen Presse gegen Frankreich erinnerte an die Zeit des Ruhrkampfes. Kommt Frankreich in irgendeinem Punkt uns entgegen, so erklärt die deutsche Presse von rechts bis links, dies geschähe auf englischen oder amerikanischen Druck. Wo ist denn dieser Druck? Im Gegenteil; England sträubt sich zum Beispiel gegen Sachlieferungen während des Feierjahrs, will also etwa 300 000 deutsche Arbeiter der Arbeit berauben, um selbst die Kohlen und im Verein mit Amerika die Industriewaren nach Frankreich zu liefern. Aber davon liest man in deutschen Zeitungen nichts. Was England tut, ist wohlgetan.

Der Schlüssel liegt noch immer in Paris. Wird man ihn aufheben? Man kann, der Volonté nur zustimmen, die am 9. Juli schrieb: »Wir sind der Meinung, daß das Hooverfeierjahr für sich allein keinerlei Wert hat; seine Wirkungen hängen davon ab, welchen Gebrauch die Staaten des alten Kontinents, insbesondere Deutschland und Frankreich, von ihm machen. Mit anderen Worten: Die französisch-amerikanischen Verhandlungen, die jetzt abgeschlossen wurden, sind nur als Vorrede zu betrachten. Die wirklichen Verhandlungen, aus denen die endgültige Befriedung Europas, der politische wie der wirtschaftliche Friede, hervorgehen kann, müssen dringlichst zwischen Paris und Berlin stattfinden, und zwar im Geist beiderseitigen Willens zu freimütiger und vollständiger Aussprache, und auch des festen Willens zu einer wirklichen und nicht bloß formellen Regelung zu gelangen.«

Alles dies, was die politische Vernunft uns von je sagen mußte, und was hier in allen den Nachkriegsjahren auch immer wieder ausgeführt wurde, wird einem noch viel klarer und vor allem konkreter, wenn man jenseits der deutschen Grenze, vor allem im Osten, sich die deutsche Politik ansieht. Man merkt, worum die Gespräche der einfachen Leute, die Ausführungen der einfachen Provinzzeitungen kreisen. Die Unruhe, die dort aus den einzelnen hervorbricht, ist im Grunde nur die Furcht vor neuer Unruhe. Und die Augen richten sich immer wieder auf Berlin, wo man den Herd dieser Unruhe zu sehen glaubt. Den Schutz sieht man dann in Paris. Sollte es wirklich so unmöglich sein, daß beide zu einander kommen, so daß dann sonst in Europa die Angst verschwindet, und man sich nicht mehr nach Schutz umzusehen braucht? Dann erst, wenn alle diese materiellen und moralischen Sicherheitsbauten abgetragen werden können, wird man die kontinentaleuropäische Wirtschaft organisch gestalten können. Und das vereinte Schaffen wird die Politik der Bundesgenossenschaften ablösen.

HERMAN KRANOLD . DIE NOT DER LANDKREISE



EBEN allerlei anderen Bestrebungen verfolgen die Notverordnungen der Reichsregierung mit großer Beharrlichkeit und unter dem Einsatz einer ganz außerordentlichen Härte das Ziel eine Sanierung der Finanzen der Körperschaften öffentlichen Rechts in Deutschland unter allen Umständen zu erzwingen. Sie sind bemüht dieses Ziel so zu erreichen, daß so wenig wie möglich auf die Erschließung neuer Einnahmen, seien sie welcher Herkunft immer, zurückgegriffen wird. Wir Sozialisten können das Ziel gewiß nur billigen. Sozialismus verlangt, mindestens als Mittel, die Ausdehnung der Betätigung der Öffentlichen Hand auf immer weitere Gebiete des öffentlichen Lebens. Wer sie aber ernsthaft will, kann sie nicht als Episode wünschen, muß vielmehr mit allen Kräften daran arbeiten, daß sich diese Ausweitung der gesellschaftlichen Wirkenszone der Öffentlichen Hand in einer Art und Weise vollzieht, die nach menschlichem Ermessen bei sorgfältiger Abwägung aller Umstände Dauer verspricht. Zwischenspiele hervorzuzaubern liegt nicht einmal in der Richtung der Entwicklung zum Sozialismus, und mißglückte, der Gesamtheit große Opfer auferlegende Versuche können den wohlbegründeten Ideengehalt des Sozialismus nur in einer höchst hemmenden Weise für längere oder kürzere Zeit kompromittieren. Noch heute erklärt sich viel von der Wirksamkeit, mit der die reaktionäre Hetze gegen den "Marxismus" betrieben wird, aus den tiefgehenden Enttäuschungen, die für die Massen mit dem Aufbau und Zusammenbruch der für sozialistisch ausgegebenen Maßnahmen der Zwangswirtschaft während des Kriegs und der Inflationszeit verbunden waren, während es sich doch in Wirklichkeit nur um den Versuch einer Militarisierung des Wirtschaftslebens im Interesse machtpolitischer Bestrebungen der herrschenden Klasse handelte. In den Sozialistischen Monatsheften ist das oft und eindringlich gezeigt worden.

Eine der ernstesten Gefahren dieser Art hat sich nun in den letzten Jahren dadurch in Deutschland entwickelt, daß die Bestrebungen zur Sicherung und Erweiterung gewisser, an sich sehr guter sozialpolitischer Leistungen es an dem notwendigen Ergänzungsstück, an der finanziellen Untermauerung dieser Einrichtungen, so gut wie ganz fehlen ließen. Man hat aus sozialen Einrichtungen ein riesiges neues Ausgabenkapitel der Öffentlichen Hand zusammengebracht; um das machtpolitisch zu ermöglichen, hat man gleichzeitig ein ebenso großes Ausgabenkapitel zu Nutzen des Unternehmertums zusammenvotiert, das die Übernahme der Verluste privatkapitalistischer Unternehmungen auf die Öffentliche Hand, in den verschiedensten Formen und unter sehr verschieden dichter Verschleierung, zu einer Art von Selbstverständlichkeit machte. Schon diese sonderbare Kombination des Subventionismus in 2 so diametral entgegengesetzten Richtungen entsprang dem Bestreben der Linie des geringsten Widerstands zu folgen und es möglichst allen recht zu machen. Ihre rechte Erfüllung fand aber diese Politik erst darin, daß man niemals mit der Beschlußfassung über die neue Ausgabe auch zugleich die Kostenrechnung präsentierte und ihre Begleichung von der selben Mehrheit verlangte, die die neuen Ausgaben beschloß. Sondern man ließ diesen Teil der Sache unerledigt oder fertigte zudringliche Frager, die sich gewisser Sorgen nicht entschlagen konnten, mit einer Scheinantwort ab. Die Größe der heute zu beseitigenden Fehlbeträge und die Dringlichkeit, mit der

diese Aufgabe jetzt eine Lösung erheischt, wird gewiß niemand verkennen. Dennoch ist diese Geld-, Produktions-, Absatz- und politische Krise, die an Deutschland mit erschreckender Brutalität rüttelt, vom Standpunkt des Sozialisten noch längst nicht die schlimmste Folge dieses Tuns. Schlimmer vielmehr ist die vollkommene Verschlampung der gesellschaftlichen Gesinnung, die darin zum Ausdruck kam, und die sich so tief eingefressen hat, daß sie schon beinahe ein über jede Kritik erhabener, ja "krisenfester" Zustand der Selbstverständlichkeit zu sein scheint.

Typisch dafür ist die Art und Weise, wie die Umarbeitung der frühern Erwerbslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung vor sich ging. Die ganze Einrichtung wurde den Kommunen und Kommunalverbänden aus der Hand genommen, obwohl sie keineswegs versagt hatten, obwohl in Scharen das brauchbare Personal für die neue Reichsanstalt aus dem Kommunaldienst weggengagiert werden mußte. Die Einheit der Fürsorge wurde so zerrissen, den Versicherten für begrenzte Zeiten ein Rechtsanspruch auf Unterstützung ohne Nachweis der Bedürftigkeit gewährt, und dann noch daneben eine Unterstützung durch die Reichsanstalt mit Bedürftigkeitsprüfung (selbstverständlich nach anderen Grundsätzen als bei den Bezirksfürsorgeverbänden, wenn die neuen Grundsätze auch unbewährt waren), und schließlich wurde für die Zeit, in der die Not des Erwerbslosen am höchsten stieg, weil er am längsten ohne Arbeit und Lohn dasteht, seine Versorgung durch die Fürsorgeverbände, gleichsam durch eine Hintertür, wiedereingeführt, von der wohl keiner der Gesetzgeber damals geahnt hat, daß durch sie eines Tages die Mehrheit der Erwerbslosen wandern müßte und könnte. Dieses Gesetz (dessen Problematik hiermit nur kurz gekennzeichnet, über dessen Fragen damit noch nicht in einem bestimmten Sinn entschieden werden soll) baute man in gemeinsamer Arbeit der größten Koalition auf, die der Reichstag der Deutschen Republik wohl je bei einer umfangreichen Gesetzgebungsarbeit erlebt hat. An jedem ernsthaften Versuch diese Einrichtung zu finanzieren hätte diese Koalition schon damals zerbrechen müssen, so wie seither manche daran gescheitert ist, daß man unter dem Druck kritisch sich zuspitzender Finanzverhältnisse nachträglich der Versicherungseinrichtung eine Finanzbasis zu schaffen und sie dadurch zahlungsfähig zu erhalten versuchte. Infolgedessen ist die Arbeitslosenversicherung von Anfang an und auch in den Zeiten, in denen der Grad der Beschäftigung der Erwerbsfähigen hoch war, unterfinanziert gewesen. Der Reservefonds, der aus der Fürsorge übernommen war, war sehr bald aufgebraucht, und riesige verlorene Zuschüsse des Reichs, große, in absehbarer Zeit nicht wieder hereinzubringende Kredite von der selben Stelle, die Auskippung der Kosten für die Krisenunterstützten zu $\frac{1}{3}$ auf die Kommunen, die Beschlagnahme von nach und nach bis zu $6\frac{1}{2}$ % der Arbeitslöhne und Angestelltegehälter für die Anstalt und die Überweisung von bald der Hälfte aller Erwerbslosen an die kommunale Fürsorge konnten nicht hindern, daß die letzte große Notverordnung in einer einschneidenden Heruntersetzung der Pflichtleistungen das letzte Heil sieht.

Ich wähle grade dieses Beispiel, weil die finanziell total mißglückte Regelung der Versorgung der Arbeitslosen einer der Bindestriche zwischen der Not der Landkreise und der allgemeinen Finanzmisere ist, und weil grade wieder durch die Politik der Linie des geringsten Widerstands und nicht derjenigen der sachlich haltbarsten Lösung einer großen Frage zu folgen die Not der Landkreise verdoppelt und auf ihren heutigen Stand gebracht worden ist.

IN Preußen wohnen heute in Landkreisen immer noch 70 % der Bevölkerung, und der Deutsche Landkreistag, der alle Landkreise Preußens und alle landkreisähnlichen Gebilde des übrigen Deutschlands umfaßt, vertritt 39 von 64 Millionen Menschen, das heißt etwa 60 % der deutschen Bevölkerung. Diese Zahl zeigt, daß die hier aufgezeigten Probleme in größtem Umfang auch für das nichtpreußische Deutschland bestehen, wenn ich mich auch bei den folgenden Betrachtungen in der Hauptsache an die preußischen Verhältnisse halten werde, weil sonst um der Richtigkeit willen eine Fülle nicht grade sehr bedeutungsvoller Variationen von Land zu Land im Deutschen Reich mit dargestellt werden müßte. Dadurch würden die Ausführungen aber nur länger und komplizierter, ohne daß damit ein Mehr an Einsicht in das, was im Augenblick wesentlich ist, gewonnen werden könnte.

Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Zu verlangen, daß Reich, Länder, Krankenkassen, Stadtkreise ihre Ausgaben selbst in der schmerzlichsten Weise drosseln, die Landkreise aber zu solchen Opfern nicht genötigt werden sollten, kann niemandem einfallen, der es mit der Sanierungsarbeit ernst meint. Aber die Grenze muß da erreicht sein, wo das Maß des Möglichen in den Anforderungen deutlich überschritten wird, und alles andere als eine Sanierung der öffentlichen Finanzen ist es, wenn man, um das Dutzend große Löcher im Reichshaushalt zu stopfen, in jedem der 400 Landkreise ein halbes Dutzend Löcher aufreißt, ohne den Kreisen mehr als den platonischen guten Rat zu geben, sie sollten diese Löcher nun selber stopfen. An sich schon muß man bedenken, daß der Prozentsatz des Anteils der Landkreise an der Bevölkerung Preußens auch nicht im entferntesten von dem ihres Anteils an der finanziellen Leistungsfähigkeit des ganzen Staatsvolks erreicht wird. Viel näher jenem Prozentsatz liegt vielmehr schon heute der Prozentsatz des Anteils der Landkreise an der Gesamtzahl der preußischen Wohlfahrtserwerbslosen und der der kreisangehörigen Städte und Landgemeinden an der Gesamtzahl der preußischen Krisenunterstützungsempfänger, für die die Gemeinden der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung 20 % der Unterstützungskosten bezahlen müssen. Die große Masse der leistungsfähigen Steuerzahler, sofern es so etwas in Deutschland heute noch gibt, und die Auslese der Leistungsfähigsten sitzt in den Stadtkreisen und zahlt dort; das hat die kapitalistische Entwicklung so mit sich gebracht. Die Sondernot der Landwirtschaft hat diesen Prozeß verstärkt, und im letzten Jahrzehnt hat die Praxis der Eingemeindungen in die vorhandenen Stadtkreise und die Bildung neuer Stadtkreise diese sozusagen natürliche Tendenz noch überall hin künstlich verbreitert und dadurch diese steuerliche Aushöhlung der Landkreise vollendet. Man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß mancher Landkreis als Folge solcher Auskreisungen eine Verwüstung seiner finanziellen Widerstandsfähigkeit erlebt hat. Um so ungerechter das ungleiche Maß, mit dem zuungunsten der Landkreise bei der Sanierungsgesetzgebung gemessen wird.

Wenn aber dieses ungleiche Maß bloß ungerecht wäre, so wäre es vielleicht möglich noch eine Weile länger, wie ja auch schon bisher, dazu zu schweigen. Aber hier handelt es sich nicht "nur" um Ungerechtigkeit. Vielmehr wird diese Praxis für die Bevölkerungsmassen der Landkreise und damit für das Staatsganze allmählich lebensgefährlich. Mit allem Ernst muß auf die besondere politische Gefahr hingewiesen werden, die der Wahrung verfassungs-

mäßiger Zustände und der Festigkeit der republikanischen Gesinnung hieraus erwächst. Auch das Sanierungswerk selbst steht dabei auf dem Spiel. Die Haltbarkeit einer Kette hängt von der Zugfestigkeit ihres schwächsten Gliedes ab. Es besteht die eminente Gefahr, daß das ganze Sanierungswerk niederbricht, weil die Landkreise zusammenbrechen; so unvermutet das vielleicht dem Gesetzgeber der Notverordnungen kommen könnte (der ja als Reichsbehörde von kommunalen Angelegenheiten wenig versteht, und von dem man nicht recht weiß, ob er die Landkreise aushungert, weil er ihre Existenz nicht kennt, weil er sie vergessen hat, oder weil er wieder der Linie des geringsten Widerstands folgt), so gefährlich ist dieser Zustand.

Die preußischen Landkreise haben eine finanzielle Struktur, die nicht nur aus ganz andersgearteten Zeiten stammt sondern auch seitdem kaum weiterentwickelt worden ist. Als die heutige steuerrechtliche Grundlage für die Landkreise geschaffen wurde (hauptsächlich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts), da hatten sie nur zu einem sehr kleinen Teil die Aufgaben zu bewältigen, die ihnen heute obliegen. Ihr Finanzbedarf war gering, und die Steuer, die hauptsächlich von ihrem eignen Entschluß abhing, die Kreisumlage, war bloß zur Deckung eines verhältnismäßig bescheidenen Spitzenbedarfs bestimmt, zugleich aber als eine Art von Lastenausgleich im Kreisverband gedacht. Namentlich sollte damals dieser Lastenausgleich die schwachen Landgemeinden von einem Teil der Wegelasten befreien und ihn auf die, ja auch zu jener Zeit bereits stärker gewerblich durchgesetzten kreisangehörigen Städte und auf die wenigen ähnlich beschaffenen Landgemeinden legen, damit auch hier die Schwachen eine Hilfe von den Starken bekamen. Durch die Herauslassung der kreisfreien Städte war dieser Grundsatz freilich durchbrochen, aber die absolute Höhe jener Lasten war so gering, daß dieser Schönheitsfehler immerhin erträglich schien. Heute ist das alles ganz anders. Heute spielt auch die Kreisumlage durchaus nicht mehr eine Spitzendeckungsrolle sondern ist eine Haupteinnahmequelle der Kreise geworden. Wie die Feststellungen im 25. Band des Statistischen Jahrbuchs für den Freistaat Preußen ergeben, betrugen die gesamten Steuererträge der preußischen Landkreise im Jahr 1927 zum Beispiel einschließlich der Kreisabgabe 18,15 Mark pro Einwohner, ohne die Kreisabgabe 12,10 Mark; das heißt, von den gesamten Steuereinnahmen der Landkreise entfiel auf die Kreisabgabe genau $\frac{1}{3}$. Der Prozentsatz war allerdings früher höher; er betrug, berechnet auf Grund der Zahlen im 12. Band des selben Jahrbuchs, im Jahr 1913 78 %; aber da damals die Ausgaben und folglich auch die Ausgaben der Kreise unvergleichlich geringer waren als heute, so betrug der Kopfbetrag der ganzen Steuererträge der Landkreise nur 4,53 Mark, davon die Kreisabgabe 3,54 Mark. Mochte der finanziellen Empfindlichkeit der Steuerzahler die Kreisabgabe von 1913 als *quantité négligeable* erscheinen (sie erschien ihnen aber so durchaus nicht), so ist sie heute absolut, trotz dem geringern Prozentsatz, so viel beträchtlicher, daß man darüber nicht hinwegsehen kann. Die Kreisumlage ist bisher der Lebenspfeiler der Kreisfinanzen gewesen. Wie aber ist man mit ihr umgesprungen, wie hat der Gesetzgeber sie behandelt! Durch die fortschreitende Begrenzung der Gewerbesteuer und durch die Einbeziehung der Reichssteuerüberweisungen in die Bemessungsgrundlagen hat die Kreissteuer auch zum Teil ihre Funktion als Mittel des Lastenausgleichs im Kreis verloren. Die Einbeziehung der Bürgersteuer in die Bemessungsgrundlage hat diese Entwicklung vom Lastenausgleich weg fortgesetzt.

Der Kreis als Wegebauverband ist heute, im Zeichen des Automobils, etwas ganz anderes als er früher im Zeichen der Kutsche und des Planwagens war. Man muß sich einmal die vollständige Umwälzung des Verkehrswesens und der Transportmittel vor Augen führen, um sich klarzumachen, was in den ersten 3 Jahrzehnten dieses Jahrhunderts auf diesem Gebiet vor sich gegangen ist. Bis etwa 1900 war die Landstraße überhaupt nur von schwachem Verkehr belebt, und dieser Verkehr ging vorwiegend zu den benachbarten Orten vor sich; Personen- und Lastfahren über die nächste Eisenbahnstation, über die Kreisstadt oder über die nächste kreisfreie Stadt hinaus waren außerordentlich selten. Seitdem haben sich die Chausseen wieder enorm bevölkert. Die Automobile fahren mit riesiger Geschwindigkeit auf weite Strecken, die Lastautomobile sind zum Teil wahre Dreadnoughts und fahren quer durch Deutschland von Hamburg bis Hindenburg, von Stettin bis Stuttgart, von Rüstringen bis Reichenhall. Ihr Bau hat auf das vorhandene Straßennetz kaum Rücksicht genommen. Die Eigentümer dieser Wagen, in deren Interesse dieser ganze Verkehr sich abspielt, wohnen ganz überwiegend in den Stadtkreisen und zahlen dort ihre Steuern. In den Landkreisen zahlen sie keine, aber deren Bevölkerung muß die Straßen unterhalten und ihrerseits in Gestalt hoher Eisenbahntarife und der Verluste des in Kleinbahnen angelegten Kapitals für die finanziellen Schäden aufkommen, die an anderer Stelle des Verkehrssystems infolge des "Siegeszugs" des Autos auf den von den nicht Auto Fahren den bezahlten Chausseen entstehen. Mag auch die Kraftfahrzeugsteuer zu einem Teil den Landkreisen zufallen, mögen auch die Kreise gewisse besonders hoch belastete Chausseestrecken an die Provinzen abgegeben haben, das ändert an dem Zustand nicht viel. Diese Abtretung war nicht erforderlich, um die notwendige Planmäßigkeit der Straßenverwaltung zu sichern; das geht am besten daraus hervor, daß in einer Reihe von Provinzen die Verwaltung der abgetretenen Chausseen den Kreisen verblieben ist. Die Provinzen sind bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer unvergleichlich besser weggekommen als die Landkreise. In Niederschlesien zum Beispiel deckt die Provinzialverwaltung mehr als die Hälfte der laufenden Chausseeausgaben aus ihrem Automobilsteueranteil und 10 bis 40 % aus den Beiträgen des Kreises; die Kreise decken aber nur 8 bis 15 % aus der Automobilsteuer und nichts aus Provinzialbeiträgen. Den noch fehlenden Punkt auf das letzte kleine i hat die neuerliche Beschlagnahme der Triebstoffsteuer und Triebstoffzölle durch die Reichsfinanzen gesetzt. An dieser Stelle ist in aller Ruhe der Finanzausgleich auf kaltem Weg zuungunsten der Landkreise rückwärtsrevidiert worden. Allein diese Beschlagnahme macht weit mehr aus als die neuen Mittel, die durch die letzte Notverordnung vom Reich den Kreisen als Zuschuß zu den Kosten der Versorgung der Wohlfahrts-erwerbslosen zugewiesen worden sind, wieder hineinbringen.

Nur insofern stellt diese Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 einen wesentlichen Fortschritt dar, als die darin vorgesehene Gewährung eines Zuschusses zur Finanzierung der Bezirksfürsorgeverbände die Kreise von Reichs wegen zum erstenmal als selbständig existierende kommunale Gebilde anerkannt hat. Bis dahin war in dieser Hinsicht in der Schaffung der Bezirksfürsorgeverbände und in der Gewährung der Kompetenzkompetenz der preußische Gesetzgeber dem Reichsgesetzgeber vorausgegangen, ohne seine Gefolgschaft zu finden. Aber von einer auch nur einigermaßen ausreichenden Hilfe kann keine Rede sein.



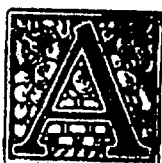
GRADE auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege liegt die eigentliche große Entwicklung der Landkreise, die sie im Lauf weniger Jahre zu völlig neuen und durchaus selbständigen Gebilden gesellschaftlicher Organisationskunst gemacht hat. Sie sind durch die Fürsorgepflichtverordnung und das Jugendwohlfahrtsgesetz Träger einer neuen, bessern, mit unserm menschlichen Empfinden eher zu vereinbarenden Wohlfahrtspflege an Stelle der alten, wenig leistenden und wenig menschenwürdigen Armenpflege geworden.

Der Gesetzgeber hat es in dieser Hinsicht erfreulicherweise nicht daran fehlen lassen den Bezirksfürsorgeverbänden große und schöne Pflichtaufgaben zuzuweisen. An diesen Aufgaben soll man gewiß mit voller Kraft arbeiten; ohne ihre Erfüllung würde für große Massen der Bevölkerung das Leben im deutschen Vaterland unerträglich werden, müßte das Staatsbewußtsein zahlloser, in äußerster Not geratener Menschen vor die Hunde gehen. Als diese Gesetze geschaffen wurden, hat sich der Gesetzgeber bemüht den Kreisen für die Lösung dieser neuen großen Aufgabe auch finanzielle Mittel an die Hand zu geben. Der den Kreisen zugewiesene Anteil an den Erträgen der Hauszinssteuer für Finanzzwecke bedeutete ursprünglich für die Kreise einen zwar meist nicht voll hinreichenden, aber doch durchaus als Erleichterung fühlbaren Zuschuß zu den Kosten der Wohlfahrtspflege. Durch die neuere Gesetzgebung und durch die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse zur Dauerkrise ist aber aus dem, was die Fürsorgepflichtverordnung wollte, etwas ganz anderes geworden. Quantitativ und der Dringlichkeit nach werden alle eigentlichen Aufgaben der Wohlfahrtspflege heute vollkommen von der Aufgabe überragt für die von unterhaltspflichtigen Verwandten oder von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nicht versorgten Erwerbslosen zu sorgen. Dadurch sind die Landkreise finanziell völlig überlastet. Viele von ihnen drohen zusammenzubrechen. An Stelle der von ihnen allmählich eingerichteten, den einzelnen Notfall sorgsam erforschenden und mit der für diesen Fall nach seiner besondern Lage nach Art und Maß erforderlichen Hilfe eingreifenden Fürsorge droht ein öder Schematismus und Massenbetrieb zu treten, ja ist trotz aller Gegenwehr leider in vielen Kreisen heute schon ein solcher Massenbetrieb getreten, daß von einem guten Gewissen bei der Erfüllung dieser Aufgaben kaum noch die Rede sein kann, und daß es vielfach kaum noch berechtigt ist von Fürsorge zu sprechen, daß man, um bei der Wahrheit zu bleiben, vielmehr von Abfertigung mit Almosenabspeisung reden sollte. Wichtige Aufgaben der Fürsorge fallen dabei vollkommen unter den Tisch. Die Arbeitswilligkeit und die Arbeitsfähigkeit sind durch die dauernde Arbeitslosigkeit aufs äußerste gefährdet; sie zu erhalten muß deshalb alles rechtzeitig unternommen werden. Aber dazu müßten weitreichende, sozial durchdachte, von produktivem sozialen Geist erfüllte und in der Wirkung auf die Menschen und den Arbeitsmarkt sorgsam abgewogene Maßnahmen getroffen werden. Die Mehrzahl der Landkreise sieht sich dazu, ganz gegen ihren Willen und unter heftigsten Gewissensbeklemmungen der leitenden Beamten der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände, völlig außerstande. Es fehlt ihnen schon an den neuen Scharen fachlich tüchtigen Personals in der Wohlfahrtspflege, die dieser Massenüberflutung Herr werden könnten, und es fehlt ihnen an allen Geldmitteln, die sie dieser Aufgabe widmen müßten. Die finanzielle Wirkung dieser Überschwemmung mit Wohlfahrtserwerbslosen auf die Bezirks-

fürsorgeverbände kann nur als eine Totalkatastrophe bezeichnet werden. Es ist heute schon so weit, daß die Zahlungsfähigkeit einer langen Reihe von Kreisen gefährdet ist und nur künstlich durch Borgen an jeder Stelle aufrechterhalten wird, die sich überhaupt anborgen läßt. Große laufende Defizitbeträge mußten im vorigen Jahr aus Anleihemitteln abgedeckt werden und werden in diesem Jahr nur auf dem selben Weg gedeckt werden können, sofern eine Anleihemöglichkeit überhaupt noch besteht.

Eine total unproduktive Verschuldung der Landkreise entwickelt sich hieraus. Es wird ihnen zwar gesagt, sie sollten sparen. Der gute Rat fühlbare Ersparnisse durch Senkung der Richtsätze in der Wohlfahrtspflege herbeizuführen ist leicht erteilt, aber leider durchaus nicht ebenso leicht befolgt. Jeder, der von der Überspannung der Unterstützungen durch die Landkreise spricht, mag in die vollkommen ehrliche veröffentlichte Statistik dieser Richtsätze hineinsehen. Wer unbefangen an die Sache herantritt, wird staunen, mit wie knappen, ja kümmerlichen Unterstützungsbeträgen Menschen massenweise jahraus jahrein zu vegetieren vermögen. Der Reichsgesetzgeber hat mit gutem Grund bei der Kürzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge sich in engen Grenzen gehalten. Ich denke nicht daran hier größere Abstriche zu fordern. Auch die überwältigende Mehrheit der von der Reichsanstalt Versorgten hat "nichts zu lachen" und kann von dem, was sie bekommt, nichts entbehren. Man bedenke aber, daß die große Masse der von den Kreisen unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen langfristig hilfsbedürftig ist, daß sie nicht nach einer Zeit des Genusses vollen Arbeitslohns in diese Fürsorge kommt, sondern nachdem sie schon längere Zeit Arbeitslosen- oder Krisenfürsorgebezüge hat empfangen müssen, daß es sich also um den am stärksten verarmten und gleichzeitig in der Hoffnung auf Wiedereinstellung am stärksten benachteiligten Teil der Erwerbslosen handelt. Und nun vergleiche man unbefangen die Höhe der von den Landkreisen gezahlten Unterstützungen mit der durchschnittlichen Höhe der Leistungen der Reichsanstalt. Weit unterhalb derjenigen der Schützlinge der Reichsanstalt steht die Unterstützung heute schon bei der Masse derer, die so lange arbeitslos sind, daß das Reich glaubt, es brauche nicht mehr für sie zu sorgen. Wo, wann und wie viel sollen die Bezirksfürsorgeverbände da von den Richtsätzen abstreichen? Wie tief noch sollen sie die Lebenshaltung der armen Menschenmassen herunterdrücken, für die nur noch sie sorgen können, um die sich sonst keiner mehr kümmert, die die Reichsanstalt, wie die Statistik zeigt, als die letzten wieder in Arbeit vermittelt?

Vom Wohnungsbau, von jenem Teil der Wohlfahrtspflege, der über die gesetzlichen Pflichten der Bezirksfürsorgeverbände hinausgeht, von der Gesundheits- und von der Jugendfürsorge: von diesen 4 großen Gebieten, in denen die Möglichkeit des menschlichen Wiederaufstiegs beschlossen liegt, will ich hier gar nicht erst reden; die Betrachtung ergibt das selbe Bild wie bei der auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Wohlfahrtspflege. An den Chausseen wird Raubbau getrieben, sie verfallen; wir senken die Realsteuern und ruinieren die Straßen. Die Wohlfahrtspflege wird zu einem fühllosen Massenbetrieb, dessen finanzielles Weitergehen Tag für Tag von Untergang bedroht ist. Und wie steht es mit der Förderung der produktiven Kräfte, aus deren Entfaltung allein auf die Dauer der Landkreis seine Geldmittel hernehmen kann? Wie steht es mit der Wirtschaft?



UF die Industrie in den Landkreisen brauche ich nicht einzugehen, weil sich die Dinge in Preußen so entwickelt haben, daß die Fürsorge für sie in geringerem Grad Arbeitsgebiet der Kreisverwaltung war, wenn auch freilich grade jetzt, in dieser langen und schweren Krise, manche industrielle Unternehmung die Hilfe der Kreise sucht (und, soweit möglich, findet), die früher recht stolz und selbstbewußt dem Kreis gegenüberstand. Nur ein paar Worte über die Landwirtschaft, die heute in Deutschland noch etwa $\frac{1}{3}$ der Erwerbstätigen und mit den Angehörigen 22% der Bevölkerung umfaßt. Hier sei nur einiges aufgezählt, das wohl als unbestritten gelten darf:

1. Trotz allen Fortschritten, die wir mit Genugtuung verzeichnen, bedarf die Fähigkeit des Landwirts noch einer starken Entwicklung sich neuen technischen Anforderungen und wirtschaftlich-sozialen Veränderungen anzupassen, unter denen der landwirtschaftliche Betrieb arbeiten muß. Mit dem bloßen wirtschaftlichen Traditionalismus, der auch in der deutschen Landwirtschaft zu einem erheblichen Teil noch steckt, muß aufgeräumt werden. Nicht in dem Sinn, daß gesichertes Erfahrungsgut der Vergangenheit in radikaler Phrasendrescherei über Bord geworfen wird, sondern in dem Sinn, daß dieses Erfahrungsgut fortlaufend erweitert, umgestaltet und vervollständigt wird, und daß es immer mehr lebendiges, praktisch angewendetes, klug beherrschtes Gemeingut aller Landwirte wird, der großen wie der kleinen. Deshalb bedarf das landwirtschaftliche Bildungswesen des Aufbaus und der Ergänzung. In dieser Hinsicht sind aber die vorhandenen Einrichtungen heute aufs schwerste gefährdet. Namentlich gilt dies von ihrer untersten Stufe, den ländlichen Fortbildungsschulen. Wie viel sie heute für den Landwirt schon bedeuten können, darüber sind die Meinungen geteilt; einhellig aber sind die Meinungen darüber, daß es sich höchstens um schöne Anfänge handelt, die weiterentwickelt und auf diejenigen Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausgedehnt werden müssen, die, wie namentlich die Mädchen heute in großen Teilen Preußens, erst sehr zum Teil Nutzen von dieser Bildungsstätte haben. Ähnliches gilt für die Landwirtschaftsschulen, die trotz allen Fortschritten bei uns den Vergleich mit manchen Teilen des Auslands nicht aushalten können. Die finanzielle Lage der Landkreise, die bei den ländlichen Fortbildungsschulen überwiegend, bei den Landwirtschaftsschulen in hervorragendem Maß die Mittel für diese Bildungseinrichtungen aufbringen, stellt für die Gegenwart jede Möglichkeit außerhalb der Erörterung diese Einrichtungen auszubauen und läßt für die allernächste Zukunft den finanziellen Hungertod für sie befürchten.
2. Ähnliches gilt für die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Den Landwirt vor Hochwasser zu schützen, seinen Boden durch Bewässerung, Drainage und Melioration ertragfähiger zu machen, die Viehzucht zu befähigen mit größerem Rohertrag und also geringeren Generalunkosten Fleisch, Fett, Milch, Butter und Eier zu produzieren und dadurch einen riesigen Import von Nahrungsmitteln durch deutsche Produkte zu ersetzen, die Obstzucht überall zur Lieferung hochwertiger Erzeugnisse zu befähigen und vieles andere: für sehr vieles von alledem ist die Genossenschaft die geeignetste Organisationsform, in deren Entwicklung manche "farbige" Völker (von unseren europäischen Nachbarn gar nicht erst zu reden) die deutsche Landwirtschaft beschämen. Immer, wenn bei der Förderung des Genossenschaftswesens und der sonstigen Einrichtungen zur Produktionsförderung alle

anderen versagten, halfen die Landkreise aus. Gewiß nicht immer mit großen Summen, oft nur mit Rat und Vermittlung, oft mit Spitzenbeträgen, von denen das Zustandekommen des Ganzen abhing. Wer springt da in die Bresche, wenn die Kreise versagen, weil sie versagen müssen? Niemand.

3. Es ist aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen dringend notwendig, daß die Landräte in die Umschuldungsarbeit so eingeschaltet werden, wie der Gesetzgeber es glücklicherweise angeordnet hat. Aber der Staat stellt keine Mittel zur Verfügung, mit denen die Unkosten dieser landrätlichen Arbeit gedeckt werden können. Der Kreis muß einspringen. Aber wie lange kann er es noch? Wie lange können es noch grade die Kreise, in denen die Not der Landwirtschaft am größten, die Umschuldung am dringendsten, und der Steuereingang am dürftigsten ist? Zu einem guten Teil die selben Kreise sind es, in denen der Wiederaufstieg der Landwirtschaft ausschlaggebend von der Siedlung, von der Schaffung zahlreicher, solide fundierter bäuerlicher Familienbetriebe abhängt. Vielen Kreisen ist es recht nötig erschienen selbst an der Sache mitzuhelfen. Die jetzige Entwicklung schneidet dazu allerdings jede, auch die bescheidenste Möglichkeit ab.

BETRACHTET man die Finanznot der Kreise, so ist mit dem bloßen, heute so gern sofort vorgebrachten Hinweis auf die "Reparationen" noch lange nicht alles gesagt, noch lange nicht alles getan, und erst recht nicht alles gerechtfertigt, was zu Lasten der Kreise geschehen ist. Das kann man sagen, selbst wenn man den Abbau des größeren, sittlich nicht gerechtfertigten Teils jener Lasten: nämlich der Zahlungen an Amerika, auch wirtschaftlich für nötig hält. Während nämlich die Anforderungen an die Geldaufwendungen der Kreise durch die Not und zum Teil überdies durch ausdrückliche gesetzgeberische Maßnahmen ins Ungeheure gesteigert worden sind, ist gleichzeitig durch die selbe Hochflut der Not und durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen sehr viel zur Aushöhlung des Finanzwesens der Kreise, blutwenig aber zur Ausfüllung der klaffenden Löcher darin getan und die Kreissteuer unbeweglich gemacht worden. Die Hauszinssteuer für Finanzzwecke ist in den letzten Jahren fortlaufend abgebaut und außerdem gänzlich zuungunsten der Landkreise geschlüsselt worden. Der von mir geleitete Kreis Sprottau erhielt aus dieser Steuer zum Beispiel 1929 214 000 Mark, 1931 erhält er voraussichtlich nur noch 120 000 Mark. Die Grunderwerbssteuer ist wiederholt, zuletzt in diesem Jahr, rechtlich eingeschränkt worden, und ihr Ertrag hat schwer unter dem Sinken der Bodenpreise, unter der Verminderung der Zahl der Umsätze und unter der Zunahme derjenigen Fälle gelitten, in denen der Erwerb in der Zwangsversteigerung zur Rettung einer Hypothekenforderung Steuerfreiheit bewirkt. Ähnlich die Wertzuwachssteuer: auch sie eingeengt, auch ihr Ertrag durch den Ruin des Bodenmarkts auf das schwerste beeinträchtigt. Die Kreisbiersteuer, vor kurzem erst den Kreisen gegeben, ist ihnen als eigne Steuerquelle jetzt wieder so gut wie ganz fortgenommen worden; nur ein Bruchteil ihres Ertrags übersteht die Sanierungsgesetzgebung. Dafür ist es vielfach noch steuerfrei Wein zu trinken, dagegen steuerpflichtig Bier zu verbrauchen. Die Getränkesteuergesetzgebung ist ebenso wie die über das Bier neuerdings ganz besonders auch gesetzestechnisch total verunglückt. Die Automobilsteuer wurde schon erwähnt. Die Bürgersteuer bringt etwas, aber aller Voraussicht nach nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Dazu kommt, daß der Ertrag der

Bürgersteuer sehr spät im Rechnungsjahr eingeht, also wenn er, wie wohl in den meisten Fällen, früher gebraucht wird, pro rata durch Zwischenkreditmanöver vorschußweise flüssig gemacht werden muß, deren Möglichkeit mehr als zweifelhaft ist. Gering ist auch die Hilfe aus der Gehaltssenkung. Fühlbarer ist die Entlastung durch die Notverordnung in den Zuschüssen für die Wohlfahrtserwerbslosen durch Reich und Land. Aber was bedeutet sie für das Ganze der Finanzen der Landkreise? Kaum, daß sie die Ausfälle an Überweisungssteuern deckt. Die Ausgaben des Kreises Sprottau in diesem Jahr für Wohlfahrtserwerbslose werden bei 40 000 Einwohnern aller Voraussicht nach in der Gegend von 400 000 Mark liegen. Demgegenüber berechnet sich die Hilfe für die Wohlfahrtserwerbslosen von Reich und Land zusammen schlüsselmäßig auf etwa 62 000 Mark, das heißt etwa 15% der Gesamtlast oder 22% der kreiseigenen Last. Und dabei hat unser Kreis verhältnismäßig recht hohe Schlüsselzahlen. Viele Kreise gehen fast oder ganz leer aus, weil sie die Voraussetzungen der Schlüsselung nicht erfüllen. Es ist ein großer Fehler, daß diese einzige nennenswerte Hilfe rein nach den Kopffzahlen der Wohlfahrtserwerbslosen geschlüsselt ist; die Finanznot der Kreise stammt ja grade aus dem gleichzeitigen Auftreten der Belastung mit Kosten der Wohlfahrtspflege und der Schrumpfung der Steuergrundlage; und diesem Umstand, der in vielen Kreisen eine so große Rolle spielt, wo jener nicht so viel bedeutet, wird die Schlüsselung gar nicht gerecht. Das ist besonders wegen der Immobilisierung der Kreisumlage unerträglich. Stadtkreise haben andere Möglichkeiten. Bürger-, Bier- und Getränkesteuer und die Reichssteuerüberweisungen gehören ihnen ganz. Die Schlüsselung der Reichs- und Staatszuschüsse zu den Kosten der Wohlfahrtserwerbslosen läuft zu ihren Gunsten. Die Bürgersteuer kann ihrem Bedarf angepaßt werden. Sie haben Werke, deren Tarife gesteigert werden können. Die Kreise haben fast alle keine eignen Werke, sie haben bestenfalls Aktien von Werken, deren Dividendenhöhe der Höhe ihrer Fehlbeträge nicht angepaßt werden kann, oder Krankenhäuser, bei denen die Steigerung der Tarife die allerschwersten sozialen Bedenken hat. Den einzigen variablen Faktor von Bedeutung, den sie hatten: die Kreissteuer, hat der Gesetzgeber für 3 Jahre unbeweglich gemacht. Was bleibt, ist eigentlich nur der Kniefall vor dem Vorgesetzten, der Dotationen nach § 39 des Ausführungsgesetzes zum preussischen Finanzausgleichsgesetz verteilt. Diese Dotationen sind aber, statt auf die Fehlbeträge in der Rechnung, völlig auf die Gefahr des Drohens eines Kassenzusammenbruchs abgestellt. Gewiß bemühen sich die staatlichen Behörden, die die Aufsicht über die Landkreise ausüben, die Rolle des Mädchens aus der Fremde, das seine Gaben austellt, gerecht und verständnisvoll zu spielen. Aber das System belohnt den bösen Knaben, und der brave Junge wird bestraft. Wer weitsichtig disponiert, bekommt nichts, auf Kurzsichtigkeit sind Prämien gesetzt. Dieses System der Dotationen nach § 39 muß noch im Lauf dieses Rechnungsjahrs Schiffbruch leiden. Der Verkauf der Vermögensstücke der Landkreise wäre ein gefährliches Mittel. Gewiß soll hier von dem Unfug, der manchmal auch bei der öffentlichen Hand vorgekommen ist, nichts beschönigt werden; namentlich die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge hat da manche sonderbare Blüte der Produktivität getrieben. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß bei den Landkreisen, denen man damit höchstens Enthaltksamkeit in dem Sinn nachrühmt, daß sie das Vergnügen ist an Dingen, die man

nicht kriegen kann, derartige Unternehmungen nur ganz unbedeutende Ausnahmen bilden. Um so lebenswichtiger ist das Vorhandene für ihre Bevölkerung, um so weniger ersetzlich der Verlust; der entstünde, wenn jetzt in Angst und Not derartige Beteiligungen abgestoßen werden würden; das bringt fast nichts und schlägt Wunden, die viele Jahre lang nicht heilen werden. Soweit die Kreise ferner kassenmäßige Betriebsfonds hatten, sind sie längst dahingeschmolzen. Die große Mehrzahl der Kreise arbeitet mit Betriebskrediten. Aber viele Kreise haben für besondere Zwecke Jahre hindurch Fonds sorgsam angesammelt. Einmal schon durch die Inflation sind diese Fonds zum größten Teil in die Binsen gegangen. Soll das jetzt zum zweitenmal geschehen? Es mag zu rechtfertigen sein, wenn in dieser Notzeit solche Zweckfonds als Quellen von Kassenkrediten für den laufenden Betrieb des Kreises verwendet werden, und der eine oder andere mag hier und da ohne Schaden auch ganz und gar geopfert werden können. Aber zur dauernden Abdeckung rechnungsmäßiger Fehlbeträge sollten solche Zweckfonds in aller Regel nicht aufgelöst werden.

So bleibt den Kreisen schließlich nur die Schuldenaufnahme. Sie pumpen, wo sie können, was sie können, wie sie können, und zu welchen Sätzen sie können. Kurzfristig, mittelfristig, langfristig; was zu haben ist, wird genommen. Wie lange aber wird das noch gehen? Wann wird das Ende da sein? Und wenn die Kreise sogar mit dieser Methode diese Krise überstehen: welch ein Trümmerhaufen wird von den Finanzen der Landkreise noch vorhanden sein, auf deren pflegliche Behandlung, auf deren sorgfältige Schonung sie doch all die Zeit hindurch ehrlich stolz waren.

In den Buddenbrooks predigt ein heute wohl zu den klassischen Figuren der deutschen Literatur gehörender braver Pastor immer wieder mit starker Stimme über »Mäßigkeit«. So empfehlen den Kreisen jene nur zu wohlmeinenden Ahnungslosen, die es nur allzu zahlreich gibt, immer wieder mit starker Stimme Sparsamkeit. Ich will natürlich auch nicht entfernt behaupten, daß in den reichlicheren Jahren alle Kreise wie die Engel gehandelt hätten. Selbstverständlich muß fallen, was davon noch da ist; in diesem Sinn mag der Druck dieser Not gutgeheißen werden. Aber man soll auch nicht vergessen zu untersuchen, wie vieles auf sehr gutes Zureden oder auf sehr sanften, aber sehr beharrlichen Druck von oben, wie vieles auf stürmisches Begehren der "Wirtschaft", wie vieles auf immer wiederholte Angebote billiger, aber nicht grade langfristiger Kredite zurückgeht. Man hat den Kreisen Haftungen und Bürgschaften ganz gegen ihren Willen häufig ohne rechte sachliche Notwendigkeit, oft aber mit der Anwendung der berühmten Parole "Friß Vogel oder stirb!" aufgebürdet. Gegen manche solcher Bürgschaften haben sie sich schließlich mit Erfolg gewehrt, so bei den Meliorationen. Andere dagegen müssen sie noch heute übernehmen, und sie sehen sich dem schärfsten Druck dabei ausgesetzt. Manche dieser Bürgschaften mochten einst platonisch erscheinen; dann hätten sie ebenso überflüssig erscheinen sollen. Andere, zum Beispiel die Bürgschaften für die Hauszinssteuerhypothenken, sind heute schon eine sehr reale Gefahr für die Kreisfinanzen und werden es (das ist der traurige Witz bei der Sache) um so mehr werden, je mehr Erfolg den Bestrebungen zur Senkung der Neubaumieten beschieden ist, je weniger Neubauwohnungen Mieter finden, weil die Menschen zu arm werden die Mieten aufzubringen, die aus den Gestehungskosten der von 1924 bis 1930 gebauten Wohnungen sich ergeben.

Die Sanierung der Reichsfinanzen ist einseitig auf Kosten der Landkreise durchgeführt worden. Das ist keine Sanierung. Damit macht man sich und anderen nur etwas vor. Entweder muß man die Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen den Kreisen abnehmen oder ihnen ersetzen. Dann können diese zur Not mit dem heutigen Ausmaß der Einnahmen auskommen; was ihnen dann noch fehlt, wirkt als ein Druck auf Sparsamkeit in einem Ausmaß, das Erfolg in gewissem Maß verspricht und jedenfalls nicht mehr den Keim zur Finanzkatastrophe für das Ganze in sich schnell zur Blüte treibt. Aber bei dem bisherigen System kann es nicht bleiben. Man täuscht sich nämlich zu alledem, wenn man die Landkreise für die Orte des geringsten Widerstands hält; das ist der blutige Witz dabei: In Wirklichkeit verteilt man so immer größere Massen gefährlichsten Zündstoffs hübsch über das ganze Land. Möge aus dem blutigen Witz kein blutiger Ernst werden.

EICKE ZENTNER · POLITIK ZWISCHEN VOGESEN UND RHEIN



U M das Elsaß ist es in der deutschen Presse still geworden. Ab und zu in der Mitte und rechts einige Reisebeschreibungen, in denen immer festgestellt wird, daß es in Straßburg angeblich sehr viel schmutziger geworden ist, und daß man viel Militär ohne stramme Haltung sieht. Das war alles bis in die jüngsten Tage, da die Deutsche Allgemeine Zeitung durch Gott weiß welche Zufälle in den Besitz eines Artikels von Camille Dahlet, »Abgeordnetem in der französischen Kammer«, geriet, den sie am 12. Juni abdruckte, nachdem sie eine pompöse Schlagzeile darübersetzt hatte: »Ist das Elsaß wirklich irredentistisch?« Dahlet gibt darin einen Extrakt seiner Produktion, die er in seiner autonomistischen und antiklerikalen Republik täglich schafft. Er behauptet dort strikt, daß die autonomistische Bewegung der Kampf eines Volks um seine Stellung als Einheit, als Eigenheit gegenüber assimilierenden Tendenzen sei. Und nur deshalb und um seiner Grundthese willen, daß es sich im Elsaß um einen Kampf zur Wahrung des Volkstums und der Sprache handle, hat er in der Deutschen Allgemeinen Zeitung Raum gefunden. In einer einleitenden Bemerkung behält sich die Redaktion »verschiedene Beurteilung der Einzelheiten« vor. Wohl darum, weil sich der übrige Tenor der Dahlet'schen These sehr entschieden gegen die bei uns immer wieder verbreitete Auffassung stellt, als ob der Autonomismus auch nur entfernt Wasser auf die Mühlen des deutschen Nationalismus bedeute.

Aber welchen Gründen verdankt der elsässische Autonomismus überhaupt sein Dasein? Aus der Art seiner Träger und Promotoren kann man alles erkennen: Die Geistlichen beider Konfessionen und die sogenannten Kommunisten sind die spiriti rectores. Wirklich ein seltsames Gespann: die "gottlosen" Bolschewisten und die Sachwalter Gottes an einem Strang. Dazu die andere Sonderlichkeit: Seit der Reformation ist es im Elsaß keiner geistigen oder materiellen Bewegung geglückt eine Einheitsfront der beiden Kirchen zu erzielen. In den Städten allerdings sind die Protestanten meist liberal und dementsprechend auch die Pfarrer. Die protestantische Bourgeoisie zumal ist sehr regierungsfreundlich. In ihrem autonomistischen Bemühen finden sich die beiden Konfessionen. Weshalb? Um die Frage beantworten zu können, muß man wissen, daß die Sozialisten im Elsaß als

erste und eifrigste nie eine Sekunde einen Zweifel über ihr Gefühl für Frankreich gelassen haben. Hatte doch Genosse Jacques Peirotes, Bürgermeister von Straßburg, schon beim Einzug der französischen Truppen am 22. November 1918 gesagt: »Ich begrüße die Truppen als Befreier des französischen Bodens, den ein ungerechter, durch Gewalt auferlegter Frieden dem Mutterland entrissen hatte.« Allerdings hat die Sozialisten diese feste und klare Erkenntnis nicht gehindert im Rahmen der französischen Verbände ihren Teil zur Besserung der moralischen und materiellen Lage der Arbeiterklasse beizutragen. Und diese ihre Konsequenz hat an der Wiege des Autonomismus ihnen selbst unbewußt gestanden. Zur moralischen Besserung gehört nach der Auffassung der Sozialistischen Partei die Laifizierung. Ihr gegenwärtiger Stand ist etwa der: Nach dem Experiment Edouard Herriots im Herbst 1924 gab es einen heftigen Widerstand im Land, und die Regierung gab es (vorläufig) auf die innerfranzösischen Gesetze über Trennung von Staat und Kirche im Elsaß einzuführen. Alle bürgerlichen Elemente glauben seither an die Magie einer jener unübersetzbaren gallischen Sentenzen: *Il n'y a que le provisoire qui dure*. Das heißt in diesem Fall: Fürs erste wird die Trennung von Staat und Kirche im Elsaß ausbleiben. Und wer weiß mit Bestimmtheit, ob bei der gesteigerten Aktivität der Kurie diese Gesetzgebung in Frankreich bestehen bleibt, zumal es sich nicht so sehr um das Problem von Staat und Kirche (ihre Trennung erscheint doch wohl unwiderruflich) als um die weltliche Schule handelt? Aber die Sozialisten kämpfen um sie ohne Rast, ohne Scheu, und da nur sie energisch gegen das Provisorium kämpfen, müssen sie weg. Es ist ein Treppwitz, daß Herriot quasi der Stammvater des Autonomismus wurde, der die Herriotpartei zerschlagen will. Eine gute Sache aber bekämpft man nicht mit graden Mitteln, weil das ja keinen Erfolg hat: Man geht krumme Wege. Man will die Sozialistische Partei dezimieren, indem man den Autonomismus hochpöppelt (das ist der richtige Ausdruck, denn er ist nicht gewachsen).

Das Elsaß hatte nach der getarnten Volksabstimmung (anders kann man die Wahlen zum Parlament 1919 nicht bezeichnen) die bärenstarke Hoffnung mit heißem Herzen von Frankreich alle Forderungen bald erfüllt zu sehen. Dabei kamen als erschwerendes Moment die elsässische Dickschädlichkeit und der straffe französische Zentralismus hart auf einander. Es mußte Reibungen geben, zumal die französische Sprache rein lautmäÙig den Elsässern viel Kummer machte, und trotz ihrer Liebe zur Sprache Racines ihr Akzent fast immer unangenehm hörbar war und blieb. Eine logikfremde Ministerialbureaukratie führte das auf schlechte Schulen und Lehrer zurück, also kamen Altfranzosen in das Land. Die Lehrer zogen andere Beamte nach. So sahen die Elsässer plötzlich an den bevorzugten Stellen, die zu deutscher Zeit nur ihnen offen waren, Altfranzosen. Das war ein Grund zur Unzufriedenheit für den kleinen horizontlosen Bürger. Zur gleichen Zeit kam die "Frankeninflation", sie brachte unsichere Arbeitsverhältnisse, häufigere Entlassungen, schlechtern Lohn: alles Stimulantien für den Bolschewismus. Was lag näher als eine Einheitsfront? Um nur ein Beispiel für die Richtigkeit dieser These zu zitieren, sei hier ein Abschnitt aus dem Verbandsorgan der Katholischen Jünglingsvereine des Bistums Straßburg *Les Jeunes d'Alsace* vom 23. Juni 1924 wiedergegeben: »Eure Geistlichen, die Brüder, Berater, Freunde des arbeitenden elsässischen Volkes, die mit dem Wohl und Wehe einer jeden arbeitenden Familie verwachsen sind, die sollen

am Hungertuch nagen [gemeint ist: nach der Laifizierung], dafür könnt ihr nachher eine Legion Daktylos [damit ist beim Klerikalen etwas Amoralisches, Sittenloses gemeint] mehr in den Bureaus bezahlen, die in der République des Camarades von ausgemergelten Scherenschleifern in unser goldenes Ländchen hineingelotst werden.« Unter der Führung von Abbés, diesen schlecht bezahlten Avantgardisten der Kurie, kam die Einheit gegen die Gewerkschaften, gegen die Sozialisten zustande. Eine geschickte Inszenierung war diesen Führern zu verdanken, und Erfolge blieben nicht aus. Der autonomistische Bolschewist Charles Huber wurde Bürgermeister von Straßburg (nicht zuletzt aus dem Grund, weil Poincaré, der offenbar persönlich schlecht berichtet worden war, einem aussichtsreichen Beamten der Mitte, der in den Wahlkampf ziehen sollte und wollte, die Kandidatur untersagt hatte). Die Regierung verkehrt mit Huber nur schriftlich, ignoriert ihn sonst; der kürzlich ernannte Präfekt Roland-Marcel hat es sogar auf Geheiß der Regierung abgelehnt ihn zu empfangen. Das sind alles Dinge, die fast unfranzösisch anmuten; krasse Antipathiebeweise meidet der Lateiner sonst sehr gern. Auf den ersten Blick scheint sogar diese Taktik im Hinblick auf die elsässische Dickschädlichkeit verwegen. Aber die Entwicklung des letzten Jahres heißt die Taktik gut. Heute dämmt es schon.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat viele Arbeiter zu der Überzeugung gebracht, daß der Autonomismus nicht ihre Sache fördert. Denn tatsächlich ist er doch nichts anderes als eine Spaltung der Arbeiterklasse, gewissermaßen eine politische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (wie sich, den Begriff der Revolution mißbrauchend, die Spaltungszentrale in Deutschland nennt). Hinzu kommt die Unterschiedlichkeit der einzelnen Richtungen, die sich schon in der Vielgestaltigkeit der autonomistischen Presse zeigt. Es gibt die Elsaß-Lothringische Zeitung der reinen Autonomisten, dann den Elsässer, den die Katholiken lesen, und schließlich Dahlets Republik, die autonomistisch, aber antiklerikal ist. Eine solche Vielheit bei einer Bewegung von knapp 200 000 Köpfen (die große Mehrzahl des Volks hält alles nur für Geschwätz "derer, die davon leben") ist verdächtig. Offenbar ist der Höhepunkt überschritten. Der Autonomismus ist zu negativ, gar nicht konstruktiv und hat schließlich (siehe da die Ähnlichkeit mit unseren Hochschulterroristen vom Hakenkreuz) keine führenden Persönlichkeiten von Format. Daran und weiter an der Tatsache, daß eine Assimilierung des Elsaß unausbleiblich ist, muß der Autonomismus scheitern. Was dann?

Weltgeschichtliches Denken geschieht in Dezennien. Hat sich das Elsaß einmal beruhigt, ist das malaise einmal beerdigt, dann wird das Elsaß erst seine große Zeit haben. Ist es erst einmal völlig im französischen Organismus aufgegangen (und das wird seinen Söhnen trotz ihrer eignen Sprache genau so gelingen, wie es den Bewohnern von Hazebrouk trotz ihrem flämischen Dialekt, den Korsen trotz ihrem italienähnlichen, den Basken trotz ihrem euraskischen Idiom, den Provenzalen trotz ihren Mistralliedern gelungen ist), dann erst wird die große geschichtliche Aufgabe des Elsaß beginnen. Der Elsässer, aus alemannischem Stamm, durch Wahl Franzose, muß Humus für Neueuropa sein. Dann muß es, entgegen der Legende vom deutschen Elsaß, die Brücke zwischen den beiden einzigen Völkern Europas bilden, die auf Grund ihrer kulturellen Leistungen während der letzten 1000 Jahre eine neue europäische Weltauffassung formen können.

Das Volk zwischen Vogesen und Rhein birgt in seiner Erinnerung in einzigartiger Weise die Namen von deutschen und französischen Männern von Rang: Schemenhafter, mehr der Intelligenz vorbehalten sind die Leistungen von Johannes Tauler, Jakob Sturm, Sebastian Brant, Johann Daniel Schöpfelin, Johannes Geiler von Kaisersberg, jung, bluthaft sind bei ihm Namen wie Kléber, Küss, Rapp, ist das Bild des Bastillesturms, der grande armée, während vom realpolitischen Leben des 14. und 15. Jahrhunderts nur Fadaeleien und Dynastenguengeleien geblieben sind. Man wird aus beiden Lagern Menschliches kennen und verstehen lernen. Ja, der Elsässer ist auch im Materiellen zur "Brücke" prädisponiert: Seine Küche verkörpert die deutsch-französische Verständigung, denn sein Speisezettel hat das Raffinement und die schillernde Mannigfaltigkeit der französischen Küche, zugleich aber die mutmachende Deftigkeit und Quantität der deutschen. Und wie von ihrem Dialekt, kann man von ihren Sitten sagen: Sie sind und bleiben ein Triumph der Saftigkeit. Es sind also alle Vorbedingungen gegeben, daß sich beide Völker auf gutem neutralen Boden finden, zu Lebensbedingungen, die "dem andern" Freude machen. Das ist aber eine Tatsache, die Straßburgs alte Universität zu einem Brennpunkt des neuen Europas machen sollte. Dort ist das neutrale Forum, auf dem die wahre französisch-deutsche Verständigung langsam Wurzel fassen kann; die besten Lehrer beider Nationen und eine noch zu schaffende Volksuniversität sollten dort in diesem Sinn wirken.

Napoléon nannte einmal Pfalzburg im Elsaß »la pépinière des braves«, weil dorthier eine Menge hoher Offiziere den Weg in seine Armee gefunden hatte. Straßburg sollte la pépinière des bons Européens werden.

ALFRED EHRENTREICH · VOR 4 JAHREN



IN der Nacht vom 22. zum 23. August 1927 wurden wir Zeugen eines der größten Justizverbrechen, die die neuere Geschichte aufzuweisen hat: der legalen Ermordung Nicola Saccos und Bartolomeo Vanzettis in Boston. Man darf das ungeheuerliche Fehlurteil in eine Reihe stellen mit den bekanntesten Rechtsverirrungen der letzten Jahrhunderte, etwa mit dem Prozeß gegen den "Ketzer" Jean Calas, dessen gemordete Unschuld erst durch das Ansehen und den unermüdlichen Kampf Voltaires gegen die Orthodoxie wiederhergestellt wurde; den Toten konnte der unerschrockene Aufklärer allerdings nicht mehr ins Leben zurückrufen. Oder mit der Affäre Dreyfus, in der Anatole France, Georges Clemenceau, Jean Jaurès, vor allem Emile Zola durch sein J'accuse den heroischen Kampf um das Recht aufgenommen. Und das ist es: In Frankreich siegte schließlich das Recht, das Menschentum gegen alle Mächte der Autorität, auch der vermeintlichen Staatsräson. In Amerika aber blieb es bei dem Verbrechen des Unrechts, und die verletzte Menschlichkeit war nicht imstande dort die Seelen zu ergreifen. So zeigte sich das wahre Amerika ganz anders als das Bild, das unsere Byzantiner von ihm entwerfen. Auch in einem weitem Punkt noch ist der Fall Sacco-Vanzetti anders zu sehen als die vorhin genannten Fälle: Waren jene wesentlich eine Angelegenheit des gehobenen Bürgertums und der Intellektuellen, so wurde dieser darüber hinaus eine Sache des Proletariats aller Länder. Selten sind die Massen aller Nationen so geschlossen und einmütig gewesen wie in dem Proteststurm gegen dieses offenbare Klassenurteil.

Man hat der sozialistischen Bewegung von bürgerlicher Seite oft den Vorwurf gemacht, sie habe den Klassenkampf erst erfunden und als ein Instrument der Verhetzung hervorgeholt. Und sollte es selbst Sozialisten geben, die ihn als Parole, als Handlungsprinzip entschieden ablehnen, so kann doch keiner unter ihnen sein Vorhandensein, seine mehr oder weniger verschleierte Auswirkung in dem gesellschaftlichen Prozeß bestreiten. Grade das gehört mit zu den deutlichsten Einsichten der Verhandlungen in Boston: Hier hat die besitzende Schicht eines an und für sich bürgerlich-exklusiven nordamerikanischen Staats, hier hat das Interesse von Fabrikeigentümern, von politisch-konservativen Machthabern (Gouverneur Fuller, die letzte "Gnadeninstanz", der für die amerikanische Präsidentschaft kandidieren wollte), von Bildungsprivilegien (Harvard University) 2 Radikale, 2 "Anarchisten" (und dazu noch Ausländer) beseitigen helfen, deren großzügig einfache Lehre ihre Autorität bei den Massen zu untergraben drohte. Die gesellschaftliche Situation hatte gegen die beiden Arbeiter entschieden und ihre Beseitigung gefordert, ehe auch nur der Bruchteil einer Schuld erwiesen war. Da man aber zu einer "rechtmäßigen" Verurteilung den Erfordernissen der Gesetzesmaschinerie genügen mußte, wurde durch Zeugenbeeinflussung, durch Meineide, durch Fragetricks der Anklagevertreter, durch Entkräftung aller noch so klaren Revisionsgründe unter Benutzung der rückständigen Gerichtsverfassung von Massachusetts den Angeklagten der Strick gedreht, der sie erwürgen sollte. Nicht genug damit: Eine 7jährige Ungewißheit, eine moderne Auflage überwundener Foltermethoden ließ die Verurteilten ständig zwischen Lebenshoffnung und Todesqual. Es zeugt für die innere Größe der beiden einfachen Männer aus den einfachsten Kreisen italienischer Auswanderer, daß sie in ihrer Schicksalsverbundenheit zu einer einzigen symbolischen Gestalt zusammenwachsen, ungebrochen in ihren Überzeugungen den Richtstuhl besteigen und im Bewußtsein ihrer seelischen Überlegenheit selbst ihren Richtern und Verfolgern angesichts des Todes die Hand der Veröhnung, der Verzeihung entgegenstrecken.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist man über den Fall längst zur Tagesordnung übergegangen; sonderlich aufgeregt hat man sich dort ohnehin nie darüber, und der literarische Sturm, den einige Intellektuelle dort entfachen wollten, ist ein kaum spürbarer Wind geblieben. Gewiß, einige Zeitschriften (The Nation, The Arbitrator, The Haldeman-Julius Monthly, The Lantern) bemühten sich bis in die letzte Zeit um weitere Klärung; neben diese arbeiterfreundliche Aufklärung trat eine der schönsten modernen Proletarierbiographien: das Buch Eugène Lyons' Sacco und Vanzetti, ihr Leben und Sterben, das in deutscher Übersetzung jedermann zugänglich ist, und weiter kamen Upton Sinclairs Roman Boston und Nathan Asch' Erzählung Der 22. August: Bücher, die in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollten. Mit literarischen Denkmälern aber ist der Verpflichtung der Nachwelt nicht genügt. Auch nicht mit solchen aus Stahl und Stein. Besser wäre es schon, wenn an allen Stellen, wo eine sozialistische Gemeindepolitik Einfluß auf Namengebung und Ehrung hat, an diese beiden Märtyrer gedacht würde: Wie wäre es etwa, wenn man in Wien neben dem Matteottihof auch einen Sacco-Vanzetti-Hof schüfe? Wichtiger aber ist ein anderes. Wir wissen, wie die Schatten des unheilvollen amerikanischen Indizienbeweises andere zeitgenössische Prozesse stark beeinflußt haben: den Fall Slater in

England, die Fälle Hölz und Jakubowski in Deutschland, wie sie auch in Amerika immer wieder die parallelen Fälle aus der Zeit der "roten" Hysterie vom Jahr 1920 berühren: die Verurteilung Mooneys und Billings', deren Unschuld klar nachgewiesen ist, zu lebenslanglichem Zuchthaus in Californien, und der 8 Arbeiter der sogenannten Centraliaverschwörung in Washington, deren Aufhellung die Zeitung The American Freeman betreibt. Von den grauenhaften Negermorden, die Jahr für Jahr in Amerika öffentlich in geordneter oder in Lynchjustiz geschehen, ganz zu schweigen. Grade jetzt sind dort wieder 8 junge Neger zum Tod "verurteilt" worden: unter den wichtigsten Vorwänden einer besonders scheußlichen Sexualheuchelei. Es gäbe kein schöneres Sacco-Vanzetti-Denkmal, als daß die Arbeiter aller Länder sich fortan in jedem Fall gegen den organisierten Mord erheben, wo immer er auch geplant und vollzogen wird.

Daß darüber hinaus Sacco und Vanzetti ihrer Zeit das Testament hinterlassen haben unerschrocken und aufrecht um die Befreiung der unterdrückten Schichten, um das Menschenrecht jedes einzelnen und gegen die Versklavung zu kämpfen, liegt ja überhaupt in der Aufgabe, die der von uns erstrebten sozialistischen Gesellschaftsordnung gestellt ist.

THEODOR KAPPSTEIN . RUND UM DEN ZIONIS- MUS . EINDRÜCKE AUF EINER PALÄSTINAFAHRT

ION in hellstem Glanz malt der geniale Poet unter den Propheten Israels, den wir Deuterojesaja nennen; er lebte während der babylonischen Gefangenschaft der Juden und ist von Jesaja durch fast 2 Jahrhunderte zeitlich getrennt. Das Bild strahlt: »Stehe auf, werde Licht; denn es kommt dein Licht, und die Herrlichkeit Jahwes strahlet auf über dir. Dunkel bedeckt die Erde und Finsternis die Völkerschaften; aber über dir will Jahwe aufgehen, und seine Herrlichkeit über dir erscheinen. Und wallen werden Nationen nach deinem Licht und Könige nach deinem Strahlenaufgang. Hebe auf ringsum deine Augen und schau: Sie alle scharen sich, kommen zu dir. Deine Söhne werden von weitem kommen, und deine Töchter an der Seite getragen werden. Da wirst du's schauen und leuchten, und dein Herz wird schauen und weit werden... Statt daß du die Verlassene und Gemiedene bist, da niemand vorüberzieht, will ich dich setzen zum ewigen Stolz, zur Wonne von Geschlecht zu Geschlecht. Statt des Erzes lasse ich Gold kommen und statt des Eisens Silber und statt des Holzes Erz und statt der Steine Eisen. Und ich setze zu deiner Aufsicht den Frieden und zu deiner Bevogtung die Gerechtigkeit. Nicht wird man weiter von Gewalttat hören in deinem Land, von Zerstörung und Zertrümmerung in deinen Grenzen, und du wirst das Heil deine Mauern nennen und Lobgesang deine Tore. Und dein Volk sind lauter Gerechte; ewig werden sie das Land innehaben, meiner Pflanzung entsprossen. Der Kleinste wird zum Tausend werden, der Winzigste zum starken Volk. Ich, Jahwe, will's zu seiner Zeit beschleunigen.« Dieser altfromme Hymnus, obschon er von der dichterischen Freiheit keinen kargen Gebrauch macht, steht im Morgenrot erster Erfüllung durch die Siedlungen der Zionisten in und um Jerusalem und ihre Kulturarbeit. Als christlicher Nichtzionist und als protestantischer Religionswissenschaftler, der sich sein Leben lang um die Erkenntnis und Bewertung der Religionen der Mensch-

heit in Vorlesungen und Vorträgen, Büchern und Aufsätzen redlich bemüht hat, darf ich der literarischen Weisheit der Jahrzehnte nunmehr die eignen Eindrücke während einer Studienreise durch Syrien, Palästina, Unterägypten gesellen, die ich im April und Mai dieses Jahres unternommen habe. Ich bin in Tel Awiw gewesen, dieser in 22 Jahren aus dem Sand und der Fieberluft ins Dasein, ja ins Sosein gelockten aufblühenden modernen Stadt von rund 50 000 Einwohnern (auch Nichtzionisten und Nichtjuden siedeln sich dort an), die vom einfachsten Reihenaufbau der Genossen bis zum feudalen Eigenheim aristokratischer Villen alles bietet, was im Abendland Kultur und Technik des 20. Jahrhunderts an die Hand geben. Geschäfte und Banken, Gymnasium und Theater, das zugleich Konzerthalle und Vortragssaal ist, Synagoge und Gesellschaftsräume, Krankenhäuser, Museen, Sportplätze. Die Zionisten sprechen Hebräisch, die Sprache ihrer Väter: ein geschichtlich einziger Vorgang, daß eine uralte Volks- und Sakralsprache zur lebendigen Umgangssprache wiedererweckt und in den Rang der anderen Landessprachen eingereiht wird. Die Juden in Palästina drucken auch ihre eigne Presse; 2 hebräische Zeitungen erscheinen, daneben mancherlei Literatur. Und in Jerusalem sahen wir die neugeschaffene Hebräische Universität, die sich soeben eine mustergültig mit den besten Hilfsmitteln moderner Technik ausgestattete wissenschaftliche Bibliothek angliedert. In dem Kunstgelehrten Abraham Marmorosch, unserm kenntnisreichen und sprachgewandten Führer in und um Jerusalem, vorher schon in Baalbek und Damaskus, lernten wir einen Dozenten dieser Hochschule schätzen. Und bei meiner Vorbereitung auf die Reise vertiefte ich mich mit Freude und Gewinn in das aus den literarischen Quellen wie aus der genauen Kenntnis des Landes schöpfende unbefangene Werk Joseph Klausners, des Religionshistorikers an dieser Universität, der seine hebräischen Vorlesungen über Jesus von Nazareth, seine Zeit, sein Leben und seine Lehre nun auch deutsch darbietet: ein Meisterbuch, das zu ernstem Studium empfohlen sei.

In Tel Awiw war das Glück mir hold. Wir kamen von dem prachtvollen Strand, auf dessen hoher See ein französisches Kriegsschiff ankerte, das am Abend die Gegend mit farbigen Scheinwerfern bestrich, und sahen das benachbarte Jaffa, das biblische Joppe, eine lebhafte und bedenkliche Hafenstadt mit Handel und Unmoral und mit der bedrohlichen Landung wegen seiner niederträchtigen Klippen, als Raubbau aus den Wassern plastisch aufwuchsen. Gelegentlich einer Auskunft auf der Straße, nachdem uns in einer der freundlichen Strandkneipen das deutsche Bier vom Faß gemundet hatte, den nicht wenigen Landesmils zum Trotz, die es kostete, machte ich die Bekanntschaft des Kultursekretärs der Zionistischen Gemeinde im Magistrat der Stadt, Weil, und einer ihn begleitenden, mit einem Akademiker verheirateten Lehrerin. Beide gaben uns, meiner Frau und mir, einen lebhaften Einblick in ihre Organisation von Tel Awiw und in der Ebene Jesreel. Manches berührte sich mit unseren persönlichen Eindrücken, manches bestätigte die eindringlichen Beobachtungen Arthur Holitschers in seinem 1922 veröffentlichten Büchlein Reise durch das jüdische Palästina. Doch sind die Zionisten mit Holitschers Dienst nicht restlos zufrieden. Eine Stunde später gesellte sich uns der sympathische Regisseur des Hebräischen Theaters Dawidwid, der uns die in ihren Maßen wie in ihrer schlichten Würde sehenswerte neue Synagoge zeigte und uns plaudernd bis in unser gutes Hotel Herzlia (nach Theodor Herzl genannt) zurückbrachte.

Tel Awiws Kunstwart oder Spielvogt, wie Alfred Kerr (dessen stolzgeblähtes Besuchsblatt Jeruschalajim ich mit Erstaunen las) gern sagt, hatte soeben im Kino der Stadt unsern Schauspieler Paul Wegener in einem Film bewundert. Desto weniger, bekannte er mir, der ich 3 Jahrzehnte als Schauspielkritiker die Berliner Premieren besucht habe, dürfe er sich mit seinen Mimen zufrieden geben; die jüdische Bühne (ohne Jiddisch, alles reines Hebräisch) sei erst im Aufstieg, doch man arbeite gewissenhaft. Beide Zionistenführer sind Österreicher, Dawidwids Verwandte leben in Dresden. Sie betonten, daß längst nicht alle ihre Genossen religiös fromme Juden wären. Was sie vereint, ist zuerst und zuletzt die Sehnsucht nach dem alten Heimatland, dann der brennende Wunsch nach einem Boden des unantastbaren Rechts ihrer Existenz, deren Ausdrucksmittel die Arbeit ihrer Hände und die hebräische Muttersprache ihrer Lippen und Herzen sind. Ihren Kindern als dem Schatz der Zukunft widmen sie feste Heime und zärtliche Sorgfalt, müssen die Eltern auch in Zelten oder unsicheren Baracken hausen.

Noch eine andere persönliche Begegnung ward mir zuteil. Auf unserer Rückfahrt hatte ich im Mittelmeer, den Gesang der Wassergeister unter den Planken unseres bequemen Hamburger Motordampfers Monte Rosa, einen Vortrag auf Wunsch von Passagieren gehalten (über unsere Reise im Blick auf Landschaft und Religion). Daraufhin begrüßte mich der ehrwürdige, die Heimstrecke mit uns teilende ehemalige litauische Minister Nathan Rosenbaum, der in Moskau beim Friedensschluß Litauen vertrat und jetzt Präsident des Obersten Jüdischen Gerichtshofs in Tel Awiw zur zeitgemäßen Kodifizierung des Talmudgesetzes ist. Er kritisierte sarkastisch die Jesus-tradition als Christuslegende (ich hatte im Vortrag mich zu dem historischen Nazarener bekannt und desto eifriger die an heidnischen Fetischismus heranrückenden üblen Entartungen an den sogenannten heiligen Stätten mit ihrem Reliquiendienst der christlichen Konfessionen abgelehnt). Gar zu gern wäre ich noch etliche Tage zum Besuch der zionistischen Kolonien hin und her geblieben; das eilige Programm widersprach.

WIE stellt sich, so fragen wir nunmehr, der palästinensische Zionismus heute dar? An manchen Orten, an vielen Orten in allen Teilen Palästinas, in Samaria, Judäa, zwischen Dan und Berscheba, im Norden und Süden bauen sie die Straßen ihres Landes Israel. Was treibt diese jugendlichen Männer und diese Studentinnen aus Rußland und einem halben Dutzend anderer Kulturländer dorthin, daß sie Steine klopfen, Wege schottern, Obst und Wein und Gemüse bauen, die Handwerker und die Landarbeiter, die einzelnen und die Familien? Ich teile das Urteil nicht, daß die jüdischen Arbeiterpioniere in dem schmalen bergigen Landstreifen zwischen Mittelmeer und Jordan, El Arisch und Akka mit seiner wilden und gesegneten Geschichte voll Wunden und Wunder die Judenheit in der Welt durch das Opfer, das sie in der Steinwüste der Urväterheimat darbringen, rechtfertigen wollen; denn Opferaltäre rauchen allenthalben. Aber was geschieht in Palästina?

Man weiß, daß der Pariser Rothschild vor 80 und vor 50 Jahren die ersten Siedler in Palästina ansässig machte, Studenten und Kleinbürger; daß Theodor Herzl, der 1904 starb, durch den Dreyfusprozeß 1894 für den Zionismus entflammte; man liest seinen Judenstaat von 1896 heute mit

Rührung über das einzelne, mit Staunen über die einfache Größe der fast dichterischen Vision. Doch man weiß auch, daß England, seit 1918 Gebiete über Palästina, die Masseneinwanderung ostjüdischer Pioniere, der Chaluzim, zu unterbinden sucht: durch direkte Verbote und durch die Schikanen der Quarantäne für die ganz oder fast mittellosen Zwischendecker, durch erfinderische behördliche Quälerei sonst. Am 2. November 1917 erging von Arthur Lord Balfour die berühmte Deklaration, gerichtet an die 15 bis 16 Millionen Juden allüberall: in Rußland und Polen, in West- und Südosteuropa, in Amerika, auch in Asien und selbst in Afrika: Palästina ihre Heimstätte nach dem Weltkrieg! Doch durch alle noch so engen Maschen des britischen Netzes schlüpfen diese Idealisten hindurch nach Erez Israel, selbst wenn die Zionistenkommission im Hafen von Jaffa die wenigen Piaster der Ausschiffssteuer für sie entrichten muß. Die von England verhängte Kopfsteuer beträgt, zugunsten der arabischen Steuerzahler, 1 ägyptisches Pfund, das sind 20,38 Mark. 12 Piaster, 2,50 Mark, kosten täglich Nahrung und Unterkunft. Neue Kolonisten strömen ein; die Seele fiebert, nicht selten fiebert auch der durchgeschüttelte Körper. Nach 3 oder 5 Wochen endet die Fürsorge der Zionistenkommission für den Neuling. Die Kooperative Vereinigung, Arbeitsnachweis der Arbeiterparteien, verteilt die Genossen an die offenen Landstellen, an die Gewerbe mit Bedarf, oder weist sie dem Straßenbau zu. Erst durch mancherlei Vorarbeit (Entwässerung und Trockenlegung von Sumpfgelände, Bauarbeiten und anderes) dringt der Zionist zur Landwirtschaft vor, in Stationen. Die Notstandsarbeiten teilt die Regierung aus. Holitscher erzählt offen von mancher Enttäuschung der Zionisten, ja von Verzweiflung, von gebrochener Kraft durch die schwere, ungewohnte Arbeit, von Malaria und verbundenen Händen, zerfetzten Kleidern und schlammgetränkten undichten Stiefeln. Es zerrinnen die Ideale in der Wirklichkeit. Doch wenn in den Bethäusern der Juden der Rabbi in schwarzgestreiftem weißen Totenhemd sich über die Gemeinde aufreckt und die Anrufung ertönt, die Beschwörung, dann neigen die Menschen erschauernd die Köpfe. Empörend wirkt die Feststellung, daß England in der Straßengruppe von Ludd (wir durchfahren auf der Eisenbahn diese Station) mit den häufig desertierenden mittellosen Fellachen auch die willigeren Juden durch einen dauerhaften Stempel auf die nackte Schulter gebrandmarkt hat während der Notstandsarbeiten in der frühern Sumpfluft.

Der Jüdische Nationalfonds kauft Land an in den fruchtbaren Teilen Palästinas: Jesreelebene, oberes Jordangebiet, Saron, Berge Samarias, Judäas. Der Effendi und der mohammedanische Klerus treiben die Preise hoch, keine noch günstige Gelegenheit darf versäumt werden, auch wenn der bettelarme Chaluz aus Polen mit Stiefeln ohne Sohlen auf selbstgebauten Wegen nach Jaffa oder Jerusalem tippelt, um sein Leben zu fristen. Er muß geduldig warten, bis er als Siedler oder Landarbeiter drankommt. Palästina braucht möglichst viele Einwanderer, es braucht möglichst umfassenden Landbesitz, sonst wird es nichts. Die Kassenlage gestaltet sich heute, wie allenthalben, höchst ungünstig. In der Verwaltung mußte die Abteilung für Handel und Gewerbe eingehen, die Einwanderungs- und die Gesundheitskommission wurden eingeschränkt, die Gehälter stark gekürzt. Auch die Universität in Jerusalem, die in der Nachkriegszeit als geistiges Zentrum der jüdischen Nation errichtet wurde, lebt im Druck.



Die Sozialistischen Monatshefte haben seit jeher, schon lange vor dem Weltkrieg und erst recht nach ihm, das Recht und mehr noch die Pflicht zur zionistischen Neukolonisation Palästinas nachdrücklich vor der Welt vertreten. Zur schärfern Erfassung dessen, worum es geht, sei einiges von dem, was hier zu dem Problem und seiner Lösung ausgeführt wurde, kurz rekapituliert.

Am 4. Juni 1914 behandelte hier Ludwig Quessel (der vor wenigen Monaten starb: ein schwerer Schlag für die Sache des Sozialismus) dieses Thema. Er zeichnete den Zionismus als eine Bewegung edeldenkender Männer und Frauen, die ihre nationale Geistigkeit für die Kulturmenschheit fortbilden wollen, die osteuropäischen Juden von dem Gefühl der Heimatlosigkeit befreien und eine neue Stammheimat schaffen, in der sie aus sozialem und nationalem Elend zu freier Menschenwürde emporzudringen vermögen. Von persönlichen Jugendbildern in seiner Vaterstadt Königsberg ausgehend, betont Quessel, daß das Hebräische ohne Unterbrechung die eigentliche Sprache der Väter blieb, während das Jiddische die Sprache der Mutter wurde. Der Zionismus erschien anfangs als ein Zerrbild des Antisemitismus, fast als seine Rechtfertigung; die Juden verlassen ihre Wirtsvölker. Bald aber zeigt sich seine produktive Bedeutung. Zwischen Jaffa und Jerusalem entstand schon 1882 die Judenkolonie Rischon le Zion. Ost- und Westeuropa kolonisieren aufs neue Palästina, wofür in dem Artikel Quessels schon damals Material beigebracht wurde. Wir hören von der Rentabilität der Orangenkulturen und von der Nötigung der jüdischen Siedlungsgesellschaften die Bauerngüter nur an landwirtschaftlich vorgebildete Genossen mit etwas Kapital auszuteilen, damit ihr eignes eingesetztes Risiko die Landwirte auch in Krisenjahren festhält. Als Rothschilds unrentable große Weinkulturen von der Jewish Colonization Association saniert wurden, entstanden Ackerbau und Viehzucht und der sichere Markt für Mandeln, Oliven, Orangen. Von den insgesamt 100 000 Kolonisten damals betrieben nur 10% Landwirtschaft. Der Fluch der langen Türkenherrschaft wirkt nach.

Leon Chasanowitsch erwog am 30. Juli 1914 Ziele und Mittel des sozialistischen Zionismus. Die Zionistische Arbeiterpartei, die Partei Poale Zion, schlichtete den Kampf zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Zionismus. Theorie und Praxis des internationalen Sozialismus sind maßgebend. Das jüdische Proletariat als die sozialistisch aktive jüdische Arbeiterklasse kämpft für die jüdische Emanzipation wie gegen den Kapitalismus. Diese Feinde der Assimilation tragen die jüdische Kultur. Ist geselliger Anschluß möglich, so wird der jüdische Kolonist ein idealer Ansiedler.

So weit die Arbeiten aus der Vorkriegszeit. Und nun gleich zu den letzten Nachkriegsjahren. England hatte im Krieg dem jüdischen Volk die nationale Heimstätte in Palästina versprochen. Es sollte die Verwirklichung der großen Idee beginnen. In den letzten Jahren aber wird die britische Verwaltung zum schwersten Hindernis des zionistischen Aufbaus. Jedenfalls sieht sich das schaffende Palästina jetzt einem England gegenüber, das Juden und Araber gegen einander ausspielt, doch produktive Arbeit nicht fördert. Der Zionismus ist nunmehr ganz auf die eigne Kraft gestellt. Und diese Kraft kann groß sein, wenn sie von dem richtigen Willen beseelt ist.

Über dieses schaffende Palästina berichtete hier Fritz Naphtali am 18. Februar 1929. Die Sozialistische Internationale zu Brüssel 1928 gründete ein

sozialistisches Komitee für das Arbeitende Palästina. Eine Liga in Deutschland entstand. Die inneren Verbindungen zwischen sozialistischem Denken und zionistischen Aufgaben werden nachgewiesen. Palästina als Mandatsland des Völkerbunds ist die offene Pforte. Nicht Ausbeutung eingeborener Arbeitskräfte durch eine einwandernde Herrenschaft; Erweiterung des gemeinsamen Lebensspielraums durch produktive Arbeit ist die Losung. Der Aufbau der Jüdischen Heimstätte und die erstrebte nationale Regeneration erfordern eine Kolonisation, die allein auf jüdischer Arbeit aufgebaut sein muß. Die landwirtschaftliche Aufgabe steht im Vordergrund. Das soziale Experiment begann neben dem städtischen Aufbau, der in Tel Awiw, Jerusalem und Haifa sich auswirkte. Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Neuförmungen des Gemeinschaftslebens bildeten sich. Das neue jüdische Palästina darf keine Insel der Seligen werden; das Gesinnungsdilemma entsteht, daß nichtsozialistisches Kapital einfließt, und daß man diese Privatwirtschaftler begrüßen muß. Denn nur so kann ein möglichst vielfältiges Gemeinwesen erwachsen. Diese nichtzionistischen Juden aus Amerika und Europa, die Geld schicken und Aufträge, bilden mit den Zionisten gemeinsam in der Jewish Agency den Widerpart gegen die Mandatsregierung und sind doch keine Sozialisten. Alle sozialen Probleme: nationaler Besitz des Bodens, Freiheit der Siedler, kollektive Bewirtschaftung, Organisation der Arbeiter in Stadt und Land, schwingen. Der sozialistische Jude kämpft an 2 Fronten: an der Front seines Landes, in dem er lebt, und des Volkes, dem er zugehört.

Julius Kaliski erörtert am 26. September 1929 Palästina und den Sozialismus. Er erhebt schwerste Anklage wider Englands doppelzüngige Politik in Palästina. Am jüdischen Versöhnungsfest 1928 überfielen die Araber die Beter an der Klagemauer, es gab Tote und Verwundete. England reklamierte die Klagemauer, die kein Reisender ohne Bewegung besucht, als mohammedanisches Besitzstück; die Araber dürfen diese Stätte baulich verändern, die Juden dürfen ihre Andacht nicht schützen. Die britische Regierung sperrt die Einwanderung, entwaffnet die Juden, beschränkt ihre Einstellung in die Polizei- und Schutztruppe; die Araber dagegen werden stärker bewaffnet, und Araber aus außerpalästinensischen Stämmen dürfen unkontrolliert ins Land. Vor dem Völkerbundsrat bringt der britische Außenminister Arthur Henderson nach dem Blutbad vom August 1929 ungenügende Beschwichtigungsformeln vor; kein Belagerungszustand, Zivilgerichte, parlamentarische Untersuchungskommission für die Unruhen in und um Jerusalem, unveränderte Palästinapolitik. Selbst das Zionistische Zentralbureau in London vermißte jegliche Anerkennung des Siedlungswerks 12 Jahre nach der Balfourdeklaration und in dem Augenblick, da unter britischer Administration wertvolle jüdische Siedlungspositionen, moderne Gartenstädte und landwirtschaftliche Kolonien zerstört werden. Die Ermordeten klagen an. Über das politische Interesse des britischen Imperiums an seiner Position in Palästina schweigt man beredt. Machtgaukelei Englands nach 2 Seiten. Den arabischen Stämmen wird Erfüllung eines uralten Traums versprochen; Großarabien mit Damaskus als Hauptstadt; also Arabien von Aden und Hadramaut bis ans Mittelmeer, einschließlich Syrien und Palästina. Und Churchill verfolgt den Riesenplan eines Reichs des Mittlern Ostens: Ägypten, Palästina, Syrien, ein Teil von Anatolien, Arabien, Sudan, vielleicht Abessinien und Persien, sicher Mesopotamien. Diesen Projekten diente unter anderm der Balfourplan zugunsten der Juden:

Die jüdischen Kolonisten sollten Englands Suezkanalpolitik durch Zurückdrängung der Araber stützen. Die Araber galt es dann auf die jüdischen Kolonisten zu hetzen. Kaliski verschweigt nicht die zionistische Mitschuld an dieser Doppelpolitik: Die zionistische Leitung hätte Englands List durchschauen müssen. Er bejaht durchaus das unauslöschliche Anrecht der Juden auf das Land ihrer Väter. 1300 Jahre lebten die Juden in ihrem Heiligen Land, also doppelt so lange wie später die Araber. Sie haben für ihren Boden gekämpft und gelitten, sie haben auf diesem Boden gearbeitet. Und niemals sind sie ganz aus Palästina verschwunden. Mit den Arabern ist dies Land abgedorrt, bis die Juden zurückkehrten. Palästinas Wiederbelebung ist Kolonistenwerk. Gegen das tote Beharren der Araber erhebt sich die Schaffensidee der Juden, die aus ihrer Gefühlsverbundenheit mit ihrem Heimatland es neu zu kolonisieren erfolgreich unternehmen. Erst wenn Palästina die vervielfachte Millionenbevölkerung zählen wird, die seiner Produktionsmöglichkeit voll entspricht, dürfen die Rechte und Pflichten einer Mehrheit und einer Minderheit gegenseitig geschätzt werden. Den Arabern, denen die Juden nichts genommen haben, steht ein Gebiet von der Größe Europas zur Verfügung. Und die Juden besitzen beim Völkerbund die 'Magna Charta ihrer Nationalen Heimstätte in Erez Israel. Doch wäre Palästinas Erweckung als jüdisches Land auch ohne Garanten erfolgt.

Herman Kranold skizziert am 7. Juli 1930 die Lage in Palästina. Die von der britischen Regierung bestellte Untersuchungskommission für die Unruhen von 1929 hat ihren Bericht erstattet. Ein Gerichtsverfahren der Gutachter, laue Anerkennung der Zionisten. Doch fürchten, sagt die Kommission, die Araber unter die politische Judenherrschaft zu kommen. Die arabischen Bauern würden von ihren Pachtböden vertrieben, das schaffe (trotz der gesetzlich geregelten Entschädigung für Bodenentziehung) eine landlose, unzufriedene Klasse. Die Bodenpolitik sei neu zu regeln. In bezug auf die Schuldfrage wollten die Gutachter der arabischen Geistlichkeit und der Regierung nicht zu nahe treten. Einer betont ehrlich, nötig sei eine Geistesänderung bei der arabischen Bevölkerung: »Ich zweifle nicht daran, daß jüdische Tätigkeit das Gedeihen Palästinas erhöht, den Lebensstandard des arabischen Arbeiters gehoben hat.« Doch das Ganze und das Besondere erweisen, daß die jüdische Besiedlung Palästinas für die britischen Staatsmänner lediglich Machtpolitik bedeutet: Der arabische Nationalismus könnte die britische Herrschaft über den Suezkanal bedrohen, so soll die jüdische Minderheit ihn zersetzen. England braucht gleichzeitig die 80 Millionen Mohammedaner Indiens für seine Herrschaft über Indien, weil es selber heute die größte islamische Macht darstellt. Daher der Wunsch nach "Selbstverwaltung" in Palästina. Keine Rede von einem landlosen arabischen Proletariat. Kranold gibt den Zionisten den Rat, den ich so formuliere: 1. Stellt nicht alles auf den guten Willen Englands, es geht lediglich um Reichspolitik. 2. Schafft möglichst viele Bauernstellen statt weniger Plätze mit den besten Ausstattungen; stärkt zahlenmäßig eure Position. 3. Werbt um das ländliche arabische Proletariat, damit nicht die Klasseninteressen der Fellachen gegen euch weiterhin ausgespielt werden können.

Julius Berger aus Tel Awiw würdigt am 22. Dezember 1930 den Versuch einer Kleinsiedlung in Palästina und sein Gelingen. Schchunath Borocho bei Tel Awiw ist die einzige, bislang vollständig durchgeführte Kleinsiedlung

in Palästina. Ihre Verhältnisse hat der Verfasser im Auftrag untersucht. Man wünschte billige, praktische Eigenheime in der Nähe der Stadt mit je einer kleinen Bodenfläche beim Haus zur Selbstversorgung des Siedlers mit den Produkten der Landwirtschaft. 219 Stellen, 500 Einwohner mit 174 Kindern, Orangenbau, Kindergarten, Schule, Klinik, Konsumgenossenschaft. Die Verbindung von städtischer Arbeit mit landwirtschaftlicher Selbsthaftigkeit entscheidet das Gelingen der Kolonie, deren Einzelzüge reizvoll sind.

Markus Joffe glossiert am selben Tag die Berichte der britischen Mandatskommission über das Morden vom August 1929. Nach einer konziliannten Äußerung Hendersons über die Kritik an England als Mandatsmacht, die scharf lautete, veröffentlichte die britische Regierung eine neue Deklaration ihres Kolonialamts und einen Bericht des Sachverständigen Simpson: 2 Vorstöße gegen den Zionismus. Englands Schutz wolle sich fortan auf die Interessen der in Palästina zur Zeit ansässigen Juden und Araber beschränken, das Jüdische Nationalheim in seiner vorhandenen Form sei als ein abgeschlossenes, auskristallisiertes Gebilde zu achten, an seinen Ausbau im Sinn der Balfourdeklaration werde nicht gedacht. Also klarer Bruch eines feierlichen Versprechens. Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, auch der Jewish Agency, Chajm Weizmann, trat zurück, desgleichen Lord Melchett, der von »Wortbruch« sprach. Die Palästina-debatte im Unterhaus am 17. November 1930 bringt einen Angriff Lloyd Georges auf die Regierung: unfaires Abweichen von den internationalen Verpflichtungen, vernichtende Kritik am gesamten Weißbuch. Der Regierungsvertreter hatte leere Taschen. MacDonald erwies bei manchem Entgegenkommen, daß England an den neuen Richtlinien festhalten wolle. In einer Protestversammlung in Paris erklärten namhafte Politiker, Frankreich habe mit für die Einlösung der den Juden für Palästina gegebenen Versprechen.

Die beiden jüngsten Meldungen, die ich gleich anfüge, sind diese: 1. Ein Sachverständigengutachten über das Besitzrecht an der Klagemauer spricht diese alten Quadern vom jüdischen Tempel dauernd den Arabern zu, die Juden sollen lediglich den Nießbrauch zu ihren religiösen Zwecken beanspruchen dürfen. 2. In Genf gab der Unterstaatssekretär im britischen Kolonialamt, Drummond Shiels, beruhigende Erklärungen über das Verhältnis zwischen Juden und Arabern ab. Handel und Industrie entwickeln sich befriedigend, Zolleinnahmen: 1 Million Pfund Sterling. Die Regierung plant eine Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling für die Aufbesserung des Landes und die Verteilung der Ländereien an die Kolonisten. Ein neuer Sachverständiger soll nach Palästina entsandt werden. Man unterscheidet Allgemeine Zionisten, Zionisten-Revisionisten, Vereinigte Zionisten-Sozialisten, Misrachi (Zentrum), Vereinigte Radikale, Unabhängige. Der 17. Zionistenkongreß, der im Juli in Basel tagte, stand im Sturmzeichen der Parteien. Chajm Weizmann, die starke Persönlichkeit, die seit 13 Jahren die Bewegung nach innen geleitet, nach außen repräsentiert hatte, ist von seinem Amt endgültig zurückgetreten, und Nahum Sokolow wurde sein Nachfolger. Aber die Politik Weizmanns ist doch geblieben, obschon der allzu absolutistische Feldherr geschlagen wurde. Während die Parteileidenschaft in den Referaten und Diskussionen der dramatischen Tagung hohe Wellen schlug, wurde doch jede Wendung zu einer neuen konstruktiven Politik unterlassen. Und so bleibt es im Grunde bei den Hoffnungen, die nach wie vor auf die

englische Freundschaft gesetzt werden: trotz den Erfahrungen, die Juden und Araber mit ihr gemacht haben. Das braucht nicht pessimistisch zu stimmen. Denn das produktive Postulat, das die zionistische Arbeit beherrscht, wird über kurz oder lang auch über diese Hemmungen hinweggehen und einen neuen Weg suchen, der zu ungehemmter kolonisatorischer Betätigung führt. Dann wird sich auch auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechts ein neues Verhältnis zwischen dem jüdischen und dem arabischen Volk aufbauen, so daß es keine Herrscher und Beherrschte gibt.

»Die Juden, die wollen, werden ihren Staat haben, und sie werden ihn verdienen«, so formulierte Theodor Herzl in seiner schon erwähnten grundlegenden Programmschrift *Der Judenstaat*, die er von der Utopie der Phantasie als Kombination scharf unterschied. »Der Judenstaat ist ein Weltbedürfnis, folglich wird er entstehen.« Er umschrieb in seinen zwingenden Folgerungen den politischen Zionismus als moralische Person, als Subjekt von Rechten außerhalb des Privatvermögensbezirks: die *Society of Jews*, als juristische Person die ihr zur Seite stehende *Jewish Company*, ihre verschiedenen Funktionen klug aufbauend. Wir lesen heute nicht ohne Ergriffenheit die Ansage: »Wenn Seine Majestät der Sultan uns Palästina gäbe [Herzl dachte auch einen Augenblick an den Judenstaat in Argentinien], könnten wir uns dafür anheischig machen die Finanzen der Türkei gänzlich zu regeln. Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat (nur Berufsheere zur äußern und innern Ordnung) im Zusammenhang bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müßte. Für die heiligen Stätten der Christenheit ließe sich eine völkerrechtliche Form der Exterritorialisierung finden. Wir würden die Ehrenwache um die heiligen Stätten bilden und mit unserer Existenz für die Erfüllung dieser Pflicht haften. Diese Ehrenwacht wäre das große Symbol für die Lösung der Judenfrage nach 18 für uns qualvollen Jahrhunderten.« Herzl dachte an eine aristokratische Republik für das moderne Judentum, das das modernste Volk werden wolle. Er schlug eine weiße Fahne mit 7 goldenen Sternen vor. Das weiße Feld bedeute das neue, reine Leben, die Sterne sind die 7 goldenen Stunden des Arbeitstages. »Da ist es, Juden! Kein Märchen, kein Betrug! Jeder kann sich davon überzeugen, denn jeder trägt ein Stück vom Gelobten Land hinüber: der in seinem Kopf, der in seinen Armen, und jener in seinem erworbenen Gut.«

BEGREIFLICH, schreckhaft notwendig, daß für und wider den Zionismus eine Literatur anschwillt, die weder zu übersehen noch zu überschauen ist. Ich beschränke mich auf die Wiedergabe dreier Stimmen, von verschiedener Klangfarbe:

1. Sven Hedin, dessen Jerusalem 1918 noch unter den Erlebnissen des Weltkriegs steht, besuchte Saron und Rischon le Zion. Die Heuschreckenplagen sind der ärgste Feind, gegen das Kindersterben (Moskitos und Mücken) halfen die Pflanzung von Eukalyptusbäumen und die Entwässerung des Sumpfgeländes. Der vernichtende Schirokko und die gefräßigen Schakale werden tapfer bekämpft. Ungeheure Weinernten. Rothschild stiftete 100 Millionen Francs, Hirsch 200 Millionen.

2. Alfons Paquet schrieb 1915 in Palästina: lebhaftes Stimmungsbilder. Die Kapitel Zion und Tempel charakterisieren mit breitem Strich Zionisten und Tempel, ihre Geschichte, ihre Arbeit, ihre Lebenssitten, ihre Fest- und

Fastenzeiten. Herzls Jewish Company lebt im Jewish Colonial Trust, die von ihm konstruierte Society of Jews steckt im Zionistenkongreß und im Zionistischen Aktionskomitee (Nationalfonds). »Der sozialistische Grundgedanke Herzls scheint ethisch höher zu stehen als das gegenwärtige Schachtelsystem mit seinen Zufälligkeiten.« Die auswärtigen Freunde des Zionismus haben der Bewegung Hunderte Millionen Mark zufließen lassen, privatim und in der nach Landsmannschaften verteilten Spende der religiösen Judentheit an die palästinensischen Glaubensgenossen, der Chaluka; dazu machen sie kleine und große Bestellungen in Wein, Waren, Obst, Kunstgewerbe. Martin Buber, der geisteigenwillige Wortführer des Zionismus, will, wie sein Antipode, der Spinozist Constantin Brunner, das Christentum in die Geistesgeschichte des Judentums einbeziehen. Doch gibt es im Gymnasium in Jaffa keinen Religionsunterricht: Bibel und Talmud werden unterrichtet, aber lediglich als Literatur und Geistesgeschichte des Judentums.

3. Der vielgewandte Herbert Eulenberg stellt in seinem Reisebuch Palästina 1928 mit feuilletonistischer Munterkeit Bilder und Stimmen über den Zionismus zusammen. Onkel Aaron besucht seine jüdischen Verwandten in Berlin und bringt ihnen die süffigsten Weinsorten von Jaffa aus der Zionistenkolonie als Proben mit. Die Abfuhr, die sich der nach dem orientalischen Haremsleben der Zionisten lüsterne Hamburger Justizrat Goldbaum bei seinem Besuch der jüdischen Siedlungen holt, wo man keine Gegenliebe für abendländische Müßiggänger aufbringt, ist unterhaltlich. Tröstlich, daß er seine ersparten 300 000 Mark dennoch dem Keren Hajessod in Jerusalem vermachte. Originell die Rundfrage über den Zionismus, zu der sich äußern: ein noch nicht in Palästina wohnender Zionist; ein Zionist, der bereits Palästinenser wurde; ein assimilierter Jude; ein wilder Völkischer; ein Gemäßigter, ein Zionistengegner (Jude). Phantastisch der Vorschlag: Macht aus dem Land, von dem ihr erst $\frac{1}{10}$ des bebauten Bodens erworben habt, einen jüdischen Schutz- und Nationalpark, frei von Industrie und anderer Moderne, und ermöglicht jedem Juden einmal in seinem Leben eine Reise in das Land seiner in der Wüste herumirrenden Vorfahren: »Das ist mein Zionismus.«

Die palästinensische Gerechtigkeit ruft nach einem andeutenden Wort über die christlichen Zionisten, die ich gleichfalls besucht habe: über die evangelischen Töpler, die in den Orten sitzen: Haifa, Bethlehem, Nazareth und Tiberias, Jaffa (mit Walhalla), Saron bei Tel Awiw, Wilhelma, Jerusalem (Rephaim). Schon 1848 wanderten die ersten süddeutschen Töpler, geleitet von dem Theologen Christof Hoffmann und seinem durch politische Zuchthaushaft vergrübelten Glaubensbruder David Hardegg als »Gemeinschaft zur Sammlung des Gottesvolks in Jerusalem« nach dem Heiligen Land aus, weil sie den wiederkehrenden Christus, nach der erbaulich mißverstandenen Offenbarung des Johannes, in Bälde im Josaphattal erwarteten, zum sogenannten Tausendjährigen Reich der Brautgemeinde vor dem Weltgericht des Jüngsten Tags. Diese schwäbischen Bauern und Handwerker traten aus ihrer Landeskirche aus. Seit 1860 verstärkte sich der Zuzug. Als ihre schwärmerischen Erwartungen sich mählich verflüchtigten, und die Führer sich trennten, verlor ihr bürgerliches Gemeinwesen die religiöse Werbekraft. Ackerbau und Weinkultur gediehen bestens in der Ebene Saron, wo der Frühjahrsregen die Blumenfülle weckt, die schon das Lied der Lieder rühmt. Wir wurden in Saron von der Kolonie begrüßt, deren schmucke Häuschen mit

den üppigen Gärten und ihren gewinnbringenden Weinkellereien im Rahmen treue gepflegten deutschen Familienlebens den angenehmsten Eindruck machten. Diese Templer haben nicht unwesentliche Kulturarbeit geleistet. Ihre Stellung zur zionistischen Nationalbewegung scheint nach manchen Wahrnehmungen, die wir unterwegs und in unserer Schiffsgesellschaft machten, sich in einem gewissen passiven Widerstand zu erschöpfen. Auch die Blätter und Zeitschriften der christlichen Vereine beider Konfessionen ergehen sich in allerhand offenen und versteckten Unfreundlichkeiten gegen den nicht zu leugnenden zionistischen Erfolg, wobei nicht selten unwahre Verdächtigungen eingemischt werden. Die Protestanten und Katholiken verfügen übrigens in und um Jerusalem über 5 Hospize, 4 Kirchen, 16 Anstalten, auch Asyle und Schulen, 4 Farmen der deutschen Evangelischen Kirchen und der deutschen Orden, natürlich abgesehen von den Heiligen Stätten.

ZU Füßen des Tempelbergs, unten in der Kidronkluft, dehnt sich, aufsteigend aus steinernem Flußbecken, die weite Stadt der Toten. Über Absaloms Grab, einem Spitzkegel, liegen die Grabstätten anderer Prominenter und, den sanft emporführenden Hang des Ölbergs mit weißen flachen Platten sprenkelnd, viele viele steinerne Särge. Sie schlummern ihrem Messias entgegen, aus älteren und jüngsten Zeiten, um dem Heil nahe zu sein; so wollen sie aus aller Welt sterben und begraben sein in den Toren Jeruschalajims. Die Zionisten als moderne Juden wollen im Väterland nicht sterben sondern leben. Aus ihrer Autonomie, die ihnen England nicht gönnt, kann ein jüdisches Palästina sich entwickeln: 1. sofern die britische Orientpolitik ihnen nicht neue listige Fallen stellt, 2. die Araber nicht den Juden gegenüber das öffentliche und das geheime Recht zugesprochen erhalten, das sie zur Gewalttat aufreizt, 3. die Zionisten nach dem Bild des Propheten Nehemia sich klug und treu halten: Wir bauten an der Mauer, und das Volk war voll Eifer. Es wankt die Kraft der Lastträger, da des Schuttes gar viel ist. Und sie rüsteten sich: in der einen Hand die Kelle, in der andern das Schwert. Und der Trompetenbläser stand da. »Die Arbeit ist ausgedehnt; wo ihr den Trompetenschall hört, dahin lauftet zusammen! Und sie blieben in ihren Kleidern.«

Israel hat jedes seiner Passahfeste in lückenloser Beharrlichkeit durch die Zeiten mit dem Rechtsanspruch und dem Glauben bekräftigt von Mund zu Mund: Übers Jahr in Jerusalem!

WALTER BAUER . SOMMERSZEIT

AUS dem Elend zu kommen
Ist schwer.
Kann denn das Meer
Auch seine Tiefe verlassen?
Es ist ein langer Weg
Bis zur Waschschüssel ohne Sprung
Und zum reinen Bett.
Und doch ist die Welt so groß:
Jede Nacht zittert das Fenster
Von dem Donner des Expreszugs
Berlin-Paris.

PAUL FERDINAND SCHMIDT · DER UNTERGANG DES AMERIKANISCHEN GENIES

MANCH gute Ausstellung ist schon der Preußischen Akademie der Künste vorbeigelungen. Aber in diesem Frühjahr traf sie ins Schwarze. Sie hat uns in Berlin mit der Ausstellung des Gesamtwerks von Frank Lloyd Wright eine weit über die einzelne Gelegenheit hinausgehende Belehrung verschafft, einen außerordentlichen Anschauungsunterricht über Wirkungsart und Wirkungskraft des amerikanischen Geistes; oder sagen wir besser: der amerikanischen Geistfeindlichkeit und ihrer Untergründe.

Es war immer schon rätselhaft, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika ein Architekt erstehen konnte, der tatsächlich eine starke Persönlichkeit besaß und deren Ureigenes: den Wagemut eines vorausdenkenden Bahnbrechers. Die Tatsachen der frühen Eroberungstaten Wrights, die in erheblichem Maß zur Revolutionierung der Baukunst beigetragen haben, können allerdings auch durch die Akademieschau nicht aus der Welt geschafft werden: Wright, der 1869 geboren ist, hat zwischen 1894 und 1910 wirklich so erstaunliche Dinge gebaut und entworfen, daß sie ihn für immer an die Seite von Loos, Wagner, Perrier, Berlage und Garnier stellen als kühnen Erneuerer einer Architektur von ihrem konstruktiven und funktionellen Sinn her. Die tiefe und eigentliche Bedeutung dieser Ausstellung lag aber in ihrer Absicht dieses Revolutionäre des jungen Wright zu vertuschen und durch Überlagerung mit seinen Spätwerken den Beweis zu erbringen, daß er alles getan hat, um seine Jugendsünden durch Unterwerfung unter seine Hoheit Mister Babbitt vergessen zu machen. So offenbar war diese Tendenz, die von seinem Mitarbeiter Klumb durch Auswahl und Hängen des Materials und durch unermüdliches Erklären vor dem Ausgestellten dokumentiert wurde, daß sie einer auffallend starken und einmütigen Ablehnung bei den Beschauern begegnete. Diese Absicht eben war es, die mit greller Deutlichkeit die Unvereinbarkeit der amerikanischen mit der europäischen Sinnesart in Dingen nicht bloß der Architektur bewies. Denn, hier wurde es offenbar: Architektur ist kein bloßes Baugewerbe, sondern offensichtlichster Ausdruck weltanschaulicher Gesinnung, und diese hat sich auf unserm Kontinent, soweit er formgebend ist in der Kultur, so himmelweit von dem entfernt, was Wright heute für gut und richtig hält, daß eine reinliche Scheidung der Geister just an dem Beispiel sich vollzieht, das wir bisher als leuchtendes Vorbild betrachteten.

Erstaunliche Erkenntnis: vielleicht nur für den, der an eine geistige Gemeinschaft Europas und Amerikas glaubte; oder wenigstens an die Konstanz einer Persönlichkeit, die einmal revolutionär und schöpferisch war. Wer aber die Kluft zwischen europäischer und amerikanischer Geistesart durchschaut hat, kann zwar mit Bedauern, nicht aber mit Staunen den tiefen Absturz eines schöpferischen Geistes in Selbstverneinung konstatieren.

Folgendes sind die Tatsachen. Die Ausstellung sucht durch geschmeidige Vermischung früher und später Arbeiten, durch Hervorheben umfänglicher Riesenentwürfe und unangenehm getönter Schaubilder in einem unfäßbaren Milliarden Geschmack aus den letzten 15 Jahren das Gesamtbild der Wrightschen Tätigkeit nach dem Ideal des Amerikanischen hin zu färben und zu verfälschen. Was an Wright bedeutend ist, wird zwar nicht unterdrückt,

aber so geschickt versteckt, daß man es sich nur mit gutem Vorbedacht und Kennerschaft zusammensuchen kann. Eine gefährlichere Verkennung unserer eignen Stellung gegenüber modernen Bauproblemen ist nicht vorstellbar. Aber es handelt sich eben nicht um uns sondern um die Geistesverfassung der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie wurde hier mit greller Deutlichkeit plakatiert; durch Überwiegen von Bauten, die auf den Standpunkt der Bruno Möhring und Bruno Schmitz vor 30 Jahren zurückgreifen, und deren Erbauern von der ganzen Architekturgeschichte des 19. Jahrhunderts nichts so imponierte wie Geistigkeit und Form des Leipziger Völkerschlachtmonuments und des Marmorsteinbruchs am Kapitolinischen Hügel in Rom.

Die Gerechtigkeit verlangt indessen hervorzuheben, was Wright in den fruchtbaren Jahren seiner Tätigkeit geleistet hat. 1894 gab er bereits einem Bureauhaus eine Fassade, die in quadratische Glasflächen aufgeteilt war, und deren Erdgeschoß sogar ein durchlaufendes Horizontalband von Fenstern bildete. 1895 ist der nicht minder erstaunliche und weit vorausgreifende Entwurf der Lexington Terraces für Chicago datiert, ein 3geschossiger Wohnblock mit quadratischem Binnenhof, um den offene Laubengänge mit den Zuführungen zu den Kleinwohnungen laufen. 1897 kommt ein Fassadenentwurf, angeblich für ein Lichtspielhaus, dessen durchaus flächenhafte und horizontale Orientierung mit einem Wechsel von Backstein-, Fliesen- und Glasbändern wie ein 30 Jahre vordatiertes Werk aus unseren Tagen erscheint. (Der Zweck des Gebäudes kann allerdings 1897 kaum ein Kino gewesen sein, diese Betitelung ist wohl nachträglich und irrtümlich erfolgt.) In ganz großem Maßstab wirkt sich diese fortschrittliche Gesinnung bei dem Ausstellungsbau für Jamestown 1904 aus, der bei gleichen funktionalen Prinzipien die Massen in vorzüglicher Komposition gegen einander abwägt. Der Verwaltungsbau der Larkinggesellschaft in Buffalo 1903 bedeutet zwar einen kleinen Rückschritt in die Welt des Kolossalen, steht aber konstruktiv, besonders in dem 4geschossigen Lichtof mit seiner klaren Betonung von Pfeilern und Stockwerkslinien, ohne formale Mätzchen, auf der alten Höhe. Den stärksten Eindruck auf die europäische Architektur machte Wright dann mit Landhäusern von der Art derer für Robie 1908 in Chicago und Evans 1909 in Longwood, hauptsächlich durch die im eingeschossigen Grundriß und im Aufbau mit weit vorkragenden Betonplatten gleichmäßig zutage tretende Folgerichtigkeit der Horizontaltendenz. Es ist übrigens hervorzuheben, daß die Frage, ob bloßer Entwurf oder ausgeführter Bau, für die Bedeutung dieser großartigen Pionierleistung unerheblich ist, da es bei so frühem Vorstoß in unbetretenes Land nur auf die Intention ankommt. Die Verwendung von neuartigen Betonkonstruktionen, ja, von Stahlmöbeln im Larkingbau und von ähnlichen technischen Neuerungen, auf die die Ausstellung und ihre Erklärungsschrift erhebliches Gewicht legen, tritt gegenüber den viel wichtigeren und meist früheren Konstruktionen der Franzosen Charles Cottancin, Gustave Perret und Tony Garnier zurück.

Bis hierher verlief die Entwicklung Wrights konsequent. Ja, man kann einen Wolkenkratzerentwurf für San Francisco 1910 noch in diese Liste stellen, obwohl hier bereits das Vertikalprinzip streng durchgeführt ist, und der ganze Bau, bei guten Proportionen, doch nur eine kleine Strecke über die entsprechenden Vorbilder seines Lehrers Arthur Sullivan hinausführt. Will man aber erkennen, wohin nun der Weg Wrights führte, so genügt es

seinen zweifellos noch genialischen und imponierenden Entwurf für ein Riesenbureauhaus in Chicago, ein Jahrzehnt später, 1919 bis 1924, mit den gleichzeitigen Projekten Ludwig Mies van der Rohes zu vergleichen, um den unermesslichen Abstand einer niedergehenden und einer aufsteigenden Anschauungsform zu übersehen. Bei Mies die vollendete Geistigkeit in strenger Scheidung konstruktiver Trageglieder, aufgehängter Plattformen und rein umhüllender Glashaut, bei unübertreffbarer Einfachheit und Größe der Hochhausform. Bei Wright ein dekoratives Spiel mit den Dimensionen und der glitzernden Hülle des Glases, ein Vervielfachen des Bauelements, das zum kolossalen Ornament wird, fast ohne Rücksicht auf den Bauzweck.

Aber dieser Wolkenkratzerentwurf (es ist gleichwohl schade, daß er nicht ausgeführt wurde) bildet noch den Gipfel seiner Spätkunst. Die Rückkehr des reuigen Sohnes zu den Fleischtöpfen der Babbitts vollzieht sich von 1910 an in einem beängstigenden Tempo; am intensivsten gelegentlich seines Aufenthalts in Japan, wo er 1916 bis 1920 das Imperialhotel in Tokio baut, Merkmal einer zwiefachen Niederlage: der Eroberung Ostasiens durch den Ungeist der Vereinigten Staaten von Amerika und der Unterwerfung Wrights unter den tonangebenden Geschmack der amerikanischen Frauenverbände. Man kann nur mit dem Gefühl des Bedauerns feststellen, wie sich dieser geniale Außenseiter in den "begabtesten" Interpreten amerikanischer Vorstellungen von "Romantik" gewandelt hat; wie er aus einem eigenwilligen und durchaus schöpferischen Führer zu einem Genasführten geworden ist.

In der Wüste von Arizona, 200 Kilometer von jeder Siedlung entfernt, baut Wright ein Hotel mit anschließenden Villen für Multimillionäre, das die natürlichen Schwierigkeiten einer mit dem Hauptbau überbrückten Felsenkluft noch durch eine sehr unübersichtliche und verzwickte Künstlichkeit architektonischer Form kompliziert. Eine Ranch ist ein simpler Landsitz (man würde bei uns an Biedermeier und Schultze-Naumburg denken); es ist ein abstruser Aberwitz, wenn Wright eine Ranchsiedlung bei Los Angeles als eine gewaltige Masse über einen steilen Abgrund auftürmt, mit ungeheuerlichen Substruktionen, deren sinnlose Kolossalität einen Möhring oder Schmitz von 1900 vor Neid erblassen machen. Wenn Wright hier die falsche Romantik einer Verschmelzung von Landschaft und moderner Raubritterburg auf das denkbar ungeeignetste Gebiet von Landvillen überträgt, so exzediert er in Marcs Turmhaus für New York in dem strikten Gegenteil: Kleinwohnungen als Wabenbildung in einen Hochturm zu pressen, dessen minimale Grundfläche durch allerhand Betonauskragungen betont und ausgeglichen werden soll. Die kindische Art der Interpretation Le Corbusierscher Gedanken wirkt in dieser dumpfen Kleinbürgerromantik besonders kraß, weil die tolle Konstruktion zunächst das Urteil trübt (weshalb ein Berliner Kritiker sogar so weit ging hier einen neuen Aufschwung Wrightscher Genialität zu sehen, nachdem er ganz richtig seinen Niedergang bis 1929 festgestellt hatte). Einen Automobiltank versteht Wright mit kunstvollen Ornamentdurchbrechungen des Dachs, wobei man sich an den Morgenssternschen Wasseresel erinnert fühlt, auf dessen Bauch der Mond ein Ornament brennt; winzige Ferienhäuser werden auf einem System von Dreiecken in Grundriß und Aufbau konstruiert. Auf solche Ideen verfällt ein Mann, weil er seinen Genius in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Erzeugung von Originalamerikanismen verwandelte oder verwandeln mußte.

Denn das, was Wright seit dem Kriegsanfang gebaut und geplant hat, ist die Verleugnung nicht nur seines Jugendwerks sondern der modernen Architektur schlechthin. Wie er zu diesem Absturz gekommen ist, mag psychologisch ein Rätsel sein, soziologisch ist es nur allzu erklärlich. Wahrscheinlich ist es unmöglich in den Vereinigten Staaten von Amerika auf die Dauer ein Formschöpfer zu bleiben. Die unwiderstehliche Gewalt des allgemeinen Schematisierungssinns erdrückt schließlich jedes Eigenwollen. Charles Chaplin ist wahrscheinlich der einzige, der es wagt sich der öffentlichen Macht der amerikanischen Unfreiheit entgegenzustellen; er ist ja auch kein Amerikaner sondern gehört, wie May Wong vor einiger Zeit harmlos erwähnte, einer amerikafremden Nation an. Bei allen anderen Matadoren amerikanischer Kultur erleben wir, nach kurzer Freude, jenes typische Abgleiten in den Ungeist des Happy-end-Optimismus, in die Monotonie der Dimensionspsychologie. Was da als Geistigkeit auftritt und zunächst über seinen eigentlichen Sinn täuscht, ist die typische Vorstellung von Romantik, die auf eine kindische Übertreibung des Abenteuerlichen und auf die Vergottung der amerikanischen Frau und ihrer utilitär-primitiven Instinkte hinausläuft. Man nehme welche Ideen immer, die von drüben kommen und unsere Armen im Geist in einen Taumel des Entzückens versetzen: die sogenannte Zuchthausreform (und die Lynchjustiz), die Schönheitskonkurrenzen, die am laufenden Band produzierten Girls, die Filmvamps (und die parallele, von Ernst Untermann hier vor Monaten so plastisch geschilderte Begeisterung für Einstein), den Prosperityrummel oder die Gipfel amerikanischer Kunstübung mitsamt der Herrlichkeit aller kombinierten Wolkenkratzer, Nationalparks und Indianerreservationen: es steckt hinter allem das selbe Gleichnis einer hohlen Nuß, mag sie Keep-smiling-Optimismus oder Anbetung der Zahl genannt werden. Was nicht hindert, daß deutsche Intellektuelle alles das anbeten, deutsche Privatdozenten es zu philosophischen Büchern verwalzen.

Was uns in Wahrheit an Amerika vorbildlich dünkt, reduziert sich bei näherem Zusehen ganz allein auf die imponierende Dimension. Selbst unsere führenden Architekten sind beispielsweise von den Wolkenkratzern begeistert. Da ihre Formgebung im Zweifel akademistisch, auf Nachahmung alter Stile aufgebaut, im besten Fall neutral-konstruktiv ist, kann es eben nur die neuartige Chance der Überdimensionierung sein, die sie fesselt; niemals aber ein neuer Formgedanke. Den haben inzwischen längst schon unsere eignen Architekten für diese Mammute gefunden: Le Corbusier, Mies van der Rohe, Hilberseimer und andere; einige sehr beachtliche Ansätze sind sogar gebaut worden. Was Kontinentaleuropa hier und auf allen Gebieten fehlt, sind ausschließlich die wirtschaftlichen Möglichkeiten. In dem Augenblick, da unser Kontinent sich zu einem geschlossenen Gebilde zusammenfindet, sind alle die unbegrenzten Möglichkeiten eines gewaltigen Wirtschaftsgebiets gegeben, unvergleichlich gesteigert durch die Originalität und den Erfindergeist Europas. In diesem Augenblick wird es offenbar werden, welch ungemeßene Überlegenheit Europa über Amerika besitzt. Man spricht so viel von der Jugendlichkeit und Morgenfrische der Amerikaner. Ich glaube, das ist ein ziemlich haltloser Fall von Minderwertigkeitsgefühl. Jugendlichkeit äußert sich zwar auch in kindischem Ressentiment, in geistiger Unreife; das wahre Gesicht einer ewig sich erneuernden Jugend des Geistes findet man aber in Europa, in dieser unglücklich verzankten Familie eng

beisammen hockender Völkerverwandten. Unser Unglück sind die hunderttausend Kilometer Grenzlinsen. Geistig sind wir schon längst auf die Einheit vorbereitet; künstlerisch, philosophisch, dichterisch bilden wir eine Einheit von stärkster Vitalität, von einer Kraft der Erfindung, der Phantasie, des Wagemuts, die der "Jugendlichkeit" der Vereinigten Staaten von Amerika turmhoch überlegen ist. Wir wissen es nur nicht, weil wir so viele Vaterländer haben, wir starren hypnotisiert auf die grenzenlosen Möglichkeiten Nordamerikas, dessen Begrenztheit heute jedem offenbar sein sollte.

Könnte ein französischer, ein deutscher Künstler nach einem so fulminanten Aufstieg in eine so bodenlose Tiefe versinken, wie wir es an Wright erlebten? Schwerlich. Das liegt nicht an der Einzelperson, das liegt an dem Geistesraum, in dem sie wirkt. Wir können in Ruhe abwarten, wer den längern Atem hat, wessen Jugend die echte ist. Der Vereinigte Europäische Kontinent wird das Scheidewasser der Weltgeistigkeit sein.

GEORG MÖLLER · WOHIN STREBT DIE JUNGE GENERATION?

PROLETARISCHE Jugend ist mindestens ihres Ziels, zum Teil auch ihres Weges sicher. Für den jungen Menschen aus dem Bürgertum gibt es keine Selbstverständlichkeit des Ziels oder gar des Weges. Und doch geht das Getöse um den Generationenunterschied, die Betonung der Jugend und Jugendlichkeit, ja der Kultus, der damit getrieben wird, eigentlich immer die bürgerliche Jugend an, die sich in den Vordergrund stellt und noch mehr von den Älteren gestellt wird. Wohin strebt sie aber?

Daß die Bezeichnung Junge Generation nicht in dem jetzt so beliebten Sinn gebraucht werden kann, ist oft genug gesagt worden. Diese Bezeichnung, meist tendenziös vereinfachend gebraucht, hat durch ihre häufige Anwendung eine wahre Suggestion heraufgeführt: Der Ausdruck Junge Generation läßt ohne weiteres eine gewollte oder gefühlte Zusammengehörigkeit aller jungen Menschen als Realität erscheinen. Trotzdem kann von einer Jungen Generation gesprochen werden; dann nämlich, wenn eine führende Schicht insofern typisch wird, als ihre Problemstellung (nicht Problemlösung) für die gesamte Generation Selbstverständlichkeitsrang erhält. Eine Junge Generation im Sinn geistiger Sonderhaltung der jugendlichen Altersklassen eines Volks ist vorhanden, wenn ein gewisses Verantwortungsgefühl zur Anteilnahme (vielleicht auch nur Kenntnisaufnahme) an diesen Problemen allgemein besteht. Da steht es so: Es gibt heute keine wesentliche Grundgesinnung, die die Jugend zur Jungen Generation zusammenschlüsse. Hatte vielleicht die Jugendbewegung solches erreicht, hatten Krieg und Nachkriegszeit eine Problemoffenheit erzwungen, die breitere Menschenschichten anging, so ist heute diese Problemoffenheit, dieses Standpunktsuchen nur noch eine Sache des einzelnen. Mag auch eine Junge Generation als Bewußtseinshaltung einmal bestanden haben, heute ist diese Haltung im Schwinden. Der Widerstand gegen die Einordnung in überkommene Realitäten besteht als typische Haltung der jüngern Generation nicht mehr. Dabei ist die Arbeit der Tätigen selbstverständlicher geworden, fühlbarer aber auch das hemmende Gewicht derer, die nur vorübergehend aufgelockert waren.

Eindeutiges Streben fehlt der bürgerlichen Jugend; sie hat als Gesamtheit kein Ziel, dem zuliebe sie übernommene Orientierung überwinden könnte. So treten andere Bindungen als die ans Ziel wieder mit aller Schärfe hervor und bestimmen, wohin der Jugendliche sich wendet, respektive wo er sich anschließt. Einer doppelten, sich überkreuzenden Schichtung muß die Analyse dieser nicht zielvereinten Jugend nachgehen: 1. der gesellschaftlichen Schichtung, 2. der psychologischen Schichtung in Masse, Mitläufer und strebende Sucher. Die Junge Generation pflegt man zumeist von irgendeinem Typus von Suchenden zu abstrahieren. Versuchen wir von diesen abzusehen; denn noch ist die Wirklichkeit keineswegs nach ihrem Bild geformt.

Der Nationalsozialismus steht im Begriff die Funktion der zahllosen "vaterländischen" Jugendbünde an den Höheren Schulen zu übernehmen. Daher können wir uns bei der Betrachtung, was den Schüler dort dem Nationalismus zuführt, auf ihn beschränken. Der erste und zwingende Anstoß liegt in der Stellung des Elternhauses. Der akademische Mittelstand und seit der Novemberumwälzung zunehmend das Kleinbürgertum, das heißt die selbständigen kleinen Unternehmer, Kaufleute, Handwerker, schicken ihre Söhne auf die Höhere Schule. So gern man an die Zukunftsträchtigkeit der Jugend glaubt, man darf sich doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Junge seine Meinung im Durchschnitt vom Milieu bezieht, in dem er lebt, und daß die Söhne nur dann eine bessere Zukunft verwirklichen werden, wenn auch die Väter sie wollen. Dies muß mit allem Nachdruck denen gegenüber betont werden, die aus Jugend einen Mythos machen. Von der Jugend alles Heil zu erwarten ist Feigheit oder Unverständnis. Und nun vergegenwärtige man sich, daß in den betreffenden Elternhäusern die Vokabeln rechts, vaterländisch, ehrenhaft als identisch gelten, und daß die Sozialdemokratie als bequemer Sündenbock für jede Lage herhalten muß. Der Junge, der tagtäglich hört, daß "die Roten uns ins Unglück gebracht" haben, muß ja gradezu seine Begeisterungsfähigkeit dahin wenden, wo in der primitivsten und gröbsten, das heißt hier der faßlichsten, Form die Rettung von all diesem Unheil versprochen wird; eben zum Nationalsozialismus. Nun sind die Eltern wohl in den meisten Fällen nicht selbst Nationalsozialisten. Aber sie erkennen ganz richtig, daß der Nationalismus, nicht ein Sozialismus, den Kern der Bewegung bildet, und nehmen deshalb die rauhen Allüren der Söhne als "Sturm und Drang" mit einem gewissen anerkennenden Wohlwollen hin. Zudem ist der Nationalsozialismus, wie sich aus der charakterisierten Stellung der Älteren ergibt, "gesellschaftsfähig". Der Sozialist dagegen ist Außenseiter; er verfällt leicht gesellschaftlicher Ächtung. Grade der Kleinbürgersohn, der vom Vaterhaus her der Sozialdemokratie näher stehen sollte, rückt aus Gründen gesellschaftlichen Prestiges von ihr ab. Viel eher kommen zum Sozialismus Jungen aus Familien, deren gesellschaftliche Stellung außer Zweifel steht. So sehe ich die Funktion des Nationalsozialismus wesentlich mit darin, daß er die entsprechenden Angehörigen der Jungen Generation ohne Umwege der Reaktion zuführt; das Hervorkehren von Revolutionärtum und Kampfgesinnung ist dabei als jugendpsychologisch unvermeidbarer Apparat zu werten. Die Ehrlichkeit einzelner Führer und vollends der Jugendlichen sei dadurch nicht in Frage gestellt.

Innerhalb dieser allgemeinen Bahnen, die von den gesellschaftlichen Zuständen vorgezeichnet und augenblicklich erschreckend verfestigt werden, vollzieht sich die Rekrutierung der Schüler zum Nationalsozialismus unter

Bedingungen, die an jeder Schule anders sind und keinesfalls verallgemeinert werden dürfen. So kann es entscheidend sein, ob die Kräfte und besonders die Führertalente der Jungen bereits durch andere Gruppen gebunden sind. Zahlen besagen wenig über die eigentliche Stellung; denn die Jungen, die den direkten Anschluß an den Nationalsozialismus vermeiden, sind in den wenigsten Fällen dessen Gegner. Es gibt einige Schulen, an denen sozialistische Ideen dominieren. Man täusche sich auch da nicht; von einer neuen Jugend, die etwa sich dort zu kristallisieren begänne, ist keine Rede. Auch hier dokumentiert sich der (vielleicht besonders straffe) Anschluß an festbestehende Ideenkreise und Organisationen.

Für den Studenten liegt es, dank seiner merkwürdigen sozialen Sonderstellung, besonders nahe sich als Junge Generation zu fühlen. Programmatisch tut er dies auch reichlich, noch öfter läßt er es von sich behaupten. Faktisch fehlt der Gesamtstudentenschaft jeder Zug nach vorwärts. Die Masse strebt überhaupt nicht; das war stets so; wesentlich ist aber, daß der Gegensatz zur Alten Generation, mochte er sich gegen die bestehende Form der Universität selbst, gegen Lehrmethoden, Berechtigungswesen oder gegen Lebensstil und Tradition der Altakademiker richten, innerhalb der heutigen Studentenschaft immer mehr abnimmt, offenbar im Zusammenhang mit dem Verschwinden der Kriegsteilnehmer und der ersten (Heroen-) Generation der Werkstudenten. Das Interesse an einer geschlossenen Studentenschaft, also doch einer Art Jugendzusammenschlusses, wird immer geringer. Wirtschaftsnot und Berufssorgen sind dafür nicht allein verantwortlich zu machen; dem Studenten unmittelbar nach dem Krieg ging es im Durchschnitt schlechter. Nein, es liegt eine veränderte Gesamthaltung vor. Die Jugend strebt es möglichst bald und vollständig den Älteren gleichzutun. Söhne und Väter im zünftigen Akademikertum werden wieder völlig solidarisch. Hand in Hand damit geht eine Wiederverstärkung gesellschaftlicher Scheidewände, die sich sogar schon auf den Schulen bemerkbar macht, deren Sportübung Standesunterschiede bisher nicht hatte aufkommen lassen.

So paradox es klingt: Dieser hemmungsfreie Anschluß an Lebensstil und Wollen der Älteren entspringt einer völligen Traditionslosigkeit der Jungen. Ein Produkt der Kriegs- und Nachkriegsjahre und ihrer innern Aufwühlung ist wohl diese Traditionslosigkeit; jedenfalls verhindert sie die Bildung einer neuen studentischen Lebensform, wofür sich nach Kriegsende immerhin Ansätze gezeigt hatten. Der junge Akademiker hat sich keiner allstudentischen Gemeinschaft einzuordnen und steht der Generation der ersten Nachkriegsstudenten weit ferner als der Generation der Väter. Er strebt, sofern er nicht seiner psychischen Artung nach ein Suchender ist, ohne Umschweife der Richtung nach, die Klasse oder Milieu ihm mitgegeben haben. Keine Tradition ideeller Ehrlichkeit hält den endgültigen weltanschaulichen Entscheid des einzelnen wenigstens eine Zeitlang in der Schwebe, keine lebendige Tradition auch macht die Auseinandersetzung mit sozialen und politischen Problemen zur selbstverständlichen Pflicht. Niemand kann so völlig Privatmann sein wie der Student. Hat er schon einen entscheidenden Anstoß zu irgendwelcher politischen oder gesellschaftlichen Bindung empfangen, so schließt er sich schleunigst der Gruppe an, die den Ableger der betreffenden Richtung auf der Universität darstellt. Hierhin gehören vor allem die Couleurverbindungen, noch immer die stärkste Macht auf allen Universitäten. Die Funktion ihre jungen Mitglieder im nationalistischen und

sozialaristokratischen Sinn zu uniformieren und sie dadurch reibungslos der obern Gesellschaftsklasse einzureihen erfüllen sie mustergültig. Eine derart restlose Bindung der Mitglieder mit derart nachhaltiger Beeinflussung wird von keiner andern Gruppe auch nur annähernd erreicht. Der Nationalsozialismus hat an ihnen zurzeit eine seiner stärksten Stützen. Aber er glaube ja nicht sie zu beherrschen. Die "Verbindungen" geben sich ihm nicht hin sondern gehen mit ihm, soweit (und solange) er in der Hauptsache Nationalismus ist. Die sozialistische Komponente im Nationalsozialismus wird von anderen Kreisen getragen, von den Verbindungsstudenten wird sie entweder geflissentlich übersehen oder belächelt. Für die energische Betonung des "nationalen Gedankens" glauben diese das (von vornherein für unmöglich und gar nicht erstrebenswert gehaltene) soziale Programm mit in Kauf nehmen zu müssen, einstweilen. Was der nationale Gedanke eigentlich sei, danach wird mehr von den Gegnern gefragt als von denen, die ihn vertreten. National sein ist ja wesentlich gesellschaftliches Erfordernis, weniger Sache der Überlegung. Am klarsten dokumentiert sich der beherrschende Einfluß, den die soziologische Bindung ausübt, am Beispiel der Karriere: Der ehrgeizige Akademiker macht seine Karriere innerhalb der "gesellschaftsfähigen" Parteien. Die Benutzung von Konnexionen ist dabei wieder selbstverständlich, und sie gilt auch als durchaus ehrenhaft. Der Verdacht von Beziehungen zur Sozialdemokratie genügt dagegen zum Beweis schlechter Gesinnung. Alle diese Dinge treten naturgemäß in kleinen Städten mehr zutage als in großen. Ein wirkliches Sichentscheiden kommt für große Teile der akademischen Jugend heute gar nicht mehr in Frage.

Entscheidungen fallen noch in den Reihen der nicht ganz auf Examina gerichteten Freistudentenschaft, Entscheidungen, ob Sozialismus oder Nationalsozialismus. Hier gewinnt der Nationalsozialismus seine besten Kräfte. Der Sozialismus hat spärliche Erfolge. Wie kommt das? Der soziale Gedanke liegt in der Luft, er ist nicht Angelegenheit nur der Jugend. Ein Ansporn entfällt damit. Andererseits ist die Zahl der unbestimmt sozialistisch Denkenden groß. Warum treten sie aus ihrer privaten Sphäre nicht heraus? Daß die soziologische Nötigung dazu, eine Tradition der Entscheidungspflicht, fehlt, ist erwähnt. Aber warum macht der Nationalsozialismus entscheidungsfreudiger? Und natürlich zu seinen Gunsten? Der Zulauf der unbestimmt sozialistisch Denkenden zum Nationalsozialismus beruht wesentlich auf dem Unbehagen, das der Neuling vor der historisch geformten, als "fertig" empfundenen geistigen Macht des Sozialismus hat; ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie schon längst nicht mehr als natürliches Sammelbecken aller Sozialisten anerkannt wird. Der Neuling geht zum Nationalsozialismus, und dort ist er nun Träger der sozialen Idee.

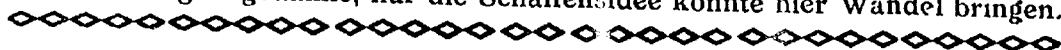
Eine gesunde Schicht geht damit dem Sozialismus verloren. Nicht ohne Schuld der sozialistischen Studentengruppen, die ihrer Aufgabe kaum gerecht werden. Bemüht sich als nationalökonomische Fachseminare zu geben diskreditieren sie den Sozialismus als geistige Bewegung, sie schrecken mehr ab, als daß sie werben. Statt Voraussetzungen für die Wendung zum Sozialismus zu schaffen, betreiben sie parteimäßige Sammlung, oft allzu dogmatisch. Vom Sozialismus als Gesinnung ist wenig zu merken. Gewiß, die Zeit sozialistischer Schwärmer ist vorbei, und nüchterne Arbeit ist die Forderung des Tages. Aber dem jungen Menschen, der, von der Gemeinschafts-

idee ergriffen, tapfer zur brennendsten Frage, der der Wirtschaftsgestaltung, kommt, ist der Weg unendlich erschwert. Auch der Zuzug zum Sozialismus ist bereits traditionell geregelt. Der Sozialismus ist mit der Arbeiterbewegung gekoppelt. Wir müssen klar sehen: Vom Bürgertum kommt zum Sozialismus nicht, wer wirtschaftlich und gesellschaftlich dem Proletarier am nächsten steht, sondern wer um sein gesellschaftliches Prestige nicht mehr besorgt zu sein braucht, also am ehesten der sozial Gutgestellte. Daraus erklärt sich, daß die Angestelltenschicht die Hauptmenge der Nationalsozialisten liefert. Der junge Angestellte, oft schlechter bezahlt als ein gleichaltriger Arbeiter, will "etwas Besseres" sein als der Handarbeiter. Er strebt nach unbedingtem Anschluß an den Stand seiner Brotgeber; am deutlichsten zeigt er das schon in der Wahl seiner Kleidung. Bekenntnis zu Sozialismus und Sozialdemokratie würde ihm Bekenntnis zum Proletariat bedeuten. Andererseits haben ihn Volks- und Berufsschule mit dem Arbeiter bekannt, die oft schwierige Lage des Vaterhauses sozialistischen Forderungen geneigt gemacht. Ein Sozialismus, der "national", das heißt von der Oberschicht anerkannt ist, muß auf ihn ungeheure Anziehungskraft ausüben.

In dieser Schicht von Angestellten- und Handwerkersöhnen kann es zur Bildung einer Bewußtseinshaltung, die man mit Junge Generation umschreibt, naturgemäß am wenigsten kommen. Der junge Proletarier wächst in die feste Tradition seiner Klasse hinein; alle seine Bildungseinrichtungen, Jugendbünde, Sport- und Wandervereine usw. stehen in einem ungeheuer dichten, gradlinigen Zusammenhang; sie weisen ihn immer auf die selbe Idee. Der Angehörige der Höheren Schule, der Hochschüler hat in seinen Entwicklungsjahren eine gewisse Muße sich umzuschauen, er hat die breitesten Bildungsmöglichkeiten, sein Ehrgeiz hat es nicht mehr nötig auf soziales Prestige zu zielen. Er hat mindestens die Möglichkeit zur Selbstbesinnung und Selbstgestaltung. Der junge Angestellte hat alle diese Möglichkeiten nicht. Ebenso früh wie der Arbeiter ins Erwerbsleben gestellt, entbehrt er der festen Stützen, die jenem bereitstehen. Sein Leben *muß* sich gradezu im wirtschaftlichen Lebenskampf verzehren. Nirgends ist deshalb auch der Anschluß an die ältere Generation so stark und selbstverständlich wie hier, wenn auch kaum bewußt und oft verdeckt unter betonter Fortschrittlichkeit. Es bleibt kein Raum für Sonderprobleme der Jugend. Aus der Begründung seines Nationalsozialismus klingt die wirtschaftliche Sondernot des Vaters heraus. Sollten die Nationalsozialisten etwa in der Interessenvertretung des Kleinbürgertums einmal ihre Funktion finden?

Ein Arbeitswille der Jugend an gegebenen Plätzen ist vorhanden, eine Sonderleistung der Jugend als solcher ist aber nicht zu erwarten.

Wohin die Jugend auf Grund der ewigen geistesgeschichtlichen Schwingung strebt, ist eine andere Frage. Vielleicht stehen wir im Angelpunkt eines solchen Wandels, und ein neuer Typus ist im Werden, dessen Vorboten sich in der Jugend zeigen. Mit dem sich wandelnden Typus werden neue Denkformen, neue Beziehungsweisen zwischen Menschen auftreten, auf die, wer will, große Hoffnungen setzen mag. Wir aber müssen von unseren Gegebenheiten aus arbeiten. Und die nichtproletarische Jugend scheint nicht entschlossen sich von dieser Basis aus selbständig in die Zukunft zu werfen. Nicht der Jugendgedanke, nur die Schaffensidee könnte hier Wandel bringen.



ADOLF BEHNE · DIE KUNST IM TROMMELFEUER DER POLITISCHEN PARTEIEN

WER da sagt: die Kunst eine Waffe, denkt dabei ganz naiv und unbewußt: eine Waffe für mich, für meine Partei, die Kunst eine Spezialwaffe für den Klassenkampf, eine Spezialwaffe für die Befreiung des Proletariats. Aber kann denn nicht auch der Gegner im Klassenkampf, kann denn nicht auch der Bürger die Kunst als Waffe des Konservativismus gebrauchen? Genau so wie im Weltkrieg Deutsche und Franzosen gleicherweise die nationale Kunstphrase als Waffe benutzten, indem die Deutschen Félicien Rops mißbrauchten, um die gallische Rasse als dekadent und lasziv, die Franzosen Anton von Werner benutzten, um die germanische Sippschaft als brutal, verlogen und dumm hinzustellen. Natürlich kann immer die andere Partei auch die Kunst als Waffe benutzen. Aber daran denkt man meist in aller Naivetät nicht. Man bildet sich faktisch ein, je nachhaltiger man die Kunst als Waffe proklamiere, um so ausschließlicher sei man im Monopolbesitz dieser Waffe.

Nun sehen wir ja grade jetzt im innern Kampf, an der Front der Klassen, daß verschiedene Parteien die Kunstwaffe benutzen, und das in einer für jede von ihnen sehr charakteristischen, also ganz verschiedenen Weise. Der Revolutionär sagt: Die Kunst ist Waffe. Und er meint: Waffe zum offenen konsequenten Angriff auf die bürgerliche Kultur. Der Nationalist sagt: Die Kunst ist Waffe. Und er meint: Gasbombe zum Vernebeln der wahren Stellung. Der Bürger sagt: Die Kunst ist *keine* Waffe. Und er meint: Wall und Graben um meine Kultur und deshalb zuletzt auch um meinen Besitz (aber das darf niemand wissen). Seine Kunst ist keine Waffe, beileibe nicht, nur harmloses Handelsflugzeug, garantiert reines Friedensinstrument; er wird doch niemandem sagen, daß der Umbau schnell vor sich gehen könnte.

Es ist wirklich eine ganz sonderbare Situation. Wo steht denn zwischen alledem das Kunstwerk?

Nehmen wir einen praktischen Fall. Oskar Schlemmer ist ein bedeutender Künstler. Der thüringische Minister Gustav Frick wirft seine Bilder aus dem Weimarer Kunstschulbau heraus, weil sie das deutsche Ideal verletzen, fratzenhafte Verzerrungen des edlen germanischen Typus seien; und sein Akademiedirektor Paul Schultze-Naumburg predigt in Buch und Vortrag die selbe Weisheit. Was bedeutet dieser Vorgang? Frick verbietet Verzerrungen. Verzerrungen wessen? Frick sagt: Verzerrungen der gesunden, normalen, nordischen Rasse, seines Ideals. Aber die zweidimensionale Gestalt aus Ölfarbe und Pinsel, auf Leinwand aufgetragen, kann niemals einer Rasse angehören, denn sie hat weder Blut noch Nerven noch Zellmasse. Sie kann also auch nie eine Rasse verzerren. Frick meint auch in Wahrheit etwas ganz anderes: daß nämlich die Gestalten der Kubisten und Expressionisten die normale, gewohnte, dem Volk plausible Formensprache verzerren. Er will gar keine Rasse schützen sondern eine Formensprache von zeitlich bedingter Bedeutung. Und warum will er diese schützen? Nur deshalb, weil sie naturalistisch-bürgerlich oder besser bürgerlich-naturalistisch ist. Wohlverstanden: Frick schützt keine bestimmte Form um ihrer selbst willen, er schützt *die* Form, mag sie an sich sein wie sie will, die zurzeit als die Norm für die kleinbürgerliche Majorität gilt. Er schützt den

Naturalismus nicht unter allen Umständen. Es gab einen revolutionären Naturalismus. Ihm gegenüber würde Frick den Majoritätsidealismus eines Paul Thumann schützen. Heute ist die Masse seiner Anhänger auf einen matten, allgemeinen Richtigkeits- und Plausibilitätsnaturalismus eingerichtet, und deshalb schützt er diesen, auch wenn er vielleicht aus Gallien importiert ist.

Es läßt sich sehr leicht beweisen, daß Fricks Kunstdogma gar nichts mit Deutschtum oder Rasse zu tun hat. Als nämlich die deutsche Kunst im frühen Mittelalter einen ihrer Höhepunkte erlebte, war sie keineswegs so allgemein naturalistisch, wie es Frick vom Deutschtum verlangt. Vor einigen Jahren brachte ein großer Verlag eine Prachtausgabe des Nibelungenlieds heraus, und er schmückte dieses Nationalepos mit Faksimilereproduktionen aus einer der ältesten Handschriften des Gedichts. Da geschah es in einer rechtsradikalen Tageszeitung, daß der Verlag einer hundsgemeinen jüdischen Perfidie beschuldigt wurde. Der urdeutsche Kritiker hatte nicht bemerkt, daß es sich um Lichtdrucke nach einem alten deutschen Künstler handelte, und bezichtigte den Verlag, daß er in seinen Illustrationen die deutschen Helden mit Judennasen herumlaufen lasse. Deutsch oder nicht deutsch, Rasse oder nicht Rasse, das ist dem Minister Frick ganz egal. Er wendet sich gegen Tendenzen, die die Formsprache angreifen, die heute von der Majorität der Kleinbürger als eine ihnen verständliche empfunden wird, obgleich sie auch die Formsprache der 100prozentigen Juden Max Liebermann oder Camille Pissarro und vieler 100prozentiger Franzosen oder sogar Mongolen ist. Die laute moralische Entrüstung über Rassenverrat ist nur eine Gasbombe, die verschleiern soll, daß Frick das Kleinbürgertum mit allen seinen Konsequenzen vertritt und verteidigt.

Revolutionär und Nationalist stehen sich also auch hier diametral gegenüber. Der Revolutionär will die Kunst aus den Grenzen und Vorurteilen der Bürgerlichkeit befreien, richtiger: er will das bürgerliche System zu Fall bringen und will dazu beitragen durch Niederreißen auch seiner Kunstgloriole, und er glaubt das nur erreichen zu können, wenn er sich gegen Ästhetik in jeder Art und Form wendet. Die von aller Ästhetik befreite Kunst ist nur noch Waffe, Spezialwaffe für Klassenkampf. Der Nationalist will die Bürgerlichkeit schützen und will darum auch die grade herrschende kleinbürgerliche Formsprache aufrechterhalten. Deshalb verleumdet er, seiner ganzen Ideologie entsprechend, den ihm politisch verdächtigen Formveränderer als einen Rasseauswurf und einen Rassefeind.

Nun gibt es noch eine dritte Schicht von bestimmter politischer Haltung: das Großbürgertum. Wie ist dessen Kunstlehre? Es wäre falsch zu bestreiten, daß das Großbürgertum, hierin wohl der Erbe einstiger Feudalen, der künstlerischen Äußerung mit einer gewissen Vorurteilslosigkeit gegenübersteht, mehr jedenfalls als der klassenbewußte Proletarier und der nationalistische Kleinbürger. Der Großbürger ist, wenn ihm eine Sache sonst gefällt, bereit über ihre politische Feindseligkeit hinwegzusehen. Er sammelt Honoré Daumier, er sammelt sogar George Grosz, den Zeitgenossen. Er ist bereit über nationale und rassenmäßige Vorurteile und Beschränktheiten hinwegzusehen; er sammelt in Deutschland französische Impressionisten, er sammelt, wenn es Mode ist, sogar Negergötzen und Südseeidole. Es wäre ungerecht zu leugnen, daß er faktisch (sehen wir einmal von den Motiven ab) manchmal die einzige Rettung war: durch seine nicht grade häufige, aber

doch gelegentlich vorhandene Bereitschaft von der Kunst nicht bloß etwas in seinem Interesse zu verlangen sondern ihr Spielraum zu geben. Natürlich, wer an der Macht ist, hat es am leichtesten Spielraum zu geben. Und fast immer erreichen die Bereitwilligkeit und die Vorurteilslosigkeit dieser Schicht ein Ende dort, wo die Dinge aufhören eine halbwegs sichere Kapitalsanlage zu sein. Dort, wo es sich um eine Entscheidung zur Hilfe, um einen noch nicht marktgängigen Künstler handelt, ist die Vorurteilslosigkeit, ich sage nicht immer, aber fast immer, zu Ende. Vertritt auch diese Schicht des Großbürgertums in ihrem Verhalten zur Kunst ein Klasseninteresse? Im Ernstfall sicher, aber doch eben innerhalb eines gewissen Spielraums nicht. Wenn die Vertreter dieser Schicht immer wieder betonen, Kunst sei keine Sache der Politik, keine Waffe, ist das nicht einfach bewußte Heuchelei. Der größte Teil ist dabei durchaus gutgläubig. Die Führer selbstverständlich mögen sich ihr Teil denken. Aber auch der gutgläubige Teil beweist, ohne es zu merken, fast vor jeder entscheidenden künstlerischen Wandlung der Form seine politische Gebundenheit. Denn immer wieder wird das Bürgertum vor jeder künstlerischen Neuerung, heiße sie nun Naturalismus oder Futurismus, rabiāt. Warum? Weil es dunkel empfindet, daß jede Formveränderung auch Gesinnungsveränderung, zuletzt auch politische Veränderung ist. Ich wiederhole: Die meisten sind absolut gutgläubig, wenn sie in solchen Fällen ihre Abneigung gegen die neue Form für eine rein ästhetische Regung halten, für eine Reaktion des Geschmacks. Dahinter steht ein Bangen um die Macht. Ich erinnere daran, daß, als die italienischen Futuristen 1911 zuerst in Berlin ausstellten, ganz unpolitische Bilder, ein ästhetisch aufgeregter Bürger den Polizeipräsidenten aufforderte den Skandal zu verbieten.

Aus dem Bürgertum, fast ausschließlich aus ihm, hat sich nun ein kleiner Kreis von Menschen herausgehoben, der die relative Vorurteilslosigkeit dieser Schicht, erklärbar aus Machtgefühl und vielleicht aus einem gewissen Zynismus, zu einer möglichst absoluten Vorurteilslosigkeit ausbildet: die Kunsthistoriker, die die Phänomene der Kunst wissenschaftlich sehen. Ein Teil von ihnen arbeitet als Museumsdirektorschaft, und man darf ungeachtet mancher notwendigen Kritik doch wohl sagen, daß neben einigen Kritikern und Publizisten es dieser kleine Kreis von Menschen ist, bei dem heute die Kunst künstlerisch und nicht politisch gesehen wird, soweit nicht doch durch die Abhängigkeit von parteipolitisch zusammengesetzten Kommissionen wieder eine politische Einflußsphäre geschaffen ist.

Es ist eine gewisse Paradoxie: Dem revolutionären Antiästhetiker steht der bürgerliche Kunstfreund gegenüber. Mit Vorliebe malt ihn uns der Revolutionär als einen im elfenbeinernen Turm abgeschlossen Wohnenden, der verächtlich auf das gemeine Leben hinabsieht. Seine Kunst nennt der Revolutionär eine *L'art-pour-l'art*-Kunst, und mit Erbitterung brandmarkt er sein Ästhetentum. Aber man kann fragen, wer denn dieser verfluchten Kunst die größere Bedeutung zuweise, der Snob oder der Revolutionär? Jener, der sie, je heiliger er sie nimmt, doch nur um so enger isoliert, der sie vom Leben fruchtlos abschließt, zu einem privaten Sport macht, abseits aller Gegenwart, oder dieser, der immer erneut gegen ihre Überschätzung und Verhimmelung wettet, aber von ihr nichts geringeres verlangt, als daß sie zur Änderung der Welt beitrage. Hier scheint mir in der Tat ein innerer Widerspruch zu klaffen: Wenn ich die Kunst so ernst und groß und wichtig

nehme, daß ich sie zu einem Werkzeug des Befreiungskampfs mache, dann nehme ich sie doch viel ernster, größer und wichtiger als der Ästhet, der sie zu einem glänzenden, aber wirkungslosen Privatidol macht. Also: Ich verstehe nicht, daß der Revolutionär mit Vorliebe sagt: Ach, die Kunst, das ist doch bloß ganz einfach eine Waffe im Klassenkampf. Statt zu sagen: Die Kunst ist eine Waffe im Klassenkampf, also eine ganz besonders wichtige, gewaltige Sache. In ihrer richtigen Behandlung liegt, wenn sie wirklich eine Waffe ist, ein Anteil an der Eroberung der Freiheit. Ehrt also diese Waffe! Studieren wir ihre Voraussetzung und ihr Leben. Eine Waffe hilft nur, wenn man sie richtig behandelt, ein Schwert nur, wenn man es scharf hält. Und wie hält man die Waffe Kunst scharf? Das lehrt die Ästhetik. Denn Ästhetik im reinen Sinn (was der Snob aus ihr machte, kann uns gleichgültig sein) ist nichts anderes als die Lehre von der Biologie der Formen und von der Wirkung durch Formen. Hinter ihr etwas heimlich oder unheimlich Metaphysisches zu argwöhnen ist Aberglaube.

Ich könnte verstehen, daß, wer in der Kunst nur eine, wenn auch noch so hieratisch verzierte persönliche Sensation sieht, ihre gesunden Funktionen und deren Voraussetzungen geringachtet. Aber ich kann nicht verstehen, daß einer, der sie zum Werkzeug des größten Kampfs macht (ob mit Recht oder Unrecht, sei jetzt dahingestellt), daß der nicht alle ihre biologischen Regeln und Gesetze mit äußerster Genauigkeit studiert. Waffen, die man nachlässig behandelt, haben doch wirklich keinen Wert. Die Lehre von den Funktionsgesetzen der Kunst aber ist, sagen wir es nochmal, die Ästhetik.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Deutschland: Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 bringt schwerste Eingriffe in die deutsche Sozialpolitik, die berechtigen würden von einer vollkommenen Durchbrechung der sozialpolitischen Linie seit der Novemberumwälzung zu sprechen, wenn die Maßnahmen nicht auf die gegenwärtige Notzeit begrenzt wären. Sie schlug wie ein Blitz in die durch die hohe Arbeitslosigkeit und die große Wirtschaftsnot ohnehin schwer gedrückte Bevölkerung ein. Der Entrüstungsturm in der Bevölkerung fand seinen Ausdruck in der Stellungnahme der großen politischen Parteien. Würde man die Notverordnung rein von der sozialpolitischen Seite her betrachten, so wäre auch für die Sozialdemokratie die Forderung der Aufhebung der Notverordnung durch den Reichstag eindeutig positiv entschieden gewesen. Eine derartige allein sozialpolitische Betrachtung wäre jedoch den tatsächlichen Umständen nicht gerecht geworden. Das drohende wirtschaftliche, politische und finanzielle Chaos hinderte die sozial-

demokratische Reichstagsfraktion der Einberufung des Plenums oder auch nur des Haushaltsausschusses des Reichstags zuzustimmen, da die Reichsregierung sonst ihre Gesamtdemission gegeben hätte. Da der Reichskanzler, dem wenige Tage vorher bereits durch die Deutsche Volkspartei ein Ultimatum gestellt worden war, sich bereit erklärte in den Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung die größten Härten zu beseitigen und einer spätern Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags zwecks Änderung einzelner Bestimmungen der Notverordnung zuzustimmen, hat die sozialdemokratische Fraktion an dem für die deutsche Politik denkwürdigen 16. Juni 1931 die Regierung Brüning nochmals gestützt und damit ein Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt, für das sie von den breiten Massen der hinter ihr stehenden Arbeiter erst durch eingehende Aufklärung Verständnis suchen muß. Was das Zugeständnis der Sozialdemokratie und die erneute Stützung des Kabinetts Brüning nach Erlaß dieser Notverordnung an Entschlußkraft und Belastungsfähigkeit bedeutet, das zeigen die nachstehenden wichtigsten sozialpolitischen Bestimmungen in ihren 7 Teilen.

Der 1. Teil beschäftigt sich mit den Änderungen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930. Es wird unter anderem die Sonderunterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter, die bisher im Hinblick auf die besondere Besteuerung des Tabakgewerbes und die daraus fließende spezielle Arbeitslosigkeit vorgesehen war, vollkommen aufgehoben.

Der 2. Teil befaßt sich mit den Sicherungen des Haushalts und enthält die 2. Gehaltskürzung, der die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, also des gesamten öffentlichen Dienstes, unterworfen werden. Abgesehen von dieser Kürzung, bei der die Sozialdemokratie eine feinere Staffe lung gewünscht hätte, enthält dieser Abschnitt 2 auf die Dauer nicht zu ertragende sozialpolitische Maßnahmen: einmal die Halbierung des Kinderzuschlags, den die Beamten für das 1. Kind erhalten, sodann einen schweren Eingriff in das geltende Tarifrecht, da er im Rahmen der bestehenden Tarifverträge für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes diese einfach der den Beamten entsprechenden Gehaltskürzung unterwirft, also die bestehenden Tarifverträge in diesem Punkt außer Kraft setzt. Außer dem Kapitel über die Gehaltskürzung enthält der 2. Teil auch noch die Neuordnung des Reichsversorgungsgesetzes, die eine große Anzahl von Verschlechterungen für Kriegsinvaliden und ihre Hinterbliebenen bringt, um greifbare Ersparungen zu erzielen. Soweit Kriegsinvaliden, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln beziehen, ruht künftig ein Teil oder sogar der ganze Betrag ihrer Kriegsrenten.

Der 3. Teil der Notverordnung enthält die sozialpolitischen Kernpunkte. Die Arbeitslosenversicherung wird so stark eingeschränkt, daß allein in 9 Monaten, vom 1. Juli 1931 bis zum 31. März 1932, Ersparnisse von über 400 Millionen Mark erzielt werden sollen. Die Jugendlichen bis zu 21 Jahren bekommen fortan nur dann noch Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung, zu der sie selbstverständlich weiter Beiträge zahlen müssen, wenn sie keinen realisierbaren familienrechtlichen Unterhaltsanspruch haben. Für sämtliche Arbeitslosen sind weiterhin die Unterstützungssätze zwischen etwa 5 und 15%, durchschnittlich um etwa 10 bis 11% gesenkt. Außer dieser allgemeinen Senkung aller Unterstützungssätze tritt noch eine besondere Senkung der Unterstützungssätze für alle

Saisonarbeiter ein, die nach bisherigem Recht bereits während der Zeit ihrer Saisonarbeitslosigkeit zwar geringere Unterstützungen erhielten, aber während des übrigen Teils des Jahres genau wie die übrigen Arbeitslosen unterstützt wurden. Jetzt sind Saisonrisiko und konjunkturelles Risiko durcheinandergeworfen, und allein die Tatsache, daß jemand unter bestimmten Voraussetzungen einem Saisonberuf zugehört (Landarbeiter, Bauarbeiter, Steinsetzer usw.), reicht aus, um ihm ein für allemal eine erheblich geminderte Unterstützung zuzuerkennen. Durch diese Maßnahme wird die Masse der in der Arbeitslosenversicherung Unterstützten zu fast $\frac{1}{2}$ einem Sonderrecht unterstellt, das ihnen einmal die stark geminderten Unterstützungssätze auferlegt, zum andern eine Verkürzung der Unterstützungsdauer auf 20 Wochen, während sie bei den übrigen Arbeitslosen 26 Wochen beträgt. Weiter ist in der Arbeitslosenversicherung durch Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für verheiratete Frauen das Versicherungsprinzip erneut durchbrochen, durch Verlängerung der Wartezeit das Vakuum zwischen beginnender Arbeitslosigkeit und erstem Unterstützungsbezug weiter ausgedehnt worden, so daß etwa die Hälfte aller Arbeitslosen nunmehr eine 3wöchige Karenzzeit durchmachen muß, ehe ihr Unterstützungsanspruch, wenn die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, realisierbar ist. Zu weiteren einschneidenden sozialen Maßnahmen gehören die Anrechnung der Kriegsrenten auf die Unterstützung, für die nur eine Freigrenze von 15 Mark monatlich vorgesehen ist, die neueingeführte Rückerstattungspflicht in der Krisenfürsorge, die ein Zugeständnis an die Städte ist, die Vollmachten, die dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu weiteren Unterstützungskürzungen usw. gegeben sind, die Bestimmungen über die Subventionierungsmöglichkeiten einzelner Industriezweige, die Vollmacht für die Regierung mit Zustimmung des Reichsrats an dem Arbeitslosenversicherungsgesetz Änderungen vorzunehmen, die wesentliche Grundsätze des Gesetzes nicht aufheben.

Der 3. Teil enthält als sozial Positives das Verordnungsrecht der Regierung zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, wobei die Selbstverständlichkeit der Neueinstellungspflicht der verkürzt arbeitenden Betriebe nicht besonders ausgesprochen ist. Ferner findet sich in diesem Teil die vielgenannte Krisensteuer zweierlei Rechts, deren Mittel im wesent-

lichen zur Deckung des Defizits in der Krisenfürsorge verwendet werden sollen, mit einer Bevorzugung der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen gegenüber den Lohnsteuerpflichtigen, die von der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften, aber auch in anderen Kreisen als unerträglich angesehen wird.

Der 4. Teil bringt nach der sozialpolitischen Seite hin zunächst einmal ein weiteres Opfer der Arbeitslosen dadurch, daß Lohnsteuererstattungen nicht mehr stattfinden, während bisher diejenigen, die arbeitslos wurden, in gewissem Umfang eine Rückerstattung ihrer Lohnsteuer zu beanspruchen hatten, wodurch sie wenigstens eine einmalige kleine Entlastung während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit erhalten hatten, die überdies zumeist zur Schuldentrückzahlung benutzt wurde. Weiter enthält der 4. Teil an sozialpolitisch wichtigen Maßnahmen Bestimmungen über die Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, die deshalb notwendig geworden sind, weil sich die Reichsregierung nicht zu der in Sachverständigenkreisen vorgeschlagenen Vereinheitlichung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege für Arbeitslose verstehen konnte (siehe den nachstehenden Abschnitt Arbeitskrisengutachten).

Der 5. Teil bringt die Verpflichtung für die Knappschaftsversicherung vom 1. Juli 1931 ab die Leistungen zu senken. Weiter enthält er, neben Änderungen einzelner Bestimmungen der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung, der Krankenversicherung, der Angestelltenversicherung usw., auch eine weitgehende Änderung der Fürsorgepflichtverordnung vom Jahr 1924. Die hierzu erlassenen Rechtsgrundsätze sind in Zukunft in allen Reichsteilen verbindlich, ebenso wie in der Arbeitslosenversicherung ist die Freizügigkeit eingeengt. Die Ersatzansprüche an den Unterstützten, an die Erben, Ehegatten, Eltern des Unterstützten, gegen Unterhaltspflichtige usw. sind neu geregelt, ebenso wie das Durchführungsverfahren dieser Ersatzansprüche, die Anrechnung von Aufwertungseinkommen neu gefaßt, und einige sonstige Vorschriften geändert sind.

Das Gesamtbild der Notverordnung, deren 6. und 7. Teil durch Regelung von Einzelfragen des Wohnungswesens und der Handels- und Wirtschaftspolitik mehr wirtschaftspolitischen Charakter trägt, zeigt die schweren Opfer, die die Reichsregierung den Arbeitnehmern, die noch arbeiten, und denen, die arbeitslos sind, auferlegt hat. Wenn auch kein Einsichtiger verkennen wird, daß im Hinblick

auf die Finanz- und Kreditkrise große Opfer des ganzen Volks notwendig sind, so können diese Opfer doch keineswegs einseitig auf die Arbeitenden und die Arbeitslosen beschränkt bleiben. Entsprechend den Zusagen des Reichskanzlers wird die Sozialdemokratie an der Milderung der schwersten Härten der Notverordnung mitwirken, mit dem klaren Ziel ohne Einbuße des notwendigen finanziellen Ergebnisses der Notverordnung zwecks Ordnung im Reichshaushalt und den Haushalten der Länder und Gemeinden die sozial unerträglichen Bestimmungen zu beseitigen.

Arbeitskrisengutachten

In dieser Rundschau (1931 I Seite 366) war bereits das 1. Teilgutachten der von der

Reichsregierung im Januar 1931 eingesetzten Kommission zur Beratung der Arbeitslosenfrage kurz behandelt worden. Dem 1., Ende März erstatteten Teilgutachten folgte ein 2. Ende April und ein 3. Ende Mai 1931. Die Warnung vor Illusionen über die Erfolge dieser Kommission hat sich insofern als berechtigt erwiesen, als durch sie keinerlei neuartige Gesichtspunkte für die Behandlung der Arbeitslosenfrage vorgeschlagen worden sind. Sie hat die wiederholten Forderungen aller Kreise und insbesondere der Freien Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung wiederholt, deren Dringlichkeit sie mehrfach unterstreicht. Sie gibt in ihrem 2. Gutachten alsdann einen Überblick über die förderungswürdigen Arbeitsgebiete und begründet schließlich die Notwendigkeit der Aufnahme einer größeren Auslandsanleihe zur Durchführung großzügiger Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Unter den besonderen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung empfiehlt sie die Ausgestaltung von Einrichtungen der gemeindlichen Arbeitsfürsorge, dagegen lehnt sie die Arbeitsdienstpflicht ab, ohne den Gedanken des Freiwilligen Arbeitsdienstes von der Hand zu weisen. Das 3. Gutachten befaßt sich mit der unterstützenden Arbeitslosenhilfe. Ausgehend von sehr pessimistischen Schätzungen empfiehlt die Kommission zwecks Ersparnissen von der Arbeitslosenversicherung eine große Anzahl sozialpolitischer Bestimmungen, die dann in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 teilweise in die Praxis umgesetzt worden sind. Wenn der Gutachterausschuß auch erneut die Bildung von Gefahrenklassen in der Arbeitslosenversicherung ablehnt und damit die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung nach dieser Seite hin

zu seinem Teil verhindert hat, so konnte er sich nicht dazu entschließen Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege zur Reichsarbeitslosenfürsorge zusammenzuschweißen. Gegen eine Minderheit trat die Kommission für die weitere Dreiteilung der Arbeitslosenhilfe in Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege für Arbeitslose ein, ohne neuartige Gründe für diese Abgrenzung beizubringen. Die Sozialdemokratie wird den Gedanken der Reichsarbeitslosenfürsorge trotz diesem Votum der Gutachterkommission konsequent weiter verfolgen, trotz dem Widerstand, der ihm entgegengesetzt wird. Ob die Erfahrungen mit der Gutachterkommission des Jahres 1931 zu weiteren Experimenten dieser Art ermutigen, muß bezweifelt werden. Ein sozialdemokratisches Kommissionsmitglied, der Hamburger Universitätsprofessor Eduard Heimann, ist übrigens vorzeitig aus der Kommission ausgeschieden, womit an ihrer Arbeit eine scharfe Kritik geübt wurde. Die flüssige Diktion in den Gutachten täuscht über den Mangel an produktivem Inhalt nicht hinweg.

Angestellte Zur Ergänzung der Ausführungen über das Angestelltenproblem (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 54 und folgende) ist es erforderlich auf ein neues Werk, betitelt Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten /Berlin, Siebenstäbeverlag/ hinzuweisen, das die Ergebnisse einer großen Erhebung des Gewerkschaftsbunds der Angestellten zusammenfaßt. Durch diese Erhebung wurden rund 125 000 Angestellte erfaßt, die Mitglieder des Bundes sind und einen gut durchdachten Fragebogen über ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ausgefüllt haben. Dieses Urmaterial wurde in einer statistisch ausgezeichneten Weise aufgearbeitet, und damit ist ein Material geschaffen, das grade wegen seines rein statistischen Fundaments bei dem Kampf der Angestellten um ihre soziale Geltung wirksame Dienste leisten kann. Die Befragten haben ganz eingehende Angaben über ihre Einkommensverhältnisse, über Arbeitszeit, Alter, soziale Zulagen gemacht, über ihre Eingliederung in Tarifverträge, Nebenbezüge, über ihre Anstellungsbedingungen, über die Wohnungsmiete, die sie zahlen usw. Und alle diese Zahlen sind teilweise auf Durchschnittswerte zurückgeführt und zu den entsprechenden Verhältnissen der andern größern Arbeitnehmergruppe, der Arbeiter, in Vergleich gesetzt; die männlichen und weiblichen Angestellten wer-

den einander gegenübergestellt, die einzelnen Merkmale, bei denen ein ursächlicher Zusammenhang vermutet wird, kombiniert. Was dieses sozialstatistische Werk, äußerlich betrachtet, in seiner praktischen Brauchbarkeit erhöht, ist, neben dem guten übersichtlichen Druck sowohl für den laufenden Text wie für die vielen Tabellen, die gefällige, leicht faßbare Form, mit der die Schaubilder das Verständnis für die gewonnenen Erkenntnisse erleichtern.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat ebenfalls im Jahr 1929 eine große Erhebung veranstaltet, die auf fast 200 000 Fragebogen beruht. Ihre Ergebnisse werden in einer Schrift Die Gehaltslage der Kaufmannsgehilfen /Hamburg, Selbstverlag/ der Öffentlichkeit vorgelegt, die recht instruktives Material über das Angestelltenproblem enthält. Für die Zukunftssicherung der Angestellten beruhigend ist der Bericht, den das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für das Jahr 1930 vorlegt. Dieser Bericht läßt erkennen, auf einem wie gesunden finanziellen Fundament dieser Zweig der Sozialversicherung, im Gegensatz zu fast sämtlichen anderen, ruht. Zurzeit dürften etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen Angestellte in der Angestelltenversicherung versichert sein, denen Anfang 1931 rund 230 000 Ruhegehaltsempfänger gegenüberstehen, davon rund 197 000 männliche Rentner und 33 000 Frauen. Zu den Ruhegehaltsempfängern treten noch etwa 65 000 Witwen- und Witwerrenten und 38 000 Waisenrenten. Obgleich die Anzahl der Ruhegehaltsempfänger im Jahr 1930 um 30 000 und die der Rentenstämme von den Hinterbliebenenrenten um fast 10 000 gestiegen ist, hat sich das Vermögen der Angestelltenversicherung wieder beträchtlich erhöht. Die $3\frac{1}{2}$ Millionen versicherter Angestellten brachten mit ihren Arbeitgebern durch Beiträge rund 385 Millionen Mark auf, wovon allein 323 Millionen dem Vermögen zugeschlagen werden konnten, so daß es Ende 1930 auf rund 1,63 Milliarden Mark angewachsen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für die vorerwähnten Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen Ausgaben von rund 180 Millionen Mark geleistet worden sind, die allein in Höhe von 123,5 Millionen aus den Zinsen des Vermögens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gedeckt werden konnten. Ob die Angestelltenversicherung bei dieser gegenwärtigen günstigen Finanzlage in irgendeiner Form zur Sanierung anderer Sozialversicherungsträger herangezogen

werden sollte, wird ebenso einer äußerst genauen Prüfung bedürfen wie die Forderungen auf Erhöhung der Leistungen respektive auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Pension.

Internationale Von Hans Fehlinger, der jetzt Referent im Internationalen Arbeitsamt ist, stammt eine Darstellung der Internationale der Sozialpolitik, die nach 5jähriger Spanne in 2. veränderter Auflage vorgelegt wird (Internationaler Arbeiterschutz /Berlin, Carl Heymann/). Nach einem knappen, guten geschichtlichen Überblick legt der Autor den Wirkungsbereich der Internationalen Arbeitsorganisation in örtlicher, sachlicher und persönlicher Richtung dar, er geht auf den Verwaltungsbau des Internationalen Arbeitsamts ein, erörtert die Internationale Arbeitskonferenz und kommt im Anschluß daran auf Wesensfragen der internationalen Sozialpolitik überhaupt zu sprechen, die in den sozialpolitischen internationalen Gremien behandelt wurden. In einem Anhang ist schließlich die Satzung der Internationalen Arbeitsorganisation abgedruckt. Wer sich mit Fehlingers Buch die Garantien wieder einmal vor Augen führt, die in der Internationale der Sozialpolitik in Genf bestehen, wird auch weiter an eine aufsteigende deutsche sozialpolitische Linie glauben, wenn erst die schlimmsten Nöte der Gegenwart überwunden sind.

Ein ausgezeichnete juristische Kommentar Internationales Arbeitsrecht wurde von Ernst Berger, Ewald Kuttig und Herbert Rhode vorgelegt /Berlin, Franz Vahlen/. Die beiden erstgenannten sind Mitglieder des Internationalen Arbeitsamts, einer als Sektionschef und der andere als Mitglied einer Sektion; Rhode ist Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium und bearbeitet dort die Fragen der Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Internationalen Arbeitsamt. Diese 3 ausgezeichneten Fachleute geben eine Erläuterung zum 13. Teil des Versailler Vertrags, auf dem die Internationale Arbeitsorganisation beruht, wie sie in einer derartigen Vollständigkeit und Tiefgründigkeit bisher in deutscher Sprache nicht vorhanden war. Das rechtliche Fundament der Internationalen Arbeitsorganisation, zu dem übrigens neben dem Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Hermann Geib auch der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas ein Vorwort geschrieben hat, wird auf Grund der vielseitig erfahrenen Autoren so klar und so übersichtlich

ausinandergesetzt, die vielfachen Schwierigkeiten aus den mehrsprachigen Texten der einzelnen Rechtsgrundlagen so eindeutig ausgelegt, daß wirklich von einer erschöpfenden Durcharbeitung des unzweifelhaft sehr schwierigen Arbeitsrechtsgebiets gesprochen werden kann. Vor der Arbeitskraft Rhodes, eines Kriegsblinden, gewinnt man nach dem, was das fast 400 Seiten starke Werk in Zusammenarbeit mit den anderen beiden Autoren bietet, die größte Achtung. Unzweifelhaft geht das, vom Verlag übrigens gut ausgestattete Werk jeden Sozialpolitiker an, der in irgendeiner Form mit internationalen Fragen zu tun hat, zumal er neben den grundlegenden Bestimmungen des Versailler Vertrags auch die Geschäftsordnungen der Konferenzen und des Verwaltungsrats mit all ihren für die Abstimmungen und die Arbeitsweise wichtigen Feinheiten findet, ferner sämtliche Übereinkommen, Empfehlungen usw., die den 14 Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz bis zum Jahr 1930 entstammen. Die Satzung des Völkerbunds, in den die Internationale Arbeitsorganisation bekanntlich hineingearbeitet worden ist, schließt das Werk ab.

Informationsmittel

In die vorderste Reihe der Handbücher des Wissens um Spezialgebiete unserer Sozialpolitik gehört das Enzyklopädische Handbuch des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge, das vor kurzem in 2., völlig umgearbeiteter Auflage herauskam /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/. Unter der Mitarbeit bekanntester Fachleute haben Ludwig Clostermann, Theodor Heller und Paul Stephani ein Werk geschaffen, das der gesteigerten Verantwortung und Sorge um unsere Jugend entgegenkommt. Je mehr Gesetz und Recht auch in der *Jugendsozialpolitik* an die Stelle privatfürsorgerischer Barmherzigkeit tritt, desto mehr sind exakte Anhaltspunkte für die Behandlung der vielfachen Fragen um Kinderschutz und Jugendfürsorge gegeben. Helmut Bogen behandelt die Frage der Berufsberatung und Berufswahl, Benno Chajes unter anderm die Frage der sozialen und Gewerbehygiene, Magdalene Mulert Fragen der Kindermißhandlungen und des Kinderschutzes, Alice Salomon Ausbildungsfragen in der Jugendwohlfahrtspflege. Die Akademische Verlagsgesellschaft hat sich ein Verdienst erworben, daß sie ein immerhin für einen speziellen Interessenkreis bestimmtes Werk heute in 2. Auflage herausgebracht hat. Da grade die jugendsoziale Gesetz-

gebung nach den Fortschritten des letzten Jahrzehnts mit Ausnahme des Fürsorgewesens so bald keine starken Veränderungen erwarten läßt, wohnt diesem Handbuch ein Zukunftswert inne.

Die 4 Direktoren des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften der Stadt Köln geben ein von Theodor Brauer redigiertes *Sozialrechtliches Jahrbuch* heraus /Mannheim, J. Bensheimer/. Der 2. Band, für das Jahr 1931, enthält eine Anzahl interessanter Aufsätze. So eine Abhandlung Theodor Brauers Der Gewerkschaftssekretär, die Material zu dessen sozialrechtlicher Stellung bringt. Sie stammt aus einer Erhebung, die von den Christlichen Gewerkschaften durchgeführt wurde. Unter den industriell-pädagogischen Arbeiten ist der Aufsatz eines Betriebswissenschaftlers in einem bekannten Sprengstoffwerk Rheinland-Westfalens, Hans Lutz, erwähnenswert: Die Werkmeisterschulung.

Im 2. Heft der Schriftenreihe Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege /Stuttgart, W. Kohlhammer/, die der Kölner Universitätsprofessor Benedikt Schmittmann herausgibt, behandelt Wilhelm Zeck die öffentliche Wohlfahrtspflege. Die systematische Darstellung macht diese Schrift für die Vorbereitung zum sozialen Dienst recht geeignet. Die Ausdehnung der sozialen Not bringt das Interesse vieler Berufsuchender für die sozialen Berufe mit sich. Die Wohlfahrtsschulen werden immer mehr Mittel zu dem Ziel in der Wohlfahrtspflege das Elend mildern zu helfen, das sich Tag um Tag auftut. In die Variationen des Bildungsgangs, der in jedem Freistaat der Deutschen Republik anders ist, führt, soweit es Preußen angeht, eine Schrift ein, die vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt herausgegeben ist: Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen /Berlin, Carl Heymann/.

Totenliste

Am 7. Februar starb der Vorsitzende des Wohlfahrtsjugendamts der Berliner

Jüdischen Gemeinde *Eugen Caspary*, in seinem 68. Lebensjahr. Seiner Initiative ist es zu danken, daß das jüdische Wohlfahrtswesen nach der Inflation neu aufgebaut und in den gesamten Sozialapparat Deutschlands als produktiver Bestandteil eingegliedert wurde.

Am 24. Mai starb, 82 Jahre alt, in Kissingen *Max Nassauer*, der als Philanthrop, Schriftsteller und Frauenarzt sehr geschätzt war. Er ist namentlich als Vorkämpfer für neuzeitlich eingerichtete Findelhäuser bekannt geworden.

Kurze Chronik Die *Unione Cattolica per le Scienze Sociali* an der Katholischen Herz-Jesu-Universität in Mailand setzt einen internationalen Preis von 20 000 Lire für die beste Arbeit über die Auswirkung der Enzyklika *Rerum Novarum* im geistigen und gesellschaftlichen Leben unserer Zeit aus. Die Arbeit, die bis zum 31. Dezember abzuliefern ist, muß streng wissenschaftlich gehalten und allseitig dokumentiert sein. Es steht den Bewerbern frei auch eine einzelne, besonders wichtige Seite des Themas herauszugreifen und zu vertiefen oder es im Hinblick auf das geistige und gesellschaftliche Leben sowie auf die sozialen Einrichtungen eines einzelnen Landes zu behandeln. Bei der 40jährigen Wiederkehr der genannten Enzyklika *Leos XIII* hat jetzt der Papst sich erneut insbesondere mit einzelnen sozialen Fragen der Gegenwart auseinandergesetzt. Dieses soziale päpstliche Glaubensbekenntnis des Jahres 1931 ist in einzelnen Punkten von größtem Interesse, auch für den Sozialisten, der dem Inhalt ablehnend gegenübersteht. Die Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland hat seit dem Winterhöchststand so wenig abgenommen, daß sie auch im Juni nicht wesentlich unter die 4-Millionen-Grenze gesunken ist. Die Anzahl der Notstandsarbeiter mit 50- bis 60 000 muß demgegenüber als außerordentlich gering bezeichnet werden, wenn sie auch höher liegt als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit in England nimmt auch immer bedrohlichere Formen an. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg Anfang Mai auf über 2½ Millionen, so daß sie um über ¼ Millionen höher als im Vorjahr liegt. Frankreich hat durch seine Ausländerpolitik es erreicht, daß die Anzahl der französischen Arbeitslosen bereits weiter zurückgeht. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist zwar die Zahl der Arbeitslosen nicht genau bekannt, doch sind die Schätzungen von Monat zu Monat höher. Die Pläne endlich auch in den Vereinigten Staaten eine Arbeitslosenhilfe in Form einer Versicherungseinrichtung zu schaffen nehmen immer greifbarere Formen an. Während sich so in diesem großen Industrieland Außereuropas die Sozialpolitik aus den Folgen der hochkapitalistischen Struktur der Inlandswirtschaft von selbst ergibt, drängt von außen die internationale Sozialpolitik nach der gleichen Richtung. Für die internationale Arbeitsmarktpolitik ist es von Bedeutung, daß sich das Internationale Arbeitsamt in Genf mit dem Gedanken trägt einmal

einen internationalen Arbeiterausgleich durch Schaffung einer Internationalen Arbeitsbörse vorzubereiten und ferner durch Vorschläge von konkreten zusätzlichen Arbeitsprogrammen die Arbeitslosigkeit stärker zu mildern.

Literatur Die Rationalisierung, die sich auf dem Arbeitsmarkt als sogenannte technologische Arbeitslosigkeit niederschlägt, ist nicht für alle ein Begriff, der sich mit etwas Wirklichem verbindet. Für die, die sich von den verheerenden Wirkungen der Maschinisierung ein Bild machen wollen, sei daher auf das Buch des Amerikaners *Stuart Chase Moloch Maschine* (Stuttgart, Dieck & Co./ hingewiesen, das die moderne Entwicklung der Technik in Amerika mit so nüchterner Klarheit im Rahmen unseres täglichen Lebens darstellt, daß man es, ohne sich mit den Folgerungen, die es an einzelnen Stellen zieht, zu identifizieren, als sehr lesenswert bezeichnen kann, zumal die deutsche Übersetzung recht gut erscheint. Die Rationalisierung ist ein Prozeß, auf den keine moderne Volkswirtschaft verzichten wird oder kann. Aber sie wird zu einer Fehlrationalisierung, wenn der Planung in der Technik nicht auch die Planung in der Wirtschaft entspricht. Hätte man an die unlösliche Relation zwischen beiden gedacht, so wäre die deutsche Krise um ein Vielfaches milder ausgefallen, aber es gäbe einige Tausend Rationalisierungsgewinnler weniger. ♦ In der Buchreihe der Deutschen Akademie für Soziale und Pädagogische Frauenarbeit, die Forschungen über Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart anstellt (Berlin, F. A. Herbig/ (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 368), erschien der 2. Band: Zur Struktur der Familie von *Annemarie Niemeyer*. Auf Grund eines guten statistischen Materials wird der Familienbestand in Deutschland durchleuchtet, es werden die Fragen der Familienbildung, des Zusammenhangs bei Erwerb, Wohnung und Familie, der Familienhaushaltungen und ursächlichen Zusammenhänge zwischen Familie und Erziehung untersucht. Das weitgehend auf der Berufszählung von 1925 aufbauende Zahlenmaterial gibt ein recht gutes Bild von den Familienverhältnissen in Deutschland, soweit sie sich quantitativ darstellen. Bedauerlich ist, daß die Herausgeberin die wichtige Frage des Kausalzusammenhangs zwischen Familie und Arbeitslosigkeit vollkommen außer acht gelassen hat, obwohl hierzu wichtiges Material vorliegt.

Gewerkschaftsbewegung / Adam Hülner

Internationale Vom 27. bis zum 30. April fand in Madrid eine ordentliche Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbunds statt. Theodor Leipart referierte über die Weltkrise und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Er behandelte die Fragen, die bei allen Gewerkschaftskongressen seit langem im Vordergrund stehen: Arbeitszeitverkürzung, Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft, Kartell- und Monopolkontrolle usw. In seinem Schlußwort machte er einige interessante Ausführungen über die Ergänzung der internationalen Zusammenarbeit durch die nationale Aktion: »Von verschiedenen Seiten ist betont worden, daß nur noch auf internationaler Grundlage eine allgemeine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft zu erwarten sei. Demgegenüber möchte ich die Notwendigkeit und Wichtigkeit nationalen Fortschritts und nationaler Erfolge betonen. Ohne nationalen keinen internationalen Fortschritt. Wenn wir nicht an die Möglichkeit nationaler Resultate glauben, so zweifeln wir am Nutzen und der Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaften und an unserer ganzen Arbeit. Es ist ein Argument der Unternehmer, daß national keine Verbesserungen mehr möglich seien. Wir sollten uns dieses Argument der Unternehmer nicht zu eigen machen sondern alles daran setzen unsere Forderungen national zu verwirklichen und national einen Maßstab zu schaffen, der dann in gemeinsamer Arbeit zu einem internationalen Maßstab werden soll.« Auch die Fragen der Abrüstung und Kriegsbekämpfung standen zur Debatte. Auf organisatorischem Gebiet befaßte sich der Ausschuß hauptsächlich mit der Erfassung und Eingliederung außereuropäischer Gewerkschaftszentralen. Am 21. Juni tagte in Genf die gemeinsame Abrüstungskommission des Internationalen Gewerkschaftsbunds und der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Der Sitzung lag der von einem Unterausschuß ausgearbeitete Entwurf eines Aktionsprogramms für den Kampf um die Abrüstung vor. In mehrstündigen Beratungen einigte man sich über das Programm. Es enthält als Hauptpunkte die Veranstaltung großer Arbeiterdemonstrationen in allen Ländern vor und zum Zeitpunkt des Zusammentreffens der Abrüstungskonferenz des Völkerbunds. Es wird weiterhin die Veranstaltung einer großen gemeinsamen Konferenz der beiden Internationalen nach der Eröffnung

der Abrüstungskonferenz vorgesehen, die dann über weitere Maßnahmen entscheiden soll. Auch beschäftigte sich die Sitzung mit dem Entwurf eines Forderungsprogramms, das der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden soll. Einen Monat später erfolgte die Übersiedlung des Internationalen Gewerkschaftsbunds von Amsterdam nach Berlin, die voriges Jahr in Stockholm beschlossen worden war (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 910). Bei der 1. Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Berlin am 21. Juli wurde der neue Sitz feierlich eingeweiht. Es waren dazu die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Arbeiterpresse eingeladen. Walter Citrine hielt die Begrüßungsrede. Nach ihm sprachen Otto Wels im Namen der Sozialdemokratischen Partei, Theodor Leipart im Namen der Freien Gewerkschaften Deutschlands und Georg Käppler, der Sekretär der Bauarbeiterinternationale, im Auftrag der Internationalen Berufssekretariate. Anschließend fand eine Besichtigung der neuen Räume des Internationalen Gewerkschaftsbunds in der Köpenicker Straße statt. Der Vorstand, der im Anschluß daran im neuen Heim seine 1. Sitzung abhielt, faßte eine Reihe von Beschlüssen und nahm eine Resolution und ein Aktionsprogramm zur internationalen Abrüstung an. Dieses Programm soll der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale und dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Wien zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die übrigen Beschlüsse beziehen sich auf die Abhaltung der Sommerschule des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Oxford, eine demnächst stattfindende Studienreise nach dem Fernen Osten und eine Reise des Generalsekretärs nach dem Balkan. Von französischer Seite nahm an den Sitzungen des Vorstands als sein Vizepräsident auch der Generalsekretär der Confédération Générale du Travail Léon Jouhaux teil. Bei dieser Gelegenheit wurde er über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland befragt, und der Vorwärts gab das Ergebnis dieses Interviews wieder. Jouhaux trat mit Wärme und Überzeugung für eine deutsch-französische Zusammenarbeit ein, als deren Ziel er ausdrücklich »die Neuordnung Europas, um auf wirtschaftlicher Grundlage eine Gemeinschaftsarbeit aller herbeizuführen«, bezeichnete. Besonders bemerkenswert ist, daß er die wirtschaft-

lichen Übereinkommen, die er als Grundlage der neuen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland herbeiwünscht, nicht auf das Festland beschränkt sondern auch auf das koloniale Gebiet ausgedehnt sehen will. Ihm schwebt also klar der Gedanke des Vereinigten Europäischen Kontinents mit Einschluß der zu entwickelnden afrikanischen Gebiete vor, die dann natürlich später zu gleichberechtigten Gliedern dieses Wirtschaftsgebildes werden sollen. Wichtig ist außerdem noch die Feststellung Jouhaux': »Es gibt nicht nur einflußreiche Teile unserer [der französischen] Öffentlichen Meinung, die diese Annäherung und diese Neuorganisation Europas wünschen, es ist die große Mehrheit des französischen Volkes, die so denkt und ihre Gedanken zum Ausdruck bringt durch ihre Organisationen und durch ihre Abstimmungen.« So gab die gewerkschaftliche Internationale auch den Anlaß der Arbeiterklasse Europas den Europagedanken nahezubringen.

Lohnkämpfe Der große Streik in Norwegen, von dem in dieser Rundschau (1931 I Seite

474) berichtet wurde, ist noch immer in vollem Gang. Nachdem die ersten Vermittlungen erfolglos waren, machte der Schlichter Ende Mai den beiden Parteien einen Vorschlag, der einen Lohnabbau von ungefähr 7 bis 10% vorsah. Als am 11. Juni das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, zeigte sich, daß der Vorschlag des Schlichters mit der gleichen Entscheidung von beiden Seiten abgelehnt wurde. So geht der Kampf weiter. Inzwischen ist es in dem Hauptstreikgebiet zu heftigen Zusammenstößen gekommen, da die Arbeitgeber versuchen ausländische Streikbrecher einzustellen. Die Sympathie der Bevölkerung scheint auf seiten der Streikenden zu sein. Welchen Ausgang der Kampf schließlich nehmen wird, ist noch immer ungewiß. Auch in Schweden kam es vor einiger Zeit zu schweren Streikunruhen. In der in der Nähe von Söderhamn liegenden größten Sulfatfabrik Schwedens stehen die Arbeiter bereits seit Juli 1930 im Streik, weil der Direktor des Konzerns Lohnherabsetzungen vornehmen wollte, obgleich der Kollektivvertrag ohne Änderung verlängert worden war. Das Unternehmen versuchte es mit der Einstellung von Streikbrechern, was die infolge des außerordentlich langwierigen Konflikts sehr verbitterten Arbeiter auf das äußerste empörte. Es kam zu Demonstrationen, die zu einem verhängnisvollen Zu-

sammenstoß mit dem herbeigeeilten Militär führten. 5 Arbeiter wurden getötet. Im ganzen Land herrschte helle Empörung, so daß sich die Regierung schließlich gezwungen sah das Militär zurückzuziehen und die verantwortlichen Beamten außer Dienst zu setzen. Partei und Gewerkschaften erließen einen Aufruf an die schwedischen Arbeiter, in dem sie betonten, daß die Arbeiterorganisationen andere Mittel als Gewalt haben, um gegen Streikbrecher vorzugehen.

Ein erbitterter Kampf wurde von 130 000 Textilarbeitern in *Nordfrankreich* geführt. Auch hier sollten erhebliche Lohnherabsetzungen durchgeführt werden; eine Praxis, die das französische Unternehmertum sonst nicht übt, die auch von den Schwerindustriellen in Frankreich nicht empfohlen wird. Am 22. Mai wurde der Streik proklamiert, und schon nach 8 Tagen erklärten sich die Unternehmer bereit die Löhne statt um 10 nur um 4% herabzusetzen. Trotz diesem ersten Erfolg ging der Streik weiter. Nur die Christlichen Gewerkschaften Belgiens, deren Mitglieder täglich über die Grenze zur Arbeit in die französische Industrie kommen, nahmen die Bedingungen an. Gegen dieses Vorgehen der belgischen Christlichen protestierten die französischen Gewerkschaften auf das heftigste. Schließlich, nach 10wöchiger Dauer, mußte der Streik am 28. Juli abgebrochen werden, und die Löhne wurden um 4% herabgesetzt. Der Vorwärts nennt diesen Ausgang einen »Pyrrhussieg« der Unternehmer; er sei zu teuer erkauft, als daß er zur Nachahmung reizte.

Deutschland Kritische, schicksalsschwere Stunden haben wir in den letzten Wochen durchlebt.

Noch stehen wir inmitten der Krise, und niemand weiß, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden. Entscheidendes steht dabei für die Gewerkschaft auf dem Spiel. Mit um so größerem Erstaunen muß man feststellen, wie wenig man in führenden Kreisen der Gewerkschafts- und Parteibewegung auf die Ereignisse eingerichtet war. Noch wenige Tage vor dem Sturm war in Leipzig ein Gremium versammelt, das sich in stundenlangen Debatten über Fragen der Taktik unterhielt, ohne zu ahnen, was bevorstand. Dieser Parteitag, das muß gesagt werden, stand im Zeichen der Ohnmacht und Hilflosigkeit angesichts der Wucht der Probleme, die heute in Deutschland der Lösung harren. Kein konstruktiver Gedanke, kein Mut zu einer aus den akuten Gefahren sich ergebenden Perspektive.

Als der Parteitag zusammentrat, stand der Erlaß einer neuen Notverordnung bevor. Sie war seit langem angekündigt, und in Anbetracht des Milliardendefizits der öffentlichen Haushalte mußte man auf einschneidende Maßnahmen gefaßt sein. »In dem Bestreben die Reichsregierung in der Stunde ihrer entscheidenden Beratungen noch einmal eindringlich hinzuweisen auf den Standpunkt der Gewerkschaften zu den der Lösung harrenden Fragen des öffentlichen Lebens« wandte sich der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, Theodor Leipart, in einem Schreiben an den Reichskanzler, in dem er bestimmte Leitgedanken aufstellte. Wie bedeutungslos jedoch diese Art der Einflußnahme inzwischen geworden ist, wurde bei dem Erscheinen der Notverordnung offenbar. Die sozialpolitischen Maßnahmen, die sie brachte, zu erörtern ist nicht Aufgabe dieser Rundschau (siehe darüber die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 782 und folgende). Sie erzeugte höchste politische Spannung. Eine Regierungskrise wurde, nur dadurch vermieden, daß der Reichskanzler in letzter Stunde erklärte in naher Zeit über die notwendigen Änderungen der Notverordnung in Verhandlungen eintreten zu wollen. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds trat am 12. Juni zusammen, um zu den Ereignissen Stellung zu nehmen. Er faßte eine Resolution folgenden Inhalts: Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds sei der Überzeugung, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung nicht erreicht werden könne; die Verordnung stehe außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordere nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterklasse und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist. Von den Gewerkschaften aller Richtungen kamen dann ungestüme Proteste gegen die Notverordnung. Sie veranlaßten schließlich den Reichskanzler Brüning am 15. Juni die Führer der Spitzengewerkschaften zu empfangen, um ihre Forderungen entgegenzunehmen. Theodor Leipart kennzeichnete eindringlich die Notwendigkeit schnellstens die Bestimmungen zu ändern und verlangte insbesondere die Milderung des Abbaus der Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung und Abänderung der Regelung der Saisonarbeiter- und Jugendlichenunterstützung. Der Vertreter des Allgemeinen Freien

Angestelltenbunds protestierte gegen die Belastung der Behördenangestellten und die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung für die Angestelltenschaft. Mit besonderem Nachdruck wies man die Gefährdung des Tarifrechts zurück.

lateinamerika Neuerdings wendet sich die Aufmerksamkeit des Internationalen Gewerkschaftsbunds in stärker Maß den Problemen der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu. Auch bei der Ausschussitzung des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Madrid wurde diesen Fragen eine erhöhte Beachtung geschenkt. Es ist deshalb von besonderem Interesse zu lesen, was der Spezialberichterstatte der Gewerkschaftszeitung über die Verhältnisse in jenen Ländern aussagt. Man las da am 9. Mai: »Es ist ... tatsächlich äußerst schwierig der Gewerkschaftsbewegung im lateinischen Amerika auf den Grund zu kommen. Fast überall befindet sie sich noch völlig im Fluß. In den meisten Ländern sind überhaupt erst Ansätze vorhanden. Solche Ansätze verschwinden aber häufig wieder ebenso plötzlich wie sie entstanden, und wo heute lauter Streiktumult herrscht, kann morgen Grabesstille sein. Es ist eben ein dauerndes Fallen und Wiederaufstehen, ein langsames Vorwärtstolpern auf dem Wege zur Freiheit, ganz den unentwickelten Verhältnissen entsprechend, die die Grundlage der Bewegung bilden... Neben Staaten mit vorderhand so gut wie abgeschlossener industrieller Entwicklung (Argentinien, Brasilien) liegen andere, in denen die wirtschaftliche und soziale Umbildung noch im vollen Gange ist (Mexiko, Chile), und endlich solche, die noch tief in der jahrhundertealten erzfedealen Agrarwirtschaft stecken... Vielgestaltig wie das Bild der Staaten ist das der Gewerkschaftsbewegung. Vom harmlosen Zunft- und Unterstützungsverein bis zur attentatsbeflissenen anarchistischen "Gewerkschaft", vom unabhängigen örtlichen Berufsverein bis zum straff organisierten nationalen Industrieverband und zur Landesgewerkschaftszentrale: es ist alles da. Aber eins haben nahezu alle Gewerkschaftsformationen des lateinischen Amerikas mit einander gemein: ihre Schwäche. Eine wirkliche, zahlenmäßig und organisatorisch bedeutende Gewerkschaftsbewegung gibt es heute eigentlich nur erst in Mexiko und vielleicht noch in Argentinien. Sonst sind in kaum einem andern Land mehr als 5% der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert.«

Als Hauptgründe dieser geringen Stärke werden die überaus geringe Volksdichte, die Unbeständigkeit der Bevölkerung und deren Zusammengewürfeltsein aus den verschiedensten Völkern und Rassen, das noch weitverbreitete Analphabetentum und die Drangsalierung durch die Behörden angegeben. Hinzu kommt als schädigendes Moment der Kampf der Richtungen; ein Übel, das an der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt frißt.

Totenliste Am 5. März starb der langjährige Vorsitzende des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds Dresden *Bernhard Wiesner*, im Alter von 58 Jahren. Er war aus dem Metallarbeiterverband hervorgegangen und hat sich in der Zeit seines Wirkens große Verdienste um die Bewegung erworben. Einen schweren Verlust erlitt am 12. März der Deutsche Tabakarbeiterverband durch den Tod *Hermann Schmidts*, seines Gauleiters für Mitteldeutschland. Schmidt wurde am 3. Oktober 1871 in Salza bei Nordhausen geboren und trat am 4. Oktober 1889 dem Deutschen Tabakarbeiterverband bei. Seit dem 1. September 1908 war er Gauleiter. Er erfreute sich überall großer Beliebtheit.

Kurze Chronik Der Zentralverband der *Hausangestellten* bildet zusammen mit dem Deutschen Portierverband und den Angestellten der Wach- und Schließgesellschaft eine besondere Fachgruppe des Gesamtverbands. Vom 22. bis zum 24. März hielt er seine 3. Reichskonferenz ab. ◊ Dem Internationalen Bund der *Privatangestellten* sind 47 freigewerkschaftliche Angestelltenverbände aus 20 Ländern mit rund 900 000 Mitgliedern angeschlossen. Er hielt vom 11. bis zum 15. Mai in Amsterdam seinen 4. Internationalen Kongreß ab. ◊ Am 8. und 9. Juni tagte der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einberufene 4. *Bauarbeiter-schutzkongreß* in Berlin. Es nahmen nahezu 400 Delegierte aus dem ganzen Reich teil, die zu einem Teil von den baugewerklichen Verbänden, zum andern von den Bauarbeiterschuttkommissionen entsandt waren. Auch eine große Anzahl von Baukontrolleuren war zugegen. Der Kongreß wurde von Theodor Leipart eröffnet. In reger Diskussion wurden die vielseitigen Gefahren des Baugewerbes und die Möglichkeiten ihrer Abwehr erörtert. ◊ Der *Deutsche Metallarbeiterverband* konnte am 4. Juni das Jubiläum seines 40jährigen Bestehens feiern.

Literatur

Gewerkschaftskrise? Kritische Betrachtungen zur Arbeitnehmerbewegung, von einem langjährigen Gewerkschaftsmitglied / Leipzig, Gustav Brauns/; so nennt sich die Schrift eines »einfachen, wissenschaftlich ungeschulten Arbeitnehmers«. Die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ist sehr lebendig, in vielen Punkten jedoch nicht gegliedert. Hingegen enthält die Arbeit einige beachtenswerte Bemerkungen zu den gegenwärtigen Verhältnissen in den Verbänden. »Wer selbst in engster Fühlung mit Arbeitnehmerkreisen gestanden hat, die in ihrer Gesamtheit den Kern einer Gewerkschaft bilden, wird wissen, daß sich unter der Oberfläche, nach außen zunächst noch wenig sichtbar, Strömungen bilden, die nach einem Ausweg suchen und ihn, zum Teil wenigstens, schon gefunden zu haben glauben.« Die Hauptursache der Unzufriedenheit liegt nach dem Verfasser in den lohnpolitischen Mißerfolgen der letzten Zeit. »Das Durchschnittsmitglied der Gewerkschaft ist stark materialistisch eingestellt. Es zählt seine Beiträge mehr oder weniger pünktlich und verlangt dafür als selbstverständliche Gegenleistung die Er kämpfung einer anständigen Bezahlung seiner Arbeitsleistung. Bleibt sie aus, dann kümmert es sich den Teufel um die Schwierigkeiten, mit denen seine Tarifkommission zu kämpfen hat. Es sieht nur das negative Ergebnis der Verhandlungen. Von dieser Feststellung aus formt es dann seine Kritik an der Gewerkschaft, die nach seiner Meinung wieder einmal versagt hat.« Gegenüber den Versuchen der Verbände durch Einrichtung von Unterstützungskassen die Mitglieder bei der Stange zu halten ist der Verfasser skeptisch. Dieser »Appell an den Rechenstift« sei bereits ein Zeichen dafür, daß das richtige »innere Verhältnis« zur Gewerkschaft eben nicht mehr vorhanden sei. Die Verwaltungen lassen sich allzu sehr von bürokratischen Gesichtspunkten leiten. Charakteristisch ist noch folgende Bemerkung über die »Audienz« der Gewerkschaftsführer beim Reichspräsidenten, die deutlich das Mißtrauen gegen die Leitungen der Verbände zum Ausdruck bringt. »Den guten Zweck des Besuches in allen Ehren. Schließlich darf aber darauf hingewiesen werden, daß das Empfangszimmer des Staatsoberhauptes wohl nicht der eigentliche Fechtboden für die Austragung wirtschaftlicher Kämpfe sein dürfte.« Man muß diese Stimmungen kennen, um sie zu beseitigen.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Europaarbeit Unter den französischen Publikationen der letzten Jahre, die sich in ähnlicher Weise wie die Sozialistischen Monatshefte zu einem neuen Kontinentaleuropa bekennen, dessen grundlegende Voraussetzung eine dauernde deutsch-französische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet ist, muß an erster Stelle Gaston Rioux bereits vor einigen Jahren veröffentlichtes Buch *Europe ma patrie* / Paris, Librairie Valois/ genannt werden. Die deutsche, von Marguerite Wolf besorgte und von René Schickele eingeleitete Ausgabe dieses Buchs erschien 1929 in Straßburg, bei Heitz & Cie., unter dem Titel *Europa mein Vaterland*. Die Entwicklung der europäischen Verhältnisse seit der Niederschrift dieses Werks bestätigt die von Rioux gegebene Schilderung der europäischen Lage und die daraus abgeleiteten Folgerungen auf das eindrucksvollste. Rioux wendet sich an die Jugend des Okzidents. »Die Stunde ist da Europa zu schaffen. Wenn wir uns nicht zusammenschließen, so sterben wir.« Er glaubt an das Lebensrecht Europas, nicht wegen seines Handelsgeistes oder seiner Technik, sondern »um jenes Gefühls willen, das die Edelsten teilen, von der Heiligkeit der menschlichen Person«. Trotz allen Mängeln ist die europäische Kultur für die Menschheit nötig, weil sie die höchste Kraft innerer Freiheit verkörpert, ohne die die Menschheit für lange ins Dunkel versinken würde. Die große Versuchung Europas ist seine Verarmung und der trügerische Nimbus der reichgewordenen Kontinente. Um sich selbst treu zu bleiben, um sein Menschheitsideal aufrechtzuerhalten, um sein selbständiges, großes, geistiges Leben weiter leben zu können, muß es über seine Kraft wachen. Die innereuropäischen Nebenbuhlerschaften aber müssen Europa zur Erschöpfung bringen. »Die Bedingung seines inneren Heils ist der Friede unter sich selbst und der Zusammenschluß seiner Nationen.« Wir haben hier die wahrhaft europäische Haltung vor uns, jene große zukunfts-wichtige Gefühls- und Kraftquelle, um deren willen heute das junge geistige Frankreich die große Hoffnung Europas, der große und nächste Bundesgenosse des jungen geistigen Deutschlands ist, und die sich zunächst einmal dadurch charakterisiert, daß sie über die bloß nationalkulturellen intraeuropäischen Unterschiede hinaus dasjenige ins Bewußt-

sein hebt, was gegenüber anderen Weltmächten die gemeinsam-kontinentaleuropäische Eigenart und Zukunftsaufgabe bildet. Es ist die selbe Haltung, die wir in dem glänzend geschriebenen Buch des französischen Soziologen André Siegfried über die Vereinigten Staaten von Amerika, dessen deutsche Ausgabe bei Orell Füßli in Zürich erschien, und seinem Buch über Frankreich /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ wiederfinden, und von der neuerdings auch Georges Duhamel in seinem Amerikabuch (Spiegel der Zukunft /Berlin, S. Fischer/) Zeugnis abgelegt hat. Im deutschen Volk sind viel mehr als im anglo-amerikanischen Kulturkreis die Voraussetzungen für ein Verständnis der in der französischen Lebensform liegenden unverlierbaren Kulturwerte gegeben, und damit die innere Rechtfertigung der Überzeugung, daß das erneuerte Europa, der Vereinigte Europäische Kontinent, nur auf deutsch-französischer Zusammenarbeit beruhen kann, wenn es in naher Zukunft Wirklichkeit werden soll.

Siegfried grenzt in seinem Frankreichbuch den französischen Menschen gegenüber dem angelsächsischen ab; er leitet den Unterschied im wesentlichen von der Industrialisierung und Kommerzialisierung Englands ab. Riou stützt sich weniger auf die wirtschaftlichen Unterschiede als auf kulturpolitische und kulturphilosophische Erwägungen. Man braucht nur die von Riou erörterte Antithese Merkantilismus-Humanismus zu hören, um sofort zu erkennen, wie tief der deutsche Humanismus dem französischen und damit gleichzeitig dem europäischen Humanismus verwandt ist. Mit Recht warnt Riou vor willkürlichen Verallgemeinerungen. Aber ebenso berechtigt ist es, wenn er (sinngemäß) schreibt, daß der Humanismus in Amerika, am Kap, im europäisierten Jokohama mehr Mission als Laienkultur ist. »Unsere Gesellschaft hat sich den Instinkt für eine harmonische Mannigfaltigkeit bewahrt, in der das rein Praktische und das Übergeordnete gleichsam von selbst ihren Platz finden. Wir sind nicht mehr nur reine Geister und haben erkannt, daß auch das Tier nahe beim Engel wohnt. Aber die allgemeine Mißbilligung trifft doch den Flegel, der nur Materie, nur Bauch ist, trifft den Geizhals, der nur das Gold liebt, und jene armseligen Arbeitsbienen, die nur Sklavendienste verrichten.« Den Völkern Europas ist heute dies gemeinsam, daß keines von ihnen sich durch ein anderes Gewalt antun lassen will. Alle europä-

ischen Völker tragen ein unmittelbares Verlangen nach einem Zustand der Dinge, der, jedenfalls unter Europäern, jeden Krieg unmöglich machen würde. Die Idee Europa ist längst lebendig. Das römische Reich, das Christentum, die mittelalterliche Gottesstaatsidee mit ihren beiden Hälften Kaiser und Papst, die Französische Revolution mit ihrem Brüderlichkeitsgedanken, sie alle und viele andere geschichtliche Faktoren haben sie geschaffen, und selbst im Weltkrieg hat die europäische Idee gelebt. Riou zitiert Alfred von Tirpitz und schließt daran einen Ausspruch Raymond Poincarés, »dieses großen Franzosen, der von kleinen Geistern unter die Kriegshetzer gerechnet wird«, um zu beweisen, daß es im Grunde keinen Deutschen, keinen Franzosen gibt, der nicht zur Einigung bereit wäre. Er fährt dann fort: »Wir Europäer aber können uns darüber klar sein, daß niemand von außen her uns in diesem Streben nach Vereinigung helfen noch ermutigen wird. Unsere Uneinigkeit ist den anderen Gruppen von viel zu großem Nutzen.« Die Engländer werden an einer Organisation des Kontinents wenig Vergnügen haben. Seit dem Aufstieg Englands, das heißt seit der Niederlage Tourvilles im Jahr 1692, liegt ihm nichts mehr am Herzen als die Zwietracht in Europa zu schüren. Man muß zugestehen, daß es bisher mit Erfolg geschah. Sobald sich eine Revolution bei uns erhebt, hetzt es. Sobald eine Nation zu stark wird, verbündet es die anderen gegen sie. Trennen, um zu herrschen. Der Engländer betrachtet sich nicht als in die europäische Bruderschaft einbezogen. Ihm ist alles Kolonie, selbst Europa. Jedoch eine Kolonie, deren Verwaltung größere Gefahren bietet, weil sie einst Rivale war und es möglicherweise wieder werden könnte. Da der Fundamentalgrundsatz Englands ist Europas Zersplitterung zu erhalten, mit wie viel mehr Zorn wird es sich gegen einen Einigungsplan Europas wehren als gegen ein zu starkes Frankreich, Deutschland, Italien! Der angelsächsische Block ist ein außereuropäischer Block; er wird jeden Tag weniger europäisch. Deshalb wird die Europäische Union kontinental, oder sie wird nicht sein. Die Sendung Frankreichs wird nach Riou's Überzeugung darin bestehen im Vereinigten Europäischen Kontinent brüderlich und versöhnlich zu wirken. »Es wird die Forderung erheben, daß die Politik der Union der geistigen Vorherrschaft Europas nicht unwürdig sei. Es wird für das Vaterland Europa den selben Ehr-

geiz haben wie für sich selber: das schlagende Herz unserer Zivilisation zu sein.« Man kann diesen Gedankengängen nur zustimmen. Wer an Frankreich, an die deutsch-französische Einigung, an das kommende Europa glaubt, wird in Grundsätzen wie denen, die in diesem bedeutenden Buch entwickelt und mit edler Leidenschaft vertreten werden, das geistige Rüstzeug sehen, aus dem Europa eines Tages wirklich hervorgehen kann.

Deutschland und Frankreich Die Revue d'Allemagne /Paris, Editions Montaigne/, die es sich zur Aufgabe macht französischen Lesern die Kenntnis deutschen Lebens zu vermitteln, widmete ihre Juninummer der Stadt Frankfurt. Die Beiträge stammen zum Teil von deutschen Autoren. Auch Bilder sind der Ausgabe beigegeben. Seit Januar erscheint, herausgegeben vom Deutschen Institut für Ausländer, in Verbindung mit dem Akademischen Auskunftsamt an der Universität Berlin, die Zweimonatsschrift *Inter Naciones* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, in der die kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Ausland besonders gepflegt werden sollen. Aus dem Einführungsheft sind unter anderm zu nennen Aufsätze von Hugo Krüß (Über den Völkerbund und die internationale geistige Zusammenarbeit), Ernst Robert Curtius (Über geistige Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich) sowie ausgezeichnet orientierende Länderberichte über England, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, die nordischen Länder. Besonders interessiert Krüß' Bericht über die seit 1930 eingeleitete Reorganisation des Internationalen Instituts für Geistige Zusammenarbeit in Paris. Curtius' Aufsatz gipfelt in der These, daß die deutsch-französische Verständigungspolitik von einer auf Jahrzehnte berechneten deutsch-französischen Staatspolitik geführt sein müßte. Curtius glaubt feststellen zu müssen, daß die Aussichten auf eine solche konstruktive deutsch-französische Politik minimal seien, und daß die Schuld daran »sicher weit mehr bei Frankreich liege als bei uns«. Dies ist eine Konzession an den in der deutschen Öffentlichkeit (vornehmlich grade in der Presse der Linken) herrschenden Geist, der in den letzten Wochen gründlich ad absurdum geführt wurde. Zum Glück ist dann aber das, was Curtius weiter ausführt, von wesentlich anderm Geist. Die Hauptaufgabe sieht er in der Heranbildung einer hinreichenden Schar von jungen Menschen beider Länder, die das deutsch-

französische Problem als Erlebnis im Herzen tragen. »Nur ein neuer Menschentypus kann eine neue Politik und eine neue Geistigkeit schaffen. Gelegentliche Gespräche über die Grenze, gelegentliche Festvorträge und Ministerbesuche genügen nicht. Auch, was bisher an Studentenaustausch geleistet worden ist, ist ein Tropfen auf den heißen Stein und leidet, abgesehen von allem andern, an der Inkongruenz zwischen deutschem und französischem Unterrichtswesen.« Die von Curtius angeführten Hindernisse sollen ganz gewiß nicht verkannt werden. Aber die vornehmste Aufgabe der deutschen Intellektuellen, die von der Notwendigkeit einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands überzeugt sind, muß auf den Kampf gegen die im eignen Land herrschenden Vorurteile gerichtet sein, nicht auf die überhebliche Feststellung, daß man »bei uns« weniger voreingenommen sei als drüben. Der von Margarete Esch verfaßte Länderbericht über Frankreich gibt eine vortreffliche Übersicht aller neueren Ereignisse, die für die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich von Wichtigkeit sind. Er charakterisiert unter anderm die Tätigkeit der Deutsch-Französischen Gesellschaft und ähnlicher Organisationen, des Internationalen Instituts für Geistige Zusammenarbeit und verschiedener Universitätsinstitute und -seminare (Paris, Straßburg, Köln und anderer), die einschlägigen Tatsachen auf den Gebieten der Literatur (Kriegsbücher, Übersetzungen, Bücher und Zeitschriften, Manifeste und dergleichen), des Theaters, der Musik, des Ausstellungswesens, der Vorträge, der Hochschule, Wissenschaft, Erziehung (Ausländerstudium, Lehrer- und Schüleraustausch, Briefwechsel, Studienreisen usw.), und grade aus solchen Übersichten geht hervor, wie sehr sich die Verhältnisse hier in den Jahren seit dem Kriegsende entwickelt haben und einer Konsolidierung auch auf politischem Gebiet mit zwingender Gewalt entgegendrängen. Eine ähnliche Übersicht, nur unter stärkerer Beziehung auf die Welt der Forschung, des Studiums und der Erziehung, gibt Hans Göttling in seinem Aufsatz Der gegenwärtige Stand der deutsch-französischen Hochschulbeziehungen, der in Maiheft der Monatsschrift Hochschule und Ausland (herausgegeben von Hans Lutz und Adolf Morsbach /Berlin, Verlag der Kulturpolitischen Gesellschaft/) erschien. Er stellt fest, daß auf allen Gebieten, wo die politischen Beziehungen

am leichtesten ausgeschaltet werden konnten, ein erfreulicher Fortschritt in den deutsch-französischen Hochschul- und Schulbeziehungen stattgefunden hat. Aus den von ihm aufgeführten Tatsachen seien folgende hervorgehoben: Durch Zusammenarbeit des 1929 gegründeten Deutschen Akademischen Austauschdienstes mit dem Office National des Universités et Ecoles Françaises wurden im letzten Studienjahr je 13 Studierende und 16 deutsche Lehrkräfte mit 10 französischen ausgetauscht. Hinzu kamen noch 6 zwischen der Stadt Berlin und dem Office ausgetauschte Lehrkräfte. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat seit Mai 1930 in Paris eine besondere Vertretung, die Deutsche Akademisch-Pädagogische Vermittlungsstelle in Frankreich, die gleichzeitig die Deutsche Pädagogische Auslandsstelle und die Akademischen Auslandsstellen des Verbands der Deutschen Hochschulen mitvertritt. Diese Pariser Stelle vermittelt unter anderem den Einzelaustausch von Studenten auf Gegenseitigkeit. Durch Zusammenarbeit der Deutschen Pädagogischen Auslandsstelle mit dem von Helene Leroi in Heidelberg geleiteten Deutsch-Französischen Schüleraustauschdienst wurden je 346 Schüler und Schülerinnen ausgetauscht. Ferienschülerlager wurden einerseits zwischen den Akademikern Dijon und Lille, andererseits zwischen Berlin und Frankfurt an der Oder eingerichtet. Der deutsch-französische Schülerbriefwechsel wird in Deutschland durch eine Berliner, unter der Leitung des Studienrats Max Bäcker stehende Stelle betreut, in Frankreich durch das Musée Pédagogique. Das deutsch-französische Studententreffen, das im vorigen Jahr auf dem Sohlberg respektive in Mannheim abgehalten wurde, soll dieses Jahr in Marseille fortgeführt werden. In Dijon hatte das Weltstudentenwerk Genf im März eine aus verschiedensten religiösen und parteiischen Lagern beschickte Deutsch-Französische Studienwoche organisiert. In Ergänzung dieses Berichts sei hier vor allen Dingen noch auf die in Berlin von Ernst Schwarz eingeleitete, vom Kultusminister Adolf Grimme und vom Stadtschulrat Jens Nydahl tatkräftig geförderte konnationale Erziehung hingewiesen, deren Art und Ergebnisse Schwarz hier vor kurzem geschildert hat (siehe seinen Artikel, 1930 III Seite 1126 und folgende). Gerade in den Tagen der politischen Höchstspannung, unmittelbar bevor sich die Notwendigkeit einer direkten Verständigung der deutschen und der französischen Staatsleiter durchsetzte, in

jenen Tagen, da in der deutschen Presse so furchtbar gegen Frankreich gehetzt wurde wie sonst nur noch in den Tagen des Ruhrkriegs, trafen am 14. Juli 70 französische Schüler und Schülerinnen mit 10 Lehrern in Berlin ein. Die herzliche Begrüßung durch Nydahl schon auf dem Bahnhof und alles, was sich daran schloß, werden für die Politik der Zukunft vielleicht einmal wichtiger sein als das, was die politischen Zeitungen in jenen Tagen produzierten.

In dem am 15. Dezember 1930 in Paris mit der Verlesung einer Rede Raymond Poincarés eingeweihten Institut d'Études Germaniques unter der Leitung Henri Lichtenbergers (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 287) hielten unter anderen Willy Hellpach, Thomas Mann und Ernst Robert Curtius Vorträge. In Köln wurde 1930 das Romanische Forschungsinstitut unter Leitung des Professors Leo Spitzer gegründet. In Frankfurt fand im Januar 1931 in Verbindung mit der Deutschen Hochschule für Politik ein Vortragszyklus statt, bei dem unter anderen Wladimir Graf d'Ormesson und der Rektor der Universität Dijon A. Terracher sprachen. In den letzten Semestern studierten allein in Paris je über 1000 Deutsche. In Deutschland studierten 60 bis 80 Franzosen. Als Heim und Vermittlungsstelle mit dem geistigen Deutschland dient den französischen Studierenden in Berlin das im Herbst 1930 in Berlin gegründete Französische Akademikerhaus. Das Interesse für den deutschen Sprachunterricht, das in Frankreich während der Kriegs- und Nachkriegsjahre stark zurückgegangen war, ist an den Höheren Schulen und Universitäten in neuem erfreulichen Aufschwung begriffen. Eine Reihe bedeutender deutscher Dirigenten, Sänger und Sängerinnen ist in den letzten Jahren in Paris aufgetreten. In der darstellenden Kunst wurden bemerkenswerte Ausstellungen veranstaltet, zum Beispiel die Sezessionsausstellung 1927, die Graphikausstellung 1929, die Werkbundaussstellung 1929.

Göttling stellt in seinem oben genannten Aufsatz zusammenfassend fest, daß auf diesen Gebieten, wo die politischen Behinderungen am leichtesten ausgeschaltet werden können, ein erfreulicher Schritt nach vorwärts getan ist.

Bei dieser Gelegenheit sei nicht versäumt darauf hinzuweisen, daß die Monatsschrift Hochschule und Ausland in ausgezeichneter und umfassender Weise über die vielfältigen kulturellen Beziehungen der deutschen Schul-, Hochschul- und Wissenschaftswelt zum Ausland fort-

laufend berichtet. Aus dem Inhalt des zitierten Maihefts seien neben Göttlings Aufsatz noch besonders genannt die Aufsätze Als deutscher Student in Paris, Das Studium in der französischen Provinz, An einem deutschen Gymnasium (Bericht eines französischen Austauschlehrers), Die Presse in Frankreich, Ratschläge für das Studium in Frankreich.

Fremdsprachen-Unterricht

Die vom Preußischen Ministerialrat Wilhelm Gaede zusammen mit Albert Kruse herausgegebene Zeitschrift für Französischen und Englischen Unterricht /Berlin, Weidmannsche Buchhandlung/ veröffentlichte im März die Vorschläge, die der preußische Unterrichtsminister den Provinzialschulkollegien wegen der künftigen Stellung der neueren Fremdsprachen im Aufbau der Höheren Schulen Preußens zur gutachtlichen Stellungnahme unterbreitet hat. Augenblicklich beginnt fast genau die Hälfte aller preußischen Schulen mit dem Englischen, während die andere Hälfte das Französische als grundständige Fremdsprache hat. Geographisch gesehen, hat der Westen, mit Ausnahme von Hannover, fast ausschließlich (91%) Französisch als Grundsprache, während die übrigen Provinzen, mit Ausnahme von Berlin-Brandenburg und Oberschlesien, überwiegend mit Englisch beginnen. Der Erlass schlägt nun vor, daß künftig an allen Realgymnasien, Reformrealgymnasien, Oberrealschulen, Lyzeen, Oberlyzeen, Ober- und Aufbauschulen das Französische einheitlich die grundständige neuere Sprache werden soll. Bei Beginn der 2. respektive 3. Fremdsprache müssen sich die Schulen entscheiden, ob sie fortan Französisch als Hauptsprache behalten wollen, oder ob Englisch die Hauptsprache werden soll. Die oben genannte Zeitschrift veranstaltete nun in ihren beiden folgenden Heften eine sehr interessante Aussprache, die Gaede mit der folgenden Bemerkung schloß: »Wir schlossen die Aussprache im vorigen Heft mit der zweifelnden Frage, ob bei dem sichtlichen Durcheinander der Meinungen die Vereinheitlichung im Beginn der ersten neuern Fremdsprache nicht besser noch hinausgeschoben würde. Inzwischen [das heißt bis zum 12. Juni] sind neue Tatsachen eingetreten, die das Bild entscheidend verändern. Aus Bayern hört man, das Kultusministerium sei bereits entschlossen zum Beginn mit Französisch an den Gymnasien zurückzukehren. Sachsen scheint sich einer preußischen Entscheidung für Französisch anschließen zu

wollen. Unerwartet schnell taucht die Möglichkeit einer reichseinheitlichen Regelung auf, um die das Reichsinnenministerium bereits lebhaft bemüht ist. Der Deutsche Philologenverband hat sich zwar auf seiner Hamburger Tagung, 26. bis 28. Mai, noch einmal für Englisch ausgesprochen, aber dem Vernehmen nach nicht mehr einmütig. Der Vorsitzende des Rheinischen Provinzverbandes hat sich mit einem Zeitungsartikel rückhaltlos auf die Seite des Referentenentwurfes gestellt. Und auch im Deutschen Städtetag, der von Anfang an baldige Vereinheitlichung, gleichgültig zugunsten welcher Sprache, gefordert hatte, ist die Stimmung zugunsten des Französischen umgeschlagen. Unter diesen Umständen ist vorauszu-sehen, daß der preußische Kultusminister zu Ostern 1932 den allgemeinen Beginn mit Französisch wird anordnen können.« In der Tat hat der Sachverständigenausschuß der Länder für das Unterrichtswesen beim Reichsministerium des Innern Mitte Juli beschlossen, daß die Anfangssprache aller mit einer modernen Fremdsprache beginnenden Höheren Schulen das Französische werden soll. Wenn irgend möglich, soll diese Neuordnung auch noch im Lauf dieses Jahres in Wirksamkeit treten. Das wäre allerdings eine sehr erfreuliche, ja die einzig richtige Entscheidung. Sie ist in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahren und jetzt wieder verlangt worden (siehe die Artikel Kleineibsts, Herrmanns und Hartigs, 1928 I Seite 38, 1929 I Seite 204, 1931 I Seite 339 und folgende) und würde die letzte unglückselige Spur des Ruhrkriegs verwischen, der unter anderm auch zur Folge hatte, daß die deutsche Kultur sich durch die Zurückdrängung des Französischen selber schädigte.

Thüringen Die Schulgebetsordnung vom 16. April 1930 des ehemaligen nationalsozialistischen thüringischen Volksbildungsministers Wilhelm Frick wurde nunmehr nach einem Beschluß des Landtags aufgehoben. Das Thüringische Volksbildungsministerium richtete an die Direktoren der Höheren Lehranstalten einen Erlass, in dem es sie aufforderte die im Thüringer Schülerbund vertretene Hitlerjugend zu größerer Bescheidenheit und parteipolitischer Zurückhaltung anzuhalten. Auch der Rektor der Universität Jena wandte sich in einem Schreiben gegen eine eigenmächtige Kundgebung des nationalsozialistischen Jenaer Astvorsitzenden aus Anlaß des Rücktritts des Ministers Frick.

Nachdem der Universität Jena der Rasse-theoretiker Hans Günther als Professor für Sozialanthropologie aufgezwungen wurde (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 801), interessiert es zu erfahren, wie viele Studenten Günther hören. Die Mannheimer Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds hat sich ein Verdienst um die Öffentlichkeit dadurch erworben, daß sie die genaue Anzahl der Hörer des Rasseforschungsprofessors Hans Günther feststellte. Die republikanischen Studenten hatten an ihrem Anschlagbrett kommentarlos die Meldung der Frankfurter Zeitung vom 17. Januar 1931 bekanntgegeben, nach der nur 12 Studenten die Vorlesung Günthers besuchen. Darauf schrieben die Nationalsozialisten, ob solcher geringen Zahl erstaunt, nach Jena. Der Universitätsamtmann der Universität Jena teilte ihnen am 23. Januar »mit Genehmigung seiner Magnifizenz des Rektors der Universität« mit, »daß nach einer Auskunft des Universitätsrentamtes im Winterhalbjahr 1930-1931 die Vorlesungen des Herrn Professor Doktor Günther von der nachstehend angegebenen Anzahl Studierender ordnungsmäßig belegt worden sind«: Rassengeschichte Europas 47, Kolloquium (Sozialanthropologische Gedanken usw.) 9, Erörterung der amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung 33. Also von den weit über 3000 Studierenden der Universität Jena, von denen Hunderte Nationalsozialisten sind, hören durchschnittlich 3% die Rassevorlesungen respektive -übungen Günthers. Der Öffentlichkeit und der andersdenkenden Welt gegenüber hatte Frick bei der diktatorischen Berufung Günthers wiederholt erklärt, das große Interesse der Studentenschaft für Rasseprobleme erfordere diesen Lehrstuhl. Wie groß das Interesse wirklich ist, zeigen nun die Zahlen.

Totenliste

Ende Februar starb in München der Leiter des Verlags Callwey, **Georg Dietrich Wilhelm Callwey**, im Alter von 76 Jahren. Hauptsächlich hat sich der Verlag durch die Herausgabe des Kunstwarts und ferner der Schriften des Dürerbunds bekannt gemacht. Ende März starb auf seinem Landsitz Nächst-Neuendorf **Paul Dobert**, 71 Jahre alt. Er leitete Jahre lang die Zeitschriften *Zur guten Stunde*, *Moderne Kunst*, *Vom Fels zum Meer* und *Die Woche*, die zum Bildungsmaterial des deutschen Kleinbürgertums gehören. Er schrieb über die märkische Landschaft, auch über Werk und Leben Theodor Fontanes.

Kurze Chronik Die Deutsche Liga für Völkerbund veranstaltete für Angehörige der deutschen Pädagogischen Akademien und Institute ein *Preis ausschreiben*, das sich auf die Abfassung einer in der Schule verwendungsfähigen anschaulichen Erzählung über die Wirkung eines Völkerbundsbeschlusses bezieht. Der Preis für die Arbeit besteht in einer Studienreise nach Genf. ◊ Im Mai wurde zwischen dem Land Preußen und den 8 preußischen Evangelischen Landeskirchen ein Vertrag abgeschlossen, der die Rechtslage der Kirchen neu ordnet (siehe auch die Rundschau Religionswissenschaft, 1931 I Seite 590 und folgende). Der Vertrag enthält die Bestimmung, daß die Spitzenstellungen der Kirchenbehörden nur besetzt werden dürfen, wenn die preußische Regierung gegen die Kandidaten keine politischen Bedenken erhoben hat. Anderseits muß der preußische Staat vor der Anstellung evangelischtheologischer Universitätsprofessoren der Kirche Gelegenheit zu gutachtlicher Äußerung geben. ◊ In einer Enzyklika, zu der Zusammenstöße zwischen dem Fascismus und der Katholischen Aktion den Anlaß gaben, stellte der Papst Grundsätze der *katholischen Erziehungslehre* in ihrem Verhältnis zu den staatlichen Erziehungsansprüchen auf. Er wendet sich dagegen, daß der Fascismus auf Grund einer Ideenwelt, die den Staat in heidnischem Sinn vergotete, und die mit dem natürlichen Erziehungsrecht der katholischen Familie und dem übernatürlichen Erziehungsrecht der Kirche nicht in Einklang stehe, für sich das Recht in Anspruch nehme die Jugend von der frühesten Kindheit an bis zum reifen Alter ausschließlich im Sinn einer Regierung und einer Partei erziehen zu wollen. ◊ Im Auditorium Maximum der Technischen Hochschule München fand auf Anregung des Allgemeinen Studentenausschusses zwischen dem Stahlhelm und der Deutschen Friedensgesellschaft ein Ausspracheabend über das Thema *Pazifismus oder Wehrhaftmachung?* statt, der ungestört verlief. Es ist charakteristisch für unsere Zeit, daß eine derartige Feststellung als rühmliche Ausnahme hervorgehoben werden muß. ◊ Zum erstenmal hat die Liga für Menschenrechte in diesem Jahr ihren *Schüleraustausch* auch auf Belgien ausgedehnt. Es werden diesmal 30 deutsche gegen ebenso viele belgische Jugendliche ausgetauscht. Die deutsch-französische Austauschziffer beträgt 125 Tauschpaare. Unter Beihilfe der Reichsbahn und des Hamburger Se-

nats konnten 100 Hamburger Arbeitslosen Kinder zusammen mit 200 Kindern aus anderen Gegenden einer Einladung des französischen Komitees Friedensaktion zu einem Aufenthalt auf der Insel Oléron in der Biscaya folgen (siehe auch die Rundschau Lebensgestaltung, in diesem Band, Seite 722). $\diamond$ Durch einen Erlaß an die Provinzialschulkollegien hat der preußische Unterrichtsminister verfügt, daß die *Schulzeugnisse* fortan keine Prädikate über Betragen und Aufmerksamkeit enthalten sollen; wo sich wirkliche Gefahren zeigen, sollen demgegenüber die Eltern über die Entwicklung ihrer Kinder eingehende Berichte erhalten. $\diamond$ Unter starker Anteilnahme der offiziellen und gelehrten Welt Frankreichs und anderer Länder wurde im Juni das 400jährige Bestehen des *Collège de France* in Paris gefeiert (siehe die Rundschau Geschichte, in diesem Band Seite 699). Das Collège de France, das heute über 42 Lehrstühle verfügt, und dem im Lauf der Geschichte viele bedeutende Gelehrte und Lehrer angehört haben, wurde 1530 durch Franz I. gegründet, um außerhalb der Universität eine wissenschaftliche Lehrstätte für eine Hörerschaft aus allen Kreisen zu schaffen. Ernst Robert Curtius überreichte bei der Feier eine Adresse der deutschen Universitäten. $\diamond$ Als Anerkennung der großen Verdienste *Theodor Kappsteins* um die Volksbildung stiftete die Berliner Humboldthochschule zu seinem 60. Geburtstag, am 28. November 1930, eine Plakette, die ein Flammensymbol trägt; sie ist von Guido Gebhardt entworfen und in Bronze ausgeführt.

Literatur

Die geistige Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbunds wird in einer Studie *Margarete Rothbarths*, die als 44. Heft der von Georg Schreiber herausgegebenen Schriftenreihe *Deutschtum und Ausland* /Münster, Aschendorff/ erschien, in einem gut orientierenden Überblick zusammenfassend dargestellt. Die Verfasserin, die dem Völkerbundsinstitut für Geistige Zusammenarbeit selbst als Beamtin angehört, gibt eine ausführliche Schilderung der Struktur und Organisation der Völkerbundsorgane, die unter dem Namen *Coopération Intellectuelle* zusammengefaßt sind, sowie der Arbeitsgebiete, auf die sich die Tätigkeit dieser Organe bisher erstreckt hat. Ein Anhang enthält die wichtigsten, die Organisationen erläuternden Dokumente, ferner Listen der zugehörigen Beamten, Kommissionen, Institute, Abkommen und Publikationen.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Haustein

Strahlengenetik Einer der Mittelpunkte der Biologie ist die Genetik, die sich im Lauf der letzten 30 Jahre seit der Wiederentdeckung der Mendelschen Regeln ungeheuer rasch entwickelte und besonders fruchtbare Ergebnisse zeitigte.

Am besten sind wir über den Mechanismus der Vererbung unterrichtet, also über die Art der Übertragung der Erbinheiten auf die folgenden Generationen, sowie über ihren Sitz. Geringer dagegen sind unsere Kenntnisse über Entstehung, Wesen und Wirkungsweise der Gene. Zur Lösung dieses Fragenkomplexes stehen uns 2 Hauptwege zur Verfügung: die Untersuchung bestimmter Gene betreffs ihrer Manifestierung im Erscheinungstypus zur Erkennung der Wirkungsweise des einzelnen Gens auf die betreffenden Merkmale sowie die quantitative Untersuchung des Mutationsprozesses. Das Problem der Entstehung neuer erblicher Eigenschaften beansprucht hier vor allem Interesse, da wir bis vor kurzem nur wußten, daß Erbfaktoren sich durch spontane Mutationen verändern können, während wir keinen Einblick in die Ursachen dieses Mutationsvorgangs haben. Seitdem H. J. Muller 1928 in seiner Arbeit *The Production of Mutations by X-rays* bahnbrechend gezeigt hat, daß durch Röntgenbestrahlung der Mutationsprozeß quantitativ stark beeinflusst werden kann, ist in den letzten 3 Jahren die Mullersche Bestrahlungsmethode in so zahlreichen Versuchen angewendet worden, daß heute schon von der Strahlengenetik als Sonderrichtung der Erbforschung zu sprechen ist. Nikolaj Timofejew-Resowskij, der Leiter der Genetischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin, hat soeben im 5. Band der *Ergebnisse der Medizinischen Strahlenforschung* /Leipzig, Georg Thieme/ unser ganzes Wissen über die Strahlengenetik in einer ausgezeichneten Arbeit zusammengefaßt.

Diese Arbeit beschäftigt sich, nach einer kurzen Darstellung der in Frage kommenden genetischen Methoden und ihrer Terminologie, mit den vor Muller angestellten Versuchen das Keimplasma mit kurzwelliger Strahlung anzugreifen. Die ersten Versuche zur Hervorrufung neuer erblicher Merkmale beschäftigten sich mit *Antirrhinum majus* (E. Stein 1922) sowie mit Mäusen (C. C. Little und H. J. Bagg 1923). Sie wollten erbliche Abweichungen in der Nachkommenschaft der

bestrahlten Tiere hervorrufen. Diese Experimente waren insofern erfolglos, als kein klares und einwandfreies Resultat erzielt wurde. Bewiesen wurde die Wirkung der Röntgenbestrahlung auf die erbliche Mutabilität erst durch Muller an *Drosophila melanogaster*. »Mullers großes Verdienst besteht nicht nur in der "Entdeckung" der Wirkung der Röntgenbestrahlung auf die erbliche Mutabilität sondern vor allem in der mustergültigen und sowohl logisch als auch experimentell einwandfreien und klaren Vorbereitung und Durchführung seiner Versuche.« Wichtig für diese Versuche war vor allem, daß diese Taufliege ein genetisch weitestgehend durchanalysiertes Objekt war; das traf für die von N. K. Koltzow schon 1921-1922 benutzte Taufliegenart *Drosophila funebris* nicht zu, wodurch seine Versuche kein klares Resultat ergeben konnten. Die Ergebnisse der Versuche Mullers lassen sich nach Timofejew dahin zusammenfassen: »Die in exakter Weise an *Drosophila melanogaster* durchgeführten Versuche haben gezeigt, daß die Röntgenbestrahlung eine sehr starke Erhöhung der Mutationsrate hervorruft. Die von Muller angewandten Dosierungen müssen als hoch bezeichnet werden, denn (besonders die T_4 -Dosis) sie rufen schon eine beträchtliche Sterilität bei *Drosophila melanogaster* hervor. Die Erhöhung der Bestrahlungsdosis ruft anscheinend eine proportionale Steigerung der Mutationsrate hervor, was vor allem aus dem Vergleiche der Wirkungen der T_2 - und T_4 -Dosis hervorgeht. Anscheinend entstehen die Genovariationen direkt während der Bestrahlung... Wahrscheinlich ist aber die Häufigkeit der entstehenden Genovariationen in verschiedenen Geweben verschieden... Besonders interessant ist der Vergleich zwischen den "spontanen" und den "röntgenbestrahlten" Mutationsprozessen. Man könnte erwarten, daß durch Röntgenbestrahlung bestimmte spezifische "Röntgenmutationen" hervorgerufen werden. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, denn der Vergleich zwischen den spontanen und den durch Röntgenbestrahlung ausgelösten Mutationsprozessen zeigt eine Reihe von auffallenden Parallelismen. Im spontanen Mutationsprozeß entstehen verschiedene sichtbare Genovariationen, Letalfaktoren und verschiedene Chromosomenvariationen; am häufigsten entstehen die Letalfaktoren. Nach Röntgenbestrahlung wurden alle 3 Gruppen von Mutationen beobachtet, und die Letalfaktoren sind, ebenso wie im spontanen Mutationsprozeß über das ganze X-Chromosom ver-

teilt. Die Analyse der durch Röntgenbestrahlung hervorgerufenen sichtbaren Genovariationen hat gezeigt, daß der größte Teil von ihnen mit früher schon spontan aufgetretenen Genovariationen identisch oder ihnen allelomorph ist. Ein Teil der Röntgengenovariationen ist allerdings neu; ob es aber spezifische Röntgengenovariationen sind, ist schwer zu entscheiden, denn wahrscheinlich kennen wir auch bei *Drosophila melanogaster* bei weitem noch nicht alle spontan entstehenden Mutationen. Es ist bekannt, daß bei *Drosophila melanogaster* (im spontanen Mutationsprozeß) neben sehr stabilen auch weniger stabile Gene vorhanden sind, was sich darin äußert, daß manche Genovariationen verhältnismäßig oft wiederholt entstehen... Es ist nun besonders interessant, daß die meisten wiederholt spontan auftretenden Genovariationen auch durch Röntgenbestrahlung und zum Teil auch wiederholt hervorgerufen wurden. Diese vielen Parallelismen lassen vermuten, daß durch Röntgenbestrahlung sozusagen eine Beschleunigung des spontanen Mutationsprozesses hervorgerufen wird.«

Mullers Ergebnisse wurden dann in all ihren Einzelheiten in den Nachuntersuchungen der nächsten Jahre vollauf bestätigt, was sich nicht nur auf *Drosophila melanogaster* bezieht sondern auch auf eine Reihe anderer Objekte. Ein ähnlicher Effekt auf den Mutationsprozeß kann durch verschiedene Bestrahlungen hervorgerufen werden, sowohl durch verschiedene Röntgenstrahlen wie durch Radium. Dabei ist die Einwirkung der kurzwelligen Strahlung vielseitig. Es werden sowohl Chromosomenvariationen wie auch Genovariationen hervorgerufen. Und der durch Strahlung erzielte genetische Effekt ist ein allgemeiner, durch den wir den Mutationsprozeß bei jedem Organismus beeinflussen, vor allem aber beschleunigen. Die durch die Strahlung ausgelöste Mutationsrate ist der Quantität der Strahlung direkt proportional. In der Frage nach dem Verhältnis zwischen der Mutationsrate und der Qualität der Strahlung scheint innerhalb des Bereichs der mittelharten Röntgenstrahlen nur die Quantität der Bestrahlung ausschlaggebend zu sein. Ob aber stark sich unterscheidende Strahlenqualitäten auch qualitativ verschiedene Einwirkungen auslösen und dabei durchschnittlich verschiedene Gene verändern und die selben Gene zu verschiedenen Allelen verändern, bedarf noch eingehender exakter Untersuchungen. Keinen bemerkenswerten Einfluß auf die Mutationsrate

hatte auf Grund der Versuche bei starken Bestrahlungsdosen die Temperatur. Der Stoffwechsel war insofern von Wichtigkeit, als ruhender Gerstensame (mit minimaler Stoffwechselintensität) weniger Mutationen ergab als keimender. Ebenso wirkte die Imprägnierung der Samen mit Schwermetallsalzen erhöhend.

Die Mutationen entstehen direkt durch die Einwirkung der Strahlen auf den Faktorenaustausch (nach den Versuchen bei *Drosophila melanogaster*). (Außerdem besteht aber auch die Möglichkeit der Auslösung tiefgreifender Dauermodifikationen (N. M. Woskressenskij 1929) durch Röntgenbestrahlungen.)

Typisch verschiedene Mutationsraten haben sich unter dem Einfluß einer bestimmten Bestrahlungsdosis bei den einzelnen Rassen von *Drosophila* nicht ergeben. Wohl aber sind Andeutungen davon vorhanden, daß im spontanen Mutationsprozeß wie in dem nach Röntgenbestrahlung die Mutabilität durchschnittlich bei den einzelnen Rassen, so bei *Drosophila funebris* und *melanogaster*, etwas anders gerichtet ist. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß bei der einen Art eine Reihe von Mutationen bedeutend häufiger als bei der andern ist, und daß bei den beiden Arten vorwiegend verschiedene Körpergegenden von Mutationen betroffen werden.

Ob weiterhin die Mutationsrate in verschiedenen Gewebe unterschiedlich ist, konnte mit Sicherheit bisher nicht geklärt werden. »Der Mutationsvorgang scheint nicht an ein bestimmtes Stadium der Zellteilung oder der Chromosomen-spaltung gebunden zu sein, da die Mutationen in verschieden alten Spermien und in ruhenden Samen ausgelöst werden können. Es ist aber wahrscheinlich, daß der chemisch-physiologische Zustand des bestrahlten Gewebes die Mutationsrate beeinflussen kann.«

Mutationen können nun nicht nur in den Geschlechtszellen sondern auch in somatischem Gewebe entstehen. Diese Frage ist besonders an der Pigmentierung des Facettenauges, also an der Augenfarbe, geprüft worden. Dabei werden befruchtete Eier und verschieden alte Larven mit verhältnismäßig schweren Röntgendosen bestrahlt. Neben den eigentlichen Genvariationen können weiterhin verschiedene Chromosomenvariationen (Chromosomenbrüche, Inversionen, Translokationen) hervorgerufen werden. Dabei zeigen bestimmte Gene kreuzungsanalytisch ganz unerwartete neue Kopplungsverhältnisse. Auf Grund genetischer Chromosomenkarten konnte dann die Trans-

lokation vorausgesagt, und in Sonderfällen diese Voraussage sogar zytologisch klar bewiesen werden. Diese Translokationsanalysen sind besonders beweiskräftig für die Realität der genetischen Chromosomenkarten sowie überhaupt für die Chromosomentheorie der Vererbung, die für die meisten Genetiker grundsätzlich bewiesen ist.

Die Arbeiten von H. J. Muller, T. S. Painter und Th. Dobschanskij haben das wichtigste und exakteste Material für das Verständnis der morphologischen Grundlagen der Vererbung erbracht, und mit Hilfe der Röntgenbestrahlung kann wohl in Zukunft ein derart umfangreiches Material angesammelt werden, daß wir zur Ausarbeitung exakter morphologischer Chromosomenkarten vordringen.

Die Analyse des Variierens einzelner Gene im Röntgen- und Radiumbestrahlungsversuch erweist klar, daß die einzelnen Gene wie auch die einzelnen Allele des gleichen Gens sehr verschiedene Mutationswahrscheinlichkeiten haben. Die großen Unterschiede in der Genovariationsfrequenz müssen durch Verschiedenheiten der Struktur der einzelnen Gene bedingt sein. Die Untersuchungen der Variationsrichtung und Variationsfrequenz einzelner bestimmter Gene im Bestrahlungsversuch bei gleicher Dosis zeigen vor allem aus der Reversibilität vieler Genovariationsprozesse, daß dieser Vorgang auf physikalisch-chemischer Veränderung der Gene beruht. Es kann sich also nicht um destruktive Prozesse oder Genverluste handeln. Innerhalb einer multiplen Allelenreihe können verschiedene Genovariationen in verschiedenen Richtungen erzeugt werden. Dabei verläuft aber das Variieren nicht ganz richtungslos; treten doch die verschiedenen Genovariationen mit recht verschiedener Häufigkeit auf.

Die bei *Drosophila melanogaster* so auffallende Ähnlichkeit zwischen dem natürlichen spontanen und dem durch Bestrahlung ausgelösten Mutationsprozeß hat zur Vermutung geführt, daß die kleine, normalerweise vorkommende Mutationsrate durch die natürliche Radiation ausgelöst wird. Diese Frage ist besonders wegen der Bedeutung der Mutationen als Variationenmaterial für die Evolution interessant. In der Tat haben nun Züchtungsversuche an Orten mit verschieden hoher natürlicher ionisierender Strahlung ergeben, daß bei höherer Intensität der natürlichen Radiation (bestehend hauptsächlich aus der γ - und β -Bestrahlung der Erde und aus der kosmischen Strahlung) auch eine höhere

Mutationsrate erhalten wird, doch sind statistisch die Unterschiede nicht ganz reell. Die Berechnungen Mullers und Timofejews kommen aber zu dem Schluß, daß die natürliche Strahlung wenigstens 500mal zu schwach zur Auslösung der natürlichen Mutationsrate ist. Auch die von Timofejew aufgestellte Hypothese, daß man im Gehalt der Organismen an radioaktiven Stoffen eine Quelle der mutationsauslösenden Strahlung zu sehen habe, kommt nach dem selben Autor, auf Grund der Untersuchungen V. J. Wernadskijs, der den Radiumgehalt verschiedener Pflanzenarten mit dem Radiumgehalt des umgebenden Wassers verglichen hat und danach eine Kondensierung radioaktiver Stoffe in den lebenden Organismen annimmt, wegen ihrer Größenordnung wohl nicht in Betracht. Es ist möglich, daß die Mutationskurve im Bereich der natürlichen schwachen Bestrahlungsintensitäten anders als bei den doch groben Experimentalbedingungen verläuft, und die auf längere Zeit ausgedehnten schwachen Dosen ebenfalls anders wirken können. Daß der Mutationsvorgang auch durch andere äußere Reize ausgelöst werden kann, haben vor allem die Untersuchungen Robert Goldschmidts und Victor Jollos' (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 1163) mittels Einwirkung höherer Temperaturen erwiesen.

Gegenüber der großen wissenschaftlichen Wichtigkeit der Mutationsauslösung verschwindet ihre oft überschätzte Bedeutung für die Tier- und Pflanzenzüchtung. Unerschöpflich sind für den praktischen Gebrauch des Menschen die Reserven verschiedenster Erbfaktoren unter den uns wertvollen Tier- und Pflanzenarten, von denen vorläufig nur ein Bruchteil praktisch ausgenutzt wird.

Für den Menschen betont Timofejew, daß die Feststellungen wichtige negative Bedeutung haben: »Durch unvorsichtige Röntgen- und Radiumbehandlung können Mutationen entstehen, die pathologische Merkmale hervorrufen. Die meisten Mutationen sind rezessiv und werden sich deshalb in den nächsten Generationen von den bestrahlten Individuen nicht manifestieren. Die Feststellungen, daß die Nachkommenschaft von bestrahlten Personen normal bleibt, haben infolgedessen keine entscheidende Bedeutung. Durch die entstehenden pathologischen Mutationen wird aber der Genenbestand der entsprechenden menschlichen Populationen "verunreinigt" und die zum größten Teil in der Population verborgen bleibende Reserve krankhafter Erbanlagen vergrößert.«

Hirnforschung 1898 begründete Oscar Vogt in Berlin die Neurologische Zentralstation, die 1902 in das Neurobiologische Laboratorium der Universität umgewandelt wurde. Leitmotiv für die Errichtung der Zentralstation war gewesen, daß eine wirklich umspannende Hirnforschung der ganzen Kraft eines größeren Stabs von Spezialforschern bedürfe, von dem jeder auf seinem Sondergebiet auf weite Sicht seine Fragestellungen schon in Hinsicht auf die komplexen Probleme dieses so überaus verwickelten Wissenschaftszweigs zu bearbeiten hätte. Diese Haltung allein vermag die hier so besonders ins Auge springende Unzulänglichkeit des einzelnen Forschers auszugleichen. Die endgültige Basis für dieses Arbeitsprogramm bildet jetzt das in Buch am 2. Juni 1931 offiziell eingeweihte Institut für Hirnforschung, das mit Mitteln der Familie Krupp im Jahr 1915 begründet und, räumlich mit dem Neurobiologischen Institut verbunden, nur sehr beschränkt seinen großen Aufgaben gerecht wurde. Die Errichtung des neuen Instituts, an dem 1930-1931 24 wissenschaftliche Mitarbeiter tätig waren, und dessen wissenschaftliche Mitglieder Cécile Vogt und Max Bierschowsky sind, wurde nun mit Hilfe der Familie Krupp und der Rockefellerstiftung ermöglicht. Das Arbeitsprogramm des Instituts umfaßt alle theoretischen und praktischen Fragen der Hirnforschung: die Normale und Pathologische Hirnanatomie und -physiologie, Histologie und Entwicklungslehre, Chemotherapie, Psychiatrie, Psychologie, Konstitutionsforschung, Vererbungswissenschaft, Rassenbiologie. Naturgemäß steht im Mittelpunkt der Forschungen das Gehirn, und alle sonstigen Fragestellungen sind auf dieses Zentralproblem in ihrer Richtung abgestimmt. Die anatomischen Studien Oscar Vogts und seiner Mitarbeiter stellten von Anfang an Vorarbeiten für eine Physiologie des Gehirns dar; Vogt ging dabei von der heuristischen Idee (die sich glänzend bestätigte) aus, daß funktionelle Verschiedenheiten sich auch in Strukturunterschieden äußern müssen. Er betrachtete dabei als besonders wichtig die örtlichen Differenzen in Anordnung, Zahl und grober Morphologie der Nervenzellen und markumhüllten Leitungsfasern. Das Studium der Architektonik der Großhirnrinde führte bisher zur Feststellung von mehr als 200 haarscharf von einander abgegrenzten und jedesmal die ganze Rindendicke umfassenden Feldern. Die vergleichende anatomische Forschung erwies einen auf-

fallend gleichen Bau einzelner Felder der Großhirnrinde des Menschen und der Affen, daneben aber Rindengebiete des Menschen, die in ihrer Gesamtheit dem Bau einzelner Rindenfelder der Affen ähneln, jedoch durch ihre Weiterdifferenzierung in mehrere, durch Bauunterschiede auffallende verschiedene Felder zerfallen. Den Beweis der funktionellen Unterschiede der Rindenfelder erbrachten reizphysiologische Untersuchungen an Meerkatzengehirnen, die zur Aufstellung einer physiologischen Rindenkarte neben der architektonischen führten.

Diese mühevollen Forschungen Cécile und Oscar Vogts haben der Hirnforschung erst ihre wirkliche Basis gegeben, deren Bedeutung man jetzt erst erkennt. Eine Bestätigung erhielt dieser Forschungszweig dann durch die reizphysiologischen Untersuchungen der menschlichen Großhirnrinde durch Ottfried Förster in Breslau. Die topistische Forschungsrichtung Vogts erwies dann ihren großen Wert durch die Klärung der Erkrankungen des Striatums und Pallidums und zeigte schlagend auf pathologischem Gebiet die Abhängigkeit der Funktion von dem jeweiligen Zustand der topistischen Einheit. Neben Cécile Vogt hat vor allem Bielschowsky die Ergebnisse der Institutsforschung für die Klinik nutzbar gemacht. Seine Forschungen führten Vogt auf dem Gebiet der allgemeinen Krankheitsforschung zur Theorie der Pathoklise, zur These der besondern Anfälligkeit bestimmter Gehirnteile wie Organteile überhaupt; darüber hinaus ist es Vogt gelungen zu einer pathologisch-anatomischen Klassifikation der Hirnkrankheiten (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 385 und folgende) vorzudringen. Cécile und Oscar Vogt führen die von der Erbllichkeit abhängende Pathoklise auf physikalisch-chemische Differenzen innerhalb der topistischen Einheiten zurück, was den Weg zu einer auf dieser Basis aufgebauten Chemotherapie eröffnet. Der Erforschung der allgemeinen Grundlagen der Krankheitslehre und der Bearbeitung spezieller Fragestellungen dient unter den soeben angegebenen Gesichtspunkten die genetische Abteilung (Leiter Timofejew-Resowskij), die vor allem mit der Tauflicie und einer Blätter fressenden Marienkäferart experimentell arbeitet, sowie die große Insektensammlung (im besondern Laufkäfer und Hummeln), an der, in Hinsicht auf krankheitsbegriffliche Probleme, variationsstatistische Untersuchungen durchgeführt werden. Durch solche Phänoanalysen stark variierender Insek-

tengattungen können die Evolutionsmechanismen, die im Einzelfall wirksam gewesen waren, aufgedeckt werden, indem von geographischen Rassen ausgegangen wird, und zuvor der selektive Wert der Besonderheiten der Einzelformen experimentell geklärt ist. Die Phänoanalyse klärt dazu noch die charakteristische Ausbreitung eines sich ausdehnenden Merkmals. Die sich diesem Rahmen einordnenden Konstitutionsuntersuchungen wollen vor allem Beziehungen zwischen äußeren Körperstigmata und Erkrankungen aufdecken und so ihrerseits die Grundlagen mitschaffen helfen zur frühzeitigen Erkennung der Erkrankungsgefährdung der Einzelperson als Basis für entsprechende therapeutische Beeinflussung oder aber für eugenische Maßnahmen.

Der Experimentellen und der Phänoanalytischen Sektion ist schließlich noch eine Historisch-Genetische Abteilung angegliedert worden. Ihr Ziel wird es sein unter dem Gesichtspunkt der Unterordnung unter die Biologie allmählich eine Ontologie und Methodologie der Medizin auf historischer Basis zu entwickeln und so eine Lücke in der Erziehung der Mediziner zu schließen.

Diese kurzen Ausführungen, die um vieles aus dem Arbeitsbereich der übrigen, zum Beispiel nervenphysiologischen und der psychologischen Abteilungen vermehrt werden könnten, sollen zeigen, wie sich das neue Institut für Hirnforschung, dessen Einzigartigkeit in der Welt allein dem bewunderungswürdigen Elan der gegen alle äußeren Widerstände nie versiegenden Tatkraft Oscar Vogts zu verdanken ist, als eine Stätte der Pflege wahrer Naturwissenschaft erweist, die als eine ganz moderne Forschungsstätte Gelehrte der verschiedensten Richtungen umfaßt, die jeder in völliger geistiger Freiheit nur in einem Punkt gebunden sind: in dem Ziel der Lösung der Probleme der Hirnforschung.

Biozoologie Der biologischen Grundlegung der Soziologie ist der 10. Band der von Richard

Thurnwald herausgegebenen Forschungen zur Völkerpsychologie und Soziologie/Leipzig, C. L. Hirschfeld/ gewidmet. Mit dem Herausgeber wird man darin einig sein, daß Soziologie und Biologie der gegenseitigen Ergänzung bedürfen und ein gemeinsames Interesse an der Lösung vieler Einzelfragen auf dem Gebiet der pflanzlichen, tierischen und menschlichen Gesellungserscheinungen haben. Die in dem vorliegenden Band niedergelegten Arbeiten geben einen ausge-

zeichneten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Biosoziologie. Durch den Fortschritt der Forschung auf dem Gebiet der Tier- und Pflanzensoziologie war für die Soziologie als die Wissenschaft von den Erscheinungsweisen menschlicher Gesellung die Notwendigkeit einer Synthese gegeben. Vor allem fordern hier die Zentralprobleme Vererbung und Umwelt und Soziale Veranlagung immer wieder zur Erforschung des Tatsächlichen und zur Klärung des Begrifflichen auf. Im 1. Halbband folgen dem umfassenden Abschnitt Organismus und Umwelt, von Hermann Legewie, der vor allem die tierischen sozialen Verhältnisse auf ihre Brauchbarkeit für die menschliche Gesellschaftswissenschaft prüft und gleichzeitig das Verhältnis der Tiersoziologie zur Leib-Seelen-Kunde darlegt, die Abschnitte Theodor Geigers Das Tier als geselliges Subjekt, Erich Wasmanns Die Demokratie in den Staaten der Ameisen und Termiten und Eugen Schwiedlands Triebanlage und Umwelt als soziale Gestalter. Im 2. Halbband sind die 3 ersten Abschnitte Raymund Rapaies', Walter Zimmermanns und Paul Kriches Problemen der Pflanzensoziologie gewidmet. Thorleif Schjelderup-Ebbe untersucht die Despotie im sozialen Leben der Vögel und gibt Bemerkungen zur Soziologie des Wasserfroschs. Auf Grund der neuern paläontologischen Forschung behandelt Gerhard Heberer das Abstammungsproblem des Menschen. Für die Forschung liegt hier immer noch ein weites Feld offen. Die alte Ansicht Felix von Luschans von der einstämmigen Entstehung des Menschen ist herrschend geblieben und ist auch auf Grund der tatsächlichen Funde und Befunde einzig wahrscheinlich. Sicher scheint jedenfalls, daß Mensch und Menschenaffe die gleiche phyletische Wurzel haben müssen. Abgeschlossen wird der Band durch K. F. Wolffs Beitrag Die kranio-logische Polaritätstheorie und ihre soziologische Bedeutung. Man wird auf diese interessanten Beiträge noch näher einzugehen haben. Zunächst sei nur auf diese wertvolle Veröffentlichung eindringlich hingewiesen, die wichtige Materialien der Biosoziologie bereitstellt und klärend und fördernd diesen Wissenschaftszweig beleuchtet.

Totenliste

Am 31. Dezember 1930 starb in Untali /Rhodesia/ der Professor der Botanik *Thore Christian Fried* aus Lund. Er befand sich auf einer Forschungsreise, stand in seinem 44. Lebensjahr.

Kurze Chronik Ein überaus interessantes Thema aus dem Gebiet der *Höhlenforschung*: Die Höhlen im Weltbild psychisch Kranker, behandelte am 27. Februar der Oberarzt an der Heilanstalt Wuhlgarten Bernd Goetz im Zoologischen Museum in Berlin. ◊ In der Nähe von Düsseldorf, auf dem Gerresheimer Waldfriedhof, fand man einen 1,5 Meter langen *Mammutoßzahn*, der etwa 20 000 bis 50 000 Jahre alt ist. Ein ähnlicher Zahn wurde in dieser Gegend bereits vor Jahresfrist gefunden, ein kaum jüngerer Mammutstoßzahn bei Ibsay am Avon. ◊ Der Leiter des Biologischen Laboratoriums der Farbenindustrie in Oppau *Gustav Klein* wurde Professor an der Universität Heidelberg. Seine hervorragendsten Arbeiten betreffen die Bio- und Mikrochemie der Pflanzen. ◊ An der Universität Halle *habilitierte* sich Wilhelm Ludwig für Zoologie, an der Universität Breslau Joachim von Ledebur für Physiologie. ◊ Am 16. Mai wurde *Fritz Graf von Schwerin* auf Wendisch Wilmersdorf bei Thyrow 75 Jahre alt. Er war viele Jahre lang Präsident der Deutschen Dendrologischen Gesellschaft, die unter ihm von 350 Mitgliedern im Jahr 1902 auf jetzt 7600 angewachsen ist. Er leitet noch immer selbst die Züchtung seiner Dahlien und Staudenkulturen.

Literatur

An den Toren der Antarktis nennt *Ludwig Kohl-Larsen* seinen spannenden wissenschaftlichen Bericht über seine Forschungsreise in Südgeorgien, die mit Unterstützung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft durchgeführt wurde /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Kohl-Larsen, seine Frau und der Kameramann Albert Berndt haben eine reiche Wissenschaftsausbeute heimgebracht, sie haben unsere geographischen Kenntnisse der Insel bedeutend erweitert, dann aber einen tiefen Einblick in die Tierwelt Südgeorgiens getan, ihre Biologie studiert und im Film das Interessanteste festgehalten. Wie es bei Bengt Berg ist, einem der größten Tierfreunde, so hat auch hier bei den 3 Reisenden ein tiefes Gefühl zu der belebten und unbelebten Natur so enge Beziehungen selbst zu den Seeelefanten hergestellt, die es ihnen ermöglichten tiefe Einblicke in deren Lebensraum zu tun. Es gelang ihnen ein ganzes Jahr lang die Entwicklung eines Seeelefantenjungen zu beobachten. Das Ganze: ein herrliches Buch von der einsamen Ewigkeit, die hier durch eine wahre Menscheninnerlichkeit klingt.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Politische Unehrlichkeit In den Beiheften der Deutschen Juristenzeitung *Werdendes Recht* / Berlin, Otto Liebmann/veröffentlicht Heinrich Gerland eine Abhandlung über den Rechtsschutz gegen politische Unehrlichkeit. Er geht davon aus, daß die Frage der politischen Unehrlichkeit, die eine soziologische Tatsache sei und immer bestanden habe, heute besonders aktuell sei, und zwar deshalb, weil anders als in früheren Zeiten bei uns die wichtigsten Lebensverhältnisse politisiert seien, und das Gemeinschaftsleben der Nation in politisierender Richtung fortschreite. Politische Unehrlichkeit liegt nach ihm vor, wenn Politiker, das heißt Minister, Parlamentarier, Parteibeamte, Parteianghörige, Preßpolitiker, entweder ein unehrliches politisches Ziel erstreben oder, um ein an sich politisch ehrliches und unanfechtbares Ziel zu erreichen, unehrliche Mittel anwenden. Als Beispiel jener Art denkt er unter anderm an Mandatserschleichung, Kauf von Wahlstimmen, passive Bestechung von Parlamentariern, sachfremde Ausnutzung der Immunität. Fälle dieser Art sieht er im Stimmenkauf, in politisch skrupelloser Verleumdung und schließlich im politischen Mord. So erscheint ihm die in ihrer Zielsetzung politisch unehrliche Handlung als Mißbrauch politischer Möglichkeiten in einem beschränkt egoistischen Interesse, sei es im Parteiinteresse oder im persönlichen Interesse; während die ihrem Mittel nach unehrliche politische Handlung dann vorliegen soll, wenn sie nach Gesetz oder politischem Anstand nicht als das mögliche und zulässige Mittel zur Herbeiführung des politisch ehrlichen Ziels angesehen werden kann. Gerland beleuchtet in einer kasuistischen, jedoch keineswegs alle denkbaren Fälle behandelnden Erörterung die Möglichkeiten dieser politischen Unehrlichkeit an der Hand der bestehenden Gesetzgebung und de lege ferenda. Er streift hierbei in zweifellos interessanter Weise neben vielen Tatbeständen, die bereits die Öffentlichkeit und das Parlament beschäftigt haben, zum Teil sogar mittlerweile erledigt sind, auch eine Reihe von neuen, bisher wenig oder gar nicht in den Kreis der Betrachtung gezogenen Möglichkeiten politischer Unehrlichkeit. Es kann hier nicht die Aufgabe sein die einzelnen Fälle, die Gerland abhandelt, kritisch zu würdigen. Das mag dem rechtlich und politisch interessierten Leser überlassen bleiben. Notwendig ist aber

ein kurzes Wort über die Grundlage des Kampfs gegen politische Unehrlichkeit. Man wird mit Gerland darin übereinstimmen müssen, daß es eine große Zahl von Fällen politischer Unehrlichkeit gibt, die einer gesetzlichen Regelung bedürfen. Hierhin gehört zum Beispiel die Parlamentarierbestechung in direkter und indirekter, in offener und versteckter Form oder der Parteikauf, das heißt das Anbieten eines Verbands oder einer Organisation auf Beitrag zu den Wahlkosten unter der Bedingung, daß ein oder mehrere Anhänger des Verbands an sicherer Stelle kandidieren. Aber man wird doch warnen müssen, nun die begrifflich nicht einwandfrei faßbaren oder im Sinn der öffentlichen Meinung nur moralisch zu bewertenden Fälle politischer Unehrlichkeit in irgendeiner Form strafrechtlich zu regeln. Abgesehen davon, daß wir in Deutschland immer wieder an der Neigung kranken die unerwünschten Folgen einer gegebenen Situation, sei sie wirtschaftlicher, sozialer oder sonstiger Art, durch die Gesetzgebung zu beseitigen, anstatt die Voraussetzungen für das Entstehen einer solchen Situation zu ändern, erscheint es auf dem vielverschlungenen und gerade in Lebensfragen oft sehr delikaten Gebiet der Politik bedenklich nicht ganz einwandfrei erfassbare Tatbestände sogenannter politischer Unehrlichkeit zu bestrafen. Die Definition, die Gerland selbst gibt, zeigt schon, auf wie wenig festem Untergrund er steht. Dabei ist die von ihm genannte Kategorie von Fällen, in denen ein politisch unanfechtbares Ziel mit unehrlichen Mitteln erreicht werden soll, doch vom Standpunkt jeder praktischen Politik mindestens nicht eindeutiger Art. Denn der Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt, mag in der Moral anfechtbar erscheinen, braucht es aber in der Politik keineswegs zu sein. Die Geschichte aller Völker und Zeiten ist voll von Beispielen solcher Art. Auch Gerland wird sicher zugeben müssen, daß nicht nur die jüngere deutsche Geschichte die Notwendigkeit solcher politischen Unehrlichkeit gradezu gerechtfertigt hat, sondern daß sich ganz allgemein die politischen Interessen, die auf dem Spiel stehen, in gar keinem Verhältnis zu dem Mittel etwaiger politischer Unehrlichkeit befinden. Grade in den Fragen der großen Politik wird es nach innen und nach außen immer entscheidend auf die politische Ehrlichkeit des Ziels ankommen, während die Wertung der Mittel, die dieses Ziel erreichen sollen, nach ihrer politischen Ehrlichkeit an die 2. Stelle rücken wird.

Dringend wünschenswert allerdings wäre es, wenn die Möglichkeit von Einzelkorruption und politischer Unehrllichkeit aus Einzelinteressen energisch, gegebenenfalls auch durch Anwendung der Strafgesetzgebung unterbunden werden könnte, soweit dies nicht bereits der Fall ist.

Verwaltungs- gericht

Bekanntlich hat die Reichsregierung im vergangenen Jahr dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht vorgelegt, der jetzt von Gerhard Lassar einer Kritik unterzogen wird (Das Reichsverwaltungsgericht /Berlin, Carl Heymann/). Der Entwurf weicht wesentlich von demjenigen des Jahres 1926 (siehe darüber diese Rundschau, 1926 Seite 794 und folgende) ab. Während der Entwurf 1926 eine Eingliederung des Reichsverwaltungsgerichts in das Reichsgericht durch Bildung von Verwaltungssenaten vorsah, schafft der jetzige Entwurf ein besonderes Reichsverwaltungsgericht mit dem Sitz in Berlin. Sosehr die Verlegung nach Berlin zu begrüßen ist, so ist doch zu bedauern, daß wiederum ein neues Sonderreichsgericht geschaffen wird, wo die Einfügung in das bestehende Reichsgericht ein Gebot der Zweckmäßigkeit gewesen wäre. Die wichtigste Änderung gegenüber dem frühern Entwurf ist aber die Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit durch Einfügung der Generalklausel. Diese beschränkt sich allerdings auf Anordnungen und Verfügungen von Behörden des Reichs und der Deutschen Reichsbahngesellschaft, durch die ein Gebot oder Verbot ausgesprochen oder eine rechtlich vorgesehene Erlaubnis erteilt, versagt oder zurückgenommen wird, sowie auf polizeiliche Verfügungen der Landesbehörden, wenn in beiden Fällen das Rechtsmittel darauf gestützt wird, daß gegen eine das Reichsrecht betreffende Vorschrift des Landesrechts verstoßen sei. Mit Recht weist aber Lassar darauf hin, daß diese scheinbar weitgehende Generalklausel in Wirklichkeit, nicht gerechnet die überdies im Entwurf gemachten Ausnahmen, eine den Interessen der Rechtsprechung wenig dienliche Einschränkung enthalte. So scheiden vor allen Dingen das gesamte Gebiet des Beamtenrechts sowie die Verwaltungsakte aus, die den Betrieb und die Benutzung der Verkehrseinrichtungen betreffen. Darüber hinaus bleibt jeder gegen das Reichsrecht verstoßende Verwaltungsakt, der von einer Landesverwaltungsbehörde erlassen wird und keine polizeiliche Verfügung ist, der Zuständigkeit des Reichs-

verwaltungsgerichts entzogen. Ausgeschlossen sind ferner vor allem Verletzungen der Grundrechte, soweit sie nicht durch Polizeiverfügungen erfolgen. Das gleiche gilt für umfangreiche Gebiete des Schulrechts. Die kritischen Ausführungen Lassars zur sachlichen Zuständigkeit des Reichsverwaltungsgerichts, die das gesamte Material erschöpfend behandeln, überzeugen ohne weiteres. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Entwurf derart umgestaltet wird, daß man die sachliche Zuständigkeit des Reichsverwaltungsgerichts durch entsprechende Generalklausel für alle Akte der Reichsverwaltung und der Landesbehörden vorsieht. Auch die Feststellungsklage wird man für zulässig erklären müssen. Nicht ganz zutreffend scheint es, wenn Lassar die Einengung der Zuständigkeit im Entwurf der Tendenz der Bürokratie zum Ausschluß des Rechtsschutzes zuschreiben will. Viel mehr als diese Tendenz, die hier und da bestehen mag, fällt der Widerstand der Länder gegen die Generalzuständigkeit ins Gewicht. Gegenüber dem Entwurf von 1926 bedeutet dieser Entwurf immerhin einen Fortschritt, und es steht zu hoffen, daß der Geist der Zeit, der sich in diesen 5 Jahren erheblich zugunsten der Reichseinheit gewandelt hat, auch die Beratung des jetzigen Entwurfs günstig beeinflussen wird. Grade die gegenwärtige Notlage sollte jedem zeigen, wie notwendig das ist.

Informations- mittel

In 7., erweiterter Ausgabe erschien in 2 Bänden Arthur Sudaus *Gesetzgebungsarchiv* /Berlin, Wirtschaftsverlag Arthur Sudau/. Das Archiv, das ein gewaltiges Material umfaßt, ist ein unentbehrlicher Nachweiser der noch geltenden Gesetze, Verordnungen, Ministerialerlasse von 1794 bis Mitte 1930 für Reich und Preußen. Die Übersichtlichkeit ist vorbildlich. In 13., neu bearbeiteter Auflage erschien Heinrich Rosenthals Kommentar des *Bürgerlichen Gesetzbuchs*, herausgegeben von Arnold Freymuth und Bernhard Kamnitzer /Berlin, Carl Heymann/. Die einzigartige Leistung des Werks liegt in der bisher unübertroffenen Verbindung zwischen wissenschaftlicher Genauigkeit und volkstümlicher Verständlichkeit. Man könnte es daher mit Recht als das Standardnachschlagewerk des Bürgerlichen Gesetzbuchs für alle bezeichnen. Das Werk, das auch äußerlich handlich ist, wird grade auch in den Kreisen der Nichtfachleute die weite Verbreitung finden, die ihm für die Juristenwelt sicher ist.

Die *Dreyfussaffäre*, dieses Beispiel des unbeugsam-leidenschaftlichen Rechtsgefühls im französischen Volk, das schließlich jede Macht des Unrechts besiegt, wird neuerdings wieder viel behandelt: in Büchern, auf der Bühne, im Film. Einen wichtigen Beitrag hierzu gab Bernhard Schwertfeger aus dem Nachlaß des Militärattachés Maximilian von Schwartzkoppen heraus: *Die Wahrheit über Dreyfuss* /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/. Das Buch beleuchtet die Affäre durch interessantes Material unter Gesichtspunkten, die bisher nicht beachtet wurden.

Veranstaltungen Anfang März fand in Genf die Konferenz der *Zentralstellen zur Bekämpfung des*

Falschgelds statt. Als wichtigstes Ergebnis ist in organisatorischer Hinsicht das Zustandekommen eines Reglements anzusehen, das Richtlinien für die Zentralstellen der einzelnen Länder über Aufbau, Tätigkeit und Zusammenarbeit enthält. Dadurch ist für die Bekämpfung der Falschmünzerei eine wichtige neue Grundlage der internationalen Zusammenarbeit geschaffen worden.

Der Vorstand der *Internationalen Akademie für Vergleichende Rechtswissenschaft* tagte Ende März in London. Es wurde unter anderem das Programm des künftigen Weltkongresses besprochen, der sich mit den Methoden der Kodifikation, der Registrierung der Handelsgesellschaften und Bestimmung der Zentrale ihrer Handelstätigkeit sowie dem internationalen Recht befassen soll.

Mitte Mai tagte in Luxemburg ein *Internationaler Anwaltskongreß*, an dem Vertreter aus 14 Ländern teilnahmen. Er befaßte sich mit Fragen des internationalen Rechts und wird darüber dem Völkerbund berichten.

Im Mai hielt unter dem Vorsitz des Züricher Staatsrechtslehrers Fritz Fleiner das *Institut International de Droit Public* in Paris eine Sitzung ab, die sich auch mit der Vorbereitung des 1932 in Paris zu veranstaltenden Kongresses beschäftigte. Auf diesem Kongreß soll über bestimmte staatsrechtliche Probleme verhandelt werden, so über die Rolle der parlamentarischen Ausschüsse, über die die Deutschen Kaufmann und Schücking sprechen werden. Ebenso wird die Frage des parlamentarischen Systems und der Volksabstimmungen zur Diskussion stehen. Referenten zu diesem Thema sind 2 Deutsche und 2 Franzosen.

Im Mai fand in Kowno der 1. *Kongreß der Baltischen Juristen*, aus Litauen, Lettland und Estland, statt. Es wurden

Vorträge über den Stand der allgemeinen Gesetzgebung in den genannten baltischen Staaten sowie über den Stand internationaler Bestrebungen und Organisationen auf dem Gebiet der Vereinheitlichung des Rechtslebens gehalten. Schließlich wurde die Bildung eines Ständigen Bureaus beschlossen, das aus je 3 Juristen der beteiligten Staaten bestehen soll. Die Kongresse der Baltischen Juristen sollen alljährlich stattfinden, der nächste 1932 in Riga.

Anfang Oktober soll im Haager Weltgerichtshof ein *Internationales Ehrengericht für Journalisten* tagen, das Aristide Briand eröffnen will. Anschließend soll eine Tagung der Internationalen Journalistenvereinigung stattfinden.

Totenliste

Der ehemalige Professor für Deutsches Recht in Göttingen *Ferdinand Frensdorff*

starb dort im Februar, 98 Jahre alt. 54 Jahre lang hatte er dem Lehrkörper der Göttinger Universität angehört. Seine wissenschaftlichen Arbeiten galten vor allem der Geschichte des Deutschen, besonders des Hanseatischen Rechts.

Ende März starb in Breslau der Ordinarius für Öffentliches und Völkerrecht *Heinrich Pohl*, im Alter von 48 Jahren. Pohl hat verschiedene historische Untersuchungen veröffentlicht, vor allem aber viel über aktuelle öffentlichrechtliche Fragen gearbeitet, so über den Versailler Vertrag, die Reichsverfassung, den deutschen Einmarsch in Belgien, den Unterseebootkrieg.

Am 2. April starb während einer Urlaubsreise nach Italien der Ordinarius für Bürgerliches und Römisches Recht an der Universität Berlin, *Theodor Kipp*, im Alter von 68 Jahren, am Herzschlag. Er war einer der bedeutendsten Juristen und besten Vertreter der romanistischen Rechtswissenschaft, Schüler Iherings und Windscheids, dessen Pandekten er in neuer Bearbeitung herausgab. Über Leipzig, Halle, Kiel und Erlangen kam er 1901 nach Berlin. Allen Juristen bekannt ist sein Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts: *Enneccerus-Wolff-Kipp*, ebenso seine Geschichte der Quellen des Römischen Rechts. Auch über Erb-, Verwandtschafts- und Vormundschaftsrecht veröffentlichte er vorzügliche Arbeiten. Seit dem Rücktritt Jakob Rießers war Kipp Vorsitzender der Berliner Juristischen Gesellschaft und in diesem Amt außerordentlich beliebt.

Durch Selbstmord endete Anfang Mai der frühere Oberlandesgerichtspräsident in Königsberg *Bruno Krüger*, im Alter

von 53 Jahren. In der Nähe Berlins, wo er seit seinem Rücktritt wohnte, ertränkte er sich, wie man glaubt, infolge eines nervösen Leidens. Krüger, der vor seiner Berufung an das Königsberger Oberlandesgericht Reichsgerichtsrat war, galt als ein Richter von Gerechtigkeitsgefühl und Sachlichkeit.

Kurze Chronik Der Urheberrechtsausschuß des Deutschen Vereins für den Schutz des Gewerblichen Eigentums, der in mehr als 1½-jähriger Arbeit die wesentlichen Grundsätze für ein neues *Urheberrecht* herausgearbeitet hat, veranstaltete im Mai die letzte Lesung seiner Beschlüsse. Das nunmehr vorliegende Material soll dem Reichsjustizministerium für den Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes vorgelegt werden. An der Pariser Universität wurde ein besonderer Lehrstuhl für Urheberrechtsfragen geschaffen. Seine Aufgabe ist unter anderm der Völkerbunds-kommission für Geistige Zusammenarbeit in Paris Material zu liefern; auch soll das Lehramt in Verbindung mit den internationalen Verbänden der Schriftsteller und Musiker bleiben. $\diamond$ Die ungarische Regierung legte dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vor, der die den *wirtschaftlichen Wettbewerb* regelnden Vereinbarungen betrifft. Die Erzeugung der Güter und der Absatz sollen in bestimmter Weise geordnet werden. Dieser Kartellgesetzentwurf enthält weitgehende Eingriffe in die Produktion. $\diamond$ Die Entwicklung der *Schallplatte* veranlaßt die ausübenden Künstler sich auf ihr Recht auf Tantiemen zu besinnen. Während von jeder im Rundfunk gespielten Schallplatte Tantiemen an die Komponisten abzuführen sind, gehen die Vortragskünstler leer aus, obwohl viele Schallplatten nicht der Musik sondern des produzierenden Künstlers wegen vorgeführt werden. $\diamond$ Der Justitiar des preußischen Finanzministeriums Emil Krauß erhielt einen der Preise im Wert von 400 Gulden zum *Besuch der Haager Akademie für Internationales Recht*, die die holländische Regierung alljährlich verteilt. Außer Krauß wurde einem Amerikaner, einem Engländer, einem Finnen, einem Griechen, einem Italiener, einem Rumänen und einem Tschechen der gleiche Preis zuteil. $\diamond$ Hervorragende österreichische Juristen rufen öffentlich zur Subskription für ein Sammelwerk auf, das unter dem Titel *Recht und Gesellschaft* vergriffene Aufsätze *Julius Ofners* vereinigen und im Verlag Carl Gerolds Sohn in Wien erscheinen soll. Die Samm-

lung wird eine Auswahl der Arbeiten Ofners aus den Jahren 1878 bis 1924 bringen und Aufsätze aus den Gebieten der Sozialwissenschaft und sozialen Ethik, des Privatrechts, der Strafrechtsreform usw. umfassen. Die Teilnahme an der Subskription ist bei dem Julius-Ofner-Komitee, Kirchsletterngasse 49, in Wien anzumelden. $\diamond$ In der Juristischen Fakultät der Universität Berlin *habilitierte* sich Adolf Schüle; in seiner Antrittsvorlesung behandelte er *Treu und Glauben* im deutschen Verwaltungsrecht. Als Privatdozent für Strafrecht, Strafprozeßrecht, Zivilprozeßrecht und Recht der Freiwilligen Gerichtsbarkeit wurde der Landgerichtsrat Karl Siegert an der Universität Münster zugelassen. $\diamond$ Die Pariser Anwältekammer wählte *Raymond Poincaré* mit großer Mehrheit zu ihrem Präsidenten.

Literatur

In der Schriftenreihe *Meister des Rechts* /Berlin, Carl Heymann/ gibt Walter Simons ein Bild vom Wesen und Wirken *Hugo Preuß*. Das Büchlein, das auch verfassungsrechtlich manches neue Licht wirft, verdient grade in der heutigen Zeit weiteste Verbreitung. $\diamond$ In den Öffentlichrechtlichen Abhandlungen /Berlin, Otto Liebmann/ behandelt *Kurt Ball* das materielle Wahlprüfungsrecht in seiner Entwicklung und seinen Rechtsgrundsätzen. Die Arbeit, die mit großer Gründlichkeit verfaßt ist, wird dem Theoretiker ebenso wie dem Praktiker von Nutzen sein. $\diamond$ Eine vor Beginn des 3. Jornsprozesses der 4. Strafkammer beim Berliner Landgericht III überreichte, äußerst materialreiche Schrift *Josef Bornsteins* Der Fall Jorns und das Reichsgericht ist, dem Andenken Paul Levis gewidmet, im Druck erschienen /Berlin, Tagebuchverlag/. $\diamond$ Unter dem Titel *Der angeklagte Staatsanwalt* /Berlin, Walther Rothschild/ gibt *Ignaz Jastrow* eine ausführliche Darstellung des Falls des thüringischen Oberstaatsanwalts Frieders, der bekanntlich wegen fahrlässigen Falscheids zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Buch, das die Unschuld eines Verurteilten erweist, ist in jeder Hinsicht eine Tat, für die die deutsche Öffentlichkeit dem mutigen Verfasser nicht dankbar genug sein kann. $\diamond$ Die Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen gab eine Schrift *Raphael Abramowitsch* Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion heraus /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/. Sie enthält erschütternde Schilderungen des bolschewistischen Terrors in Rußland.

KUNST

Musik / Herbert Trantow

Nachwuchs

Die Diskussion über den schöpferischen musikalischen Nachwuchs geht weiter, so im Anbruch, wo seltsamerweise Hanns Gutman feststellt, daß es keinen produktiven Nachwuchs gebe. Wir sind hier in der erfreulichen Lage das Gegenteil konstatieren zu können, allerdings darf man es nicht wie Gutman machen, sich nur um das kümmern, was »in den Kursen bei Schönberg und Hindemith sitzt«, oder sich auf einige bereits bekannte junge Komponisten Berlins beschränken, sondern man muß sich da in Deutschland schon etwas weiter umsehen. Es hat sich, grade unter den einer ruhigen Entwicklung viel günstigeren Bedingungen der Provinz ein Nachwuchs herangebildet, der berechtigten Anspruch erheben kann gehört und gewertet zu werden. Es sei hier an erster Stelle Fortner genannt, dann Egk, Müller. Aus Paris kommt Markewitsch, der die größte Beachtung verdient.

Vor Jahren bereits, in Donaueschingen, und auf einem Musikfest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik in Genf wurde *Johannes Müller* gespielt, ohne sich damals in diesem großen Rahmen durchsetzen zu können; er zog daraus die Lehre, studiert heute noch bei Hermann Grabner in Leipzig (dessen Schüler auch Fortner ist), und man wird von ihm eine Menge erwarten dürfen. Ebenso von *Werner Egk*, der durch einen Volksbühnenpreis vor kurzem ausgezeichnet wurde und mit seinem Oratorium Furchtlosigkeit und Wohlwollen auf der letzten Woche für Neue Musik in München das größte Aufsehen erregte. Das wären also 2 Begabungen, die allein schon berechtigen, daß man die Diskussion über den Nachwuchs im negativen Sinn unterbricht und abwartet, was aus diesen Kräften wird. Wie man aber über den Mangel an Nachwuchs klagen kann, wo doch im Verlag B. Schotts Söhne in Mainz das Schaffen *Wolfgang Fortners* jedem zugänglich ist, erscheint ziemlich unerfindlich. In diesem jungen Musiker sind alle Ansätze zur Meisterschaft vorhanden. Sein Streichquartett, das auf dem Tonkünstlerfest in Königsberg Aufsehen erregte, gehört zum Besten seiner Gattung: knapp, technisch vollendet und immer fesselnd. Daß dabei letzte Dinge gesagt würden, dürfte von einem 22jährigen billigerweise niemand verlangen. Cress ertrinkt, ein Schulspiel, ist nicht so geschlossen; vielleicht liegt das an

dem von Andreas Zeitler verfaßten Text, der zwar viel mehr als Weills Jasager (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 501) aus der Schulkatmosphäre heraus geschrieben ist, und dessen Grundgedanke: Menschlichkeit und Opferbereitschaft steht höher als kleiner persönlicher Egoismus, sich mit dem des Jasagers berührt, hier aber viel sympathischer wirkt als die unmenschliche Ideologie des Brechtschen Textes; leider erreicht er nicht letzte Klarheit und Selbstverständlichkeit, so daß der Komponist da nicht die Geschlossenheit erreichen konnte wie im Streichquartett. Aber hier ist wirkliche Produktivität des Nachwuchses vorhanden. Hier ist ein junger Musiker, der die Mittel der Neuen Musik innerlich völlig verarbeitet hat, der sich also mit dem »neuen Ausdruck« nicht erst problematisch herumzuschlagen braucht wie die Generation, die ihn erst in persönlichem Ringen finden mußte. Fortner steht auf dem Boden der Neuen Musik, wie sie in den letzten 10 Jahren sich durchsetzte; er hat die Möglichkeit mit den ihm überlieferten Mitteln souverän schalten und walten zu können, daher die Selbstverständlichkeit seines Könnens und seiner kompositorischen Haltung.

Ganz anders *Igor Markewitsch*. Er wurde von Strawinskij entdeckt, der auf seine große Schaffenskraft aufmerksam machte, so daß heute bereits im Schottischen Verlag sein Klavierkonzert und seine Kantate (Text von Jean Cocteau) vorliegen. Das Klavierkonzert schrieb er im Alter von 17 Jahren: eine ganz erstaunliche Leistung. Bei allem Chaos und allen Übertreibungen, die der Arbeit eines so jungen Menschen immer anhängen, bleibt so viel Positives übrig, vor allem in einer: (hier durchaus nicht negativ erscheinenden) aggressiven Elan, daß dadurch die Kantate ein ganz besonderes Gewicht bekommt, da dieses ein Jahr später geschriebene Werk bereits eine wesentliche Beruhigung zeigt und eine viel sensiblere Anwendung der kompositorischen Mittel. Vergleicht man das Auftreten dieses jungen Russen mit den Anfängen seiner Landsleute, die wir in den letzten Jahren kennen lernten (Sergej Prokownjew, Alexander Tscherepnin, Nikolaj Lopatnikow), so muß man sagen, daß er unbedingt die größte Aufmerksamkeit verdient, weil bei ihm auch wieder das zum Durchbruch zu kommen scheint, was wir bei den Russen eigentlich immer am meisten schätzen mußten, und was uns bei ihnen immer am wertvollsten erschien: ein urwüchsiges Temperament, das fortreißt, keine Hindernisse

kennt. Man denke an den hinreißenden Elan, mit dem die letzten großen russischen Komponisten einsetzten; Alexander Skrjabin und Igor Strawinskij. Neben diesem wirklich produktiven Nachwuchs steht allerdings eine Anzahl Tonsetzer, gegen die man Front machen muß, weniger, um diese akademische Scheinproduktion zu bekämpfen (man soll seine Kräfte lieber zur Förderung des Lebendigen als zum Bekämpfen des schon bei der Geburt innerlich Toten verwenden), sondern, weil sie unter der Flagge der Neuen Musik segelt und so dieser uns am Herzen liegenden Bewegung großen Schaden zuzufügen imstande ist. Die Musikpraxis zeigt leider, daß es immer mehr dazu kommt von Neuer Musik nur die bereits Arrivierten aufzuführen, daß es aber der Nachwuchs immer schwerer hat, weil, der ganzen rückwärts gerichteten Zeitströmung entsprechend, die Akademiker und der akademisch sich gebende Nachwuchs wieder einmal eine Blütezeit erleben. Im selben Maß, wie etwa Fortner die Mittel der Neuen Musik produktiv auswertet, schreiben andere Musiker eine mit sogenannten neuen Mitteln arbeitende Musik, die in Wirklichkeit vom Geist der Neuen Musik keine Spur an sich hat. Alles, was wir an dieser lieben: die Klarheit, die innere Wahrhaftigkeit, die sich dadurch dokumentiert, daß der gegebene Vorwurf (musikalisch also Thema und kompositorische Absicht) in einem organischen Verhältnis zur Ausführung steht, daß man also aus einem kleinen Vorwurf keinen Elefanten an Form macht; alles das scheint bei diesen Akademikern der Neuen Musik vergessen. Da wird mit den "neuesten" Mitteln darauflosgeschrieben, wenn auch das, was der Komponist zu sagen hat, eine kleine Nichtigkeit ist, die vielleicht besser ungesagt bliebe. Es wurde bereits in dieser Rundschau (1931 I Seite 191 und folgende) auf *Hugo Herrmann* hingewiesen, der in seinem Opernauftrag *Vasantasena* ein Stück schrieb, das durchaus Beachtung verdiente, und der bereits auf der Woche Neue Musik Berlin 1930 durch Chöre mit Recht Aufmerksamkeit erregte. Ebenso entschieden, wie man damals in ihm eine Hoffnung der Neuen Musik begrüßte, muß man jetzt, nachdem seine Arbeit des letzten Jahres vorliegt, von ihm abrücken. Es ist unheimlich, wie viel er im letzten Jahr veröffentlicht hat; leider steht die Quantität seiner Arbeit im umgekehrten Verhältnis zur Qualität. Was in *Vasantasena* sympathisch war, ist nicht mehr vorhanden; es fällt dem Kompo-

nisten nichts mehr ein, die kompositionstechnische Ausführung ist denkbar oberflächlich; lieferte ein "kleiner" Handwerker so schlechte Arbeit, verlöre er in Kürze alle Kunden. Man sieht mit Trauer, wie sich hier eine unzweifelhaft vorhandene Begabung verschleudert. Das Orgelkonzert Opus 37, also ein früheres Werk, ist ganz profillos, man versteht nicht die verspätete Publikation. Das Konzert für Violine und Orchester Opus 75 ist so leichtfertig gearbeitet, daß die darin enthaltenen guten Ansätze und Möglichkeiten vollkommen verpuffen; schade, ein gutes Violinkonzert könnte man brauchen, aber der Komponist hat seine Möglichkeiten überhaupt nicht ausgenutzt. Die Spiellieder Opus 74 d sind von der Gattung, wie Spielmusiken nicht sein sollen: nicht kindlich, nach dem Grundsatz, daß das Beste für das Kind gerade gut genug ist, sondern kindisch in der Art, wie Erwachsene tun, wenn sie einmal kleines Kind spielen wollen. Wie sehr durch Publikationen dieser Art dem Gedanken der Jugendmusik geschadet wird, bedarf kaum einer Erklärung. Ebenso schlimm, nur in anderer Gattung: Straßensingen Opus 77; 7 A-cappella-Chöre nach eignen Texten. Man kann sich vorstellen, wie so etwas komponiert ist: »3,50 Mark, Visitenkarte. Tempo. Tempo. Neue Straße, dort unten drüben. Ausgestiegen und eingestiegen. Tempo, Tempo, eingestiegen, ausgestiegen, Tempo, Tempo, Tempo.« Das Ganze nennt sich Taxisong und will witzig sein. Man versteht nicht, weshalb der Verlag, Ed. Bote & G. Bock in Berlin, nicht Einspruch dagegen erhob, daß die Neue Musik, unter deren Flagge diese Opera segeln, so diskreditiert wird. Ferner publizierte Herrmann mit dem Stimmbildner Gustav Maerz eine Laienchorschule für Neue Musik. Der 1. Teil, in dem Maerz die Tonbildung im Laienchor behandelt, ist durchaus diskutabel (es ist bekannt, daß es in Deutschland fast so viel "Systeme" für Stimmbildung gibt wie Gesanglehrer oder ehrgeizige Chorleiter vorhanden sind); es ist hier nicht zu entscheiden, wie weit da die Arbeit von Maerz eine Bereicherung bedeutet, ihre Verwendungsmöglichkeit scheint jedenfalls gegeben. Dagegen ist der 2. Teil, der die Chorübungen Herrmanns enthält, verfehlt. Es ist wohl, bei der Verschiedenheit der grade beim Singen Neuer Musik vorhandenen technischen und musikalischen Anforderungen, ein Unding Chorübungen, die in diese Verschiedenheit der Stile einführen sollen, von einem Komponisten zu nehmen, wie

es Herrmann hier getan hat. Notwendig wäre es gewesen dem Laienchor eine Einführung in den neuen Chorstil an die Hand zu geben, dann aber hätte die Auswahl des Übungsstoffs von Paul Hindemith über Ernst Krenek bis Arnold Schönberg reichen müssen; hätte sich Herrmann darauf beschränkt einer solchen Auswahl Vorübungen und Einführungen mit auf den Weg zu geben, so daß dem Laien das Verständnis dieser Stücke erleichtert worden wäre, so hätte er wirklich produktive Arbeit geleistet. Niemand hätte es ihm dann übel genommen, wenn ein paar seiner Eigenprodukte mit darunter erschienen wären. Aber Chorübungen im Umfang von 27 Seiten, die weiter nichts enthalten als Herrmannsche Kompositionen, das ist unmöglich. Nur bei äußerster Zurückstellung aller Autorenaspirationen, mit äußerster Hingebung an die Sache kann eine so wichtige Arbeit wie eine Laienchorschule für Neue Musik vollbracht werden.

Ebenfalls bei Bote & Bock erschienen *Karl Marx'* Konzert für Klavier und Orchester Opus 9 und Konzert für Bratsche und Orchester Opus 10. Marx schreibt keine Neue Musik, sein Streben geht, im Gegenteil, dahin Altes mit neuem Geist erfüllen zu wollen. Leider gelingt ihm das nicht. Er schreibt alte Musik im alten Geist, er hat keine Beziehung zu neuen klanglichen und geistigen Möglichkeiten, schreibt eine ganz unproblematische Musik alten Stils. Niemand wird ihm das übelnehmen, zumal er technisch saubere Arbeit leistet.

Neues Konzert- Es wird immer wieder Kon-
schaffen zertmusik geschrieben, ob-

gleich in Fachzeitschriften immer wieder betont wird, das Konzert sei tot, erledigt und halte sich nur noch kümmerlich als ein sterbendes Überbleibsel einer "bessern" Zeit. Hier ist ein Widerspruch vorhanden, der eigentlich auch die hartnäckigsten Krisenmacher zur Besinnung bringen sollte. Aber das ist anscheinend nicht so einfach. Es gilt in gewissen Kreisen als so banal Positives zu erkennen, und wenn einer ein Schlagwort gefunden hat, ist es ihm schmerzlich einsehen zu müssen, daß es zwar eine Zeitlang seine Berechtigung gehabt hat, um eine verworrene Situation zu klären, daß sich aber die Situation unterdessen geändert hat. Das Konzert ist bestimmt als Kunstform *nicht* tot; man darf sich bei der Beurteilung dieses Problems doch nicht an solche Äußerlichkeiten klammern wie an die Tatsache, daß Konzertgeber heute in

Großstädten fast immer zusetzen, wenn sie einen Abend veranstalten. Die innere Form des Konzerts ist lebendig wie nur je, denn sie dokumentiert sich in der wechselseitigen Beziehung von Darstellung und Aufnahme eines Werks. Allerdings geben die Menschen in Zeiten wirtschaftlicher Not nur für wirklich bedeutende Kunst Geld aus. Das ist ja aber nur ein Vorteil. Es wurde viel zu viel konzertiert in Deutschland, und dieser Inflation auf dem Gebiet des Konzertwesens mußte einmal eine Stabilisierung in dem Sinn folgen, daß nur das innerlich Wertbeständige seine Berechtigung auf dem Podium hat. Man erlebe die Ergriffenheit grade des Volks, wenn Artur Schnabel in der Berliner Volksbühne spielt, und man wird wissen: Die Form der Kunstaübung, daß eine Menge durch die Reproduktion von Meisterwerken innerlich gepackt wird, hat weder eine Krise noch wird sie jemals eine haben; es kommt nur auf die innerliche Besessenheit des Reproduzierenden und, wenn es sich darum handelt zu diesem Zweck neue Werke zu schreiben, des Produzierenden an. Deshalb muß man so scharf Front gegen alle Scheinproduktion machen, die nur gehirnlich ergrübelt, womöglich um des Ehrgeizes willen geschrieben ist, hinter der nicht der wirkliche Wille steht den Menschen, die sich zusammenfanden, durch Kunst ein Neues zu bringen, das den Menschen in ihnen freimacht.

Das neue Werk *Paul Hindemiths* Konzertmusik für Klavier, Blechbläser und Harfen /Mainz, B. Schotts Söhne/ darf zu seinen besten Arbeiten gezählt werden. Hindemith ist heute auf der Höhe seines Könnens; die Zeit des Suchens ist vorbei, er baut das aus, was er vorher in den Jahren der Arbeit als seinen Stil gefunden hat. Man muß sich nun am Ausbau des Erworbenen freuen. In diesem Sinn ist diese Arbeit eine der besten und gereiftesten. Das spielerische Element steht ganz im Vordergrund, es ist in einer Reinheit durchgeführt, mit der heute kein anderer schreibt.

Das neue (5.) Streichquartett *Ernst Kreneks* /Wien, Universaledition/ (das auf der 3. Woche Neue Musik in München uraufgeführt wurde) ist der schärfste Gegensatz dazu: Alles Spielerische ist zurückgedrängt zugunsten einer expressiven Weichheit, die Krenek in seiner neuesten Schaffensperiode besonders bevorzugt (Hirtenszene im Leben des Orest, die meisten Parteen im Reisetagebuch). Ist Hindemith der klare Baumeister, der aus der Freude an der unendlich ver-

schiedenen Verwendungsmöglichkeit des Materials schreibt, der mit dem Stoff überlegen "spielt", so ist Krenek der intuitive Lyriker, dem es auf das Stoffliche viel weniger ankommt (man muß bei ihm manchmal stärkste Bedenken gegen Banalitäten haben), der aber dafür einen ganz starken stimmungshaften und menschlichen Gehalt entgegengesetzt. Besonders der letzte Satz des Streichquartetts (Phantasie) zeigt dieses romantische Element des Komponisten; da ist der Höhepunkt. Der 1. Satz, bei dem es auf Aufbau und Klarheit der Diktion ankommt, ist der schwächste, im Variationsatz schreibt Krenek sich frei. Eine ganz große beglückende Überraschung aber ist der neue **Arnold Schönberg**: Begleitungsmusik zu einer Lichtspielszene (Drohende Gefahr, Angst, Katastrophe) /Magdeburg, Heinrichshofen/. Das Stück wurde unter Klemperer uraufgeführt und auch im letzten Aronkonzert in Dresden unter Fritz Busch gegeben. Durch die stark musikantische Interpretation dieses Dirigenten, der alle Härten der Partitur milderte, dafür aber das Fließende und den großen Zug des Stücks herausarbeitete, wurde besonders klar, welche immense Entwicklung Schönberg in den letzten Jahren durchgemacht hat. Es ist eines der ergreifendsten Schauspiele unserer Zeit zu erleben, wie dieser Meister, über den eine plötzlich von entgegengesetzter Seite einsetzende Musikentwicklung hinwegzugehen drohte, sich um den Anschluß an diese Entwicklung bemüht. Daß er plötzlich "Gebrauchsmusik" schreibt (daß sie etwa im Kino zu gebrauchen ist, glaubt kein Mensch, sie ist nach wie vor reine Konzertmusik); entscheidend ist aber das Bemühen um diesen Begriff, und das Ergebnis zeigt äußerlich diese Tatsache. Innerlich zeigt sich der Erfolg: Diese Partitur ist eine der klarsten und sichersten, die Schönberg schrieb; Inhalt und Form sind meisterhaft ausbalanciert, das klangliche Bild ist klar und eindeutig. Die "mittlere" Schaffensperiode Schönbergs, in der er in einer gewissen Einseitigkeit und Willkür zu verharren schien, ist überwunden, die 3., klassisch klare und beherrschte erreicht. Schönbergs Schaffen wird kaum so bald populär werden, vielleicht wird man ihn in einigen hundert Jahren ähnlich wiederentdecken, wie man nach 200 Jahren Bachs Kunst der Fuge als wirklich klingende Musik entdeckte (siehe dazu hier auch den Artikel Stössingers, 1928 II Seite 777 und folgende), nachdem der Schutt des Philologenurteils von der "Gehirnkunst" einmal wegge-

räumt sein wird. Um so mehr muß man den kleinen Kreis derer, die schon heute Schönbergs Werk lieben, zu erweitern suchen, besonders wenn man sieht, wie Schönberg selbst sich mit Erfolg um eine solche Erweiterung bemüht, indem er seiner Musik heute eine Haltung gibt, die wohl auch von einem größern Kreis verstanden werden könnte.

Veranstaltungen In Bremen fand vom 10. bis zum 17. Mai das 61. Tonkünstlerfest des *Allgemeinen Deutschen Musikvereins* statt. Das Niveau des Festes war problematisch; durch den Willen des Festausschusses »wieder die Verbindung mit dem uns Überkommenen zu suchen und das in den letzten Jahren starke Überwiegen der atonalen Richtung zurückzudrängen« war von Anfang an der Kurs auf eine bestimmte akademische Scheinproduktion festgelegt. Das einzige zukunftsweisende Stück des Festes, Hermann Reutters Konzert für Orchester und Klavier Opus 36, gespielt von Paul Aron, erregte demgemäß in dieser Umgebung Widerspruch. Dafür wurde einem Chor Rudolf Siegels Heldenfeier auf den so "unerhört zeitgemäßen" Text »Kein sel'ger Tod ist in der Welt, als wer vor'm Feind erschlagen« stürmischer Beifall zuteil. Symptom der Zeit? Die *Woche Neue Musik* in München vom 15. bis zum 22. Mai, die dank der großzügigen Initiative ihres Veranstalters, des Münchener Komponisten Fritz Büchtger, und der Hingabe aller Mitwirkenden, die sich unentgeltlich wochenlang in den Dienst der Sache gestellt hatten, ein voller Erfolg wurde, brachte außer dem am meisten beachteten Oratorium Furchtlosigkeit und Wohlwollen von Werner Egk noch die Uraufführung der ersten Vierteltonoper Alois Habas *Die Mutter*, die größtes Interesse fand. Die *Internationale Gesellschaft für Neue Musik* veranstaltete am 4. und 5. Juni in Pyrmont, wie schon im vorigen Jahr, ein Musikfest der Deutschen Sektion. Es handelte sich darum den Nachwuchs herauszustellen, da für die jüngste Generation momentan nicht solche Möglichkeiten vorhanden sind wie für die Generation der Hindemith, Krenek usw. vor 10 Jahren in Salzburg und Donaueschingen. Der unbestrittene Erfolg des Festes war das oben erwähnte Schulspiel Wolfgang Fortners *Cress ertrinkt*. Sonst interessierten noch Arbeiten von Kurt Fiebig, Paul Kadosa (2. Klaviersonate Opus 9), Jerzy Fitelberg (mit dem von Stefan Frenkel gespielten Violinkonzert), Berthold Goldschmidt, Walter Gronostay und des Hin-

demithschülers Harald Genzmer. Außerdem waren Proletarische Gesänge von Stefan Wolpes vorgesehen, die aber auf Verlangen der Kurverwaltung wieder abgesetzt werden mußten, da man einen politischen Skandal befürchtete.

Unter der Leitung Max Sinzheimers fand in Mannheim vom 19. bis zum 21. Juni eine Veranstaltung *Neue Chormusik 1931* statt, auf der man alle Probleme des zeitgenössischen Chorsingens behandelte.

Im Berliner Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht fand Ende Juni ein *Musikpädagogischer Informationskurs* für Ausländer statt, dem sich vom 6. bis zum 26. Juli ein Praktischer Lehrgang für in- und ausländische Musiklehre im Musikhaus in Frankfurt an der Oder anschloß. Zur Eröffnung sprach Leo Kestenberg über Sinn und Wesen der Musikerziehung überhaupt.

Eine in Pyrmont abgehaltene Tagung des *Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer*, vom 2. bis zum 6. Juli, beschäftigte sich besonders mit der Frage des Einzel- oder Gemeinschaftsunterrichts und brachte unter anderm Stefan Frenkels Kleine Suite für Violine und Streicher zur erfolgreichen Aufführung.

Totenliste Anfang Januar erlag in Leipzig *Otto Singer*, der besonders als Verfertiger der Klavierauszüge der Opern Richard Strauß' bekannt geworden war, im Alter von 61 Jahren einem Schlaganfall.

Der Pfarrer *Maximilian Runze*, der im Mai in Berlin starb, war ein Musikbibliophile und eigentlich der erste, der in Musikalienhandlungen und Antiquariaten nach musikalischen Erstausgaben stöberte. Er hat sich besonders für die Musik Karl Loewes eingesetzt und auch einen Loeweverein gegründet.

Am 18. Mai starb in Berlin, im Alter von 60 Jahren, *Hans Hermann*, der einst als Liederkomponist sehr bekannt war. Lange Jahre wirkte er als Lehrer am Berliner Klindworth-Scharwenka-Konservatorium. Weitbekannt wurden seine *Drei Wanderer* auf einen Text von Karl Busse, von Bassisten viel gesungen, auch seine Vertonung Omar Chajjams.

Mitte Juni starb im Sanatorium Bühlerhöhe bei Baden-Baden der Musikreferent der Neuen Badischen Landeszeitung *Wilhelm Bopp*, im Alter von 69 Jahren. Er war zuerst Bratschist und Korrepetitor am Nationaltheater in Mannheim, seiner Geburtsstadt, dann kurze Zeit in Karlsruhe Kapellmeister. Als Musikkritiker wirkte er gegen 40 Jahre. Er galt als einer der besten Brahmskenner.

Kurze Chronik Das Brunierquartett erläßt ein *Preis ausschreiben* für ein neues Streichquartett.

Der Preis von 1000 Mark wird am 1. Januar 1932 ungeteilt ausgegeben. Manuskript (Partitur und Stimmen) ist bis zum 1. September an den Notar Max Ohnstein in Berlin zu senden. Das Reichsministerium des Innern setzte im Einvernehmen mit dem preußischen Kultusminister einen Staatspreis von 10 000 Mark für wertvolle Tonwerke für Männer- oder gemischten Chor aus. ◊ In der Bibliothek des Bischofssitzes Carpentras in Frankreich wurde ein Manuskript *Bachs*: die Komposition des Chorals *Sei gegrüßt, Jesu gütig*, aufgefunden. Der Darmstädter Organist Christian Heinrich Rinck /1770 bis 1846/ hatte es seinem französischen Freund, dem Maler Bonaventura Laurens, geschenkt, aus dessen Nachlaß es dann an die Bibliothek von Carpentras überging. ◊ Bei Sichtung einer nachgelassenen Manuskriptsammlung fand der Schubertforscher Otto Erich Deutsch in Wien ein unbekanntes Werk *Franz Schuberts*: 6 Deutsche Tänze, die 1824, also in Schuberts reifster Schaffenszeit, komponiert sind. ◊ Im Mai fand in der Großen Oper in Paris die Aufführung eines Werks statt, das eine merkwürdige Vorgeschichte hat. Es ist das schon im Jahr 1900 geschriebene romantische Musikdrama *Guercoeur* von *Alberic Magnard*, der im September 1914, bei dem Vormarsch der deutschen Truppen, in dem Dörfchen Baron im Departement Oise zugrunde ging. Er hatte dies Dörfchen, das sonst schon evakuiert war, nicht verlassen wollen, um seine Manuskripte zu retten. Unter diesen war auch die Niederschrift jener Oper, von der sich aber in Paris das Manuskript des 2. Akts und der Klavierauszug befanden, so daß danach Magnards Freund, Guy Ropartz, das gesamte Werk instrumentieren konnte. Es wurde jetzt in Paris vorzüglich dargestellt. ◊ In Wien wurde die neue Oper *Egon Wellesz*' *Die Bacchantinnen* mit großem Erfolg uraufgeführt. ◊ Eine von Auguste Rodin geschaffene *Büste Mahlers* wurde an seinem 20. Todestag, am 18. Mai, im Foyer der Wiener Staatsoper aufgestellt.

Literatur Ein Werk, das nicht nur Musiker und Psychologen sondern jeden für die Materie Interessierten angeht, ist *Ernst Kurths Musikpsychologie* /Berlin, Max Hesse/. Kurth untersucht mit einer Exaktheit und Sicherheit, die bei einem so diffizilen Stoffgebiet, wie es die Grund-

lagen der durch das Hören von musikalischen Erscheinungen ausgelösten Empfindungen darstellen, größte Bewunderung erregen müssen, alle Phänomene, die mit der Wirkung des Klanglichen zusammenhängen. Eine Fülle von Erkenntnissen ist in diesem Werk gesammelt, die es zu dem bedeutendsten auf diesem Gebiet macht. Bewußte Begrenzung auf die Tatsachen, die es mit der psychischen Wirkung des Klangs zu tun haben, ermöglicht es dem Autor seinen Stoff ebenso genau wie ausführlich zu behandeln. Er betont dabei stets die Wichtigkeit des »Dynamischen« bei allen musikalischen Vorgängen. Die Einzelheiten des Klangmaterials werden zwar auf ihre psychische Wirkung hin untersucht, immer aber wird darauf hingewiesen, daß die Verwendung dieses Materials im Kunstwerk vom großen schöpferischen Ablauf abhängt. So wird eine Begrenzung auf das Erkennbare erreicht, die in ihrer Zurückhaltung äußerst wohltut, und die den Verfasser vor Trugschlüssen oder unkontrollierbaren Hypothesen bewahrt. Freilich kann nicht verschwiegen werden, daß die Gefahr einer Einseitigkeit besteht. Wie alle kunsttheoretischen Werke ist auch dieses gezwungen von bekannten Phänomenen auszugehen; das hat den Vorteil der Kontrolle der darin beschriebenen Erscheinungen durch den Leser. Die Nutzenanwendung der vermittelten Erkenntnisse wird aber in dem Augenblick problematisch, in dem man eine Musik zur Betrachtung heranzieht, die Kurth in seiner Arbeit unberücksichtigt lassen mußte, da sie in ihrem Wesen noch zu sehr im Werden begriffen ist. Sie löst zum Beispiel die Tonartbeziehung, wie sie uns bis zum Höhepunkt der romantischen Musik geläufig ist, in ein System von frei auf einander bezogenen Tönen auf (wie in Schönbergs Zwölftontechnik), wozu also die Dissonanz nicht, wie in der tonartlich basierten Musik, eine Spannung hervorruft, die nach Auflösung drängt, es also den Begriff der Dissonanz im tonalen Sinn überhaupt nicht mehr gibt, weil die frei auf einander bezogenen Töne völlig gleichwertig in ihrer psychischen Wirkksamkeit sind. Daß eine solche Musik "anders" gehört werden muß, darüber ist man sich allmählich klar geworden. Daß über die psychischen Wirkungen, die eine solche Musik beim Hörer auslöst, nicht mit den Erkenntnissen, die Kurths Arbeit vermittelt, Endgültiges gesagt ist, ist ebenso klar. Noch problematischer wird die Sache, wenn man an die Möglichkeiten denkt, die sich etwa durch die elektrischen Instrumente ergeben, an de-

nen momentan intensiv gearbeitet wird (so wurde auf der Rundfunktagung in München ein Konzert Paul Hindemiths für das von dem Ingenieur Trautwein erfundene Trautonium aufgeführt), und die in der Lage wären unser Klangsystem, das einen mechanischen Kompromiß in seinem Aufbau auf 12 Halbtöne darstellt, durch ein anderes Tonssystem abzulösen. Durch diesen prinzipiellen Einwand soll der Wert der Kurthschen Arbeit nicht um das geringste geschmälert werden. Es ist aber ein bedenkliches Zeichen, daß wir den Wirkungen der sogenannten Tonalität so gründlich nachzugehen vermögen, wie es Kurth getan hat. Der Vergleich, daß eine so gründliche innere Sezierung nur bei einem Körper vorgenommen werden kann, der bereits tot ist, drängt sich einem bei der Lektüre unwillkürlich auf. Man kann sich die selben musikalischen Erscheinungsformen in ganz anderm als dem tonalen Zusammenhang mit gänzlich verschiedener Wirkung vorstellen; dann ist aber auch vorzusehen, daß wir einmal vor vollkommen andere, von der Tonalität verschiedene musikalische Erscheinungsformen gestellt werden, und dann würde diese Musikpsychologie abgegrenzt sein für eine umgrenzte Musikepoche. Trotzdem: Das Buch Kurths ist ein Werk, das, aus einem Guß entstanden, wohl die bedeutendste musikwissenschaftliche Erscheinung der letzten Jahre darstellt. ♦ Das Buch *Marie d'Agoult* Meine Freundschaft mit Franz Liszt /Dresden, Carl Reißner/ ist ein Beitrag zur Geschichte des menschlichen Herzens. Ergreifend zu lesen, wie die Liebenden sich auseinanderleben, wie auf das erste Mißverständnis weitere folgen, wie durch jedes die Kluft sich zwischen ihnen erweitert, bis die Trennung als einzige Möglichkeit übrigbleibt. Die Genialität Franz Liszts erscheint doppelt lebendig im Spiegel der Bekenntnisse Marie d'Agoult; ihre tiefe Menschlichkeit, die aus den Memoiren spricht (selbst wenn man berücksichtigt, daß sie zu ihrer Verteidigung geschrieben wurden), widerlegt schlagend die Legende ihrer Alleinschuld beim Bruch des Verhältnisses, wie man sie in allen Lisztbiographien lesen kann. Wie bei allen menschlichen Differenzen kann auch hier von einer Alleinschuld keine Rede sein, sondern der tiefste Grund für die Unhaltbarkeit dieses Liebesbunds, der so glühend begann, lag in der Wesensverschiedenheit der beiden und in den gänzlich verschiedenen sozialen Bedingungen, unter denen sie aufgewachsen waren.

Vortragskunst / Felix Stössinger

Ysaye † Am 12. Mai starb in Brüssel, 2 Monate vor Vollendung seines 73. Lebensjahrs, Eugène Ysaye. Die große französische Geigerschule, deren bedeutendsten Repräsentanten, Jacques Thibaud, Berlin voriges Jahr stürmisch feierte, hat ihren berühmtesten Altmeister verloren. Ysaye war noch ein Schüler Wieniawskis und Vieuxtemps' und gehörte technisch und geistig jener Gestaltungsschule an, die man um ihrer melodischen Grundauffassung willen bei uns unterschätzte, so daß die natürliche Blüte dieses Stils, das Spiel Bachs, in Deutschland erstaunlich erschien, obwohl er nirgends anders als eben darin gipfeln mußte. Das romanische Spiel Bachs ist eine Kulturleistung für sich, die so überragende Vertreter besitzt, unter den Lebenden auch Pablo Casals, daß es an der Zeit wäre den organischen Zusammenhang dieser weltberühmten Leistung Ysayes mit seiner Wiedergabe aller anderen Meister zu erkennen. Diesem Stil war gewiß ein Brahms fremd, aber Mozart und Beethoven spielte Ysaye mit einer Größe, in der das Erhabene zum Melodischen wurde. Wenn er, der wie ein Indianer aussah, seine klein wirkende Geige an seine mächtig gerundete Schulter preßte und ihr einen Ton von süßester Eindringlichkeit wie ein Zigeuner entlockte, dann fühlte man, wie tief dieser Meister mit der Musik, die er darstellte, verbunden war. Eine Leistung von wahrhaft mystischer Eindringlichkeit war seine Wiedergabe der herrlichen Violinsonate seines Landsmanns César Franck, in der alle moderne Gotik unserer Zeit um Jahrzehnte vorweggenommen ist. Als Arme und Hände den Geigendienst versagten, wurde Ysaye Dirigent. Als Orchesterinterpret genoß er in Amerika und Belgien hohes Ansehen.

Sprechchor Die Arbeiterkulturbewegung ist seit einem Jahrzehnt um ein Ausdrucksmittel bereichert worden, das erst, wie alles Neue, stark umkämpft wurde, heute aber aus dem Leben des Proletariats nicht mehr wegzudenken ist. Wo immer parlamentarische Diskussionen in einen Tumult ausarten, Straßendemonstranten dem Gegner oder der Öffentlichkeit den Sinn ihres Auftretens mitteilen wollen, setzen sich Sprechchöre über den Lärm des Augenblicks, über die geistige Trennung, die zwischen den Kämpfenden liegt, hinweg. Für den Sprechchor braucht nicht

mehr Propaganda gemacht zu werden. Er ist ein ganz natürliches Ausdrucksmittel geworden, das ungezwungen dort verwendet wird, wo es kein anderes Mittel mehr gibt dem Wort Gehör zu verschaffen und eine Lösung als Massenwillen der Umwelt einzuhammern. Ursprünglich war der Sprechchor als rein künstlerisches Ausdrucksmittel ein wesentlicher und charakteristischer Bestandteil der proletarischen Feierstunden, die die Unabhängige Sozialdemokratische Partei seit 1920 in Berlin im Großen Schauspielhaus veranstaltete. Dem Wesen dieser Feiern, an denen der Bearbeiter dieser Rundschau einen tätigen Anteil hatte, entsprach es den Massen nicht allein etwas zu bieten sondern sie selbst zu aktiven Mitschöpfern zu machen. Diese Tendenz entsprang nicht dem bloßen Willen der Veranstalter sondern ging in dieser revolutionären Epoche aus einer wirklichen Sehnsucht der Arbeiterklasse nach neuen Mitteln des Mitschaffens hervor. Die bisherigen Mittel des Arbeiterchorgesangs genügten nicht mehr, womit natürlich nichts gegen den Arbeitergesang gesagt ist. Arbeitersänger waren ja auch stets Mitwirkende in diesen Feierstunden. Aber die Massen waren zu einer neuen Aktivität des Worts erwacht. Sie waren nicht mehr instande ihre Gefühle, ihr Wollen, ihre Forderungen durch Musik allein wiederzugeben. Der Wunsch konkret zu hören, was sie bewegte, und vor allem selbst zu sagen, was sie litten, war anders als durch Sprechchöre gar nicht auszudrücken. Auf diese Weise mußten die Sprechchöre von vornherein Ausdruck einer politischen Kunst oder einer sehr direkten, manifestartigen Aussprache der aktuellsten Empfindungen und Forderungen sein. Der Sprechchor diene seinem Inhalt nach von Anfang an dem politischen Kampf. Das ist im wesentlichen auch so geblieben. Schule, Studentenschaft, Theater haben auf verschiedenste Weise mit dem Sprechchor in Anlehnung an alte große Kunstformen zu operieren versucht. Die unmittelbare Wirkung des proletarischen Sprechchors haben sie niemals erreicht. Trotzdem besteht kein Zweifel, daß wir uns erst in den Anfängen einer neuen Chorkunst befinden, und daß das Erwachen der Masse, ihr Wille und ihre Fähigkeit schöpferisch an allen Erscheinungen des Lebens mitzuwirken und sich durch sie auszusprechen, dem Sprechchor noch unübersehbare Möglichkeiten eröffnet. Sicher wären wir auf diesem Gebiet

weiter, wenn nicht ein so gut wie vollständiges Versagen der Dichter und der noch immer herrschenden, längst überholten Ideologien heute schon zu einer Erstarrung der Bewegung und zu ihrer Verflachung geführt hätten.

Es ist kein Zufall, daß die ersten deutschen proletarischen Sprechchöre gerade im Großen Schauspielhaus zu Berlin zu Wort kamen. Dieses Theater war ja als Massentheater gedacht worden, in dem es keine Trennung mehr zwischen Hörern und Spielern geben sollte. Es gehört zu den vielen Vorzeichen unserer Zeit, daß schon Jahre vor dem Krieg die aristokratisch-bürgerliche Trennung zwischen einer genießenden und einer schaffenden Welt als etwas empfunden wurde, was überwunden werden muß. Max Reinhardt konnte aber den Weg vom Kammerspiel zum Massenspiel nur ästhetisch wollen und finden. Das große Chorserlebnis, das zweifellos bei der Schaffung der proletarischen Sprechchöre im Unterbewußtsein mitwirkte, waren die Griechenchöre Reinhardts. Sie brachten zum erstenmal eine Auflösung des starren akademischen Unisonos. Reinhardt löste den Chor impressionistisch und pointillistisch in einen Regenbogen von individuellen Stimmflecken und Schreien auf. Wir lernten dadurch die Möglichkeiten kennen, deren das chorisch gesprochene Wort fähig ist. Aber es bedurfte einer kollektivistischen Sehnsucht der Massen selbst, damit wieder der Weg von dieser ästhetischen zu einer wesenhaften Neugeburt des Chors gefunden werden konnte. Während die großen Chorszenen Reinhardts den Zuhörer mit der Sprechmasse in einem echten Theaterrausch vereinigten, nicht die Substanz der Dinge, sondern ihr farbiger Abklang eine zwar effektvolle, aber doch sehr vergängliche Verzauberung schuf, wollten die Sprechchöre der Arbeiterklasse die Substanz der Dinge, die Not des Seins, die Begeisterung der Massen für eine Neuordnung der Welt eindringlich, das heißt mit letzter Wortdeutlichkeit, ausdrücken. Für den Rausch die Musik, für die Anklage, für den Appell das Wort. Aus dieser Bestimmung ergab sich das Gebot bei den Sprechchören die Deutlichkeit des Worts an die Spitze zu stellen. Eine neue Kultivierung des Worts, der Stimme, des Atems, aller zur Wortgestaltung nötigen Organe war die Folge dieser Arbeit, die nun an sehr vielen Stellen einsetzte. Die Anzahl der Sprechchöre ist heute in ganz Deutschland groß. Wir finden sie nicht nur bei den Arbeiterparteien sondern auch bei den Parteien,

die, wie die Nationalsozialisten, alle Methoden der Arbeiterbewegung kopieren, um proletarisch zu wirken. Besonders die Jugendbewegung hat mit schönem Elan das Mittel des Sprechchors aufgegriffen, das eine bessere Schulung so vieler Fähigkeiten verspricht, von denen gerade in Deutschland noch ein recht bescheidener Gebrauch gemacht wird: nämlich schön, klar, wirkungsvoll und diszipliniert zu sprechen. Physische Leistungen stärken das Selbstbewußtsein, das Sprechen ist ein Element der Aktivität, und die Gemeinschaftssehnsucht, die zur Bildung von Sprechchören gedrängt hat, entwickelt durch diese Betätigung Kräfte, deren Wert niemand mehr verkennt.

Die Schwäche der Chöre bleibt freilich nach wie vor der Mangel an geeigneten Werken. Die Übertragung von älteren Dichtungen auf Sprechchöre hat einige sehr starke Leistungen bewirkt. Es gibt zweifellos eine Reihe von Gedichten und dramatischen Szenen, die sich auf ein Sprechchorwerk polyphon uminstrumentieren lassen. Manches ist bereits gefunden worden, und weitere glückliche Funde werden Suchern gewiß sein. Aber davon wird die Sprechchorbewegung niemals leben können. Wie sie selbst etwas Neues ist, muß sie auch Neues zum Ausdruck bringen. Das fehlt aber in der bisherigen Sprechchordichtung ganz. In der Serie Arbeitersprechchor, von der bisher 15 Werke erschienen (Leipzig, Arbeitertheaterverlag Alfred Jahn), befindet sich unter sehr gut gemeinten Versdichtungen doch kaum ein Gebilde, das wirklich neues Leben und Willen ausspricht. Ein Verzeichnis von Sprechchordichtungen gibt Adolf Johannesson, der sich um diese Bewegung große Verdienste erworben hat, in seinem Leitfaden für Sprechchöre (Berlin, Arbeiterjugendverlag). In dem Verzeichnis von Gedichten, die sich für Sprechchöre eignen, fehlt noch mancher Name. Das Unbefriedigende aller dieser Dichtungen liegt aber darin, daß sie noch immer bei einem phrasenhaften "Radikalismus" halten, der sie eben gerade verhindert zu einer wirklich radikalen, die Wurzel der Dinge erfassenden, sie umpflügenden Gestaltung vorzudringen. Diese Dichter verbleiben größtenteils bei einer Phraseologie, deren politischer Inhalt seit mehr als 3 Jahrzehnten keine Wirklichkeit mehr besitzt. Das zwingt zu leeren Versen permanenten Alarms, der eher müde als kampffreudig macht. So kann auch hier die Erneuerung nur von innen heraus kommen; durch ein neues Erfassen sozialistischer Wirklichkeit und sozialistischer Aufgaben.

Die Sprechchorbewegung griff auch auf Schule, Theater und Universität über. Die Schule hat dem Sprechchor zur Bereicherung und aktiven Belebung des Deutschunterrichts eine Funktion übertragen, gegen die man an sich nichts einwenden kann. Die Gedichte werden chorisches instrumentiert und von Knaben- oder gemischten Chören gesprochen. Auch freie Texte, allgemeine Schul- und Kindererlebnisse werden textlich fixiert und dann chorisches geübt. Eine gute Übersicht über die Aufgaben und Probleme der Schulsprechchöre gibt Karl Sprang in seinen methodischen Betrachtungen. Der Sprechchor und seine Bedeutung für die Gedichtbehandlung /Breslau, Ferdinand Hirt/. Die Darstellung zeigt, daß auch hier der chorische Vortrag aktivierend und kollektivierend wirkt. Dieses Mittel läßt sich eben auf die verschiedensten Weisen verwenden. Seine eigentliche Bedeutung liegt aber nicht hier.

Es ist kein Zufall, daß in diesen Jahren auch in der Kunst der Chor eine neue Bedeutung bekommen hat. In der Dichtung und im Drama wurden dem Chor neue Aufgaben übertragen. Vielfach sind auch Gruppentanz und Chor neu verbunden worden. Schließlich hat der Chor eine überragende und neue Bedeutung in der Oper erhalten, vor allem in einem der bedeutendsten Werke, im *Columbus* von Paul Claudel und Darius Milhaud. Von allen Seiten ist also ein starker Antriebs vorhanden die Masse, die heute nicht mehr Masse im alten Sinn sondern Träger eines neuen Wirkensbewußtseins ist, als Sprecher und als Darsteller einer neuen geistigen Welt zum Ausdruck ihrer selbst zu bringen. Die sozialistische Bewegung muß dieses von ihr geschaffene, ihr vor allem adäquate Ausdrucksmittel erhalten und entwickeln. Auch das ist nur möglich, wenn sich der Sozialismus täglich erneuert, und wir ihn als einen unendlichen Produktionsprozeß begreifen.

Radiomusik

Im Jahr 1926 hielt Siegfried Ochs einen Vortrag über die Art Musik zu hören, der auch im Druck erschien /Berlin, Werkverlag/. Eine sehr geistvolle Rede übrigens, die den musikalisch ungebildeten Hörer mitten in die Probleme des Musikschaßens und -hörens einführt, aber auch dem Kenner Neues bietet. Man sollte sie einmal im Rundfunk sprechen lassen. Nur in einem Punkt hat Ochs geirrt: in seiner Unterschätzung von Rundfunk und Schallplatte, von denen er nicht voraussah, daß sie bald mehr sein würden als populäre Reproduktionsmittel, nämlich

der Weg zu einer neuen Ära der Musik, mit neuen Aufgaben, Instrumenten, Forderungen an das Schaffen und an die Reproduktion. Der Rundfunk ist in den kurzen 5 Jahren, die seit dieser sonst so jung wirkenden Rede vergangen sind, eine Macht geworden, die auf allen Gebieten ungeahnte Probleme stellt. Die Frage, was gesendet werden soll, ist gewiß im Augenblick von überragender Bedeutung. Da der Rundfunk in ganz kurzer Zeit eine vorher ungeahnte Demokratisierung der Musik herbeigeführt hat, haben seine Programme und überhaupt alle seine Sendungen schlechthin entscheidende Bedeutung. Da er über eine Zeitfülle verfügt, die ebenfalls vorher ungeahnte Möglichkeiten bietet, hat er ganz von selbst zu einer Erweiterung und Verbreiterung der Musikprogramme geführt, wodurch mit einem Schlag die Musik der Zeit nach um Jahrhunderte, dem Raum nach um 3 Erdteile erweitert wurde. Das wäre aber nur der eine Teil der Vortragsprobleme des Rundfunks, über die Alfred Szendrei, der Leiter der Musikabteilung des Mitteldeutschen Rundfunks, in einem gediegenen Buch *Rundfunk und Musikpflege* /Leipzig, Kistner & Siegel/ historisch etwas zu weitgreifend, aber mit gründlicher Kenntnis des Themas ein reichhaltiges und klug durchdachtes Material vorlegt. Was hier gesagt wird, geht nicht nur die Künstler selbst an; es wendet sich auch an alle, die der Gesamtheit gegenüber eine Kulturverantwortung tragen.

Die andere Seite der Vortragsprobleme des Rundfunks zeigt uns die Veränderung des akustischen Bildes der Musik durch die Rundfunkübertragung. Auch hier liegen wieder zweierlei Aufgaben vor: technische, die nur den Vortragskünstler betreffen, und allgemeine, die das Schaffen selbst vor neue Aufgaben und Möglichkeiten stellen. Der Rundfunk verändert das Klangbild dadurch, daß er bestimmte Obertöne, die für das Klangbild eine entscheidende Bedeutung haben, die Formanten, verändert oder wegläßt. Dadurch werden Streicherklänge in Holzbläserklänge verwandelt, gesprochene oder gesungene Vokale verändert, helle oder dunkle Töne umgefärbt. Wenn auch die Techniker emsig bemüht sind die Veränderung des Klangs durch Weglassen oder Hinzufügen von Formanten zu beseitigen, so ist es doch noch nicht abzusehen, wann eine wirklich originalgetreue Übertragung möglich sein wird. Aber auch dann wird es noch ein Problem sein, wie Veränderungen der Dynamik verhindert werden sollen. Unter diesem

Gesichtspunkt ist es zu verstehen, daß auf der 2. Rundfunkmusiktagung, die Anfang Juli in München stattfand, einzelne Vertreter des Rundfunks, besonders der Berliner Funkintendant Hans Flesch, prinzipiell die Sendung von Musik auf dem Umweg über die vorherige Fixierung auf Schallplatten forderten. Da die elektromagnetischen Schallplatten durch Mikrophonsendung aufgenommen werden, besteht hier eine ganz andere Kontrollmöglichkeit als bei der direkten Sendung, da es eben nicht allein auf sorgfältiges Musizieren sondern auf eine neue Anpassung an Klanggesetze ankommt, die noch keineswegs erforscht sind. Die Maschine ist eben noch lange nicht so exakt wie die Natur. Deswegen muß eine neue Art des Rundfunkmusizierens erforscht und gelehrt werden. Szendrei gibt eine Darstellung dieser Hörprobleme, die freilich wie die Sache selbst noch voller ungeklärter Unsicherheiten ist. Die oft gehörte Kritik am Klavierklang ist wohl recht übertrieben. Man hört selten so vollkommene Klangübertragungen wie die von Klavierkonzerten. Solange es freilich keinen einheitlich normalisierten Empfang gibt, wie etwa durch das Telephon, wird es immer sehr schwierig sein zu einheitlichen Auffassungen zu kommen. Es gehört schon jetzt zu den Aufgaben der öffentlichen Musikerziehung Musiker, die sich auf eine Laufbahn in der Öffentlichkeit vorbereiten, mit diesen Problemen vertraut zu machen, deren Bedeutung für Kunst und Erwerb groß ist.

Im Zusammenhang mit dem Studium der Veränderungen, die die Musik im Rundfunk erleidet, gehen Arbeiten zur Herstellung neuer Instrumente. Dabei ist zweierlei zu unterscheiden: Herstellung von Instrumenten, die die bisherigen Klangwirkungen auf neuem Weg, nämlich elektromagnetisch, anstreben und nur Varianten und Kombinationen über das Bestehende hinaus bieten, dann Instrumente, die völlig neue Klangwirkungen haben und neue Differenzierungen und Stufungen des Klanges gestatten. Zu den Instrumenten, die nur eine Verbesserung und Sublimierung bisheriger Klangfarben anstreben, gehört Jörg Magers elektroakustische Orgel, die bei den Bayreuther Festspielen dieses Jahres die Gralsglocken mit sphärenhafter Klarheit wiedergab. Instrumente, die die bekannte Klangwelt elektrotechnisch verfeinert wiedergeben, sind Oscar Vierlings elektrisches Klavier und ein von Siemens, Bechstein und Nernst geschaffenes Klavier, das Klavier-, Spinett- und Har-

moniumton wiedergibt. Neue Klangwelten schafft dagegen das Hellertion genannte Instrument, das sämtliche Zwischentöne der Skala wiedergibt und die Einteilung der Skala in beliebig viele Tonsysteme gestattet. Die bisherige Beschränkung der Musik auf das Zwölftonsystem ist aufgehoben, und eine neue Welt von Klängen steht dem Schaffen zur Verfügung. Es geht also noch weiter als das Trautonium. Es ist anzunehmen, daß diese Instrumente besonders mikrophongerecht sind, da ihre Klangerzeugung auf den gleichen Prinzipien wie die Radiosendung beruht. So ist also eine Umwälzung der Produktionsmittel im Entstehen, und man braucht nicht einmal Marxist zu sein, um davon eine entsprechende Umwälzung des musikalischen Schaffens und Empfindens zu erwarten.

Rundfunk

Der Rundfunk ist als Mittel direkter Einwirkung auf das ganze Volk in diesen

Krisenmonaten von allen Mitgliedern der Reichsregierung oft und erfolgreich benutzt worden. Historische Bedeutung haben vor allem die beiden Rundfunkreden, in denen sich Heinrich Brüning im Berliner Sender am 23. Juni und dann im Pariser Sender am 19. Juli in wenigen französisch gesprochenen Sätzen zur deutsch-französischen Verständigung bekannte. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, in der die Staatsmänner aller Völker in den Sendern der Nachbarvölker ihre politischen Grundsätze ungestört darstellen können.

Die Rundfunksender haben in den letzten Monaten ihre Programme durch manche sehr gelungene Reisereportage bereichert. Sie regten dadurch zu bestimmten Reisen an und boten denen einen Ersatz, die sich die Reise nicht leisten können. Ein erstaunliches Stück leistete sich der Berliner Sender, der einen angesetzten Vortrag über billige Reisen in Frankreich verbot. Wie es heißt, sollen die deutschen Bäder den Vortrag aus Konkurrenzgründen gefürchtet haben. Ob das auch bei einem Vortrag über billiges Reisen in England der Fall gewesen wäre? Einen erfreulichen und mutigen Ersatz bietet der Westdeutsche Rundfunk, der im August unter dem Gesamttitel Reisen nach Frankreich 12 Einzelvorträge bringt. Daran wird ihn hoffentlich die Ausreisegebühr nicht hindern. Nun sollten wir wenigstens mit den Augen der anderen reisen. Als ein Rundfunkunternehmen großen Stils entwickelt sich die vom Bearbeiter dieser Rundschau in der Zeitschrift Die Sendung

angeregte Reichssendung der Kantaten Bachs. Nach manchen unvermeidlichen Stockungen ist das Unternehmen in Fluß gekommen. Das Programm für die Sendungen an den Sonntagen vom 23. August 1931 bis 3. Januar 1932 liegt bereits vor. Eine Leistung, die in aller Welt Respekt erzwingen muß.

Die Aufführung des Barbiers von Sevilla mit Kräften der Mailänder Scala im Rahmen der Salzburger Festspiele ist am 25. Juli von 134 Sendern übernommen worden. Für Berlin ist die Aufführung nur teilweise geglückt. Viele Formanten blieben an der langen Kabelleitung hängen. Der Berliner Übertragung ging eine Einleitung in das Werk mit Schallplatten der Columbiaaufnahme voraus, die stärker und originalgetreuer wirkten. Am 30. Juli folgte dann eine Übertragung der ebenfalls von der Scala in Salzburg aufgeführten Heimlichen Ehe; diesmal waren sogar 139 Sender angeschlossen. Zum erstenmal wird dieses Jahr auch aus den Bayreuther Festspielen übertragen, und zwar am 18. August Tristan und Isolde unter Wilhelm Furtwänglers Leitung. Diese Übertragung wird von etwa 22 Ländern übernommen werden. Sämtliche Sender werden alle sonstigen Sendungen von 4 Uhr nachmittags ab einstellen. Auch während der Bayreuther Pausen werden die Sender im Interesse der Gesamtwirkung auf jede Zwischensendung verzichten. Bedauerlich bleibt, daß dieser gewaltige Apparat nur dieser einen Übertragung dient und uns nicht auch den von Arturo Toscanini geleiteten Parsifal bringt.

Tonfilm

Wie im Winter 1930 *Sous les toits de Paris* (siehe diese Rundschau 1930 III Seite 950 und folgende) war im Frühjahr dieser nun abgeschlossenen Tonfilmsaison *Le million* das überragende Werk des Jahres. Was René Clair in seinem 1. großen Tonfilm versprochen hat, und was auch schon eine Erfüllung der Experimente dieses Avantgardisten war, hat er in seinem 2. Tonfilm gehalten. Durch diese beiden Werke ist aus dem Tonfilm Kunst geworden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß eine Reihe bemerkenswerter deutscher und amerikanischer Filme vorher die Gewißheit brachten, daß der tönende Film große neue Möglichkeiten erschließen wird. Aber der Sprung vom guten Film zu echter zwingender Kunst ist allein Clair gelungen. Chaplins Lichter der Großstadt scheiden bei dieser Betrachtung aus, weil hier der Ton nur gelegentlich als Ornament

erscheint. Clair hat hingegen den Tonfilm aus seiner kläglichen Befangenheit erlöst und zu einer neuen höhern Form geführt. Für Clair existiert das gefilmte Gespräch so gut wie gar nicht. Ton und Bewegung sind bei ihm von einander getrennte Ströme, die zwar oft die reizvollsten Bindungen eingehen, sich aber nie völlig vermischen. Der Ton dient nicht dazu die Menschen sprechen zu lassen; er lenkt und begleitet vielmehr eine Art Pantomime, er betont ihre Stummheit auf eine neue und reizvolle Art, er gibt selbst eine gemeinverständliche, nur eben nicht sichtbare sondern klingende Bildsprache, die durch Musik ausdrückt, was im Bild schon zu sehen ist. Der Text ist nichts als Rezipiativ, zu dem das Bild die Arie singt. Ein Film von Clair bedarf daher keiner Synchronisierung in fremde Sprachen, er hat seine Leit motive, die mehr aussagen als der Text, seine gesungenen und gefilmten Refrains, seinen Rhythmus, dem der Zuschauer, ohne zu fragen, folgt, weil er die Ergebnisse auf eine bessere als rational wörtliche Art in alle Sprachen umsetzt. Über seine Tonfilmwerte hinaus ist dieser Film aber auch ein einmaliges Kunstwerk, ein Lustspiel aus dem Geist Offenbachs. Die Unglaublichkeit der Handlung wurde ebendurch die Geistigkeit der Filmkunst in einer andern Zone glaubwürdig.

Totenliste

Am 25. Mai starb in Dresden auf der Straße an einem Schlaganfall der Rezipiator *Friedrich Erhard*. Wenn er nichts getan hätte als in Kirchen frei aus dem Gedächtnis den Messias Klopstocks wie ein Barde zu sprechen, genügt das schon seinen Namen mit tiefem Respekt auszusprechen. Auch sonst suchte er Werken großer und starrer Religiosität Hörer, die sich ergreifen ließen. Am 3. Juli starb in Starnberg *Carl Bechstein*, der Inhaber des berühmten Klavierhauses, im Alter von 71 Jahren. Die Firma hat sich bis heute auch modernsten Experimenten geneigt gezeigt. Am 17. Juli erlitt Berlin durch den Tod des Domorganisten *Walter Fischer* einen schweren Verlust. Zuerst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, dann im Dom hat Fischer in Tausenden von Orgelkonzerten die ganze heute noch lebendige Orgelliteratur mit berühmter Eindringlichkeit vorgeführt. 31 Jahre saß er an Berliner Kirchenorgeln. Generationen sind durch ihn erhoben und musikalisch gebildet worden. Er starb eine Woche nach seinem 59. Geburtstag.

Kurze Chronik Seit Jahren veranstaltet Wanda Landowska in ihrem Hortus Musicus, den sie in dem Waldstädtchen Saint-Leu-La-Forêt in der Nähe von Paris eingerichtet hat, ein *Ländliches Musikfest*, zu dem sie ihren internationalen Freundeskreis einlädt. Die Überraschung dieses Jahres waren die Kunst Jacques Chambonnieres', des Begründers der französischen Clavecinistenschule, und der Vortrag Chopins auf dem Spinett. $\diamond$ Ein Internationaler Kongreß der Taubstummen aller Länder fand Anfang Juli in Paris statt. Er wurde von 500 Delegierten besucht, die mit ihrer *internationalen Zeichensprache* die parlamentarische Tagung durchführen konnten. $\diamond$ Anfang Juli wurde in München ein *Weltbund der Studentischen Sängerschaften* gegründet. $\diamond$ Das *größte Tonfilmkino* der Welt, mit 6000 Sitzplätzen, ist der neue Gaumontpalast in Paris, der Anfang Juli mit dem letzten Film eines Deutschen, mit Friedrich Wilhelm Murnaus Tabu, eröffnet wurde.

Literatur

In seiner Antrittsrede an der Technischen Hochschule Stuttgart hat Hermann Pongs, der sich vor 5 Jahren mit einer Untersuchung über die Metapher habilitierte, das Hörspiel als Mittel neue Weltzusammenhänge funktisch auszudrücken gründlich und geistvoll behandelt (Das Hörspiel /Stuttgart, Friedrich Frommann/). Auf eine etwas bedächtige Einleitung folgt eine Auseinandersetzung mit den Stilen des Hörspiels, die Pongs durch eine Analyse mehrerer Stücke gleichen Stoffs zu wichtigen, auch für die Praxis der Dichter und Hörer fruchtbaren Erkenntnissen führt. Mit Recht stellt Pongs fest, daß die funktischen Mittel den Hörer an die Dinge selbst hindrängen und ihn mit einem kollektiven Ethos füllen. Das Tendenzwerk wird durch das Hörwerk in die Abstraktion rein geistiger Energieen sublimiert. Es entsteht eine Existenzverbundenheit des Miteinander, durch die Form, Umfang, Gattung, Inhalt der Hörspiele bestimmt werden. Die Weltverbundenheit schafft einen funktischen Raum, die Darstellung seelischer Gestalten und Auseinandersetzungen einen epischen Raum, während der Verzicht auf dramatische und novellistische Spannung in einen Phantasieraum führt, innerhalb dessen das Funkoratorium seine Gestalt erhält. Die Sprache, die der Funk erfordert, ist die der dichterischen Gegenständlichkeit. Ein Gegensatz zur metaphorischen Sprache kann hier aber nicht gesehen werden. Nicht erst

durch den Funk ist die schlechte Metapher als Zeichen der Ausdrucksschwäche entlarvt worden. Der Funk wird den Dichter wieder zur großen Metapher zwingen, die die Gegenständlichkeit nicht vernebelt sondern durchleuchtet. Diese Untersuchung über das Hörspiel ist der Zeit nach die erste, aber sie wird es auch dem Wert nach bestimmt noch lange sein. $\diamond$ Der vielreisende und viel-schreibende Überseereporter des Berliner Tageblatts Arnold Hoellriegel hat über seine Tage mit *Charles Chaplin* in einem kleinen Buch *Lichter der Großstadt* /Wien, E. P. Tal & Co./ berichtet, das uns in die Arbeit Chaplins und in seine Künstlerseele überraschende Einblicke gewährt. Chaplins letzter Film war ursprünglich viel mehr Tonfilm als in seiner endgültigen Fassung. Chaplin wehrte sich als Künstler dagegen, daß seine Kunst, die in erster Linie pantomimisch ist, auf Grund von Modediktaten durch Ton ornamentiert wird. Erst wenn er aus seiner Phantasie heraus zu einem Stoff kommen wird, der seinem Wesen nach tönend ist, wird Chaplin Tonfilme schreiben. Hoellriegel läßt uns ahnen, wie viel wir dann von Chaplin zu erwarten haben. Auch sein letztes Wort an Chaplin ist ein Appell, daß er Europäer bleibe. $\diamond$ 2 neue *Funkzeitschriften*, verschieden von den sonst sich sehr ähnelnden, erscheinen seit einem Quartal. Ruffer und Hörer /Berlin, Deutscher Kunstverlag/ ist eine der Reichsrundfunkgesellschaft nahestehende Monatsschrift, die unter Verzicht auf den Ballast der Programmankündigungen nur der Diskussion der geistigen Rundfunkprobleme dient. Der Herausgeber Theodor Hüpgens läßt auch eine weitgehende Kritik am Bestehenden zu Wort kommen. Das 1. Heft brachte ein von Felix Stössinger, dem Bearbeiter dieser Rundschau, ausgearbeitetes Vortragsprogramm, einen grundsätzlichen Aufsatz, der die Unzulänglichkeit der vorherrschenden Vortragsprogramme nachweist und die Übertragung des Rundschauprinzips der Sozialistischen Monatshefte auf den Funk zur Erfassung einer weiteren geistigen Welt empfiehlt. Eine populäre Funkzeitschrift, die keine kritischen Ziele anstrebt, erscheint unter dem Titel *Sieben Tage* /Berlin, Ullstein/. Sie bietet eine neue Form der Vortragsübersicht, bei der sämtliche Tagesprogramme auf einem Blatt erscheinen, und bringt endlich auch das meist fehlende Programm des sehr guten und in Berlin hörbaren Senders Algier. Bilder und Text sind dem Modell der Grünen Post angepaßt.

Bühnenkunst / Ignaz Jezower

Goethelustspiel Im 2. Teil von Dichtung und Wahrheit erörtert Goethe in dem Rückblick auf seine früheste Schaffensperiode die Gründe, die die beifällige Aufnahme seines Jugendstücks *Die Mitschuldigen* auf dem deutschen Theater verhindert haben. Seine Angabe, daß in dem Stück »die hart ausgesprochenen widergesetzlichen Handlungen« das ästhetische und moralische Gefühl verletzen, diene in der Folge den Goethephilologen mehr oder weniger zur Orientierung, und so geht von diesem Lustspiel in Versen und 3 Akten für einige von ihnen noch jene einst vom Dichter festgestellte Wirkung aus: das Stück ängstigt sie im ganzen und ergötzt sie im einzelnen. »Gibt man alle inhaltlichen und technischen Voraussetzungen zu«, erklärt Albert Köster in seinen Anmerkungen zu dem Lustspiel im 7. Band der Cottaschen Jubiläumsausgabe von Goethes Werken, »so gehört das Lustspiel zu dem Bühnenmäßigsten, was Goethe geschaffen hat. Aber alle Theaterwirksamkeit darf uns nicht darüber täuschen, daß wir ein im Grunde unmoralisches Stück hier vor uns haben.« Die Aufführung des Lustspiels im Staatlichen Schauspielhaus in Berlin bietet uns Gelegenheit zur Nachprüfung der Motive, aus denen heraus ein so verdienstvoller Literaturforscher wie Köster in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts und an so markanter Stelle gegen das Stück noch den Vorwurf der Unmoral erheben konnte. In der schon erwähnten Auslassung des Dichters finden wir eine für die Auslegung des Lustspiels wichtige Bemerkung; in dieser gibt er nach dem Bekenntnis, daß er »zeitig in die seltsamen Irrgänge . . . mit welchen die bürgerliche Sozietät unterminiert ist«, Einblick gewonnen habe, eine scharfe Kritik des städtischen Daseins: Die reinlichen Straßen, die herrlichen Häuser, das anständige Betragen der Einwohner nach außen sind nur die Oberfläche, »aber im Innern sieht es öfters um desto wüster aus, und ein glattes Äußere über-tüncht, als ein schwacher Bewurf, manches morsche Gemäuer, das über Nacht zusammenstürzt und eine desto schrecklichere Wirkung hervorbringt, als es mitten in den friedlichen Zustand hereinbricht.« So zeigt er in dem Lustspiel, das er im Jahr 1768 in Leipzig entwarf und in dem folgenden Jahr in Frankfurt umarbeitete und vollendete, unerquickliche Familienzustände; der Dichter kratzt die Tünche ab, die die bürgerliche

Fäulnis bedeckt, ist ein Entlarver, ein Entlarver in Alexandrinern. Was sehen wir? Die junge, schöne Gastwirtstochter Sophie hat, nachdem sie von ihrem Liebhaber Alceste verlassen wurde, Söller, einen Mann, für den sie keine Liebe empfinden konnte, geheiratet, nur um unter die Haube zu kommen: »Für meine Sünden muß ich mich <welch ein Muß!> mit einem Vieh verbinden.« Söller ist ein schlechter Mensch, faulenz, trinkt, spielt und macht Schulden, und als er die Spielschulden bezahlen soll und das Geld auf rechtmäßigem Weg nicht aufbringen kann, stiehlt er es. Er schleicht sich in das Zimmer ein, das in dem Gasthaus seines Schwiegervaters seit 14 Tagen Alceste wieder bewohnt, er erbricht mit einem Dietrich die Geldschatulle, die Alceste gehört, und eignet sich den größten Teil des vorgefundenen Geldes an. Durch ein Geräusch gestört, muß er sich in dem angrenzenden Alkoven verstecken und wird Zeuge, wie sich sein Schwiegervater in dem Zimmer Alcests aus Neugier in den Besitz eines Briefes, den Alceste erhalten hatte, setzen will, und dann Zeuge eines Rendezvous zwischen Sophie und Alceste. Als der Diebstahl entdeckt wird, verdächtigt einer den andern, jeder traut dem andern die schändliche Tat zu; schließlich gesteht Söller Alceste frech den Diebstahl ein, er weiß, daß ihm nichts geschehen wird, da auch Alceste nicht ohne Schuld ist, sie sind quitt: »Ich stahl dem Herrn sein Geld, und er mir meine Frau.« Und da sie alle mitschuldig sind, alle einen moralischen Defekt haben, sind sie einander wert, keiner darf über den andern den Stab brechen, wenn er selbst ein Lump ist. Söller, der Bürger, sagt es Alceste, dem Edelmann; der 20jährige Dichter läßt 20 Jahre vor Ausbruch der Französischen Revolution den Mann aus dem 3. Stand dem Feudalherrn erklären: »Ja ja, ich bin wohl schlecht, allein, ihr großen Herrn, ihr habt wohl immer recht! Ihr wollt mit unserm Gut nur nach Belieben schalten, ihr haltet kein Gesetz — und andre sollen's halten? Das ist sehr einerlei: Gelust nach Fleisch, nach Gold. Seid erst nicht hängenswert, wenn ihr uns hängen wollt.« Die gesellschaftskritische Schärfe machte das Stück bei den Behörden verdächtig <seine Aufführung wurde im Jahr 1809 in Stuttgart »wegen Unsittlichkeit« verboten> und machte es auch bei den Philologen unbeliebt, die in Goethe, der in seinen Zeitstücken Der Großkophta, Der Bürgergeneral, Die Aufgeregten die Revolution persiflierte und tadelte, einen ent-

schiedenen Freund des Bestehenden sehen wollen. Er war kein Freund der Großen Französischen Revolution, das ist sicher, aber ebensowenig war er ein »Freund herrischer Willkür«. In dem Gespräch mit Eckermann am 4. Januar 1824, in dem er dies ausdrücklich betonte, äußerte er auch zur Charakterisierung der Gräfin, einer Figur aus seinem politischen Drama *Die Aufregten*, die nicht hängenswert sein möchte und jede unbillige Handlung vermeiden und an jeder Ungerechtigkeit Kritik üben will: »Sie hat sich überzeugt, ... daß die revolutionären Aufstände der unteren Klassen eine Folge der Ungerechtigkeit der Großen sind.«

Die Regie Ernst Legals unterstrich das heitere und bursleske Wesen und dämpfte den düstern Familiengrund. Sophie (Maria Bard) war außerordentlich liebenswert und trostbedürftig, Alcest (Veit Harlan) nicht immer ein überzeugender Liebhaber, der alte Gastwirt ganz prächtig in Hans Leibelts Darstellung. Johanna Schopenhauer beschreibt in einem Brief an ihren Sohn Arthur die Vorlesung des Stücks *Die Mitschuldigen* bei Goethe am 3. Februar 1807, in der junge Schauspieler mitwirkten, und der 58jährige Dichter die Rolle des Gastwirts übernahm. »Er ist ganz Feuer und Leben, wenn er deklamiert«, berichtet sie, »niemand hat das echt Komische mehr in seiner Gewalt als er.« So war auch Leibelts. Hätte Aribert Wäscher, dessen Hicketier in Bürger Schippel unvergeßlich bleibt, Söllers Diebsphilosophie und pessimistischen Materialismus akzentuiert und nicht die Lächerlichkeit eines Hahnreis in den Vordergrund gestellt, er hätte das Stück aus der Sphäre der Rendezvous- und Verwickelungskomödie in die des Sturm-und-Drang-Stücks hinübergeführt, in die es literarhistorisch und seinem Wesen nach unbestreitbar gehört.

Calderondrama Zum 250. Todestag des großen Spaniers Calderon de la Barca gab das Schillertheater in Berlin den *Richter von Zalamea*. Dieses Schauspiel gehört zu den Werken, auf deren Autorschaft der Dichter keinen Wert legte, da er, nachdem er dem Soldatenstand entsagt hatte und Priester geworden war, nur die geistlichen Spiele (*autos sacramentales*), die er für die religiösen Feiern der spanischen Städte zum Fronleichnamsfest dichtete, gelten ließ. Auf dem deutschen Theater konnten Calderons geistliche Spiele, die Eichendorff übersetzt hatte, Eingang nicht finden. Einige seiner

Schauspiele, in denen weltliche Konflikte im Sinn der katholischen Weltanschauung ausgetragen oder gelöst werden, hat im katholischen Bamberg E. T. A. Hoffmann mit Erfolg aufgeführt; der von Goethe unternommene Versuch den Standhaften Prinzen, den August Wilhelm Schlegel übertragen hatte, »beim Publikum einzuschwärzen« stieß auf Schwierigkeiten, und nur dem Richter von Zalamea gelang es die deutsche Bühne zu erobern und sich auf dem Repertoire zu halten. Denn in diesem Stück, das Lessing so außerordentlich gefiel, daß er es zu verdeutschen sich vornahm (leider blieb es nur bei dem Vorsatz), ist ein Mann aus dem Volk mit einer Wahrheit, die unvergänglich ist, geschildert, und der Kampf, den er zu führen hat, geht um ein ewiges Recht: um die Gerechtigkeit.

Calderon kannte aus den Feldzügen, die er mitgemacht hatte, die Zustände, die damals in Spanien herrschten, und die die Bauern elend machten: Durch häufige Soldateneinquartierungen, durch hohe Abgaben wurde der Bauernstand ökonomisch, durch die Zügellosigkeit und die Ausschreitungen der Soldaten moralisch ruiniert. Das Militär unterstand nicht den bürgerlichen Gerichten, die Militärgerichte beurteilten die Vergehen der Soldaten milde, und da dem Übermut der Soldateska nicht gesteuert wurde, war die Bevölkerung vor Mißbrauch und Gewalttaten nur wenig geschützt. Im Jahr 1639 brach in Catalonien ein Aufstand aus, der sich gegen die Willkür der spanischen Soldaten richtete. Das einige Jahre nach diesem Aufstand gedichtete Schauspiel *Der Richter von Zalamea* hatte, auch wenn seine Handlung in das Jahr 1580, die Regierungszeit Philipps II, verlegt wurde, noch die Wirklichkeitsnähe der tatsächlichen empörenden Vorkommnisse der letzten Zeit, allerorten waren noch »Männer, die ihre Weiber, Weiber, die ihre hingemordeten Männer suchen, Familien, die ihre verlorene Ehre beweinen, ehrwürdige Greise, die über den Raub der Jungfrauschaft ihrer Töchter jammern«. Der Richter von Zalamea war ein Zeitstück, sein Verfasser war der Hofdichter des Königs Philipp IV, die Tendenz des Stücks zeigte der Titel *Die bestverdiente Erwürigung an, den das Stück noch in der im Jahr 1651 veröffentlichten Buchausgabe hatte*. Calderon übernahm die Handlung und die Figuren seines Stücks aus einem ältern Bühnenwerk, das auch *Der Richter von Zalamea* heißt und Lope de Vega zum Verfasser hat. Er entlehnte, wie

aus den durch den Calderonforscher Max Krenkel angeführten Parallelstellen hervorgeht, und wie Wolfgang von Wurzbach in seiner Einleitung zu der Komödie Lopes feststellt, »sogar eine Anzahl von Gedanken und Redewendungen fast wörtlich von seinem Vorgänger«, aber er hat das Genie, und Lope die Priorität, und so bleibt die Komödie Lopes durch das Calderonstück doch nur eine literarhistorische Angelegenheit.

Ein zügelloser, hoffärtiger Hauptmann, der zur Truppe des Generals Lope de Figueroa gehört und im portugiesischen Feldzug in dem Haus des reichen Bauern Pedro Crespo in Zalamea einquartiert wird, bemächtigt sich durch eine List der unschuldigen Tochter des Bauern und vergewaltigt sie. Der Bauer will die Ehre seiner Tochter und seiner Familie retten und sucht den Hauptmann zu bewegen, das geschändete Mädchen zu heiraten, und als dieser sich weigert es zu tun, verurteilt er, der inzwischen von seinen Volksgenossen zum Richter gewählt wurde, den Übeltäter zum Tod, verweigert dem General Lope de Figueroa, der den Hauptmann der bürgerlichen Justiz entziehen und der militärischen Gerichtsbarkeit überantworten will, die Herausgabe des Schuldigen und läßt an ihm trotz allen Drohungen und Einschüchterungsversuchen die Todesstrafe vollziehen. Ein Bauer: er hat seine Weisheit aus dem Zusammenleben mit der Natur, Einsichten aus seinem Beruf, Erfahrungen aus dem Verkehr mit den Menschen; das macht ihn seinen Gegnern ebenbürtig und, als er auch die Machtmittel in die Hand bekommt, ihnen überlegen. Dieser Bauer aus Zalamea hat das Gefühl seines Werts, denkt nicht daran seine Ehre preiszugeben, auf sein Recht zu verzichten, er scheut sich nicht die Machtmittel kühn und entschieden anzuwenden, auch gegen einen Angehörigen des Adels und einen Offizier. Er hat zwar seine Befugnisse überschritten, aber die Gerechtigkeit triumphiert, und König Philipp II, der in der Schlußszene auftritt, erkennt den Entscheid an, den der Bauer als Richter gefällt hat; er sanktioniert das Urteil, indem er den Bauer zum lebenslänglichen Richter in Zalamea ernannt. Dieses herrliche Stück wurde in der neuen Übersetzung Eugen Gürsters gespielt, in der Inszenierung von Ernst Legal, die die komischen Figuren des Stücks, den Junker Don Mendo und seinen Diener Nuno, strich. Groß und erschütternd wuchs die Figur des Bauern Pedro Crespo in dem Spiel Heinrich Georges vor uns auf, den polternden,

fluchenden, cholerischen General Lope de Figueroa spielte Hans Leibelt menschlich und wahr. Dem Zuschauer wurde das beglückende Erlebnis zuteil, das nur von einem Meisterwerk ausgehen kann: Ihm entschwand, wie es Hugo von Hofmannsthal bei einem Aufnehmenden fordert, »der Begriff der Zeit«, und die Zukunft ging ihm »wie Vergangenheit in eine einzige Gegenwart herüber«.

Berlin

Das Staatliche Schauspielhaus wird im Jahr 1932, dem Goethejubiläumsjahr, Faust 1. und 2. Teil mit Werner Krauß aufführen, der für das Staatliche Schauspielhaus verpflichtet wurde und die Hauptrolle spielen wird. Außerdem sollen Torquato Tasso, Iphigenie und Die natürliche Tochter neuinszeniert werden. Von Hauptmann werden im Schauspielhaus Vor Sonnenaufgang und im Schillertheater Der Biberpelz gegeben werden. Ferner sind zur Aufführung in Aussicht genommen; Schillers Räuber, Holbergs Jeppe vom Berge, Hebbels Gyges und sein Ring, Ibsens Peer Gynt, Wedekinds Herakles, Barlachs Gute Zeit, Schnitzlers Gang zum Weiher und Kysers Schicksal um Yorck. Das Lessingtheater wird unter der Direktion Robert Kleins Schillers Bühnenwerke in chronologischer Reihenfolge aufführen. Die Volksbühne wird Shakespeares Timon von Athen, Lessings Nathan den Weisen, Georg Kaisers Nebeneinander und Nestroys Freiheit in Krähwinkel spielen. Die Absicht der Volksbühnenleitung den Spielplan »mehr als bisher auf eine heitere, unterhaltsame Note« abzustimmen, da »die große Mehrzahl der Mitglieder gerade in Zeiten wie den jetzigen ein starkes Bedürfnis nach Aufheiterung und Entspannung hat«, führte zu lebhaften Kontroversen zwischen Karlheinz Martin, dem künstlerischen Leiter des Theaters, und dem Vorstand der Volksbühne. Dem Spielplan der Berliner Theater soll hier besondere (kritische und fordernde) Aufmerksamkeit gewidmet werden. In der von Franz Jung unter der Mitarbeit Raoul Hausmanns herausgegebenen Monatsschrift Der Gegner untersucht Theodor Beye die Ursachen, die die gegenwärtige Krise der Berliner Theater bewirken. Als Ausweg aus der Krise schlägt er vor, daß die Stadt Berlin, die an der wirtschaftlichen Führung der Theater interessiert sein muß, Besitzerin der Theater werden soll, um von der Miete her die Preispolitik der Theaterdirektoren im Sinn einer rationalen Theaterwirtschaft zu beeinflussen.

Totenliste

Am 9. Juni starb in Berlin der Schauspieler und Regisseur **Viktor Schwann**, in seinem 51. Lebensjahr. Er verkörperte überzeugend joviale, behäbige Figuren, spielte in Hofmannsthal's Komödie *Der Schwierige* den Hechingen, den Mann, der durch Nachgiebigkeit den Lebenskonflikten aus dem Weg gehen möchte, in Feuchtwangers *Hill* wird amnestiert den Hill; von seinen früheren Rollen war der Ehemann in Schnitzlers *Reigen* eine sehr beachtenswerte Leistung.

Anfang Juni starb in Bayreuth **Adolf von Groß**, der treueste Freund der Familie Wagner, der sich von Anfang an für die Festspielidee eingesetzt hatte, und dem nicht zum wenigsten das Zustandekommen und die Festigung dessen, was wir jetzt unter Bayreuth verstehen, mit zu danken ist. Nur die geschäftliche Seite unterstand seiner Obhut. Aber er übte seine Funktion mit einer Hingabe aus, die manchem der Künstler zu wünschen wäre. Nach dem Tod Cosima Wagners war er bei den Bayreuther Festspielen der einzige, der noch aus ihrer Entstehungszeit stammte. Die Bayreuther Institution wird nun, nachdem auch die von Siegfried Wagner verkörperte 2. Generation nicht mehr ist, in ihrer 3. Periode schwerlich jemand finden, der die nüchternen Geschäfte dort mit dem Schwung der Begeisterung ausübt, der Adolf von Groß jederzeit antrieb.

Kurze Chronik: Karl Kraus will das *Theater der Dichtung* ins Leben rufen. Zur Verwirklichung des Plans ist $\frac{1}{2}$ Million Mark erforderlich. Kraus möchte durch Subskriptionen, Spenden und Sammlungen die notwendigen Mittel aufbringen; aber er sucht »Geld, soweit es sauber sein kann, und solches, an dem keine Verpflichtung haftet«. Mit dem Aufruf, den er verschickt, appelliert er an alle, die sich zu ihm und seinem Werk bekennen. $\diamond$ Ein *Studio*, in dem unaufgeführte Werke junger deutscher Autoren gespielt werden sollen, will die Direktion Barnowsky in Berlin begründen. Bei der Auswahl der Stücke soll die Preußische Dichterakademie beratend beteiligt sein. In öffentlichen Proben soll das Publikum mit dem Autor, mit dem Dramaturgen und dem Regisseur über das Stück diskutieren; ein Gedanke, der schon vor langen Jahren in Pariser Cabarets und dann auch bei der Entstehung des amerikanisch-jüdischen Lustspiels *Pottasch* und *Perlmutter* verwirklicht wurde, der aber für ernste Dichtung kaum diskutierbar ist. $\diamond$ Vor

38 Jahren wurde die Aufführung von **Oscar Wildes** *Salome* in England verboten. Nachdem jetzt endlich das Verbot aufgehoben worden ist, wird das Stück in Edinburgh gespielt werden. $\diamond$ In einer Sonntagsvorstellung wurde im Deutschen Theater in Berlin Carl Zuckmayers Hauptmann von Köpenick *vor Erwerbslosen* gespielt; die Schauspieler der Reinhardt Bühne hatten sich für diese Vorstellung ohne Entgelt zur Verfügung gestellt. $\diamond$ Eine Reihe von Änderungen in der *Leitung* wichtiger Bühnen sei vermerkt. Als Nachfolger Carl Eberts, der die Berliner Städtische Oper übernahm (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 605) wurde Gustav Hartung Generalintendant des Hessischen Landestheaters in Darmstadt, Paul Eger wurde als Nachfolger Robert Volkmers Intendant des Neuen Deutschen Theaters in Prag, Julius Kaden-Bandrowski, der bekannte polnische Romanschriftsteller, Intendant der Warschauer Städtischen Theater. $\diamond$ Am 27. Juni wurde **Else Lehmann**, die große Künstlerin, die in stillster Zurückgezogenheit lebt, 65 Jahre alt. Bei dieser Nachricht leben Ibsen- und Hauptmannsgestalten auf, denen sie Züge und Töne vollkommenen Menschentums gab.

Literatur

In dem auf 250 Bände berechneten Standardwerk *Deutsche Literatur* / Leipzig, Philipp Reclam/ (siehe die Rundschau *Dichtkunst*, in diesem Band, Seite 705) wird die Reihe *Barockdrama* 5 Bände umfassen. Diese Reihe, die der Rostocker Universitätsprofessor Willi Flemming herausgibt, der sich durch seine früheren Publikationen als hervorragender Kenner des Barocktheaters erwiesen hat, wird Trauerspiele der protestantischen Dramatiker, katholische Dramen der Jesuiten und der Benediktiner, Repertoirestücke der Wanderbühnen, Komödien, Sing- und Festspiele enthalten. Schon der 1. Band, der unter dem Titel *Das schlesische Kunstdrama Werke von Martin Opitz, Andreas Gryphius und Daniel Casper von Lohenstein* bringt, ist theatergeschichtlich von außerordentlicher Wichtigkeit, denn die Dramen dieser Autoren sind stets zuerst gespielt und dann erst gedruckt worden, sie haben ihre erste Wirkung von der Bühne herab ausgeübt. Die besondere Rolle des Theaters in der Barockzeit weist auch Flemming in einer ausführlichen und sehr instruktiven Einleitung nach; es wurden damals in Deutschland und in Österreich viele Theaterhäuser gebaut, die großen Städte erhielten ihre ersten öffentlichen

Theater, die über prunkvolle Bühnendekorationen und technisch gut funktionierende, verschiebbare Kulissen verfügten, wodurch ein häufiger Wechsel des Schauplatzes möglich wurde, auch eine Bühnenanweisung wie die in der Schlußszene des 2. Akts von Gryphius' Papinianus, nach der die Göttin aus den Wolken auf die Erde und dann wieder in die Wolken steigen sollte, konnte bei den Flug- und Schwebearraten der komplizierten Theatermaschinerie mit der nötigen Akkurateesse und dem damals selbstverständlichen Pomp durchgeführt werden. In den beiden hier abgedruckten Gryphius'schen Stücken, in der Liebestragödie Cardenio und Celine oder Unglücklich Verliebete, in der der Dichter, wie er in der Vorrede berichtet, »alle diese Eitelkeiten, in welche die verirrete Jugend geraten mag«, darstellen, und in dem historischen Trauerspiel Großmütiger Rechtsgelehrter oder Sterbender Aemilius Paulus Papinianus, in dem er die Notwendigkeit des unbeugsamen Willens und der Bereitschaft zum Tod im Kampf um das Recht zeigen wollte, sind Weltanschauung und Formproblem des Barockdramas klar erkennbar. Die Spannungen dieser Menschen entladen sich in heftigen Gefühlsausbrüchen, ihre Seelen sind von Stürmen durchtobt und vermögen nur in den leidenschaftlichsten Worten zu bekennen und zu klagen. »Bruder-Mörder! Vater-Feind! Mutter-Hencker! Rechts-Verderb! Menschen-Pest! Gesetz-Verlacher! Laster-Fürst! Cocytus-Erb! Sohn der schwartzen Rasereyen! Die dich mit Nattern-Gift genähret! Alecto hat dir ihren Schoß, Tysiphone die Brust gewehret! Drachen-Blut hat dich getränckt! Basilisken-Fleisch gespeist!« Durch Wortdoppelung, Wortzusammensetzungen, Aneinanderreihen und Wiederholungen wollte man das Wort im Gewicht erhöhen: »Ha grimmer-grauser Mensch!« ruft Celine in Cardenio, und in Papinian heißt es »gedoppelt grimmer Grimm«, selbst wird durch selb-selbst gesteigert, und ist der Mut nicht rasend-toll, die Brunst nicht höllen-heiß, dann glaubt man, man sei erstarrt und fühle nicht sich fühlen. Es waren Nachkriegsjahre, in denen diese Dramen entstanden, die Greuel des Dreißigjährigen Krieges waren noch nicht vergessen, schlimme Seuchen wüteten. »Denck jede Stund ans Sterben«, lauten auch die Schlußworte in Cardenio. Die Ideologie der schlesischen Kunstdramen soll im Zusammenhang mit den Schauspielen aus der Barockzeit, die die folgenden Bände bringen sollen, noch erörtert werden.

KULTUR

Verkehr / Otto Schmidt

Bauausstellung Die Deutsche Bauausstellung in Berlin (siehe über ihren allgemeinen Charakter die Rundschau Werkgestaltung, in diesem Band Seite 829 und folgende), die am 2. August geschlossen wurde, berührte in erheblichem Umfang auch das Verkehrswesen, vor allem in seinen Beziehungen zum Städtebau und zur Landesplanung. Neben der von Georg Müller organisierten Internationalen Garagenausstellung, die zum erstenmal eine Gesamtdarstellung der technischen und wirtschaftlichen Probleme des Garagenwesens und seiner großen Bedeutung für den Großstadtverkehr brachte, sowie den auf dem Freigelände der Ausstellung angelegten Versuchsstraßen waren hier vor allem die Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen sowie die Deutsche Ausstellung für Städtebau bemerkenswert, in denen auch die Leistungen und Neuerungen auf dem Gebiet des großstädtischen Verkehrswesens gezeigt wurden. Die verkehrstechnischen Aufgaben und Schwierigkeiten sind in fast allen Großstädten der Welt die gleichen. In Paris, London, Berlin, Wien, New York und Boston, wie in Amsterdam, Zürich, Stockholm, Warschau, Bukarest, Rom, Budapest und Madrid, auch in Nanking müssen neue und bessere Wohngebiete geschaffen, Industrieflächen, Verkehrsanlagen und Wohnflächen in die richtige Beziehung gebracht, die engen, überalterten Kerne der Innenstadt saniert, Häfen erweitert, die öffentlichen Verkehrsmittel, besonders die Schnellbahnen ausgebaut, und dem ständig anwachsenden Straßenverkehr durch Straßenverbreiterungen und Durchbrüche neue Wege geschaffen werden. Die finanziellen Aufwendungen sind überall enorm. So erfordert der Kingswaydurchbruch in London Gesamtkosten in Höhe von 100 Millionen Mark, wovon 60 Millionen à fonds perdu gegeben sind. Die dringend notwendige Umgestaltung des Alexanderplatzes in Berlin erfordert gleichfalls einen verlorenen Aufwand von rund 30 Millionen Mark. Hier entsteht die Frage, ob derartig hohe Aufwendungen für das großstädtische Verkehrswesen und die mit ihnen verbundenen wirtschaftlichen Verluste überhaupt noch zu vertreten sind. Diese Fehlkosten des Großstadtverkehrs, zu denen dann noch die gleichfalls wirtschaftlich als Unkosten zu buchenden Transportkosten der großstädtischen

Verkehrsmittel kommen, lassen nur zu deutlich den widersinnigen Aufbau unserer gegenwärtigen Großstadtgebilde als Folge einer plan- und ziellosen Zusammenballung von Menschenmassen, Produktions- und Wohnstätten erkennen. Die Schaffung geordneter Verkehrsbeziehungen ist eines der Kernprobleme des Städtebaus der Zukunft.

Von den Räumen der einzelnen Länder ist besonders die Ausstellung der Stadt Paris und des Seinedepartements hervorzuheben, die ein äußerst lehrreiches Bild über die Entwicklung von Paris von 1900 bis 1930 gab. Paris ist mit 360 Einwohnern auf 1 Hektar ganz besonders dicht bevölkert, woraus sich für städtebauliche Neugestaltungen gesteigerte Schwierigkeiten ergeben; sie sollen durch einen Gesamtbebauungsplan überwunden werden, an dem jetzt, nach der Schaffung von Groß Paris durch die Eingemeindung der Vororte (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, 1930 I Seite 60), für die nahezu 6 Millionen Einwohner umfassende Weltstadt gearbeitet wird. Neben den zahlreich ausgestellten Plänen, Skizzen und Dioramen war eine Darstellung des Pariser Untergrundbahnnetzes besonders anschaulich, die durch aufleuchtendes elektrisches Licht die Entwicklung aller der Linien, die Paris dicht überziehen, Jahr für Jahr deutlich machte und auch die projektierten Erweiterungsstrecken zeigte. Weiter sei auf die Pläne von Amsterdam, Zürich, Stockholm, Warschau, Bukarest, Budapest und Santiago verwiesen, die zum Teil sehr aufschlußreiche Darstellungen von geplanten oder durchgeführten Verkehrsverbesserungen, Platzumgestaltungen, den Bau von Ausfall- und Umgehungsstraßen und dergleichen in den einzelnen Großstädten brachten. In der Deutschen Abteilung zeigten vor allem die Räume Das großstädtische Verkehrsproblem (Bearbeiter Ernst Reuter), Das Versorgungsproblem (Bearbeiter Gustav Löschmann), Die Stadt als lebendiger Organismus (Bearbeiter Carl Lörcher) und Landesplanung (Bearbeiter Robert Schmidt) Grundsätzliches sowie Einzeldarstellungen über die neuzeitliche Verkehrsentwicklung, die Umschichtung des Verkehrswesens und die verkehrstechnischen Grundlagen des Städtebaus und der Landesplanung. Was auf diesem Gebiet trotz allen finanziellen, wirtschaftspolitischen und organischen Hemmungen zu leisten ist, machte die eindrucksvolle Ausstellung der Landesplanungsabteilung des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk besonders deutlich.

Eisenbahnwesen

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen schreitet in Deutschland, wenn auch langsam, fort. Die Deutsche Reichsbahn wird mit Hilfe eines Kredits des Reichs weitere süddeutsche Strecken elektrifizieren. So bis 1932 die Strecke Augsburg-Stuttgart, nachdem die Elektrifizierung der Strecke München-Augsburg noch in diesem Frühjahr fertiggestellt sein wird. Danach sollen die Strecken Stuttgart-Karlsruhe-Mühlacker-Bruchsal in Angriff genommen werden. Am 20. Januar wurde das letzte Teilstück der Bayrischen Zugspitzbahn, die vom Schneefernerhaus auf den Gipfel führende Seilschwebebahn, dem Verkehr übergeben. Die Bergbahn auf den höchsten Berg Deutschlands ist damit nach 2½-jähriger Bauzeit vollendet. Mitte Februar wurde die neue Strecke Hüttenrode-Rübeland der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn eröffnet.

In Österreich wurde Ende Januar die neue Seilschwebebahn, die den Ort Obervellach in Kärnten mit dem gleichnamigen Bahnhof der Tauernbahn verbindet, dem Verkehr übergeben.

Neben dem Ausbau der Strecke Oberschlesien-Gdingen plant die polnische Eisenbahnverwaltung in nächster Zeit den Bau einer 2. wichtigen Eisenbahnlinie von Thorn über Mława nach Ostrolenka. Diese neue Linie, die gleichfalls nicht der strategischen Bedeutung entbehrt, ist vor allem zur Entlastung des Verkehrs mit Nordostpolen bestimmt, soll aber ohne Zweifel auch die Zufuhr aus dem Osten nach Gdingen erleichtern.

In Schweden, das bereits seit Jahren die Elektrifizierung seines Eisenbahnnetzes planmäßig und äußerst erfolgreich betreibt, wird zurzeit die 460 Kilometer lange Strecke Malmö-Stockholm elektrifiziert. Die Fahrtgeschwindigkeit wird dadurch von bisher 53 auf 76 Kilometer in der Stunde erhöht werden können, so daß sich die Reisezeit um etwa 2½ Stunden verkürzt. Nach Fertigstellung der Strecke Malmö-Stockholm, mit der im Jahr 1934 gerechnet wird, sollen 315 Kilometer weitere Bahnlinien elektrifiziert werden, darunter auch die für den Verkehr nach Deutschland wichtige Linie Malmö-Göteborg.

Die norwegische Regierung beabsichtigt in nächster Zeit die Reststrecke der Westfoldbahn von Drammen über Tönsberg-Larvik bis Skien von Schmalspur auf Normalspur umzubauen. Der Nordabschnitt der Westfoldbahn zwischen Oslo und Drammen wurde bereits zu Anfang dieses Jahrhunderts auf Vollspur umgebaut und gleichzeitig elektrifiziert.

Der Umbau der Reststrecke der Westfoldbahn verbessert nicht nur die Verkehrsverhältnisse in dem von der Bahn durchquerten dichtbevölkerten Gebiet Südnorwegens erheblich sondern rückt auch gleichzeitig die seit langem geplante direkte Eisenbahnverbindung von Oslo über Jütland nach Hamburg und Mitteleuropa der Verwirklichung näher. Dieses Projekt, das den vollspurigen Ausbau der Westfoldbahn bis Larvik zur Voraussetzung hat und auch für Deutschland von grundsätzlicher Bedeutung ist, sieht über das Skagerrak bis Frederikshavn auf Jütland (rund 200 Kilometer) eine Fährverbindung vor, die dann an die direkte Eisenbahnlinie Frederikshavn-Aarhus-Flensburg-Hamburg anschließen würde. Für die neue 3. Eisenbahnfähre zwischen Mitteleuropa und Skandinavien sind 2 Fährschiffe erforderlich, die Fahrt über das Skagerrak würde etwa 8 Stunden dauern. Gegenüber der jetzigen Eisenbahnroute von Deutschland nach Oslo über Warnemünde-Gjedser oder Saßnitz-Trelleborg würde die neue Verbindung über Jütland und das Skagerrak eine Verkürzung der Fahrtdauer von etwa 5 bis 6 Stunden ermöglichen.

Im Lauf des Jahres 1930 haben die *englischen* Eisenbahnen auf 46 Strecken mit rund 650 Kilometer Streckenlänge den Personenverkehr eingestellt, weil er durch den Wettbewerb von Omnibuslinien, die ihn zudem besser bedienen können, unwirtschaftlich geworden war. Eine der großen Bahngesellschaften, die London Midland and Scottish Railway Company, hat einen neuartigen Schienenautobus in Betrieb genommen, der infolge verschiebbarer Doppelschienen auf Schienen und auf der Straße fahren kann.

Die Eisenbahnen der *Vereinigten Staaten von Amerika* haben im Jahr 1930 einen erheblichen Verkehrsrückgang zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen der Bahnen 1. Klasse waren um rund 1 Milliarde Dollars oder fast 16 % geringer als im Jahr 1929 und erreichten damit ihren niedrigsten Stand seit 1919. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind gegenüber dem Vorjahr um 16 %, die aus dem Güterverkehr um 15 % gesunken. Der Reingewinn der Bahnen im letzten Jahr war demzufolge um $\frac{1}{3}$ geringer als 1929, die Verzinsung des Anlagekapitals sank von rund 5 % auf 3,41 %. An neuen Eisenbahnlinien wurden im letzten Jahr 820 Kilometer fertiggestellt (gegen 1060 Kilometer im Vorjahr), 1000 Kilometer neuer Linien waren am Jahresende noch im Bau. Neben der Weiterführung der Elektrifizierung verkehrswichtiger Streck-

ken (rund 160 Kilometer Eisenbahnlinien wurden 1930 elektrifiziert) wurde vor allem die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen und die Schaffung von Zentralbahnhöfen in den Großstädten (New York, Philadelphia, Cleveland) weiter gefördert. Das größte Projekt dieser Art ist die Verbesserung der Bahnanlagen der New Yorker Zentralbahn auf der Westseite von Manhattan, es erfordert Aufwendungen von 175 Millionen Dollars.

Personenwagen Zur Verbesserung des Eil- und Personenzugverkehrs, der zum Teil mit veralteten und reichlich unbequemen Fahrzeugen durchgeführt wird, hat die Deutsche Reichsbahn jetzt nach langen Versuchen einen neuen 4achsigen Wagentypus mit 2 Drehgestellen eingeführt, der gegenüber den bisherigen Wagen sehr wesentliche Verbesserungen und Vorteile aufweist und die alten 2- und 3achsigen Personenwagen allmählich ersetzen soll. Die neuen in Stahlkonstruktion gebauten Wagen gleichen in ihrem Äußern den D-Zug-Wagen und können infolge der verbesserten Drehgestelle auch mit bedeutend höheren Geschwindigkeiten fahren. Die Wagen sind als Durchgangswagen mit einem Mittelgang ausgebildet und haben Einsteigtüren nur an den Wagenenden. Um einen schnellen Fahrgastwechsel auch bei stärkstem Verkehr zu ermöglichen, haben die Wagen der 3. Klasse zum erstenmal an jedem Wagenende 2 Einsteigtüren neben einander, die zu den besonders geräumig ausgestalteten Vorräumen führen, während die Wagen 2. Klasse nur 1 Einsteigtür an jedem Ende haben. Im Innern sind die Wagen, auch in der 3. Klasse, geräumig und bequem gebaut. In der 3. Klasse sind die Sitzbänke zu beiden Seiten des Mittelgangs für 2 und 3 Sitzplätze berechnet. In jedem Wagen befindet sich ein Wasch- und Abortraum mit den bei den neuen D-Zug-Wagen erprobten Wasserspül-, Wasch- und Luftabsaugeeinrichtungen. Von diesen neuen Personenwagen sind bereits 1000 Stück vorhanden und noch etwa 800 Wagen im Bau; vom Herbst ab sollen alle Eilzüge aus diesen Wagen gebildet werden. Die Wagen aus den Beschaffungen der folgenden Jahre sollen sodann zur Bildung der auf längere Entfernungen verkehrenden Personenzüge mit höherer Fahrgeschwindigkeit und schließlich für die übrigen Personenzüge verwendet werden, bis die 2- und 3achsigen Personenzugwagen, vor allem die ehemaligen Wagen 4. Klasse, durch Ausmusterung schließlich ganz verschwunden sind.

**Informations-
mittel**

Eine seit Jahren empfundene Lücke in der Verkehrsliteratur schließt das von dem Pressedienst der Reichsbahn herausgegebene *Deutsche Verkehrsbuch* /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft/. Auf 550 Seiten werden in ihm schlagwortartig Entwicklung, Bedeutung und gegenwärtiger Stand des Eisenbahnverkehrs, Kraftwagenverkehrs, der Binnenschifffahrt und Seeschifffahrt sowie des Luftverkehrs geschildert. Ihrer Stellung im Rahmen des Gesamtverkehrs entsprechend nehmen die Eisenbahnen, besonders die Reichsbahn, hierbei einen besonders großen Raum ein. Es dürfte kaum eine organisatorische, wirtschaftliche, tarifarische und technische Frage bei der Reichsbahn geben, die in dem durch zahlreiche Bilder noch belebten Buch nicht kurz gestreift und durch Zahlen belegt wird. Eine geringere Berücksichtigung der reinen personellen Angelegenheiten bei der Reichsbahn wäre allerdings kein Fehler gewesen; demgegenüber ist zum Beispiel das Straßenwesen nur sehr kurz behandelt. Für jeden, der sich über Verkehrsprobleme unterrichten will, ist das übersichtlich gegliederte Buch ein unentbehrliches Nachschlagewerk, dessen Gebrauchswert durch jährliche kurze Nachträge zweckmäßig zu erhalten wäre.

Das von Carl Pirath geleitete Verkehrswissenschaftliche Institut für Luftfahrt an der Technischen Hochschule Stuttgart veröffentlicht in regelmäßigen Abständen bei R. Oldenbourg in München die Ergebnisse seiner Forschungen, die sich systematisch auf alle Probleme erstrecken sollen, die mit dem nationalen und internationalen *Luftverkehr* aller Länder zusammenhängen. Von den bisher veröffentlichten Heften behandelt das 1. die Luftfahrt im Rahmen der Verkehrsprobleme der Gegenwart sowie die Verkehrsströme im Luftverkehr, das 2. die Gestaltung des Weltluftverkehrsnetzes nach wirtschaftlichen und betriebstechnischen Gesichtspunkten, sowie die Anlage und Ausgestaltung der Verkehrsflughäfen; das 3. befaßt sich mit der verkehrs- und betriebswirtschaftlichen Lage des Luftverkehrs der wichtigsten Länder und berücksichtigt hierbei besonders auch die an den Bau von Flugzeugen zu stellenden Anforderungen.

Propaganda

Der zum zweitenmal vom Deutschen Luftfahrtverband herausgegebene *Deutsche Luftfahrtkalender* /Berlin, Ferd. Ashelm/ ist berufen für die deutsche

Luftfahrt in weitesten Schichten der Bevölkerung im In- und Ausland erfolgreich zu werben. Alle Zweige der Luftfahrt sind gleichmäßig berücksichtigt, die einzelnen Kalenderblätter sind äußerst abwechslungsreich gestaltet und durch die geschickt ausgewählten Bilder besonders fesselnd und lehrreich. Die Themen Luftfahrt und Wissenschaft, Luftfahrt im Dienst der Wirtschaft, Erzeugungs- und Verarbeitungsstätten der Rohstoffe im Luftbild sind durch zusammenhängende Darstellung besonders hervorgehoben worden. Wer sich den Kalender anschafft, wird ihm beim Gebrauch große Anregung danken.

Dem Beruf des Verkehrspiloten, der erst im letzten Jahrzehnt entstand, ist das von Willy Meyer herausgegebene Buch *Verkehrsfieger berichten* /Berlin, Richard Carl Schmidt & Co./ gewidmet. Es bringt eine lebendige Auswahl von *Flugberichten* deutscher Flugkapitäne, die einen Einblick in die verantwortungsvolle, aufreibende und die vielseitigsten Kenntnisse erfordernde Tätigkeit unserer Verkehrsfieger gestatten. Einen kurzen Überblick über die Lufthansa und die Deutsche Verkehrsflugaktiengesellschaft sowie eine Reihe ganz ausgezeichnete Luftbilder machen das Buch zur Werbung für den großen und völkervereinigenden Gedanken des Luftverkehrs noch besonders geeignet. Vor allem auch diejenigen der jungen Generation, die sich dem Beruf des Verkehrsfiegers zuwenden wollen, werden vieles Nützliche darin finden.

Totenliste

Am 28. Januar stürzte der schwedische Fliegerhauptmann *Einar Lundborg* bei einem Probeflug über den Flugplatz Malmslätt ab. Er erlag kurz darauf seinen Verletzungen. Lundborg, der erst 34 Jahre alt war und als einer der fähigsten schwedischen Piloten galt, hatte seinerzeit Nobile nach der Katastrophe der Italia mit dem Flugzeug von der Eisscholle befreit; bei seinem 2. Versuch auf dem Eis zu landen wurde sein Flugzeug beschädigt, so daß er 12 Tage auf dem Eis war, bis ihn der Pilot Schyberg im Flugzeug wieder abholte.

Am 9. Februar starb in Berlin *Gustav Kemmann*, im Alter von 72 Jahren. Er war ein Verkehrsfachmann von internationalem Ruf, der sich nach kurzer Tätigkeit bei der Preussischen Staatsbahn und beim Patentamt mehr als 3 Jahrzehnte ausschließlich als Sachverständiger und beratender Ingenieur dem großstädtischen Verkehrswesen gewidmet hat. Durch seine zahlreichen, durch die Ge-

naugigkeit ihrer Verkehrsschätzungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen immer wieder verblüffenden Gutachten und seine Tätigkeit als Sachverständiger hat er die Entwicklung einer Reihe großstädtischer Verkehrsunternehmungen (Berlin, Hamburg, Wien, London und andere) entscheidend beeinflußt. Die selbsttätige Zugsicherung auf den Berliner Schnellbahnen, die grundlegend für alle späteren Anlagen dieser Art wurde, war gleichfalls sein Werk. Seine letzte wissenschaftliche Arbeit war ein Tarifgutachten für die Berliner Verkehrsgesellschaft, das er kurz vor seinem Tod grade beendet hatte. Die Technische Hochschule Berlin hatte ihm 1918 in Anerkennung seiner Verdienste um das Verkehrswesen die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Am 19. März, 7 Wochen nach dem Absturz Lundborgs, erteilte auch einen andern Teilnehmer an dem Rettungswerk der Nobilexpedition, den italienischen Fliegeroberst *Umberto Maddalena*, der Fliegertod. Auf einem Flug von Mailand nach Rom, zusammen mit den Fliegeroffizieren *Ceccioni* und *da Monte*, stürzte sein Apparat unweit der Arnomündung ins Meer; alle 3 Piloten fanden den Tod. *Maddalenas* Flugzeug hatte als erstes der 21 aufsteigenden Flugzeuge das Lager der Schiffbrüchigen auf dem Eis gesichtet, nachdem er es mehrmals unbemerkt überflogen hatte, und dann Lebensmittel, Verbandstoffe und dergleichen abgeworfen. Zusammen mit dem jetzt mit ihm verunglückten *Ceccioni* hatte er später den Weltrekord mit einer Flugleistung von über 67 Stunden an sich gebracht. *Maddalena*, *Ceccioni* und *da Monte* hatten auch an dem Flug des italienischen Luftgeschwaders nach Südamerika Anfang des Jahres teilgenommen, dessen Gelingen zu einem großen Teil *Maddalenas* Verdienst war.

Ende April verunglückte der englische Luftvizemarschall *Felton Vesey Holt* bei einem Flugzeugzusammenstoß in Sussex tödlich. Er war aus der Armee hervorgegangen und leitete im Luftfahrtministerium die Abteilung für die Entwicklung des Luftwesens.

Anfang Mai verunglückte einer der bekanntesten englischen Marineflieger, *Glen Kidston*, bei einem Flug von Kapstadt nach Natal. Er war einer der wagemutigsten und trotz zahlreichen Unfällen vom Glück begünstigten Sportsleute Englands und auch als Autorennfahrer bekannt. Kurz vor seinem Tod hatte er den Flugrekord von London nach Kapstadt um fast 3 Tage geschlagen.

Kurze Chronik Am 1. Juli waren in Deutschland 3 719 594 angemeldete Reichsfunkhörer vorhanden; gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs ein Zuwachs von 15%. $\diamond$ Für den Ausbau der französischen Land- und Wasserstraßen wurden in dem von *André Tardieu* aufgestellten Fünfjahreplan zunächst 110 Millionen Mark bereitgestellt. Das französische Straßenbauprogramm sieht für 1931-1932 die Verbreiterung von 10 000 Kilometer Straßen auf mindestens 9 Meter sowie die Umwandlung von 250 Eisenbahnübergängen in Unterführungen vor. $\diamond$ Der Leiter der Gruppenverwaltung Bayern der Deutschen Reichsbahn *Alois von Franck* trat in den Ruhestand; sein Nachfolger im Vorstand wurde *Anton Löhr*. *Franck*, der seit 1921 der Gruppenverwaltung Bayern vorstand, hat sich bei der Einfügung der bayrischen Staatsbahnen in das Reichsbahnnetz große Verdienste erworben. $\diamond$ Dem Schöpfer der ersten deutschen Eisenbahn, der 6 Kilometer langen Ludwigsbahn von Nürnberg nach Fürth, *Johannes Scharrer*, wurde jetzt, reichlich spät, an seinem Geburtshaus in Hersburg eine Gedenktafel errichtet. *Scharrer* hat den Bau der Ludwigsbahn, die am 7. Dezember 1835 eröffnet wurde, als 2. Bürgermeister von Nürnberg durchgeführt; erbaut hat die Bahn nach dem Muster der ersten englischen Bahn von Stephenson, dessen 150. Geburtstag in den Juni dieses Jahres fiel, *Paul Denis*.

Literatur

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Donauschifffahrt behandelt eine sehr instruktive, vom Österreichischen Kuratorium für Wirtschaftlichkeit herausgegebene Schrift *Ludwig Wertheimers* /Wien, Julius Springer/. Der Verfasser, der die 1. Donauschifffahrtsgesellschaft leitet, untersucht die Grundlagen, gegenwärtigen Verhältnisse und zukünftigen Möglichkeiten einer Besserung und Entfaltung der durch die Friedensverträge schwer gefesselten Donauschifffahrt. Er fordert unter anderm eine Eingliederung der Donau in das europäische Wasserstraßensystem durch den Ausbau von Kanälen, Abbau der Wirtschaftsschranken der Donaustaaten (insbesondere der Prohibitivzölle), Verbesserung der internationalen Rechtsverhältnisse auf der Donau, Abgabefreiheit und Zusammenarbeit der Eisenbahn mit der Donauschifffahrt. Der Donauverkehr ist auch eine Lebensfrage für die österreichische Schifffahrt und geht daher die österreichische Gesamtwirtschaft an.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Bauausstellung Am 9. Mai wurde, unter Beteiligung der gesamten Bauwirtschaft Deutschlands und für einzelne Ausstellungsgebiete auch anderer Länder, die Deutsche Bauausstellung in Berlin eröffnet (siehe auch die Rundschau Innenkolonisation, 1931 I Seite 606 und folgende). Sie war ursprünglich nicht so geplant wie sie sich heute präsentiert. Die Art aber, wie sie ist, zeigt deutlich die Wandlung des ihr zugrunde liegenden Programms. Von den ursprünglichen Gedanken des Werkbunds, auf den die Initiative zu dieser Ausstellung zurückgeht, ist nur sehr wenig verwirklicht worden. Aber dieses Wenige gibt eine Ahnung davon, wie eine solche Ausstellung überhaupt sein sollte. Denn die Bauausstellung ist ihrem ganzen Charakter nach weder eine wirkliche Ausstellung noch eine wirkliche Messe. Sie ist deshalb keine wirkliche Ausstellung, weil ihr weder eine Ausstellungsidee noch ein konsequent durchgeführter Wertmaßstab für die Auswahl der Ausstellungsobjekte zugrunde liegt, und keine reine Messe, weil sie diesen Maßstab trotzdem gelegentlich anzuwenden versucht. Mit dieser Planlosigkeit hängt auch ihre übersichtslose Größe zusammen, die daraus resultiert, daß aus Gründen der Rentabilität als einziges Prinzip die möglichste Vermietbarkeit der Ausstellungsplätze maßgebend war. So hat dieses Prinzip bei dem Haus Hugo Häring's dazu geführt, daß statt der vom Architekten vorgesehenen Möblierung einfach irgendwelche Möbel hineingestellt wurden, mit der Begründung, daß die betreffende Firma die Platzmiete bezahlt hat. Wem aber nützt diese Massenanhäufung? In Leipzig finden jährlich 2 Baumessen statt, die genau den selben Überblick bieten, aber jeweils nur 8 Tage dauern. Es lag also keineswegs das Bedürfnis vor auch in Berlin das selbe zu wiederholen, es sei denn unter einem bestimmten Ausstellungsprogramm, bei dem die geistige Stellungnahme zu den Objekten dominierte. Aber selbst wenn man vom rein materiellen Standpunkt ausgeht, muß eine solche Ausstellung an ihrer Größe notwendig auch wirtschaftlich scheitern, weil ihre Intensität gelockert wird, und die Aussteller gezwungen sind unter Umständen das gleiche mehrmals neben einander zu zeigen. Wohingegen bei einer kleinern Ausstellung alle wichtigen Ausstellungsobjekte so eingeordnet werden können, daß sie entsprechend ihrer Be-

deutung, womöglich im Zusammenhang mit realen Bauobjekten, viel intensiver zur Geltung kommen. Hierdurch wird nicht nur das Interesse des Beschauers gesteigert, sondern auch der Aussteller selbst hat infolgedessen einen wirklichen Nutzen. So blieb die Besucherzahl weit hinter der vorausgeschätzten zurück, auf die man die Kalkulation basierte. Hätte man zum Beispiel statt der in der Halle II untergebrachten Wohnungsausstellung, ähnlich wie es in Stuttgart 1927 geschah, wirkliche Häuser gebaut, so wäre man durch den Zwang der Realität zu einem eindeutigeren Programm für diese Wohnungsausstellung selbst gekommen; ferner hätte man unmittelbar an wirklichen Objekten die Anwendung bestimmter neuer Konstruktionsmittel jedem anschaulich demonstrieren können, und außerdem wären die jetzt aufgewandten Mittel in einem wirklich produktiven Sinn verwandt worden.

Aus der ungeheuren Fülle des Materials dieser Ausstellung sei vor allem auf die Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen sowie auf die Ausstellung Die Wohnung unserer Zeit hingewiesen. An der Städtebauausstellung waren Australien, Chile, Dänemark, Deutschland, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Indien, Italien, Jugoslawien, Lettland, Österreich, Palästina, Polen, Rumänien, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Tschechoslowakei, Ungarn und die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt. Neben der internationalen Übersicht enthielt diese Abteilung eine programmatische Ausstellung, in der die wirtschaftspolitischen Grundlagen des Städtebaus, das Versorgungsproblem der Städte, das Verkehrsproblem, Baupolizei, Baupflege und Verwaltungsformen und städtebauliche Gesetzgebung behandelt wurden. Die Abteilung für Wohnungswesen umfaßte Einkommen und Wohnkosten, Bodenpolitik und Bodenpreisfragen, Sozialpolitik des Wohnungswesens, den Grundriß und im Zusammenhang damit die Siedlungsformen, Gemeinschaftseinrichtungen im Wohnungsbau. Die Abteilung Die Wohnung unserer Zeit behandelte die verschiedensten Wohnformen: Einraumwohnungen für Familien und Alleinstehende, Mehrraumwohnungen, Doppelgeschoßwohnungen sowie Erdgeschoßwohnungen im Reihen- und Einzelhaus. Sie stellte besonders die Wohnung im Flachbau und Hochbau zur Diskussion, die als gleichwertige Hausformen in der Inanspruchnahme des Stadtraums angesehen werden können und vielleicht in Zukunft zu

einer Mischbebauung vereinigt werden, wobei das Flachhaus mit Garten die geeignetste Hausform für Familien mit Kindern sein dürfte, während für kinderlose Familien und Alleinstehende das Hochhaus mit seinem weiten Blick als die geeignetste Hausform anzusehen ist. Die Preußische Hochbauverwaltung zeigte Seminar- und Lehrräume, Internats-, Verwaltungs- und Gefängnisräume. Mit dieser Ausstellung verbunden war auch eine Materialschau, die Werkstoffe, wie Marmor, Holz und Glas, sowie Textilien, Tapeten, Serienmöbel enthielt.

In der Halle Die Wohnung unserer Zeit zeigte auch Le Corbusier seine Pläne über die Sanierung der Pariser Innenstadt, die zugleich eine Demonstration gegen die retrospektive Stellungnahme des offiziellen Städtebaus zu den städtebaulichen Problemen sein sollten. Im Zusammenhang mit seinen Plänen protestierte die neue Generation Frankreichs in einem Manifest gegen die Ausstellung des offiziellen Frankreichs: »Sollen wir Museumswärter werden?« Dabei soll die Tradition von Paris nach ihrer Ansicht durchaus nicht zerstört sondern fortgesetzt werden. »Man muß aus Paris die Stadt unserer Zeit machen, ihm die Freude der Tatkraft wiedergeben, den Bürgersinn von Paris wiederbeleben, wiederanknüpfen an die Tradition von Paris, die immer war: Weitblick, hohe Ziele, Schöpfung... Paris ist eine lebendige Stadt, man muß Paris fortsetzen.«

Bauforschung Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen wurde am 5. Juni auf Vorschlag des Verwaltungsrats auf der letzten Mitgliederversammlung einstimmig und ohne Debatte aufgelöst. Sie war 1927 gegründet worden (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 779), mit dem Zweck Untersuchungen darüber anzustellen, welche Verbesserungen und Verbilligungen auf den verschiedenen Gebieten des Wohnungswesens wünschenswert und möglich sind. Zum Wohnungswesen in diesem Zusammenhang sind sowohl die Herstellung wie die Benutzung von Wohnungen aller Art in Stadt und Land zu rechnen, wobei die Erstellung auch die Finanzierung, die Planung, die Beschaffung der Baustoffe, die Bauweise, den Baubetrieb, die Installation, die Wohnungsbenutzung sowie die Einrichtung, die Verwaltungsarten, das Zubehör und sonstige Ergänzungen der einzelnen Wohnungen, die Rechtsbeziehungen zwischen Bewohnern und Eigen-

tümern umfaßt. Die Mitglieder der Reichsforschungsgesellschaft entstammten dem Kreis der Bauwirtschaft, der Bauwissenschaft und des sonstigen Wohnungswesens sowie den an diesen Dingen beteiligten Behörden.

Ihre Tätigkeit bestand vornehmlich darin, daß sie bestimmte Forschungsaufgaben nach eingehend durchdachten Plänen von bekannten erfahrenen Sachverständigen (meist Spezialisten des betreffenden Gebiets) bearbeiten ließ, wobei sie sich in der Regel vorbehielt die Ausführung zu überwachen und das Ergebnis auszuwerten. Im allgemeinen veröffentlichte sie selbst die endgültigen Ergebnisse, vielfach unter Beifügung kritischer Würdigung und unter Nennung des Forschers. Obgleich die Reichsforschungsgesellschaft mit ihrer Arbeit mancherlei positive Ergebnisse zeitigte, war sie im Grunde genommen von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil sie auf Grund ihrer Zusammensetzung und ihrer Größe nicht in der Lage war wirklich unabhängige Forschungsarbeit zu leisten.

Ein Erbe der Reichsforschungsgesellschaft ist die Großsiedlung Spandau-Haselhorst, von der nunmehr die gemeinnützige Wohnungsbauaktiengesellschaft Groß Berlin die ersten 1200 Wohnungen fertiggestellt hat. Die Aktien der Gesellschaft besitzen zur Hälfte das Reich und Preußen. Die Siedlung wurde zu Bauforschungszwecken geplant. Gerade hier zeigte sich, wie wenig die Reichsforschungsgesellschaft mit den ihr gestellten Aufgaben vertraut war. Man stelle sich vor, irgendein industrielles Unternehmen mache Versuchsarbeiten, etwa Flugzeuge, und baue zur Erprobung nicht ein einzelnes Modell sondern gleich 1000. Damit wird der Sinn jeder Forschungsarbeit ins Gegenteil verkehrt; es sei denn, man sieht eine Großsiedlung als solche als Forschungsproblem an, dessen Lösung man dann aber zweckmäßiger der Industrie überlassen sollte.

Junge Generation

Die Novembergruppe in Berlin wendet sich in einem Aufruf an die jungen Architekten. Sie will alle lebendigen Kräfte auf dem Gebiet der Baukunst sammeln und vor die Öffentlichkeit stellen. Vor einem Jahrzehnt hatte die Novembergruppe schon einmal die Persönlichkeiten der neuen Architekturbewegung gesammelt. Diese vereinigten sich dann später zu der Architektenvereinigung Der Ring. Vertreter der Generation, die dieser folgte, sind bisher nur sehr selten an die Öffentlichkeit getreten.

Es ist daher wünschenswert, daß der neue Aufruf Erfolg hat. Er ergeht an die jungen Architekten in Deutschland und über seine Grenzen hinaus. Er lautet: »Es ist offenbar, daß ein Abschnitt in der gesamten Kunstentwicklung erreicht ist, insofern als statt Unterscheidungen nach äußeren Merkmalen eine Wertung nach der Tiefe einsetzt. Wie alle neue Erkenntnis immer gleichläuft mit einer Neubildung des Schaffens, so muß sich auch diese in der künstlerischen Gestaltung von heute ausdrücken. Die Novembergruppe hat schon vor einem Jahrzehnt die entscheidenden Kräfte der Generation gesammelt und damals insbesondere die neue Architektur getragen und zur Klärung gebracht. Sie sieht den Augenblick gekommen die inzwischen zu einer neuen Klärung drängende Lage in der Baukunst wiederum durch Sammlung der entscheidenden Kräfte festzustellen, da die Novembergruppe keiner Richtung sondern nur der Tatsache der Entwicklung selbst dient. Sie ruft darum hiermit die junge Architektengeneration auf Arbeiten von jeder richtungsmäßigen Einseitigkeit freier, überzeitlicher Art einzureichen . . . Es kann so vielleicht festgestellt werden, welche Kräfte heute im Sinne einer freien und eignen künstlerischen Einstellung überhaupt vorhanden sind. Der Aufruf soll ihnen Gelegenheit geben sich von einer etwa noch bestehenden und hemmenden Einseitigkeit freizumachen. Statt eines fertigen Stils, der mangels kultureller Voraussetzungen der Zeit nur unter Verzicht auf wichtige Kräfte erzwungen werden kann, sollen hierbei die nur nach innerem Wert zu messenden tatsächlichen Leistungen und Fähigkeiten ermittelt werden, die den Gesamtbau der Zeit und ihrer Kunst bestimmen.«

Veranstaltungen Die Kongresse der beiden *Internationalen Verbände für Wohnungswesen* wurden am 31. Mai in Berlin in einer gemeinsamen Festsitzung eröffnet. Der Internationale Verband für Wohnungswesen, der in Frankfurt seinen Sitz hat, behandelte auf seiner Tagung die sozialen Fragen des Wohnungswesens. Der Verband gibt eine 3sprachige Zeitschrift (deutsch, englisch, französisch) heraus, in der über seine Arbeit berichtet und in aktuellen Fragen Stellung genommen wird. Die Tagung des Internationalen Verbands für Wohnungswesen und Städtebau, der seinen Sitz in London hat, erörterte Fragen des Städtebaus: die Sanierung verwahrloster Wohnviertel und das Verkehrsproblem.

Der *Internationale Kongreß für Neues Bauen*, der gleichfalls während der Bauausstellung in Berlin tagte, hatte vorberreitenden Charakter. Er befaßte sich mit dem Thema der nächstjährigen Tagung Die konstruktive Stadt.

Auf der Tagung des *Bundes Deutscher Architekten* am 4. Juni wurden 2 bemerkenswerte Reden gehalten. Hans Poelzig sprach über das Thema Der Architekt und Theodor Fischer über die Erziehung des Architekten.

Die Tagung des *Deutschen Werkbunds*, die Ende Juni in Berlin stattfand, hatte nicht den sonst üblichen offiziellen Charakter. Ludwig Mies van der Rohe präziserte als Ziel des Werkbunds die Arbeit an der geistigen Kultur und die Verwirklichung geistiger Werte. Man beschloß 1932 in Stuttgart eine Ausstellung von Standarderzeugnissen durchzuführen; Gustav Stotz wurde mit der Leitung der Ausstellung betraut.

In Paris wurde im Mai die hier bereits angekündigte *Internationale Buchkunstausstellung* im Petit-Palais eröffnet. Die Deutsche Abteilung war geschlossen in einem Saal untergebracht.

Eine Ausstellung der 3 deutschen *Porzellanmanufakturen*, von Berlin, Meißen und Nymphenburg, wurde im Mai im Haag, im Gemeentemuseum, im Juni in Brüssel im Palais des Beaux Arts gezeigt.

Totenliste

Am 13. Januar starb, im Alter von 42 Jahren, der Architekt *Ernst Borchardt* in Berlin. Er beschäftigte sich mit der Einrichtung von Luxuswohnungen.

Am 1. April starb in Berlin *Richard Borrmann*, im Alter von 78 Jahren. Er war jahrzehntelang an der Technischen Hochschule Berlin Ordinarius für die Geschichte der Baukunst. Im Auftrag des Berliner Magistrats schrieb er ein Werk über die architektonische Entwicklung der Stadt: Die Bau- und Kunstdenkmäler Berlins (Berlin, Julius Springer), ein Quellenwerk für das Berliner Bauwesen, das 1893 erschien. Borrmann war auch mit Wilhelm Dörpfeld bei den deutschen Olympiagraubungen tätig. Mit Joseph Neuwirth gab er die Geschichte der Baukunst heraus (Leipzig, Alfred Kröner/).

Am 5. Mai machte der Photograph *Johann von Dühren* in Berlin durch einen Schläfenschuß aus wirtschaftlichen Gründen seinem Leben ein Ende. Er ist 63 Jahre alt geworden. Neben Nikola Perscheid, der kürzlich gleichfalls in traurigen Verhältnissen starb, und Rudolf Dührkoop gehörte Dühren zu denen, die

sich beim beginnenden 20. Jahrhundert um eine künstlerische Porträtphotographie bemühten. Durch charakterisierende Auffassung der fotografierten Persönlichkeit, durch Regulierung der Beleuchtung, vor allem aber auch durch technisch sorgsame Behandlung der Platten und durch wirkungsvollere Benutzung bekannter Druckverfahren machte er damals stärksten Eindruck.

Am 23. Juni starb in Berlin *Hans Louber*, 68 Jahre alt. Er war dort bis vor kurzem noch Kustos der Staatlichen Kunstbibliothek. Diese übernahm ihn zu Beginn des Jahrhunderts gleichzeitig mit der von Lipperheideschen Sammlung, die er geleitet hatte. Er hat sich als unerbittlicher Kritiker große Verdienste um die materialgerechte, typographisch bedeutende und ästhetisch einwandfreie Gestaltung des Buchs erworben. Neben seinen historischen Forschungen sind seine beiden Werke *Der Bucheinband in alter und neuer Zeit* /1904/ und *Die neue deutsche Buchkunst* /1921/ zu nennen.

Kurze Chronik Der *Caracol*, dessen Ruinen vor längerer Zeit in der Nähe von Chichen Itza, einer Mayastadt auf der Halbinsel Yukatan, gefunden wurden, ist jetzt von amerikanischen Archäologen teilweise wiederhergestellt worden. Er ist ein turmartiges Gebäude von ringförmigem Grundriß und erhebt sich auf einem terrassierten Unterbau. Das Alter des Caracol konnte bisher nicht genau festgestellt werden, ebensowenig sein Zweck. Man vermutet aber, daß es eine Sternwarte war, die den Astronomen der Maya zu ihren erstaunlichen Beobachtungen und Berechnungen diente. $\diamond$ Die *Akropolis* ist durch die Proteste der europäischen Intellektuellen (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 516) gerettet worden: Veniselos hat das Projekt dort den neuen Justizpalast Athens zu errichten aufgegeben. $\diamond$ Nun soll bei Bad Berka in Thüringen doch noch ein *Reichsehnenmal* errichtet werden, und zwar in Form eines Hains, für dessen künstlerische Gestaltung ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben wurde. $\diamond$ Im Mai sprach Amédée Ozenfant in der Staatlichen Kunstbibliothek in Berlin über *Kunst und Leben*. Er verfocht die These, daß neben aller Zweckkunst stets auch die reine, sakrale Kunst bestehen werde. Lichtbilder in schlagenden Antithesen unterstützten seine geistvollen Ausführungen. Er schloß mit dem Ruf: »Es leben Deutschland, Frankreich, Rußland und ihre Großen im Geist!«

Literatur

Vor zirka 30 Jahren erschien der 1. Band Hausbau der Kulturarbeiten von *Paul Schultze-Naumburg*. Heute erscheint die ganze Sammlung in einer neuen Auflage in veränderter buchtechnischer Form /München, Georg D. W. Callwey/. Die 3 Schlußbände von damals stehen heute am Anfang der Sammlung. Sie liegen bereits unter dem Gesamttitel *Die Gestaltung der Landschaft durch den Menschen* vor. Der 1. Band behandelt Wege und Straßen, die Pflanzenwelt und ihre Bedeutung im Landschaftsbilde, der 2. Band den geologischen Aufbau der Landschaft und die Nutzbarmachung der Mineralien, die Wasserwirtschaft, der 3. Band industrielle Anlagen und Siedlungen, also den ganzen Komplex unserer Umwelt, Anlagen und Arbeiten, die das Gesicht der Landschaft entscheidend verändern, die von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit des Menschen zeugen. Der Zweck dieser Bücher war und ist auch heute noch »der entsetzlichen Verheerung unseres Landes auf allen Gebieten sichtbarer Kultur entgegenzuarbeiten«. Ein durchaus positives Ziel, das man aber nie erreichen wird, wenn man sich, wie es Schultze-Naumburg tut, wesentlich retrospektiv einstellt, das Ideal in der Vergangenheit sucht, statt die Aufgaben mit den Mitteln und Möglichkeiten der Gegenwart zu gestalten. Die gesellschaftlichen Grundlagen, deren Ausdruck die alten Städte und die alten Veränderungen der Landschaft sind, wurden längst durch neue, völlig veränderte abgelöst. Und grade heute sind wir wieder an einem solchen Wendepunkt der Veränderung der gesellschaftlichen Grundlagen angelangt. Die Welt, deren kulturellen Ausdruck Schultze-Naumburg bekämpft, bekämpfen wir nicht nur dieses Ausdrucks wegen. Aber dieser Ausdruck entspricht dieser Welt ebenso, wie etwa der Ausdruck der von Schultze-Naumburg so sehr geschätzten Vergangenheit dieser entspricht. Schultze-Naumburg hat in dem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg großen Einfluß ausgeübt. Durch seine Gegenüberstellung von gut und schlecht, schön und häßlich hat er den Blick geschärft, die Urteilsbildung maßgebend beeinflusst. Daß damit aber auch eine negative Auswirkung vorhanden war und vor allem noch ist, muß gleichfalls betont werden. Es sei nur an die Heimatschutzbewegung erinnert, zu deren geistigen Urhebern auch Schultze-Naumburg gehört. Sie stellt sich positiver Arbeit oft genug mit bloßen Sentiments entgegen.